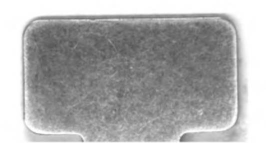
BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER NORDAMERIKANISCHEN UNION

Carl Johann Rudolf Doehn





Beiträge zur Geschichte

der

Nordamerikanischen Union.

Von

Dr. Rudolf Doehn,

Verfasser der Schriften: „Die politischen Parteien in den Vereinigten Staaten von Amerika", „Aus dem Amerikanischen Dichterwald", „Der Bonapartismus" ꝛc. und s. Z. Mitglied der Legislatur des Staates Missouri.

Erster Band.



Leipzig,
Verlag von Fr. Wilh. Grunow.
1881.

Beiträge zur Geschichte

der

Nordamerikanischen Union.

Von

Dr. Rudolf Doehn,

Verfasser der Schriften: „Die politischen Parteien in den Vereinigten Staaten von Amerika", „Aus dem Amerikanischen Dichterwald", „Der Bonapartismus" ꝛc. und f. Z. Mitglied der Legislatur des Staates Missouri.



Erster Band.

Leipzig,
Verlag von Fr. Wilh. Grunow.
1881.

...es.

Dr. Rudolf Doehn.

He serves his party best who serves
the country best.

Rutherford B. Hayes.



Leipzig,
Verlag von Fr. Wilh. Grunow.
1881.

Dr. Rudolf Doehn,

Verfasser der Schriften: „Die politischen Parteien in den Vereinigten Staaten von Amerika“, „Aus dem Amerikanischen Dichterwald“, „Der Bonapartismus“ ꝛc. und s. Z. Mitglied der Legislatur des Staates Missouri.



Erster Band.

Leipzig,
Verlag von Fr. Wilh. Grunow.
1881.

Die Administrationen

der Präsidenten

U. S. Grant und R. B. Hayes.

Von

Dr. Rudolf Doehn.

He serves his party best who serves
the country best.

Rutherford B. Hayes.



Leipzig,
Verlag von Fr. Wilh. Grunow.
1881.

Dem

Geh. Hofrath Dr. Rudolf von Gottschall

und dem

Dr. Hermann Kletke

in freundschaftlicher Hochachtung

gewidmet

vom Verfasser.

Vorwort.

Es unterliegt für alle Wissenden keinem Zweifel, daß eine nähere Bekanntschaft mit dem Entwickelungsgange der Nordamerikanischen Union gerade für uns Deutsche von nicht zu unterschätzender Bedeutung und hohem praktischem Interesse ist. Ein nicht geringer und nicht der schlechteste Theil der Bevölkerung der Vereinigten Staaten ist deutschen Ursprungs, das deutsche Element hat von jeher einen wesentlichen Einfluß auf die Geschichte der großen transatlantischen Republik ausgeübt und gerade in der neuesten Zeit nimmt aus Ursachen, deren Erörterung nicht hierher gehört, die Auswanderung aus Deutschland nach Amerika größere Dimensionen an, als je zuvor.

Wenn nun die politischen und volkswirthschaftlichen Leistungen, Experimente und Erfahrungen des amerikanischen Volkes in vieler Beziehung für uns Deutsche von unleugbarer Wichtigkeit sind, so darf andererseits auch nicht übersehen werden, daß der staatsrechtliche Charakter der Nordamerikanischen Union, als eines Bundesstaates, mit demjenigen des Deutschen Reiches mehrfach verwandt und darum in seiner geschichtlichen Entwickelung für uns Deutsche ganz besonders beachtenswerth ist. Der Verfasser, welcher nahezu 12 Jahre in den Vereinigten Staaten lebte und an den politischen Ereignissen in seinem Adoptivvaterlande direct theilnahm, konnte bei seiner Darstellung nicht selten aus eigener Erfahrung schöpfen; seiner Arbeit liegen außerdem die zuverlässigsten, zum großen Theile offi-

cielle Quellen zu Grunde, auch sind Artikel, die früher von ihm in den Zeitschriften „Unsere Zeit" und „Grenzboten" veröffentlicht wurden, benutzt worden.

Die „Beiträge zur Geschichte der Nordamerikanischen Union", welche in möglichst objectiv gehaltener Weise die Darstellung der hauptsächlichsten geschichtlichen Ereignisse in den Vereinigten Staaten während der Administrationen der Präsidenten U. S. Grant (1869 bis 1877) und R. B. Hayes (1877 bis 1881) enthalten, bilden gewissermaßen die Fortsetzung von des Verfassers Buche: „Die politischen Parteien in den Vereinigten Staaten von Amerika" (Leipzig, 1868). Die der Arbeit als Anhang beigegebene Besprechung des am 2. Juli 1881 stattgefundenen Attentates auf den Präsidenten James A. Garfield dürfte den etwaigen Werth derselben nicht verringern; ebenso gerechtfertigt sind wohl auch die anhangsweise beigefügten Bemerkungen über den „letzten Census in den Vereinigten Staaten" und den intendirten „interoceanischen Canal".

Der zweite Band der vorliegenden „Beiträge" soll die bunteren, nicht politischen Rückerinnerungen des Verfassers, Erzählungen und Biographien hervorragender Persönlichkeiten (Feldherren, Künstler, Geschäftsleute u. s. w.) in ansprechender und unterhaltender Form bringen.

Dresden, Ende August 1881.

Der Verfasser.

Einleitung.

Als Abraham Lincoln, der sich durch seine ebenso feste wie umsichtige und versöhnliche Politik während des Secessionskrieges das Vertrauen und die Achtung der großen Mehrheit des Volkes der Vereinigten Staaten erworben hatte und in gewisser Beziehung über den mit einander ringenden politischen Parteien stand, am Charfreitag, den 14. April, 1865 durch John Wilkes Booth dem Meuchelmorde zum Opfer gefallen war, trat, den Bestimmungen der amerikanischen Constitution gemäß, der Vicepräsident Andrew Johnson an dessen Stelle. Die Arbeit, welche Johnson oblag, war in vieler Hinsicht kaum weniger schwierig, als die siegreiche Durchführung des blutigen Krieges, den sein Amtsvorgänger nur der Erhaltung der Union wegen begonnen und niemals als einen Eroberungs- oder Unterjochungskrieg angesehen hatte. Wie milde Lincoln dachte, das geht u. A. deutlich aus den Schlußworten seiner Inaugurationsrede hervor, die er am 4. März 1865 im Capitol zu Washington City hielt, als er zum zweiten Male den Amtseid als Präsident der Vereinigten Staaten ablegte; diese Worten lauten also: „Mit Liebe für Alle, mit Haß gegen Niemanden, mit Festigkeit im Recht, wie Gott uns das Recht erkennen läßt, so wollen wir bemüht sein, das Werk zu vollenden, das wir begonnen, so wollen wir die Wunden der Nation heilen, sorgen für die, welche die Schlachten schlugen, und ihre Witwen und Waisen nicht vergessen, wir wollen Alles thun, was dazu beiträgt, einen gerechten und dauernden Frieden für uns und für andere Völker wieder herzustellen.“ Allein die Vollendung des begonnenen Werkes, der Wiederaufbau der Union durch kluge und geschickte Wiedereinfügung derjenigen Landestheile, welche einige Jahre, wenn nicht rechtlich, so doch factisch

losgetrennt gewesen waren, in den gemeinsamen Staatskörper, das war eine Aufgabe, welche in wirklich zufriedenstellender Weise jedenfalls nur durch ein harmonisches, weises und maßvolles Zusammenwirken aller dabei betheiligten Factoren, namentlich der executiven und legislativen Gewalt der Union, gelöst werden konnte. Welche Wandlungen der schwere und erbitterte Kampf zwischen dem Norden und Süden der Vereinigten Staaten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zur Folge gehabt, wie tiefgreifende Veränderungen in dem gesammten Staatswesen der Union er herbeigeführt hatte, das zeigte sich, ganz abgesehen von der vollständigen Niederwerfung der Sklavenhalter-Partei, welche bis zum Jahre 1861 in allen politischen Fragen fast die allein herrschende gewesen war, vornehmlich in vier Punkten: 1. in der gewaltigen Erhöhung der geringen Bundesschuld der Vereinigten Staaten bis zu 2800 Millionen Dollars; 2. in der Aufhebung der Baar- oder Hartgeldzahlung und der Schaffung eines Papiergeldes mit Zwangscours (legal tender), dessen Werthschwankungen den Speculationsgeist zu einer schwindelnden Höhe steigerten; 3. in der Durchführung eines an Prohibitivzölle grenzenden Schutzzollsystems; 4. in der Steigerung eines centralisirenden Nationalbewußtseins und der Verschärfung der ohnehin schon bestehenden Neigung zu einem reinen Parteiregiment und zur politischen Corruption.

Die auf die Besiegung der südlichen Sklavenhalter-Rebellion folgende Periode der sogenannten „Reconstruction“ ist, wie Dr. Friedrich Ratzel in seinem werthvollen Werke „Die Vereinigten Staaten von Nordamerika“ mit Recht bemerkt, diejenige Phase der Geschichte der Vereinigten, aus welcher die Union noch heute nicht ganz herausgetreten zu sein scheint. Die bedingungslose Unterwerfung des aufständischen Südens bedeutete die Wiederanerkennung der nationalen Bundesgewalt. Ein Friedensschluß, wie er unter selbständigen Nationen am Platze ist, war mit den Rebellen nicht möglich. In diesem Sinne wurde denn auch die Reconstruction begonnen. Die durch die Botschaft des Präsidenten Lincoln vom 1. Januar 1863 angebahnte Lösung der Sklavenfrage wurde durch das 13. Amendement zur Bundesverfassung, welches die Sklaverei im ganzen Gebiete der Vereinigten Staaten aufhob, wesentlich dem Abschlusse näher geführt. Dies Amendement konnte aber nicht eher in Kraft treten, als bis es

von drei Vierteln aller Unionsstaaten angenommen war, und mit vollstem Rechte machte Präsident Johnson von der Annahme dieser Verfassungsänderung die Gewährung aller Erleichterungen abhängig, die er als Staatsoberhaupt dem zur Union zurückgeführten Süden zu bieten im Stande war. Am 18. December 1865 konnte Johnson durch seinen Staatssecretär oder Premierminister William H. Seward in feierlicher Proclamation kund thun, daß die Annahme des Amendements den gesetzlichen Vorschriften gemäß thatsächlich erfolgt sei. Obschon nun die Südstaaten durch Ratification dieser Verfassungsänderung das höchste constitutionelle Recht ausgeübt hatten und somit wiederum als „vollberechtigte Glieder der Union" aufgetreten waren (vgl. Heinrich Blankenburg: „Die innern Kämpfe der nordamerikanischen Union" S. 255 ff.), so hielten doch sowohl Johnson wie der Congreß aus praktischen Gründen an der Forderung fest, daß die Secessionsstaaten, bevor ihnen auch in jeder andern Beziehung ihre früheren Rechte der Union gegenüber zugestanden werden könnten, die Secessionsbeschlüsse in aller Form für nichtig zu erklären und, unter Abwerfung der von der südstaatlichen Conföderation aufgenommenen Schuld, die vom unionstreuen Norden im nationalen Interesse gemachte Kriegsschuld als allgemeine Nationalschuld anzuerkennen hätten. Bis zur Erfüllung dieser durch weise Vorsicht gebotenen Bedingungen stand der Süden unter Militärdictatur, zu deren Stütze etwa 70,000 Mann der Bundesarmee daselbst unter Waffen blieben. Nachdem aber die Gesetzgebungen der Südstaaten jenen Forderungen Genüge gethan hatten, glaubte Präsident Johnson, der sich zwar ganz im Lincolnschen Geiste zu einer versöhnlichen, verfassungs- und gesetzmäßigen Politik bekannte, aber lange nicht dessen Autorität genoß, jenen Staaten ihre vollen Staatenrechte wieder zuerkennen zu sollen. Anders dachte jedoch der Congreß, der in seiner Mehrheit aus unversöhnlichen Mitgliedern der republikanischen Partei bestand; er schloß die demokratischen Vertreter der bereits reconstruirten und vom Präsidenten für vertretungsberechtigt erklärten Südstaaten von der Bundesgesetzgebung aus. Dieser Beschluß inaugurirte eine lange Reihe schwerer Conflicte zwischen den beiden Hauptfactoren der Unionsregierung, dem Präsidenten und dem Congresse.

Auf diese Differenzen im Einzelnen hier einzugehen, würde zu weit führen, es sei nur constatirt, daß der Congreß, theils durch das an sich nicht unberechtigte Streben, die Competenz der Unionsgewalt zu erweitern, geleitet (vergl. Dr. Eugen Schlief: „Die Verfassung der Nordamerikanischen Union“ S. 452 ff.), theils durch eine mit Mißtrauen und Rachsucht gepaarte Herrschbegierde getrieben, über das vom Präsidenten eingelegte Veto hinweg zu wiederholtenmalen tief in das Selbstbestimmungsrecht der Südstaaten eingriff, daß er sich über diese Staaten, welche zu fünf Militärbezirken gruppirt wurden, die vollste Diktatur anmaßte, daß er durch das 14. Amendement zur Bundesconstitution den freigelassenen Negern das gemeine Bürgerrecht verlieh, und zwar nicht nur für die Union, sondern auch für die Einzelstaaten, und daß er den früheren Rebellen das Recht zur Theilnahme an den Wahlen für die Präsidentschaft und den Congreß, den Häuptern der Rebellion aber auch die passive Wahlfähigkeit zu allen Bundesämtern entzog, bis der Congreß durch eine Zweidrittel-Majorität eine derartige Rechtsentziehung wieder aufgehoben habe. Die Regierung der einzelnen Südstaaten war unter diesen Umständen thatsächlich in die Hand der Bundeslegislatur gelegt, in welcher die extremen Republikaner bedingungslos dominirten. So konnte es geschehen, daß in den gesetzgebenden Körperschaften der Südstaaten alsbald die rohesten Elemente, übelberüchtigte Abenteurer aus dem Norden, die sogenannten „Carpetbaggers“, und unwissende Neger das große Wort führten, daß die öffentliche Sicherheit bedenklich abnahm und Handel und Wandel schwer darniederlagen. Als nun Andrew Johnson seinerseits am 4. April 1866 den Aufstand der Secessionsstatten für vollkommen beendigt erklärte, als er dann von seinem Begnadigungsrechte den früheren Rebellen gegenüber einen so freigebigen Gebrauch machte, daß kaum noch 2000 Nichtbegnadigte übrig blieben, und als er schließlich den radikalgesinnten Kriegsminister Edwin M. Stanton seines Amtes entsetzte, da erhob das Repräsentantenhaus des 40. Congresses gegen den Präsidenten eine Anklage wegen Gewaltmißbrauchs. Zum erstenmal seit dem Bestehen der Union constituirte sich der Bundessenat zum Gerichtshofe, um das Haupt der Nation vor seine Schranken zu

fordern. Allein die zu einer Verurtheilung erforderliche Zweidrittel-Mehrheit konnte, da auch einige republikanische Senatoren für Johnson stimmten, von den Gegnern des Präsidenten im Senate nicht zu Stande gebracht werden, und so endete das Verfahren mit einer Freisprechung des Angeklagten.

Eine der letzten Amtshandlungen des Präsidenten Andrew Johnson bestand darin, daß er dem Congresse eine Botschaft übersandte, in welcher er ein Amendement zur Bundesverfassung empfahl. Nach dem Vorgange von Andrew Jackson und Thomas H. Benton schlug er nämlich vor, daß in der Folge das Volk der Vereinigten Staaten unmittelbar und direkt, und nicht mittels der complicirten Maschinerie des Elektoral-Collegiums, den Präsidenten der Vereinigten Staaten wählen sollte, daß die Dauer des Präsidentenamtes sechs Jahre, anstatt vier, sein möge, ferner, daß die Constitution so abgeändert werde, daß, im Falle der Präsident und der Vicepräsident durch Todesfall, Absetzung oder Unfähigkeit aus ihren Aemtern entfernt würden, einer der zeitweiligen Minister als Verweser des Präsidentenamtes einzutreten hätte. Eine ähnliche Modification der Verfassung wurde später auch von dem Präsidenten Rutherford B. Hayes dem Congresse in Vorschlag gebracht. Außerdem empfahl Johnson, daß auch die Bundessenatoren direkt durch das Volk und nicht durch die Staatsgesetzgebungen gewählt, und daß die Richter des höchsten Bundesgerichtshofes nur für eine zwölfjährige Amtsdauer, anstatt auf Lebenszeit, ernannt würden. Der Congreß ging indeß auf die Berathung dieser theilweise richtigen und zweckmäßigen Reformvorschläge nicht ein.

Die unparteiische Geschichtschreibung wird vielleicht dereinst Andrew Johnson milder beurtheilen, als dies von vielen seiner zeitgenössischen Landsleute geschehen ist, wenn sie ihn auch nicht, wie dies einige namhafte Schriftsteller bereits gethan haben, als „einen der bedeutendsten Staatsmänner der Vereinigten Staaten" bezeichnen wird. Der geringe praktische Erfolg seiner Bestrebungen darf kaum als ein Maßstab für den wirklichen Werth derselben angesehen werden. Johnsons Politik ging dahin, die Reconstruction der Union vor allen Dingen in Einklang mit dem Wortlaute der Constitution zur Durchführung zu bringen.

„Union und Constitution", heißt es in einer seiner Botschaften an den Congreß, „sind untrennbare Dinge; ohne Constitution wir sind nichts, aber mit der Constitution und durch dieselbe sind wir das, wozu sie uns gemacht hat."

Eine ganz andere Stellung als Johnson nahm sein Amtsnachfolger, der General U. S. Grant, ein; während jener den Anforderungen der durch den Bürgerkrieg hervorgerufenen Verhältnisse, die eine straffere Centralisation und eine Stärkung der nationalen Autorität nothwendig machten, nicht überall in genügendem Maße nachkam und deshalb mit der Mehrheit des Congresses in Conflict gerieth, so warf sich Grant vollständig dem radikalen Flügel der republikanischen Partei in die Arme, obschon er ursprünglich, ebenso wie Johnson, der demokratischen d. h. der decentralisirenden Partei angehört hatte. Bezeichnend war die officielle Versicherung, die Grant in dem Schreiben, in welchem er die ihm angetragene Candidatur für das Präsidentenamt annahm, gab und die dahin ging, „daß er stets den Willen des Volkes respectiren werde." Was Grant hier als „den Willen des Volkes" bezeichnete, war in der That nur sein eigener Wille und die Politik der radikalen Republikaner, der er ebenso sehr huldigte, wie Johnson ihr widerstrebt hatte. In der Finanzfrage, welche in der neuesten Zeit eine Hauptrolle in der innern Politik der Vereinigten Staaten spielte, trat Grant mit der überwiegenden Majorität der republikanischen Partei für eine ehrliche Abzahlung der Nationalschuld und für möglichst baldige Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung ein, während die Demokraten in ihrer Mehrzahl und im Widerspruch zu der früher von ihnen befolgten Politik für Vermehrung des uneinlösbaren Papiergeldes und für Zahlung der Nationalschuld und deren Zinsen in Papiergeld stimmten. Den Südstaaten gegenüber unterstützte Grant auf das eifrigste die von den Radikalen empfohlenen, vielfach parteiischen und daher nicht immer gerechten Reconstructionsgesetze. Die unausbleiblichen Folgen hiervon waren Conflicte ohne Ende, Mißregierung und steigende Verarmung des Südens.

Am 30. März 1870 wurde das 15. Verfassungs-Amendement proclamirt, durch welches etwa 4 Millionen Neger das volle politische

Stimmrecht erhielten, ein Recht, zu dessen verständiger Anwendung sie noch keineswegs genügend befähigt waren. Zu den Rückschlägen, welche eine solche Gesetzgebung in der ersten Zeit zur Folge hatte, gehört u. a. das Entstehen des gegen die Farbigen und die Eindringlinge aus dem Norden gerichteten „Kuklux-Clan", eines südlichen Geheimbundes, der schließlich nur unter Anwendung der schärfsten Gewaltmaßregeln, welche seinem eigenen gewaltthätigen Auftreten übrigens vollkommen entsprachen, zu unterdrücken war. Dazu kam eine immer tiefer greifende Corruption in der staatlichen und communalen Verwaltung. Der Aemterhandel und die Unterschlagung öffentlicher Gelder wurden nie so schamlos betrieben, wie unter Grants Administration. In der nächsten Umgebung und unter den persönlichen Freunden dieses Präsidenten befanden sich die bestechlichsten und betrügerischsten Menschen. „Keine Periode der Geschichte der Union", sagt deshalb Friedrich Ratzel a. a. O. scharf, aber nicht mit Unrecht, „zeigt so beschämend unreine Sitten, wie diejenige der Präsidentschaft Grants." Vergeblich bemühte sich die namentlich durch Karl Schurz ins Leben gerufene Partei der „liberalen Republikaner", die Wiedererwählung Grants im Jahre 1872 zu verhindern, eine Reform des Civildienstes durchzusetzen und das Militärregiment im Süden aufzuheben. Eine Reihe von öffentlichen Skandalen trug wesentlich dazu bei, das Ansehen der nationalen Regierung und die Machtstellung der republikanischen Partei in der öffentlichen Meinung zu untergraben. Schon die im Jahre 1874 vorgenommenen Congreßwahlen fielen in mehreren Einzelstaaten der Union zu Gunsten der Demokraten aus und verschafften denselben zunächst im Repräsentantenhause, später auch im Bundessenate die Majorität.

Unter solchen Umständen kam die Präsidentenwahl des Jahres 1876 heran, durch welche nach hartem Kampfe Rutherford B. Hayes aus Ohio an die Spitze der Union gestellt wurde. Mit Hayes trat denn endlich in vieler Hinsicht eine Reformära ein; er stellte den trefflichen Grundsatz auf: „Derjenige dient seiner Partei am besten, welcher dem Lande am besten dient", und war in ehrlicher Weise bemüht, die zwischen dem Norden und Süden der Union bestehenden Gegensätze auszugleichen und zu versöhnen. Unter der Administration des Präsidenten Hayes nahmen

die auch in Amerika längere Zeit darniederliegenden Geschäfte einen kräftigen Aufschwung, die Partei der Republikaner gewann wieder an Macht und Ansehen und bei der im Jahre 1880 vorgenommenen Präsidentenwahl trugen die republikanischen Candidaten James A. Garfield und Chester A. Arthur über ihre demokratischen Gegner den Sieg davon.

Erstes Kapitel.

Die Administration des Präsidenten Ulysses S. Grant.

Es war am 20. Mai 1868, als die Nationalconvention der republikanischen Partei zu Chicago im Staate Illinois zusammentrat, um ihr Programm für die bevorstehende Präsidentenwahl zu entwerfen und Candidaten für die Präsidentschaft und Vicepräsidentschaft aufzustellen. Ueber 50,000 Fremde waren nach jener Stadt geeilt, um Zeugen der Beschlüsse und Handlungen zu sein, die bestimmt waren, einen mächtigen Einfluß auf die ferneren Geschicke der Nordamerikanischen Union auszuüben. Da in den verschiedenen Nationalconventionen, welche den Hauptfeldzugsplan bei herannahenden Präsidentenwahlen berathen und aufstellen, jeder einzelne Unionsstaat doppelt so viel Delegirte zu stellen pflegt, als er Repräsentanten in den Congreß sendet (New-York hatte z. B. damals im Congreß 33 Repräsentanten, in den Nationalconventionen mithin 66), so befanden sich, mit Einschluß der beiden Vertreter der einzelnen Territorien, in der republikanischen Nationalconvention zu Chicago 650 Delegirte, die alle Staaten und Territorien der Union, mit der einzigen Ausnahme von Neumexiko, repräsentirten. Das deutsche Element ward, im Gegensatz zu den meisten demokratischen Versammlungen ähnlicher Art, gebührend anerkannt und geehrt. Diese Thatsache ist leicht erklärlich, wenn man bedenkt, wie zahlreich die deutsch-amerikanische Bevölkerung in den Vereinigten Staaten ist und mit welcher Begeisterung dieselbe während des Secessionskrieges für die Erhaltung

der Union in die Schranken trat. Gouverneur Ward, Präsident des national-republikanischen Comités, schlug Herrn Karl Schurz aus Missouri zum provisorischen Vorsitzenden der Versammlung vor, und nachdem derselbe einstimmig als solcher anerkannt war, hielt er eine der Gelegenheit vollständig entsprechende Rede. Er wies in beredten Worten auf die durch die republikanische Partei erzielten wohlthätigen Erfolge hin und bezeichnete als die nächste Aufgabe dieser Partei, daß sie einer verderblichen Reaction vorbeugen und die für die Union so vortheilhaften Errungenschaften des Bürgerkrieges im Interesse eines gedeihlichen Fortschrittes, im Interesse der Ordnung, der Humanität und der Freiheit sicherstellen müsse. „Die Lösung dieser Aufgabe", sagte er, „erfordert einen hohen Grad von Begeisterung und Vaterlandsliebe, sie verlangt fast mehr Hingebung und mehr Ausdauer, als das amerikanische Volk während der bereits bestandenen Kämpfe an den Tag gelegt hat, sie erheischt jene ruhige, staatsmännische Umsicht, welche darin besteht, daß man sich darüber vollständig klar ist, was erreicht werden soll und wie es erreicht werden kann. Als die republikanische Partei eben im Begriffe war, an die Stelle des Beseitigten und Niedergerissenen neue Schöpfungen ins Leben zu rufen, wurde ihr durch eins der scheußlichsten Verbrechen, welche in dem Buche der Geschichte verzeichnet stehen, ein Mann entrissen, dessen höchste Tugend in der Würdigung der edelsten Regungen des Volksherzens bestand. Auf dem Gipfelpunkt des Ruhmes wurde Abraham Lincoln durch die Hand eines Meuchelmörders niedergestreckt, und wir vermögen die Größe des Verlustes am besten zu ermessen, wenn wir den Ermordeten mit seinem Nachfolger vergleichen. Es kam die Zeit der bittersten Enttäuschungen. Unsere Politik wurde durch denselben Mann (Andrew Johnson) durchkreuzt, welchem wir in einem unglücklichen Augenblick den Weg zur Macht gebahnt hatten. Zwischen den legislativen und exekutiven Branchen der Regierung entspann sich ein heißer Kampf und man entdeckte neue Gefahren, wo Friede und Ruhe hätten walten sollen. Wir haben schmerzliche Erfahrungen gemacht. Allein dies darf uns nicht schrecken. Sind die Principien, welche wir befürworten, jetzt nicht ebenso groß wie früher? Ist die Nothwendigkeit der Verwirklichung derselben nicht ebenso einleuchtend wie je vorher?

Ist Gerechtigkeit nicht noch immer Gerechtigkeit, Wahrheit noch immer Wahrheit, Recht noch immer Recht? Sind wir nicht noch heute die Vertheidiger von Gerechtigkeit, Wahrheit und Recht, wie wir es gestern waren? Es liegt für uns kein Grund zur Besorgniß und Furcht vor. Der Sieg wird der republikanischen Partei treu sein, solange letztere sich selbst treu ist. Darum lassen Sie uns unsere Blicke muthig und fest auf das hohe Ziel richten, welches erreicht werden soll. Kein Unfall darf unsern Gleichmuth stören. Gestatten wir nicht, daß Leidenschaft und Unwille, genährt durch die Enttäuschung der jüngsten Zeit (die Freisprechung Andrew Johnsons), wie beleidigt auch unser Rechtsgefühl sein mag, uns über die von Weisheit und Selbstachtung gezogenen Grenzen fortreiße. Was wir zu erreichen haben, ist so wichtig und so groß, daß wir, wie stark auch die Provokation sein möge, uns nicht durch persönlichen Groll gegen gewisse Persönlichkeiten (die abtrünnigen republikanischen Senatoren) bestimmen lassen dürfen, unsere Würde zu compromittiren, mag unser Freund oder Feind sein, wer da wolle. Lassen Sie uns, als die Vertreter des loyalen Volks der Vereinigten Staaten, ruhig vorwärts schreiten mit dem nimmer wankenden Entschlusse, alle uns auferlegten Pflichten zu erfüllen, damit dem Soldaten, der für uns focht, dem südlichen Unionsmann, der für die Sache der Union sein Leben aufs Spiel setzte, den Negern, welchen wir wirkliche und dauernde Freiheit versprochen, und den Gläubigern der Nation, die uns Vertrauen geschenkt haben, Gerechtigkeit zu Theil werde. Lassen Sie uns fest und beharrlich fortstreben, um die Ehre der Regierung wieder herzustellen, Corruption auszumerzen, wo immer wir sie finden, sei es außerhalb oder innerhalb der Partei, und die Hauptämter der Republik ehrlichen, aufrichtigen und fähigen Männern anvertrauen. Lassen Sie uns mit unerschütterlicher Festigkeit die klare Logik der Erfolge, welche wir bereits im Interesse der Freiheit und der Gleichberechtigung errungen, bis zu ihrer äußersten Tragweite zur Geltung bringen. Furchtlos wollen wir es verkünden, daß die Mission der republikanischen Partei nicht eher zu Ende ist, als bis die in der Unabhängigkeitserklärung ausgesprochene große Wahrheit im vollsten Sinne des Wortes zur Wirklichkeit geworden ist. Bleiben wir unserer Geschichte

und uns selbst treu und bannen wir jede Furcht! Kein Schritt sei rückwärts gethan, „Vorwärts!" laute die Parole! Lassen Sie uns das Banner des Fortschritts, der Freiheit, der Gleichberechtigung, der nationalen Rechtschaffenheit und Ehrlichkeit hoch vorantragen, und ich sage Ihnen: ich finde den Gedanken verächtlich, daß das amerikanische Volk sich so weit vergessen sollte, sein Geschick in die Hände von Männern zu legen, welche noch vor ganz kurzer Zeit die Republik zu zerstören versuchten, und heute bereit stehen, dieselbe zu entehren."

Außer Schurz spielten noch folgende Deutsche in der Convention eine hervorragende Rolle: Exgouverneur Salomon von Wisconsin, Friedrich Hassaurek von Cincinnati, früher nordamerikanischer Gesandter in Chile, und Hermann Raster, Redacteur der „Illinois Staats-Zeitung". Der letztgenannte talentvolle Journalist war Mitarbeiter an dem Programm, welches die Partei aufstellte, und ihm gebührt vornehmlich das Verdienst, daß die der ehrlichen Tilgung der Staatsschuld gewidmeten Artikel so energisch ausfielen und die Ehre des Landes auch dem fremden Gläubiger gegenüber zu retten suchten.

Das zur Abfassung eines Programms oder einer Platform gewählte Comité stellte in 12 Artikeln das politische Glaubensbekenntniß der republikanischen Partei zusammen; der wesentliche Inhalt desselben ist kurz folgender: Die in der Nationalconvention der republikanischen Partei versammelten Vertreter des Volks der Vereinigten Staaten beglückwünschen die Erledigung der Reconstructionspolitik des Congresses und wollen den loyalen Männern des Südens, ohne Unterschied der Farbe, also auch den Negern, gleichmäßige Stimmberechtigung gewährleistet wissen, während die Bestimmungen über das Wahlrecht in den stets loyalen Staaten ausdrücklich den betreffenden Staaten selber vorbehalten werden (Art. 1—2). Die Repudiation, d. h. nicht ehrliche Abzahlung, der Staatsschuld wird verworfen, dagegen werden gleichmäßige Besteuerung, eine billige Frist für Rückzahlung der Staatsschuld, sowie eine bald, aber auf ehrlichem Wege, zu bewerkstelligende Reduktion der Zinsen für die Nationalschuld gefordert. Im weitern Verlaufe empfahl das Programm als bestes Mittel zur Verminderung der Schuld Besserung des nationalen Kredits, sprach sich entschieden und scharf gegen Andrew Johnson aus,

zollte den Manen Abraham Lincolns den Tribut des Dankes und der Liebe, constatirte das Recht des Expatriation und erklärte als Pflicht gegenüber den Soldaten aus dem letzten Kriege und den Hinterbliebenen der gefallenen Krieger die pünktliche und treue Einlösung der Verbindlichkeiten, welche die Nation als eine heilige Erbschaft übernommen habe (Art. 3—10). Zum Schlusse war die Begünstigung der Einwanderung empfohlen und allen unterdrückten Völkern, die für ihre Rechte kämpften, die lebhafteste Sympathie ausgedrückt (Art. 11—12).

Diese 12 Artikel wurden in der am 21. Mai stattfindenden Sitzung der Convention unverändert angenommen, nur wurden ihnen noch zwei andere beigefügt, welche Karl Schurz einreichte und die also lauteten:

„1. Wir billigen die Großmuth und die Nachsicht, womit diejenigen Männer, welche früher der Rebellion dienten, jetzt aber frei und offen mit uns zusammen dahin streben, dem Lande den Frieden zu sichern und die südlichen Staaten auf der Basis unparteiischer Gerechtigkeit und vollkommener Rechtsgleichheit in die Gemeinschaft des loyalen Volkes zurückzuführen, von aufrichtigen Unionsmännern als Freunde anerkannt werden, und wir wünschen, daß alle frühern Rebellen in dem Maße ihre vollen Bürgerrechte wieder erhalten, wie ihre Loyalität und das Wohl des Landes es zuläßt.

2. Wir sehen die hehren Principien, welche der unsterblichen Unabhängigkeitserklärung zu Grunde liegen, als die wahre Basis eines demokratischen Staatswesens an und begrüßen mit Freudigkeit jeden Versuch, der dazu dient, diese Principien auf dem ganzen weiten Gebiete der Union dauernd zu verwirklichen."

Nach Annahme des Programms schritt man nun zur Aufstellung der Candidaten. General John A. Logan von Illinois erhob sich von seinem Sitze und proponirte den Namen des Generals U. S. Grant in folgender Weise: „Im Namen der loyalen Bürger und der Land- und Seesoldaten der großen Republik der Vereinigten Staaten von Amerika; im Namen der gesetzlichen Ordnung, der Freiheit, der Humanität und der Gerechtigkeit; im Namen der national-republikanischen Partei der Union stelle ich zum Candidaten für das höchste Amt der Nation Ulysses S. Grant auf." Dieser Name wurde mit begeisterten

Zurufen begrüßt, und der reguläre Präsident der Versammlung, Joseph R. Hawley von Connecticut, erklärte, daß bei der erfolgten Abstimmung sämmtliche 650 Delegirte ihre Stimmen für Grant abgegeben hätten. Auf Antrag von Seymour aus Wisconsin wurde General Grant telegraphisch von seiner Aufstellung als Präsidentschafts-Candidat in Kenntniß gesetzt.

Für das Amt des Vicepräsidenten erhielten bei der ersten Abstimmung 10 Candidaten Stimmen; die relative Mehrheit derselben erhielt Benjamin F. Wade von Ohio. Da aber zur Aufstellung die absolute Majorität nothwendig war, so mußte wiederholt abgestimmt werden. Erst nach der fünften Abstimmung fielen von 650 Stimmen 622 auf Schuyler Colfax von Indiana, worauf General Daniel E. Sickles aus New-York beantragte, daß dessen Aufstellung für eine einstimmige erklärt werde; die Delegation von Ohio unterstützte diesen Antrag, und unter lautem Beifall wurde derselbe angenommen.

Der Brief, in welchem Grant officiell die Candidatur seiner Partei annahm, war kurz, klar und entschieden. Er ließ sich darin nicht auf eine lange Erörterung der politischen Fragen ein, sondern erklärte, daß er bereit sei, den Willen des Volks zu erfüllen, gleichviel welche neue politische Fragen auftauchen möchten. Seine Politik war, mit Einem Worte, die Ausführung des Volkswillens. Der Wortlaut dieses Briefes ist folgender:

„Washington, District von Columbia, 29. Mai 1868.

Hrn. Joseph R. Hawley,

Präsidenten der national-republikanischen Convention.

Bei der formellen Annahme der Candidatur der national-republikanischen Convention vom 21. Mai scheint es passend, wenn ich außer der einfachen Erklärung der Annahme einige meiner Ansichten kurz feststelle. Die Verhandlungen der Convention zeichneten sich durch Weisheit, Mäßigung und Patriotismus aus und sind, wie ich glaube, der treue Ausdruck von den Gefühlen aller derer, welche dem Lande in der letzten Prüfungszeit mit Hingebung zur Seite standen. Wenn ich zum Präsidenten der Vereinigten Staaten erwählt werden sollte, so soll es mein Bestreben sein, alle Gesetze in gutem Glauben (in good faith) und

mit weiser Sparsamkeit (with economy) auszuführen, um Frieden, Ruhe und Sicherheit überall aufrecht zu erhalten. In einer Zeit, wie die gegenwärtige, ist es unmöglich oder wenigstens sehr unangebracht, die Richtung der Politik genau zu bestimmen, welche, möge sie richtig oder falsch sein, vier Jahre hindurch treu befolgt werden soll. Fortwährend tauchen neue unvorhergesehene Fragen in der Politik auf; die Ansichten des Publikums, wie sie in der öffentlichen Meinung zum Ausdruck kommen, verändern sich hinsichtlich aller Fragen jeden Augenblick, und einem reinen Verwaltungsbeamten (purely administrative officer) sollten die Hände nie gebunden sein, den Willen des Volkes auszuführen (to execute the will of the people). Ich habe stets diesen Willen geachtet und werde ihn stets achten. Durch Frieden und das nothwendige Resultat des Friedens, allgemeines Gedeihen, verbunden mit weiser Oekonomie in der Verwaltung, muß die Last der drückenden Steuern erleichtert und die Staatsschuld zugleich fortwährend vermindert werden. Lasset uns Frieden haben! (Let us have peace!)

Mit großer Hochachtung

U. S. Grant."

Schuyler Colfax war in seinem vom 30. Mai datirten Annahmebriefe viel ausführlicher als Grant; er bezeichnete die Grundsätze, welche die Politik des Landes wesentlich bestimmen müßten, hielt der republikanischen Partei eine warme Lobrede und sprach die feste Hoffnung aus, daß sie die wahrhaft nationale Partei sein und bleiben werde.

Nachdem die Republikaner in Chicago ihre Bannerträger für die kommende Präsidentenwahl ernannt hatten, trat die demokratische Partei zu ihrer Nationalconvention am Sonnabend, 4. Juli, in der Stadt New-York zusammen, um ebenfalls die Präsidentschafts-Candidaten zu bestimmen. Die Versammlung organisirte sich, indem sie Herrn Henry S. Palmer aus Wisconsin zum temporären Vorsitzenden erwählte, bestimmte die betreffenden Ausschüsse, namentlich den zur Entwerfung der Platform, und vertagte sich alsdann bis zum Montag, 6. Juli. An diesem Tage wurde Horatio Seymour von New-York zum dauernden Vorsitzenden gewählt und eine aus acht Paragraphen bestehende Platform angenommen. Bemerkenswerth und charakteristisch

für die demokratische Partei sind aus diesem Aktenstücke folgende Punkte: Zunächst wurde eine „sofortige Gleichstellung" aller Unionsstaaten, auch derjenigen Südstaaten, die sich noch unter einer militärischen Diktatur befanden, verlangt, alsdann eine Amnestie für alle politischen Vergehen und Verbrechen. In Hinsicht auf die Abtragung der durch den Bürgerkrieg veranlaßten Nationalschuld wurde die Forderung gestellt, daß diese Schuld, soweit es nicht ausdrücklich anders bestimmt sei, in minderwerthigem Papiergelde abgetragen werden solle. Die republikanische Mehrheit des Congresses wurde wegen der von ihr beschlossenen Reconstructionsmaßregeln einer „unerhörten Unterdrückung und Tyrannei" (unparalled oppression and tyranny) den früheren Rebellenstaaten gegenüber angeklagt, der Widerstand des Präsidenten Johnson gegen die Maßregeln des Congresses wurde höchlich gepriesen, sämmtliche Reconstructionsgesetze aber wurden als „gewaltthätig, verfassungswidrig, revolutionär und null und nichtig" (as usurpations and unconstitutional, revolutionary and void) erklärt. Die Platform stand im Wesentlichen vollkommen mit dem Inhalte eines kurz vor der demokratischen Nationalconvention veröffentlichten, an den Obersten James O. Broadhead gerichteten Briefe des Generals Frank P. Blair in Einklang. Blair war früher ein eifriges Mitglied der republikanischen Partei gewesen, er hatte längere Zeit als Republikaner den Staat Missouri im Repräsentantenhause des Congresses vertreten und während des Krieges tapfer unter Grant und W. T. Sherman gekämpft. Seit dem Tode Lincolns aber hatte er sich den Demokraten genähert und war schließlich vollständig zu ihnen übergetreten. In dem erwähnten Briefe appellirte Blair geradezu an die offene Gewalt, indem er verlangte, der künftige Präsident müsse die vom Congresse angenommenen Reconstructionsgesetze „in den Staub treten".*) Die demokratische Nationalconvention brauchte mehrere Tage, bevor sie mit der Ernennung ihrer

*) Am Schlusse des Blair'schen Briefes an den Obersten Broadhead, der vom 30. Juni 1868 datirt ist, kamen folgende Worte vor: „We must have a President who will execute the will of the poeple by trampling into dust the usurpations of Congress, known as the Reconstruction Acts."

Präsidentschafts-Candidaten fertig wurde. Erst am 9. Juli wurden schließlich Horatio Seymour für das Amt des Präsidenten und Frank P. Blair für das des Vicepräsidenten ernannt. Ein Versuch, den Oberrichter Chase an Seymours Stelle zu bringen, scheiterte. Letzterer nahm die auf ihn gefallene Nomination in einem Schreiben vom 4. August an; Blair hatte dasselbe schon früher gethan und dabei, auf die Schlußworte von Grants Annahmeschreiben anspielend, erklärt, „der Friede, zu dem Grant einlade, sei der Friede des Despotismus und des Todes.“

Am 3. November 1868 fand die Wahl der Elektoren oder Präsidentenwähler in den einzelnen Unionsstaaten statt, nur die Staaten Mississippi, Virginien und Texas wählten noch nicht mit. Die große Mehrzahl der Stimmen fiel auf die Candidaten der republikanischen Partei und am zweiten Mittwoch im Februar 1869 wurde das Resultat der Wahl nach den Vorschriften der Constitution officiell im Congresse publicirt. In der Volksabstimmung waren auf Grant 3,012,833, auf Seymour 2,703,249 Stimmen gefallen, so daß ersterer mit einer Majorität von 309,684 Stimmen gewählt worden war. Am 4. März konnte U. S. Grant ungestört das Amt des Präsidenten und Schuyler Colfax das des Vicepräsidenten antreten. In seiner Inaugurationsrede erklärte Grant noch einmal, daß er zwar in allen politischen Fragen seine eigene Meinung haben, aber niemals versuchen werde, dieselbe gegen den Willen des Volkes mit Gewalt durchzuführen. Sein Ministerium bestand aus Hamilton Fish als Staatssekretär, John A. Rawlins als Kriegsminister, J. D. Cox als Minister des Innern, George S. Boutwell als Finanzminister, Adolph E. Borie als Marineminister, E. Rockwood Hoar als Attorney-General oder Justizminister und John A. J. Creswell als General-Postmeister. An die Stelle von Rawlins, der schon am 6. September 1869 starb, trat William W. Belknap aus Iowa, und auf Borie, der bald seinen Ministerposten niederlegte, folgte George M. Robeson aus New-Jersey.

Die erste Sitzung des 41. Congresses begann Mittags 12 Uhr, am 4. März 1869, und Karl Schurz trat an diesem Tage als Vertreter von Missouri und Nachfolger von John B. Henderson in den Bundessenat ein, dessen Vorsitz der Vicepräsident Schuyler Colfax über-

nahm. Um diese Zeit war die Bundesgesetzgebung noch immer lebhaft mit der Reconstructionspolitik beschäftigt, welche so arge Zerwürfnisse zwischen ihr und Grants Vorgänger im Präsidentenamte, dem am 31. Juli 1875 verstorbenen Andrew Johnson, hervorgerufen hatte; noch immer waren nicht alle frühern Sklavenstaaten, welche die südliche Conföderation gebildet hatten, als vollberechtigte Bundesstaaten wieder in die Union aufgenommen worden. In einer Botschaft an den Congreß vom 7. April 1869 empfahl Präsident Grant angelegentlichst die Wiederaufnahme von Virginien und Mississippi. Schon am 8. April brachte der Vertreter von Massachusetts, Benjamin F. Butler, im Namen des Reconstructionsausschusses des Repräsentantenhauses, angesichts der bevorstehenden Vertagung des Congresses bis zum December, einen Gesetzesvorschlag ein, durch welchen dem Präsidenten die Vollmacht ertheilt wurde, nicht nur in Virginien und Mississippi, sondern auch in Texas Abstimmungen über die Bundesconstitution, ganz oder theilweise, wie er es für gut befinden würde, vornehmen zu lassen und zugleich Wahlen für die gesetzgebenden Versammlungen und Staatsämter der drei erwähnten Staaten zu veranlassen. Dies alles sollte unter militärischer Aufsicht geschehen, welche aber nur einzugreifen habe, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung dies verlange. Ohne vieles Debattiren wurde diese Bill im Repräsentantenhause gegen eine sehr geringe Opposition angenommen und an den Senat gesandt. Dieser fügte auf Antrag des Senators von Indiana, Oliver P. Morton, die Bestimmung hinzu, daß die Gesetzgebungen der betreffenden Staaten, bevor ihre Wiederzulassung als gleichberechtigte Staaten in die Union stattfinden könne, das 15. Amendement zur Bundesconstitution ratificiren müßten. Hiermit erklärte sich das Repräsentantenhaus einverstanden, und Präsident Grant unterzeichnete das Gesetz. Das 15. Amendement zur Constitution der Vereinigten Staaten garantirte aber allen Bürgern der Union, ohne Rücksicht auf „Rasse, Farbe oder früheres Befinden in der Sklaverei" (Race, color or previous condition of servitude) das Stimmrecht (the right to vote). Mit diesen Reconstructionsmaßregeln erklärte sich auch Karl Schurz einverstanden, ohne sich viel an der Debatte zu betheiligen. Ebenso stimmte Schurz, der bald eine

hervorragende Rolle in der Bundesgesetzgebung spielen sollte, bei den Gesetzen über die Modifikation der Aemterbesetzungsacte (31. März) und über die Hebung des öffentlichen Kredits (15. März) mit der Majorität. Das letztgenannte Gesetz, welches auch nach seinem Urheber, dem Mitgliede des Repräsentantenhauses, Robert C. Schenck, die Schenck-sche Finanzbill genannt wird, war bestimmt, jeden Zweifel zu entfernen über die Absicht der Unionsregierung, alle gerechten Verpflichtungen gegen die Gläubiger der Vereinigten Staaten zu erfüllen, und über alle sich etwa widersprechenden Fragen und Auslegungen der Gesetze, kraft welcher solche Schuldverpflichtungen eingegangen wurden, endgiltig zu entscheiden; es erklärte nämlich, daß die Ehre der Vereinigten Staaten feierlich verpfändet sei für die Zahlung aller unverzinslichen Obligationen derselben, bekannt als Vereinigte Staaten-Noten, und aller zinstragenden Obligationen der Vereinigten Staaten in klingender Münze (in coin) oder deren Aequivalent, außer in Fällen, wo das Gesetz, durch welches die Emission irgend solcher Obligationen autorisirt wird, ausdrücklich vorschreibe, daß dieselben bezahlt werden mögen in gesetzlichem Gelde oder anderer Währung als Gold und Silber; aber keine dieser zinstragenden Obligationen, die nicht bereits fällig, sollte vor Verfall bezahlt oder eingelöst werden, außer dann, wenn Vereinigte Staaten-Noten nach Belieben des Inhabers (at the option of the holder) in klingender Münze convertirbar seien, oder Bundesobligationen, welche niedrigere Zinsen trügen als die einzulösenden Obligationen, zum Parikurs gegen klingende Münze verkauft werden könnten.*) Die Schenck'sche Finanzbill trug in der That dazu bei, den Kredit der Vereinigten Staaten im Auslande zu stärken, in dem sie den verderblichen, in der Union vielfach gepflegten Repudiationsgelüsten, d. h. den Bestrebungen, die Unionsschulden in zweifelhaftem Papiergelde abzuzahlen, einen festen Damm entgegensetzte.

Am 10. Mai 1869 wurde die Pacific-Eisenbahn, die eine Eisenbahnverbindung vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean ins Leben

*) Vergl. „American Annual Cyclopædia" (1869), S. 184, 196 ff.; H. Schultheß, „Europäischer Geschichtskalender" (1869), S. 479.

rief, dem Verkehr übergeben. Sie war wegen der überwundenen großen Schwierigkeiten und der Bedeutung für den Weltverkehr zu jener Zeit ein Werk einziger Art und trug nicht wenig dazu bei, die hohe Meinung, welche in Europa schon längst von dem Unternehmungsgeist und der Arbeitskraft der Nordamerikaner gehegt wurde, zu vermehren.

Zu beachten ist auch der Congreß der „nationalen Arbeitervereinigung" (National Labor Union), welcher am 16. August zu Philadelphia zusammentrat. Zu diesem Congresse hatten 1063 Arbeitervereine, die 178,571 Mitglieder zählten, ihre Vertreter gesandt. Wenn man von dem Schwulst und Bombast absieht, die bei solchen Verhandlungen, namentlich auch in Amerika, selten fehlen, so läßt sich nicht in Abrede stellen, daß neben vielen verkehrten doch auch manche ganz verständige Beschlüsse gefaßt wurden. Zu den ersteren gehörte, daß der Arbeiter-Congreß sich zu Gunsten einer Rückzahlung der Vereinigten Staaten-Schuld in Papier und einer Couponsteuer aussprach, daß noch eine weitere Erhöhung des Tarifs gefordert und viel gegen Bankiers und Bondsinhaber deklamirt wurde. Dies konnte in der ultraradikalen Presse und in den ihr verwandten Volksvereinen eine geräuschvolle Zustimmung finden, war aber im Uebrigen ganz unschädlich und scheiterte an den in beiden Häusern des Congresses gefaßten Beschlüssen und den Ueberzeugungen der großen Mehrheit der Nation. Nützlich dagegen und empfehlenswerth war es, wenn festgesetzt wurde, bei Gelegenheit des nächsten Census durch die einzelnen Arbeitervereine statistische Aufnahmen über alle Arbeiter- und Lohn-, Produktions- und Consumverhältnisse einsenden zu lassen. Ebenso konnte nur gebilligt werden, wenn sich der Congreß der Arbeiter gegen das Landmonopol aussprach, gegen die verschwenderische Verschenkung von Ländereien an Körperschaften, namentlich Eisenbahn-Corporationen, zum Nachtheil des Volkes, unter welches die öffentlichen Domänen gegen einen billigen Preis zur Ansiedlung vertheilt werden sollten. Ferner erklärte sich die Versammlung für das Recht der Frauen auf jegliche Arbeit, die sich mit ihren natürlichen Anlagen vertrüge, für Hebung der Schulen, für Errichtung eines Arbeitsministeriums u. s. w. Die Bildung einer eigenen nationalen Arbeiterpartei kam trotz einer dahin zielenden Resolution damals noch

nicht, sondern erst später, zu Stande, hatte aber auch dann nur geringen praktischen Erfolg.*)

Bevor die erste Session des 41. Congresses ihr Ende erreichte, kam noch die vielbesprochene Alabamafrage im Bundessenat zur Diskussion. Der amerikanische Gesandte in London, Reverdy Johnson, und der englische Minister Clarendon hatten nämlich Vertragsstipulationen zu Stande gebracht, durch welche die Streitigkeiten geschlichtet werden sollten, die zwischen den Vereinigten Staaten und England obwalteten, und zwar wegen Entschädigung seitens Englands für die vielfachen Schäden, die der Nordamerikanischen Union durch Kaperschiffe der südlichen Rebellen, die in englischen Häfen erbaut waren, während des Secessionskrieges zugefügt worden waren.**) Namentlich war es nun der Bundessenator von Massachusetts, Charles Sumner, ein Freund und Gesinnungsgenosse von Karl Schurz, der als Vorsitzender des Comités für auswärtige Angelegenheiten am 13. April 1869 die Mängel des von Reverdy Johnson und Lord Clarendon vereinbarten Vertrags mit einschneidender Schärfe bloßlegte und bewirkte, daß derselbe am 13. April vom Senat fast einstimmig verworfen wurde. Als Nachfolger von Reverdy Johnson wurde der als Historiker rühmlichst bekannte John Lothrop Motley nach London gesandt, mit der Instruktion, die Alabamafrage vorerst ruhen zu lassen. Der Congreß vertagte sich am 16. April bis zum December.

Am 6. December 1869 fand die zweite Sitzung des 41. Congresses statt. In der Botschaft, welche Präsident Grant den beiden Congreßhäusern vorlegte, besprach er zunächst die innere Lage der Union und führte unter anderm aus, daß bei der Unterwerfung der Rebellion 11 Staaten ohne gesetzliche Regierung gewesen, daß eine große Schuld geschaffen worden und der nationale Handel fast von der See vertrieben gewesen sei. Der Congreß habe loyale Regierungen ins Leben gerufen, die freie Arbeit beschützt und hinlängliche Mittel zur Bezahlung der Zinsen der Staatsschuld angewiesen. Sieben Staaten mit republikanischen

*) Vergl. „American Annual Cyclopædia“ (1869), S. 701 ff.; Eduard Arnd, „Geschichte der Jahre 1867 bis 1871“, Bd. II. S. 134 ff.

**) Vergl. „American Annual Cyclopædia“ (1870), S. 227 ff.

Institutionen seien wieder in die Union aufgenommen worden, nachdem sie alle Vorschriften des Congresses erfüllt. In Georgia allein seien die farbigen Mitglieder von der Legislatur ausgeschlossen und durch andre Mitglieder ersetzt worden, denen die vom Gesetze vorgeschriebene Qualifikation fehle. Der Congreß möge daher mittels eines Gesetzes den Gouverneur von Georgia ermächtigen, die ausgestoßenen Mitglieder wieder in die Legislatur einzuführen und Alle den durch die Reconstructionsgesetze vorgeschriebenen Eid schwören zu lassen.

Ueber die Wiederzulassung von Georgia als vollberechtigten Staat in die Union entspann sich im Bundessenat eine lange und äußerst hartnäckige Debatte, an der sich auch Karl Schurz lebhaft betheiligte, indem er die constitutionellen Rechte dieses Staates muthig gegen die Gewaltmaßregeln der radikalen Republikaner, wie solche z. B. vom Senator Oliver P. Morton empfohlen wurden, vertheidigte. Endlich, am 20. April 1870, faßte der Senat den Beschluß, daß Georgia bis zum Herbste 1871 noch unter Militärherrschaft verbleiben solle und vorher nicht zur Vertretung im Congreß zuzulassen sei. Die übrigen 10 Rebellenstaaten waren indeß um diese Zeit bereits reconstruirt und in der Bundeslegislatur vertreten. Der Staat Mississippi hatte sogar einen farbigen Senator, den Neger Revels, gewählt, und zwar als Nachfolger von Jefferson Davis, dem ehemaligen Präsidenten des südstaatlichen Sonderbundes, der vorher Mississippi im Bundessenat vertrat. Bei Berathung einer von der Regierung vorgelegten Naturalisationsbill wurden, gegen die Ansicht von Schurz, Trumbull u. a., Indianer und Chinesen von der Erlangung des Bürgerrechts ausgeschlossen. Im December 1869 brachte übrigens Schurz auch einen Gesetzesvorschlag über die vielbesprochene und wichtige Angelegenheit der „Reform des Beamtenwesens" ein, mit dem er jedoch keinen besondern Erfolg hatte.

Am 30. März 1870 fand der durch den Bürgerkrieg hervorgerufene Principienkampf durch die officielle Proclamirung des 15. Amendements zur Bundesverfassung bei Gelegenheit der Zulassung von Texas zum Congreß seinen Abschluß. Dieses Amendement bestimmte, wie bereits kurz erwähnt, einfach, daß keinem Bürger der Union wegen seiner Rasse, Farbe oder wegen früherer Dienstbarkeit als Sklave das Stimm-

recht vorenthalten werden dürfe, und daß der Congreß das Recht haben solle, die zur Verwirklichung des Amendements nöthigen Gesetze zu erlassen. Präsident Grant begleitete ausnahmsweise die gesetzlich vorgeschriebene Proclamation des 15. Amendements durch den Staatssekretär Hamilton Fish mit einer Botschaft, worin es heißt: „Eine Maßregel, welche auf einmal 4 Millionen Menschen zu Stimmberechtigten macht, die früher von dem höchsten Tribunal des Landes für ausgeschlossen vom Stimmrecht und für unfähig, es zu erlangen, erklärt wurden — wie es zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung in der civilisirten Welt als selbstverständlich gegolten habe, daß ‚Schwarzen keine Rechte zukämen, welche von Weißen respektirt zu werden brauchten', ist ein größeres Ereigniß als irgend ein Akt seit der Gründung unsers freien Gemeinwesens bis auf den heutigen Tag. Institutionen gleich den unsrigen, bei denen alle Macht direkt vom Volke ausgeht, sind hauptsächlich auf die Intelligenz, den Patriotismus und die Thätigkeit des Volkes angewiesen. Ich mache deshalb die so eben emancipirte Rasse auf die Wichtigkeit aufmerksam, sich durch rüstiges, ehrenwerthes Streben ihrer neuen Stellung würdig zu machen. Dem bisher von unsern Gesetzen mehr begünstigten Stamm aber möchte ich zurufen: Legt dem Aufschwung des neuen Bruders keine Hindernisse in den Weg, sondern laßt ihm jede gesetzliche Förderung angedeihen! Die Gründer unserer Constitution glaubten fest, daß eine republikanische Regierung keinen Bestand haben könne, ohne daß Intelligenz und Bildung unter dem Volke allgemein würden. Der Vater des Vaterlandes (George Washington) sagte in seiner gefeierten Abschiedsadresse: ‚Behandelt als eine Sache von höchster Wichtigkeit die allgemeine Verbreitung von Bildung. In demselben Maße, wie in der Republik der Staat sich auf die öffentliche Meinung stützt, muß die öffentliche Meinung zu ihrer Grundlage Bildung haben.' Ich wiederhole, daß die Annahme des 15. Amendements zur Constitution bei uns den größten Umschwung im bürgerlichen Leben in sich schließt und das wichtigste Ereigniß bildet, seitdem unsere Nation ins Leben trat."

Diese Worte liefern den Beweis, daß Präsident Grant sich wohl der tiefgreifenden Bedeutung der Annahme des 15. Amendements bewußt war; eine andere Frage aber ist es, ob in der That die plötzliche

Verleihung des Stimmrechts an 4 Millionen ungebildeter Neger von segensreichen Folgen begleitet gewesen ist. Wenn Intelligenz und Bildung die wesentlichsten Grundlagen eines republikanischen Gemeinwesens sind, so war es sicher ein verhängnißvolles Wagniß, 4 Millionen Menschen, die nahezu ohne alle Bildung waren, das höchste politische Recht, das Stimm- und Wahlrecht, fast ohne alle Vorbereitung zu verleihen. Die plötzliche Verleihung des Stimm- und Wahlrechts an die ungebildeten Neger war gewiß in mancher Hinsicht mehr ein politisches Parteimanöver, als ein weiser, staatsmännischer Akt. Gewissenlose Politiker beuteten das Stimmrecht der Neger oft in der verwerflichsten Weise aus, nicht zum Besten des Gemeinwohls, sondern zum persönlichen Vortheil, zum einseitigsten Parteiinteresse; andererseits war aber die Befreiung und bürgerliche Gleichstellung der früheren Sklaven nothwendig, und jedes Zögern mit der Verleihung der vollen bürgerlichen und politischen Rechte an die Farbigen konnte nur neue Gefahren heraufbeschwören, denn die Südstaaten warteten nur eine günstige Gelegenheit ab, die Neger in ihre frühere abhängige Stellung zurückzuversetzen. Der Fluch der Negersklaverei zeigt seine bösen Folgen noch heute.

Bekanntlich hat der Bundessenat nach den ausdrücklichen Bestimmungen der Verfassung der Vereinigten Staaten auch bei Fragen der auswärtigen Politik eine gewichtige Stimme. So darf z. B. der Präsident ohne Beirath und Zustimmung (advice and consent) des Senats mit keiner auswärtigen Macht irgendeinen Vertrag abschließen oder Gesandte, Minister und Consuln ernennen. Nun gehörte es zu den Lieblingsplanen des Präsidenten U. S. Grant, die Republik San-Domingo, welche den östlichen, ehemals spanischen Theil der Insel Haïti begreift, der Union einzuverleiben, und hier war es, wo Schurz, im Bunde mit Charles Sumner, zuerst in der entschiedensten Weise der Politik des Präsidenten Grant entgegentrat. Die ersten Verhandlungen zwischen Buenaventura Baez, dem Präsidenten von San-Domingo, und den Vereinigten Staaten trugen keinen officiellen Charakter; es galt nur, sich über die Sachlage zu unterrichten; aber schon im Winter von 1868 auf 1869 nahm diese Angelegenheit einen ernstern Charakter an, indem Präsident Baez um diese Zeit einen gewissen J. W. Fabens als Agenten nach Washington

City schickte, um wegen des Anschlusses von San-Domingo an die Vereinigten Staaten mit der Regierung derselben zu unterhandeln. Solange indessen Andrew Johnson das Präsidentenamt inne hatte, richtete Fabens nichts aus; der Alaskahandel hatte die Unionsregierung vorsichtig gemacht. Präsident U. S. Grant jedoch, der am 4. März 1869 sein Amt angetreten, glaubte es wagen zu können, auf die Anerbietungen der westindischen Republik einzugehen. Im Juli des letztgenannten Jahres wurde der Sekretär Grants, der General Babcock, nach San-Domingo gesandt. Er fuhr auf einem Bundesdampfer von New-York nach dem erwähnten Eilande; der Bundessenator Cole begleitete ihn, doch nicht in officieller Eigenschaft.

Es würde uns zu weit führen, die ganze San-Domingofrage hier ausführlich zu behandeln; wir begnügen uns damit, die Hauptpunkte derselben kurz hervorzuheben. General Babcock und der Consularagent Perry schlossen mit Baez einen Annexionsvertrag ab, dem zufolge die Bai von Samana und die daran stoßende Halbinsel gegen Auszahlung einer beträchtlichen Geldsumme den Vereinigten Staaten pachtweise überlassen wurden. Ein weiteres Abkommen ging dahin, daß die Republik San-Domingo als ein Territorium der Vereinigten Staaten, nicht aber als ein Staat in die Union aufgenommen werden sollte, und daß der Vertrag überhaupt erst vollständig gültig sein könne, wenn derselbe einestheils vom Senat der Vereinigten Staaten ratificirt und anderntheils durch eine Mehrheit der Bürger von San-Domingo in einer zu diesem Zwecke anzuordnenden Abstimmung genehmigt worden sei.

Als Präsident Grant die ganze, etwas geheimnißvoll und eigenmächtig abgemachte Angelegenheit dem Bundessenat vorlegte, fand die Annexion von San-Domingo sowohl im Congreß, wie in der Presse und bei dem Volke der Vereinigten Staaten den entschiedensten Widerspruch. Trotz aller Bemühungen Grants und trotz der parlamentarischen Manöver seiner politischen Freunde im Senat wie im Repräsentantenhause war der Congreß nicht geneigt, den San-Domingovertrag zu ratificiren. Selbst die unter den Auspicien von Baez vorgenommene Volksabstimmung über die Annexion, welche ein günstiges Resultat er-

geben hatte, vermochte die Mehrheit des Congresses nicht umzustimmen. Im Senat waren namentlich, wie bereits angedeutet, die Senatoren Charles Sumner und Karl Schurz als entschiedene Gegner des Annexionsprojects aufgetreten und hatten sich dadurch in hohem Grade den Unwillen Grants zugezogen.

So ruhte denn die San-Domingo-Angelegenheit längere Zeit, bis sie im Mai 1870 von neuem auftauchte, nachdem „ein officieller Bericht" über die in San-Domingo stattgefundene Volksabstimmung in Washington City eingetroffen war und der Staatssekretär Hamilton Fish sich mit dem Commissar J. W. Fabens über eine Reihe von Amendements zu dem ersten Annexionsvertrage geeinigt hatte. Die Administration der Vereinigten Staaten hoffte nämlich, daß diese Amendements die Einwendungen entkräften würden, welche bisher die Gegner des vom Präsidenten Grant so sehr begünstigten Planes der Ratification des genannten Vertrages entgegengestellt hatten. Wiederum entbrannte im Bundessenat ein heftiger parlamentarischer Kampf; allein die Annexionspolitik Grants unterlag in der Hauptsache abermals. Es kamen bei dieser Gelegenheit sehr böse Dinge zur Sprache, und selbst die persönliche Ehrenhaftigkeit Grants wurde angegriffen.

Als sich der Congreß im Sommer 1870 vertagte, hätte man glauben können, Präsident Grant werde die Annexionsfrage von San-Domingo nach den erlittenen Niederlagen definitiv ruhen lassen; dem war aber nicht so. Alle, denen die zähe Natur Grants bekannt war, machten sich darauf gefaßt, daß er in der Stille an der Durchführung seines Lieblingsprojects weiter arbeiten werde. Und so geschah es auch. In der Botschaft, womit er den im December 1870 zu seiner letzten Sitzung zusammentretenden Congreß begrüßte, brachte er die Annexionsfrage noch einmal zur Sprache, und zwar mit größerer Wärme als je zuvor. Nach einer ausführlichen, an Ueberschwenglichkeit nicht armen Schilderung der Vortheile, welche der Union aus der Erwerbung von San-Domingo erwachsen würden, machte er den Vorschlag, durch eine gemeinsame Resolution der beiden Congreßhäuser die Executive zu ermächtigen, eine Commission zu ernennen, um mit den Behörden von San-Domingo über die Erwerbung dieser Republik

zu unterhandeln, und eine „Appropriation" für die Unkosten jener Commission zu machen. „Die Frage mag dann", so schloß er, „durch die Annahme einer Annexionsresolution, wie in dem Präcedenzfalle der Aufnahme von Texas in die Union, entschieden werden. Ich bin so sehr von den Vortheilen einer Annexion von San-Domingo überzeugt, daß ich die Nichtausführung eines solchen Projects für ein Unglück (calamity), welches den Vereinigten Staaten zugestoßen, halten müßte. Ich glaube daher auch, daß es nur einer genauern Prüfung der einschlägigen Verhältnisse bedarf, um die Repräsentanten des amerikanischen Volkes zur Billigung meiner Vorschläge zu bringen."

Beide Häuser des Congresses verhandelten nun über den Gegenstand von Neuem und in der lebhaftesten Weise. Die Hauptgegner desselben waren wiederum die Senatoren Sumner und Schurz, denen sich noch der Demokrat Thurman von Ohio anschloß; die Hauptvertheidiger dagegen waren der Senator Morton von Indiana und die Repräsentanten Benjamin F. Butler und Nathaniel P. Banks von Massachusetts. Die Annexionsfreunde hatten darauf hingewiesen, daß irgend eine Macht Europas, vielleicht Deutschland, die Gelegenheit wahrnehmen würde, San-Domingo zu erwerben; gegen diese Bemerkung trat namentlich Karl Schurz auf und hob hervor, daß, wenn überhaupt eine europäische Regierung daran denke, festen Fuß auf San-Domingo zu fassen, dies von Seiten Deutschlands sicherlich nicht der Fall sei. Nach langen und heftigen Debatten setzten endlich Senator Morton im Senat und Banks im Repräsentantenhause Beschlüsse durch, in denen Präsident Grant ersucht wurde, eine Commission nach San-Domingo zu entsenden. Diese Commission sollte sich über die politischen Zustände des Landes, die Gesinnung der Bevölkerung mit Bezug auf das Annexionsproject, den Charakter des Volkes, die Hülfsquellen des Landes, die Schuldverhältnisse desselben, die Beziehungen San-Domingos zu auswärtigen Mächten und die Bedingungen, unter denen die Annexion zu bewerkstelligen sein würde, unterrichten, um darüber an den Präsidenten zu berichten, welcher dann seinerseits dem Congreß die Resultate der Untersuchung vorzulegen habe. In der letzten Hälfte des Januars 1871 segelte der Vereinigte Staaten-Dampfer „Tennessee" mit den

Commissionsmitgliedern, denen sich auch unser Landsmann Franz Sigel angeschlossen hatte, nach San-Domingo ab. Gegen Ende des Monats März hatte die Commission ihre Arbeiten vollendet und einen Bericht verfaßt, der mit dem Satze schloß, daß die Annexion nicht nur für das Volk der dominikanischen Republik, sondern auch für Haïti „wohlthätig" sein würde. Am 5. April sandte Präsident Grant diesen Bericht, der seine Ansichten überall unterstützte, mit einer Botschaft an den Senat und das Repräsentantenhaus ein. Diese Botschaft glich nahezu einer Vertheidigungsschrift, in welcher indeß die schwerste, von Schurz und Sumner erhobene Anklage, diejenige nämlich, daß Grant die Annexion von San-Domingo in einer gewaltsamen, verfassungswidrigen Weise betrieben habe, unbeantwortet blieb. Der Präsident erklärte offen, daß er fernerhin weder direct noch indirect den Congreß bezüglich der endgültigen Entscheidung dieser Angelegenheit zu beeinflussen beabsichtige. Zwar sei er noch immer der Meinung, daß die Erwerbung von San-Domingo im Interesse der Union liege; allein er werde hinfort die Initiative zur Verwirklichung des Annexionsprojectes dem Volke und dessen Vertretern in der Bundeslegislative überlassen. Diese Initiative ist nicht erfolgt und damit der Annexionsplan nicht ausgeführt worden.

Nicht ohne Interesse für uns Deutsche dürfte eine Bemerkung in dem Berichte sein, welchen die nach San-Domingo gesandte Commission ausarbeitete; die betreffende Stelle lautet in wörtlicher Uebersetzung also: „Der weitaus wichtigste Zweig des Handels der Insel, der Tabakhandel, wird hauptsächlich von Deutschen cultivirt, und die Ausfuhr geht nach den Haupthäfen des neuen deutschen Reiches. Dieser Handel verwandelte sich rasch in ein deutsches Monopol. Die Commissare fanden, daß auf der Nordseite der Insel viel mehr Deutsche wichtige Geschäftsunternehmungen und Agenturen in Händen hatten, als irgendwelche Angehörige einer andern Nationalität, und daß ihr Einfluß sich stetig nach den großen Centraldistrikten hin ausdehnt." Es scheint fast, als ob die Herren Commissare besorgt gewesen sind, San-Domingo könne eines Tages von Deutschland annektirt werden.

Bei dieser Gelegenheit darf übrigens darauf hingewiesen werden,

daß der damalige Congreß sich überhaupt nie einer Landerweiterung der Union günstig gezeigt hatte, die mit Geldausgaben verbunden war. Dies geht unter Anderm aus dem Umstande hervor, daß er den von der Regierung empfohlenen Ankauf der dänisch-westindischen Inseln Sanct-Thomas und Sanct-John ablehnte. Diese Politik des Congresses war und ist wohl jetzt noch sicher die richtige und wurde auch von der Majorität des Volkes, soweit man dies aus der damaligen Tagespresse der Union schließen kann, gebilligt. Das Gebiet der Vereinigten Staaten ist groß genug und bedarf keiner Erweiterung, die nicht absolut nöthig ist; und die Einwohner dieser weiten Gebiete sind schon so entgegengesetzt in Art und Wesen, daß es für die nationale Entwickelung des Volkes der Union nicht wünschenswerth ist, wenn diese Gegensätze noch verstärkt werden.

Wenn Schurz und Sumner bei den Verhandlungen über die San-Domingo-Angelegenheit sich den bittern Zorn von Grant und dessen Anhängern zuzogen, so geschah dies nicht minder, als beide im Bundessenat die lebhafte Ausfuhr von Kriegsmunition und Waffen aller Art bekämpften, die während des deutsch-französischen Krieges von Amerika aus nach Frankreich stattfand.

Beim Ausbruche des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich im Jahre 1870 und während der ersten Zeit desselben war die Stimmung der öffentlichen Meinung in der Union wohl überwiegend eine Deutschland entschieden günstige, namentlich durch den Einfluß des sich bei dieser Gelegenheit mächtig regenden deutschen Elements der Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Infolge der Katastrophe von Sedan fand indeß bei einem nicht unbeträchtlichen Theile des amerikanischen Volkes ein Umschwung der Stimmung zu Gunsten Frankreichs, und zwar der wiederhergestellten französischen Republik, statt.

Am 22. August 1870 erließ Präsident Grant eine Proklamation, in welcher er hervorhob: Amerika werde während des Krieges strenge Neutralität beobachten; jeder freie Ausdruck der Sympathien für die eine oder die andere Macht sei statthaft, nicht aber direkte oder indirekte Unterstützung der Kriegführenden. Namentlich sei es verboten, Waffen und Kriegsmunition und alles, was man unter dem Ausdruck

„Kriegscontrebande" (contraband of war) verstehe, über das Meer zum Nutzen der einen oder der andern der kriegführenden Parteien zu versenden. Nichtsdestoweniger wurden im Laufe des Septembers und Octobers 1870 (nach der Schlacht bei Sedan) bedeutende Quantitäten von Waffen und Munition aus den Arsenalen der Vereinigten Staaten durch Zwischenhändler an Agenten der damaligen Regierung Frankreichs verkauft und von diesen nach Frankreich geschafft, um im Kriege gegen Deutschland Verwendung zu finden. Schon damals verbreitete sich in der Union das Gerücht, daß das Militärcabinet, mit welchem Grant sich umgeben, und andere spezielle Freunde des Präsidenten bei diesem Schacher besonders betheiligt seien. Die Presse, namentlich die deutsch-amerikanische, wies mit Energie auf diese Angelegenheit hin und fand darin eine Verletzung der obenerwähnten Proklamation Grants und einen Bruch der Neutralitätsgesetze überhaupt. Zahlreiche Petitionen wurden an den Bundessenator Schurz gesandt, die ihn bestimmen sollten, die Sache im Senat zur Sprache zu bringen. Weil aber keine hinlänglichen Beweise für ein absichtliches Verschulden der Unionsregierung vorlagen, begnügte sich Schurz damit, dem Kriegsminister und dem Schatzsekretär die gravirenden Thatsachen mitzutheilen und auf Abhülfe zu dringen. Beide Sekretäre beeilten sich auch, Schurz die schriftliche Zusicherung zu geben, daß dem Waffenhandel Einhalt gethan werden solle. So ruhte diese Sache länger als ein Jahr, bis die in Frankreich gegen den französischen Consul in New-York, Victor Place, geführte Untersuchung die mißliche Angelegenheit auch in Amerika von Neuem in den Vordergrund rückte. Victor Place, der wegen Betrügereien, die er bei dem unsaubern Waffenschacher sich hatte zu Schulden kommen lassen, Ende Januar 1872 von den französischen Gerichten zu schwerer Gefängnißstrafe verurtheilt worden war, behauptete, daß eine große Summe Geldes zur Bestechung amerikanischer Beamten verwendet worden sei. Dies machte begreiflicherweise großes Aufsehen in Europa, und da noch andere für die Vereinigten Staaten sehr gravirende Details ihren Weg in die Oeffentlichkeit fanden, so brachte der Senator Sumner im Februar 1872 eine Resolution in den Bundessenat ein, die darauf drang, daß ein Untersuchungs-Comité eingesetzt werde, um die ganze

Angelegenheit genau zu prüfen. Die Ehre und der gute Ruf der Vereinigten Staaten verlangten es, daß der Congreß entschlossen voranging und, soweit dies in seiner Macht stand, die Schuldigen zur Rechenschaft zog. Wenn dem Senator Sumner von verschiedenen Seiten her der Vorwurf gemacht wurde, daß durch seine Resolution und deren Annahme der Abschluß der damals vor dem Schiedsgerichte in Genf schwebenden Alabamafrage hätte erschwert und verzögert werden können, so war das kaum zu leugnen; denn, wenn auch die amerikanische Regierung von Schuld frei war, so hatten sich doch einzelne Amerikaner desselben Vergehens schuldig gemacht, für welches die Union von England Schadenersatz beanspruchte und nach dem später gefällten Urtheile des Genfer Schiedsgerichts auch erhielt. Allein Sumner stand die Ehre des amerikanischen Volkes höher, als dessen materieller Vortheil; und deshalb trug er kein Bedenken, die Untersuchung und Bestrafung gesetzwidriger Handlungen zu beantragen, welche in der unmittelbaren Umgebung der Unionsregierung vor sich gegangen waren. Am 20. Febr. 1872 erhielt Karl Schurz das Wort, um im Bundessenat die Resolution Sumners zu befürworten. Das Publikum von Washington City ahnte, was es bei dieser Gelegenheit von dem deutschen Senator zu gewärtigen habe; denn seit dem Prozesse gegen den Präsidenten Andrew Johnson war kein solcher Zudrang im Senatssaale gewesen als an dem genannten Tage. Alle Senatoren waren pünktlich auf ihren Sitzen; die Galerien, die Garderobezimmer, die Zugänge zu der Halle waren dicht gedrängt voll Zuhörer; die Gesandten der fremden Mächte waren zahlreich erschienen, selbst die Frau des Präsidenten Grant hatte sich in Begleitung ihrer Tochter und ihrer Schwester eingefunden; und als beim Beginn der Rede auch noch eine große Anzahl von Mitgliedern des Repräsentantenhauses die Plätze hinter den Senatoren und die Zugänge zwischen den Bänken einnahmen, da fühlte wohl jeder der Anwesenden, daß, wenn es sich auch nicht um eine förmliche Anklage wie gegen Andrew Johnson handle, die moralische Bedeutung der Kriegserklärung einiger muthiger Männer gegen die in so vielen Dingen corrupte und unfähige Administration Grants doch viel nachhaltiger sei, als jener förmliche, feierliche Absetzungsprozeß. Schurz, wie ein weitverbreitetes Blatt, die

„New York Tribune“, sich ausdrückte, streifte in seiner Rede gegen den schmachvollen Waffenhandel alle jene persönlichen Umhüllungen ab, durch welche die Senatoren Morton und Conkling die Sache verdeckt und verdunkelt hatten. In klarer, eindringlicher und überzeugender Weise behandelte er die drei Hauptfragen, auf welche es ankam: 1. ob bei dem Verkauf von Waffen im Jahre 1870 irgend etwas geschehen sei, was die Regeln der Neutralität verletzt habe, soweit solche von der Unionsregierung aufgestellt seien; 2. ob die in den Vereinigten Staaten geltenden Gesetze dabei verletzt worden seien; 3. ob dabei Bestechungen und Betrügereien vorgegangen wären. Er wies nach, wie in allen drei Beziehungen dringender Verdacht vorläge, daß Gesetzesverletzungen begangen worden seien. Senator Morton hatte Schurz angeklagt, er wolle eine eigene deutsche Partei bilden, um dieselbe bei der bevorstehenden Präsidentenwahl gegen Grant als eine sogenannte „balance of power“ zu benutzen, während doch in Amerika jedermann wissen mußte, daß Schurz ein erklärter Gegner der Bildung einer besondern deutschen Partei war und daß er seine deutschen Landsleute zu solchen abgeschmackten Bestrebungen nicht hätte bestimmen können, auch wenn er es wollte. Morton und Conkling hatten bei dieser Gelegenheit die Freiheitsliebe und den Unabhängigkeitssinn der Deutsch-Amerikaner mit Lobsprüchen überschüttet, um sie gegen Schurz aufzuhetzen. Auf diesen Punkt ging nun Schurz näher ein und erklärte unter anderm:

„Die beiden Senatoren (Morton und Conkling) zeigen sich den Deutschen äußerst freundlich. Sie sagen, die Deutschen seien ein freiheitliebendes, intelligentes, patriotisches Volk; und das ist wahr; die Deutsch-Amerikaner lieben die Freiheit und republikanische Grundsätze. Es giebt jedoch etwas, was sie ebenso sehr lieben, und das ist eine ehrliche Regierung. Beide Senatoren haben sich die Mühe genommen, im Senat zu erklären, daß kein Mensch in der ganzen Union über die deutsch geborenen Bürger der Republik eine Macht ausübe. Dies ist wiederum sehr wahr, und ich bin stolz darauf, denn ich bin einer von ihnen, und ich weiß gewiß, daß niemand mich in seiner Hand hat. Niemand, ich wiederhole es, hat die Deutsch-Amerikaner dieses Landes in seinem Gefolge, kein Politiker, kein Senator, nicht einmal der Präsi-

dent der Vereinigten Staaten. Am allerwenigsten kann sich jedoch die Klasse von Politikern rühmen, Macht über sie zu besitzen, welche mit dem Muthe, den die Verzweiflung eingiebt, an dem Schleppkleide des Machthabers sich festklammert, durch welchen Staub dasselbe auch immer gezogen werden möge. Ueber die Deutschen hat keine Gewalt jene Sorte von Politikern, welche bereit ist, alle Mißbräuche zu bemänteln, alles Unrecht zu beschönigen, sofern die Aufdeckung desselben der Regierung oder der Partei schaden könnte. Am allerwenigsten aber folgen die Deutschen den Politikern, welche Wahrheit und Recht, Ehre und öffentliches Wohlergehen dem bloßen Parteivortheile zu opfern im Stande sind. Nein, meine Herren, die Deutschen sind niemandes Eigenthum, mit Stolz behaupte ich dies. Wie Ein Mann kämpften sie gegen das Räubernest von Tammany*) in New-York, und meine Ueberzeugung ist es, Sie werden sie in fester Schlachtordnung überall da finden, wo es gilt, Tammanyringe, groß oder klein, wo sie auch immer sind, zu bekämpfen. Es ist der Versuch gemacht worden, die ganze schwebende Untersuchung durch einen lauten Knall mit der Parteipeitsche zu unterdrücken. Mir scheint, daß diejenigen, welche dies unternehmen, den Geist der Zeit schlecht verstehen. Die Volksstimme, welche eine ehrliche und gerechte Verwaltung und Regierung verlangt, spricht weit vernehmlicher. Augen und Ohren des Volkes sind offen; das Volk hat schon vieles erfahren, was es nicht mehr vergessen wird. Kein Parteigeheul und Gewinsel wird das Volk auf die Dauer zu berücken vermögen; vergebens wird man Verdacht auf die Männer zu werfen suchen, welche die Bestechlichkeit angreifen. Das Volk ist zu der Einsicht gelangt, daß die Beweggründe derer, welche die Verwaltung und Regierung stützen und tragen, gewiß ebenso untersucht zu werden verdienen, als die Motive unabhängiger Männer, welche die Gunstbezeugungen der Macht von sich weisen und lieber ihre Ueberzeugungstreue bewahren. Seien Sie versichert, meine Herren, daß wir, die wir diese Untersuchung

*) In der Tammany-Hall zu New-York hatte sich vor längerer Zeit eine berüchtigte politische Association gebildet, die sehr zahlreich war, vorzugsweise aus demokratischen Irländern bestand und im Aemterwesen der corrupten Beutepolitik huldigte.

beantragen und jede andere Art von Corruption bekämpfen, Weg und Steg zum Emporsteigen auf der Aemterleiter ebensowohl kannten als andere; doch wir betraten sie nicht, denn wir gedachten das nicht aufzuopfern, was uns theuerer war. Wenn Sie glauben, daß die jetzt sich über das ganze Land verbreitende Bewegung, die auf Reform dringt, nur das Werk einiger Politiker ist, so werden Sie Ihren schweren Irrthum bald entdecken. Diese Bewegung ist das Wiedererwachen des öffentlichen Gewissens, sie ist die sittliche Reaction gegen die leichtfertige politische Moral und den Schachergeist, welcher emporgeschossen ist und sich entwickelt hat in den wilden Zeiten des Krieges und großer politischer Aufregung. Bald wird das Volk mit Ernst und Entschlossenheit aufstehen, um sich eine ehrliche und lautere Regierung zu sichern. Dagegen können Sie mit der sogenannten Parteidisciplin nichts ausrichten, Sie vermögen daran durch Kriminalgesetze nichts zu ändern. Heute mag es nur eine lebhafte Bewegung sein; wagen Sie es, ihr Widerstand zu leisten, und in nicht zu langer Zeit wird es eine große sittlich-politische Revolution sein."

Am 5. März 1872 wählte der Senat ein Untersuchungscomité von Sieben, dessen Zusammensetzung übrigens der Regierung sehr günstig war; denn dasselbe bestand mit Ausnahme eines einzigen Mitgliedes aus entschiedenen Anhängern der Regierungspartei. Sumner hatte eine Wahl in das Comité ausgeschlagen, und Schurz wurde absichtlich übergangen, jedoch ward ihm gestattet, den betreffenden Verhandlungen beizuwohnen und Zeugen zu vernehmen. Hiervon machte Schurz auch ausgiebigen Gebrauch und setzte dem Kriegsminister hart zu. Der Regierung aber mußte, nicht allein wegen der Präsidentenwahl, sondern auch wegen ihrer Stellung zu England alles daran liegen, die Schuld von sich abzuwälzen und ihr Verfahren als ein vollkommen gesetzliches und loyales darzustellen. Denn in welchem Lichte hätte sich die Union, welche zu jener Zeit die ganze Welt mit ihrer Anklage gegen England auf Neutralitätsverletzung*) erfüllte, gezeigt,

*) Bekanntlich hatte sich am 8. Mai 1871 eine gemischte Commission in Washington City über einen Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und

wenn erwiesen wurde, daß sie von Frankreich viele Millionen Dollars für Waffen erhalten habe, und daß die amerikanischen Staatsarsenale während des deutsch-französischen Krieges in hohem Maße zur Fabrikation von Patronen für Frankreich beschäftigt gewesen seien? Die Grantschen Zeitungsorgane fielen daher mit Ingrimm über Schurz her, nannten ihn einen „Fremden“ und warfen ihm vor, daß er bei seinen Angriffen wegen des Waffenverkaufs nicht sowohl als amerikanischer Senator, sondern vielmehr als preußischer Agent im Solde Bismarcks gehandelt habe. Selbstverständlich wurde Schurz gegen solche ganz unbegründeten, widersinnigen Anklagen von der deutsch-amerikanischen Presse und den unabhängigen englisch-amerikanischen Blättern warm in Schutz genommen.

Die Ausschüsse, niedergesetzt zur Untersuchung des Waffenverkaufs vom Bundessenat und Repräsentantenhause, welches sich ebenfalls mit der Sache beschäftigt hatte, sprachen indeß das amerikanische Kriegsdepartement von jeder Neutralitätsverletzung frei und ergingen sich dabei in den heftigsten Ausdrücken gegen Sumner und Schurz. Diese unterwarfen aber auch ihrerseits wieder den Ausschußbericht in einer Senatssitzung einer unbarmherzigen Kritik und bezeichneten ihn als „unwürdig, ungerecht und lächerlich“. Sumner gab einen Ueberblick über die Geschichte der republikanischen Partei und sagte, daß dieselbe, statt wie früher für politische Grundsätze ehrlich einzutreten, herabgesunken sei bis zu einer Partei, welche die materiellen Vortheile und Interessen gewisser Persönlichkeiten unterstütze. Dem Präsidenten Grant

---

England behufs Lösung der in der Alabamafrage schwebenden Differenzen geeinigt; Präsident Grant hatte diesen Vertrag dem Senat zwei Tage darauf zur Genehmigung vorgelegt und letzterer am 25. Mai diese Genehmigung mit 50 gegen 12 Stimmen ertheilt. Am 17. Dezember 1871 hatte sich das Schiedsgericht, bestehend aus fünf Bevollmächtigten von England, den Vereinigten Staaten, Italien, Brasilien und der Schweiz, in Genf constituirt und die Prozeßschriften beider Parteien entgegengenommen. Am 14. September 1872 fällte dies Gericht seinen Schiedsspruch, dem gemäß England an Amerika als Ersatz für die direkten Schäden, welche der Union während des Secessionskrieges zugefügt worden waren durch die auf englischen Werften gebauten und ausgerüsteten Kaperschiffe Alabama, Florida, Georgia und Sehnandoah, die Summe von 15,500,000 Dollars in Gold zu zahlen hatte.

warf er Unwissenheit und Unfähigkeit vor, betonte dessen Nepotismus und Geschenkenehmen, dessen Anmaßung als Präsident, den Geist der Soldateska, welcher mit ihm in das Weiße Haus eingezogen sei, und den Mißbrauch der Militärgewalt im Kriegs- und Marinedepartement, sowie auch in der Regierungsabtheilung für Indianerangelegenheiten. Der verstorbene Kriegsminister Edwin M. Stanton, welcher den Charakter Grants genau studirt, habe wenige Tage vor seinem Tode zu Sumner gesagt: „Grant könne das Land nicht verwalten.“*)

Zu den beklagenswerthesten Erscheinungen, welche nach der Niederwerfung der Rebellion in den Südstaaten der Union auftauchten, gehört die Entstehung des Geheimbundes Ku-Klux-Klan. In ihm hatten sich die Rachsucht der Besiegten, der Negerhaß der früher privilegirten Klassen und die Ruchlosigkeit verkommener Subjecte eine Waffe geschmiedet, welche durch das Aussaugungssystem sittenloser, ämtersüchtiger und habgieriger Abenteurer, der sogenannten „Carpetbaggers“, die vom Norden nach dem Süden der Union eilten, um mit Hülfe der ungebildeten Neger Carrière zu machen und sich die Taschen zu füllen, nur geschärft worden war. So herrschte denn gegen Ende des Jahres 1870 und im Anfange 1871 in manchen Südstaaten ein Zustand des Faustrechtes und gesinnungstüchtiger Mordbrennerei, gegen den selbst der Fenierunfug in Irland wie ein harmloses Idyll erscheinen könnte. Nur eine Verwaltung von ausgesuchter Wachsamkeit, hoher Befähigung, Weisheit und Redlichkeit wäre im Stande gewesen, die gährenden Staaten des Südens allmählich in gesetzliche Zustände und zu ehrlicher Versöhnung mit dem siegreichen Norden hinüberzuleiten. Leider aber war von allen diesen Tugenden bei der Verwaltung der Südstaaten wenig zu spüren. Und so erklärt sich das Wachsen dieses nur Schrecken um sich verbreitenden Geheimbundes, dem, wie dies in ähnlichen Fällen in Amerika meistens der Fall ist, politische Parteitendenzen nicht fern lagen. Am 25. März 1871 sah sich Präsident Grant veranlaßt, eine Proclamation zu erlassen, in welcher die Auflösung des Ku-Klux-Klan, oder wie man auch kürzer

*) Vgl. Wilhelm Müller, „Politische Geschichte der Gegenwart“ (Berlin 1873), S. 254 ff.

sagt, des Ku-Klux im Staate Nordcarolina binnen 20 Tagen verfügt wurde, widrigenfalls die Macht der Vereinigten Staaten, nach den Bestimmungen der Constitution, wider diesen gemeinschädlichen Orden oder Bund aufgeboten werden sollte.

Auch im Congreß kam das Unwesen des Ku-Kluxordens zur Sprache, und beide Häuser einigten sich am 20. April 1871 über eine Bill, durch welche der genannte Geheimbund in den ehemaligen Rebellenstaaten unterdrückt werden sollte. Am 4. Mai verkündete Präsident Grant durch Proclamation das betreffende Gesetz mit dem Hinzufügen, daß er im Falle der Nothwendigkeit die Bundestruppen einschreiten lassen werde. Karl Schurz hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in welcher er die Unthaten der Ku-Kluxbanden scharf verurtheilte, zugleich aber davor warnte, in ungerechter Weise Parteikapital aus dieser Angelegenheit zu schlagen, indem man die herrschende Partei zu sehr stärke und den niedergeworfenen Süden gleichsam mit gebundenen Händen der Willkür der Executivgewalt überliefere. Außerdem wurde vom Congreß ein Comité gewählt, welches mit der genauern Untersuchung des Ku-Klux-Unwesens und einer ausführlichen Berichterstattung darüber betraut ward. Dieses Comité wählte sich wieder Untercomités, die an Ort und Stelle, namentlich in den Staaten Nord- und Südcarolina, Georgia, Florida, Tennessee, Alabama, Mississippi, die betreffenden Untersuchungen anstellen und Zeugenaussagen aufnehmen sollten. Das Hauptcomité konnte erst Mitte Februar 1872 seinen Bericht erstatten, und dieser zerfiel in einen Mehrheits- und einen Minderheitsbericht und füllte nebst den Protokollen über abgehaltene Zeugenverhöre mehrere tausend Druckseiten. Keiner von beiden Berichten leugnete die Existenz der Ku-Kluxbanden und beide brachten sie mit der großen Plage der Südstaaten, mit der ruchlosen Wirthschaft der unwissenden Neger und der schurkigen Carpetbaggers in Verbindung. Die beiden Berichte unterschieden sich wesentlich nur in Bezug auf die Darstellung der Mischungsverhältnisse, in denen diese Ingredienzen der schmachvollsten Wirthschaft, die jemals in civilisirten Ländern bestanden, nebeneinander auftraten und aufeinander wirkten, und in Bezug auf die Auffassung ihrer politischen Bedeutung und Tendenz. Der Majoritätsbericht behauptete, es habe in allen südlichen Staaten

eine gewaltige geheime, politische Verbindung bestanden, deren Mitglieder meistens in Verkleidung und bei nächtlicher Weile zahllose Verbrechen begangen hätten, theils um die Neger von der Ausübung des Stimmrechts, theils um Weiße vom Beitritt zur republikanischen Partei abzuschrecken. Er gab jedoch zu, daß ein nicht geringer Theil dieser gesetzwidrigen Handlungen, die das unterdrückte und von Steuern überbürdete Volk begangen habe, durch unwissende und corrupte Legislaturen und räuberische Unterbeamte (Carpetbaggers) provocirt worden sei. Leider wußte der Majoritätsbericht kein anderes Mittel, um dem Süden der Union wieder eine vernünftige und gesetzmäßige Regierung und Verwaltung zu verschaffen, anzugeben, als daß er dem Congreß anrieth, die Exekutivgewalt zu stärken und die Ku-Kluxleute durch energische Gewaltmaßregeln zu unterdrücken. Es war offenbar die Absicht der Mehrheit des Ku-Kluxcomités, mit der Darstellung der Verhältnisse in den Südstaaten auf die im November 1872 bevorstehende Präsidentenwahl einzuwirken, darum galt es ihr, die einzelnen Ku-Kluxverbrechen mit größter Umständlichkeit und mit Auftragen der schreiendsten Farben zu schildern und den Süden immer noch als im Zustande der Rebellion befindlich und der Dictatur der Centralgewalt bedürftig hinzustellen. Solange aber die Regierung in Washington, d. h. die Administration Grants, eine dictatorische Gewalt über den Süden ausüben durfte, war sie auch im Stande, auf die öffentlichen Wahlen den entscheidendsten Einfluß auszuüben. Der Majoritätsbericht war daher von vornherein vielfach darauf berechnet, sich für die Wahlcampagne wirksam zu erweisen, und er mußte so ausfallen, daß man glaubte, er sei, wie Senator Morton sich drastisch ausdrückte, „ein Stück aus der Chronik der Hölle."

Der Minoritätsbericht sprach sich in Bezug auf die Existenz des Ku-Kluxordens als einer geordneten und bewaffneten politischen Organisation folgendermaßen aus: „Während wir nicht leugnen, daß Banden von verkleideten Männern sich in einigen Südstaaten der schändlichsten Verbrechen schuldig gemacht haben — Verbrechen, die wir weder beschönigen noch entschuldigen wollen —, für deren Begehung sie nach gerichtlichem Beweise ihrer Schuld schleunigst und streng bestraft werden sollten, so stellen wir es doch in Abrede, daß diese Leute eine politische

Organisation bildeten oder irgendwelche politische Bedeutung hatten; auch wurde ihr Gebahren von keinem erwähnenswerthen Theile der respektablen weißen Bevölkerung des Südens gebilligt. Im Gegentheil, diese gesetzlosen Banden werden vom intelligenten Theile der Bevölkerung als die schlimmsten Feinde des Südens angesehen, da sie den in Washington regierenden Herren die einzige Ausrede dafür liefern, daß sie den Süden immer noch mit Krieg überziehen, ihn bedrängen und unterdrücken, und dort ein System eingeführt haben, durch welches nicht nur der Wohlstand der Bürger untergraben, sondern auch ihr Ruf und Charakter als civilisirte Menschen vor der Welt gebrandmarkt wird. Nicht in einem Zehntel von Nord- und Südcarolina, Georgia, Alabama, Mississippi und Florida hat es jemals Ku-Kluxorden gegeben. Diese Staaten zählen etwa 420 Counties (Grafschaften), und in nicht mehr als 40 Counties hat man von verkleideten Banden zu leiden gehabt." Die Minorität des Untersuchungscomités erklärte ferner, daß allen denen, die nicht durch Vorurtheile oder Parteileidenschaften verblendet seien, sowohl das Ku-Kluxgesetz als auch der Majoritätsbericht als unwürdige Gewaltstreiche erscheinen müßten, die gegen ein hülfloses Volk von seinen rachsüchtigen Herren verübt worden seien. Ehe man dem Süden nach dem Secessionskriege Zeit gelassen, um Athem zu schöpfen, sei schon eine Unzahl von Blutsaugern, Marodeuren, spitzbübischen Abenteurern und sittenlosen Menschen aller Art, die ihre Schlechtigkeit hinter den Armeen her getrieben hätten, vereinzelt oder in kleinen Haufen über den hülflosen Süden hergefallen und habe Alles geraubt und weggeschleppt, dessen man hätte habhaft werden können. Jede Beschwerde darüber sei mit der Anklage des Verraths und der Unloyalität abgewiesen worden; fast alle Anklagen und Verfolgungen gewinn- und raubsüchtiger Menschen seien wegen angeblicher Anhänglichkeit dieser Sorte von Leuten an die Unionsarmee und an die republikanische Partei erfolglos geblieben.

Beide Untersuchungsberichte stimmten darin überein, daß die finanzielle Lage des Südens eine äußerst beklagenswerthe sei. In Bezug auf die den Südstaaten auferlegte Schulden- und Steuerlast sagte z. B. der Minoritätsbericht, daß seit dem Kriege mehr als 200 Mill. Doll. neuer Schulden den frühern Sklavenstaaten aufgebürdet wurden. Ob-

gleich das steuerbare Eigenthum im Süden, das sich vor dem Kriege auf 4393,957,942 Doll. belief, im Jahre 1872 auf 2026,460,791 Doll. reducirt worden sei, so wäre in eben diesem Jahre (1872) die Steuerlast doch noch auf 12,813,615 Doll. gestiegen, während sie im Jahre 1860 nur 8,165,686 Doll. betragen habe. Die sämmtlichen republikanischen Beamten in Südcarolina bezahlten im Ganzen nur eine Steuer von 17 Doll., während sie 12,989 Doll. mehr an Gehalten bezogen, als was dieselben Aemter vor dem Kriege eingebracht hatten. Der namentlich von der demokratischen Partei befürwortete Minoritätsbericht kam zu dem Schlusse, daß, wie groß immer die Schuld der Ku-Klux-banden sein möge, die Noth und die Unterdrückung im Süden einen solchen Höhegrad erreicht habe, daß die Unionsregierung, die ja der gesetzmäßige Schützer des Volkes sei und sein bester Freund sein müsse, alles thun sollte, um durch versöhnliche und vernünftige Anordnungen diesem bedauernswerthen Zustande ein Ende zu machen.

Die Stellung, welche Karl Schurz in dieser Angelegenheit einnahm, war vollständig von Parteivorurtheilen frei; er suchte strenge Gerechtigkeit mit möglichster Milde und Humanität zu vereinigen und verurtheilte das ruchlose Carpetbaggerthum ebenso sehr wie das gesetzlose Ku-Klux-Unwesen. Seine und Sumners Politik ging auch hier dahin, nicht, wie die Grant-Leute es wollten, durch Machtentfaltung zu „centralisiren" (centralize), sondern durch Aufrechthaltung der Ordnung und durch humane Berücksichtigung lokaler Rechte zu „nationalisiren" (nationalize); dabei war er weit entfernt, den partikularistischen Grundsätzen der Ultrademokraten zu huldigen, die unter der Firma der Aufrechterhaltung des Selfgovernment die verderbliche „Staaten-Rechtslehre" (State rights doctrine) predigten und, statt in gehörigem Maße zu „decentralisiren" (decentralize), in Wirklichkeit die Politik des „Entnationalisirens" (denationalize) befolgten. Die richtige Mitte aber zwischen Centralisation und Decentralisation zu finden und innezuhalten, gehört stets zu den Hauptaufgaben einer bundesstaatlichen Politik, mag dieselbe die nordamerikanische Union oder ein anderes Reich, z. B. das deutsche Reich, betreffen. Wie daher in den Vereinigten Staaten seit der Niederwerfung der Rebellion und dem Wiederaufbau der Union

auf freiheitlicher Basis sich der Kampf unter den politischen Parteien vielfach und in wesentlichen Dingen um die Stärkung der Centralgewalt einerseits und die Aufrechterhaltung der Rechte der Einzelstaaten andererseits drehte und noch dreht, so bildet auch in Deutschland seit der glorreichen Beendigung des deutsch-französischen Krieges und der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches die Frage von der Weiterausdehnung der Competenz der Reichsgewalt (Centralisation, Einheitsstaat) und von der Aufrechterhaltung, resp. Stärkung der durch die Reichsverfassung garantirten Rechte der deutschen Einzelstaaten (Decentralisation, Föderativ- oder Bundesstaat) einen Hauptgegenstand des Streites unter den verschiedenen politischen Parteien unseres Vaterlandes. Während die einen aus Furcht vor der Zersplitterung des Gesammtstaates vor allen Dingen das Moment der nationalen Einheit betonen, befürworten die andern, als das wichtigere Moment, in erster Linie die Pflege der nationalen Freiheit. Beide Parteien, in Amerika wie im deutschen Reiche, sind bemüht, ihre Anschauungen durch geschichtliche Erfahrungen und durch principielle Ausführungen als richtig darzustellen und praktisch zu verwirklichen.

Eine ähnlich unabhängige Stellung, wie Schurz bei den Debatten über das Ku-Klux-Unwesen eingenommen, hatte er auch bei andern wichtigen Fragen, die in der zweiten Session des 42. Congresses im Bundessenat zur Discussion kamen, z. B. bei der Amnestiefrage und bei der Civildienstreformfrage.

Die Botschaft, welche Präsident Grant dem am 4. December 1871 zu seiner zweiten Session zusammentretenden Congreß übersandte, zeichnete sich durch eine verhältnißmäßige Kürze und einen humanen Liberalismus aus; wo Grant aus Parteirücksichten nicht liberal sein durfte, wie z. B. in der Steuer- und Zollfrage, da versuchte er es wenigstens zu scheinen. Ueberall in seiner Botschaft zeigte er sich als der Candidat für die Wiedererwählung zum Präsidentenamte, der für Jedermann etwas Schönes und Gutes bereit hat und sich nach allen Seiten hin verbeugt, dabei stets versichernd, daß er nur der Diener der Republik sei, der keine eigene „policy“ habe, sondern von dem Congreß und dem Volke der Union die Richtschnur seines Handelns erwarte. Den libe-

ralen Reformern stellte er Reformen im Beamtenwesen in Aussicht, den Steuerzahlern Erleichterung der Zölle und der Inlandsteuern, dem reconstruirten Süden Amnestie u. s. w. Die Stelle zu Gunsten der Abschaffung jener Ausnahmemaßregeln, welche durch das 14. Amendement zur Bundesverfassung über einzelne frühere Rebellen verhängt worden, war in Anbetracht der Ku-Kluxgesetzgebung für Viele geradezu eine Ueberraschung, da man aus verschiedenen Gründen das Gegentheil davon oder doch ein Stillschweigen über diese Frage erwartet hatte. In dem Kapitel über die auswärtige Politik spielte der Vertrag mit England in der Alabamafrage die Hauptrolle; der beabsichtigten Annexion von San-Domingo war mit keiner Silbe Erwähnung gethan. Es war klar, Präsident Grant hatte sich Mühe gegeben, seinen liberalen Gegnern und auch den Demokraten den Donner zu entwenden; die Botschaft vom 4. December 1871 war so übel nicht; nur konnten die Worte in vielen Hauptfragen mit den nachfolgenden Thaten nicht übereinstimmen.

Der Passus der Botschaft, welcher auf die Beilegung des Alabamastreites Bezug nahm, lautete also: „Es darf wohl als ein wichtiges Ereigniß im letzten Jahre bezeichnet werden, daß zwei große Nationen, welche dieselbe Sprache sprechen und gleichen Ursprungs sind, durch einen friedlichen Ausgleich einen alten Streit beigelegt haben, der so leicht in blutige Kämpfe ausarten konnte. Es ist damit den übrigen civilisirten Nationen ein Beispiel gegeben und ihnen gezeigt, wie sie Millionen von Menschen für nutzbringende Industriezweige verwenden können, die jetzt dazu bestimmt sind, mit den Bajonetten und Schwertern die Streitigkeiten zwischen Völkern zu schlichten. Der Vertrag mit England stellt die Methode fest, durch welche zwischen verschiedenen Völkern anhängige Streitigkeiten geschlichtet werden können: ein Schiedsgericht entscheidet darüber.“

Ueber die Amnestiefrage sagte Grant in seiner Botschaft: „Mehr als sechs Jahre sind verflossen, seitdem die letzte feindliche Kanone zwischen den beiden Armeen abgefeuert wurde, die sich damals, die eine für Erhaltung, die andere für Zerstörung der Union, feindlich gegenüberstanden. Die Frage mag also wohl in Erwägung gezogen werden, ob es nicht an der Zeit ist, die durch das 14. Amendement zur

Bundesconstitution verfügten Ausnahmemaßregeln aufzuheben. Jenes Amendement schließt Niemand vom Stimmrechte aus, sondern entzieht nur gewissen Personen das Recht zur Bekleidung von Aemtern. Wenn die Reinheit der Abstimmung gewahrt und der Mehrheit der Wähler das Recht gesichert ist, daß Vertreter ihrer Ansichten aus der Wahlurne hervorgehen, so kann ich in der bloßen Ausscheidung gewisser Personen von bestimmten Aemtern keinen Vortheil und nichts Passendes sehen. Diese Männer hatten vor der Rebellion Stellung und Charakter genug, um zu Aemtern gewählt zu werden, welche ihnen einen Eid auf die Bundesverfassung auferlegten, und wenn Männer zu Aemtern jetzt wählbar sind, welche ganz dieselben Ansichten hegten, wie die gegenwärtig noch davon Ausgeschlossenen, so kann man zwar sagen, daß die letztern ihren Eid verletzten, muß aber hinzufügen, daß die erstern genau dasselbe gethan hätten, wenn es in ihrer Macht gelegen hätte. Wenn es einige große, durch ihre Thaten gegen die Regierung vor allen andern ausgezeichnete Verbrecher giebt, so können sie nach dem Ermessen des Congresses von einer Amnestie ausgeschlossen werden. Ich empfehle diese Angelegenheit Ihrer sorgfältigsten Erwägung."

Diese Empfehlung des Präsidenten Grant hatte begreiflicherweise bald die Wirkung, daß dem Bundessenat ein Amnestiegesetzentwurf vorgelegt wurde, durch welchen die rechtlichen Beschränkungen, denen infolge des mehrfach erwähnten 14. Amendements zur Bundesverfassung eine nicht geringe Anzahl intelligenter Theilnehmer an der Rebellion des Südens unterworfen war, wenn nicht ganz, so doch zum großen Theile aufgehoben werden sollten. In der Senatssitzung vom 30. Januar 1872 erhielt Schurz das Wort hierüber und sprach sich in einer längern, durch oratorische Schönheiten und sachliche Argumente ausgezeichneten Rede zu Gunsten einer ausnahmslosen Amnestie aus. Es war dem deutschen Senator vorbehalten, zuerst unter allen republikanischen Senatoren im Bundessenat ein wahrhaftes Bild der Zustände des Südens zu entwerfen, wie sie sich infolge der Reconstructionspolitik herausgebildet hatten. „Wäre der Gedanke, aus welchem die Rebellion hervorging", so begann er seine Ausführungen, „noch viel schlechter gewesen, als er es wirklich war, und wären die Schrecken der-

selben noch viel grausiger gewesen, als sie in der That sich darstellten, so können wir als Gesetzgeber doch niemals die Absicht haben, die Gefühle der ehemaligen Rebellen zu verletzen, sie zu plagen und zu quälen, nur um in rachsüchtiger Weise ihnen wehe zu thun. Unsere Politik darf nur auf das allgemeine Beste des ganzen Volkes gerichtet sein. Ist dies aber in Wahrheit der Fall gewesen? Sehen Sie sich die Südstaaten an, wie sie heute beschaffen sind. In einigen grenzt der öffentliche Zustand an vollkommene Anarchie, nicht nur weil es den Regierungen der meisten Einzelstaaten an Kraft fehlt, die Ordnung aufrecht zu erhalten, sondern weil ihre ganze Organisation durch und durch corrupt ist; weil Schlechtigkeit verbunden mit Unwissenheit die Gewalt ausübt; weil gewissenlose Menschen die Einkünfte der Staaten verschleudern und den öffentlichen Kredit zerstören; weil diese Staaten am Rande des Bankrotts stehen und weil ihre Industrie einer furchtbaren Steuerlast erliegt; weil Eigenthümer und Kapitalisten von dem Gefühle der Unsicherheit beherrscht werden." Schurz suchte dann nachzuweisen, wie das Verleihen des Stimmrechts an die Neger ein Akt politischer Nothwendigkeit gewesen sei, dem sich eine allgemeine Amnestie hätte anschließen müssen. Die große Mehrzahl der intelligenten Leute im Süden hätten sich an der Rebellion betheiligt; indem man sie durch Ausnahmemaßregeln von der Theilnahme an der Gesetzgebung und Regierung ausschloß, dafür aber unwissende Neger und eigennützige, schurkische Weiße (Carpetbaggers) in die Gesetzgebung und in die Regierung gelangen ließ, nur weil sie sich als Anhänger der republikanischen Partei gerirten, habe man einen groben politischen Fehler begangen. Durch die Ertheilung des Stimmrechts an die Neger stellte man die frühern Knechte mit den frühern Herrn auf gleichen Fuß und verletzte die Vorurtheile der Südländer aufs empfindlichste; durch die über die intelligenten Weißen verhängten Ausnahmemaßregeln ging man noch einen Schritt weiter und setzte die Weißen den Negern gegenüber herab. Es sei vom Congreß und der Unionsregierung weder weise noch gerecht gewesen, intelligenten, persönlich achtbaren Weißen die Rechte zu nehmen, in deren Besitz man die Neger gelangen ließ. „Wollen wir daher", rieth Schurz, „dem Süden gute Regierungen geben und nicht den Glauben erwecken,

daß wir die Helfershelfer derer sind, welche die Gewalt benutzen, um ihre Mitbürger auszuplündern, und wollen wir nicht den Vorwurf verdienen, daß wir eine ganze Klasse von Bürgern nutzlos in einem Zustande der Entwürdigung halten, so müssen wir alle politischen Beschränkungen abschaffen. Diese Rechtsberaubungen haben nicht das geringste Gute bewirkt; sie haben die Macht, das Böse zu thun, nicht gebrochen, wohl aber die Neigung zum Bösen infolge der Unlust an den Zuständen, in denen gewisse Klassen leben mußten, verschärft. Es muß Jedermann klar sein, daß, wenn alle, die heute keine Aemter innehaben dürfen, in Aemtern ständen, sie mit ihrer offiziellen Gewalt niemals so viel Uebel angerichtet haben könnten, als durch die bloße Thatsache der Existenz des Systems politischer Rechtlosigkeit mit seinen nothwendigen Folgen bis heute angerichtet wurde."

Karl Schurz verwahrte sich dann ausdrücklich und mit Energie gegen den Ausschluß gewisser Kategorien von Rebellen von der Amnestie, bedauerte, daß sein Freund Charles Sumner den schwebenden Antrag auf Aufhebung aller politischen Rechtsberaubungen durch seine unpraktische „Civil Rights Bill" zu Boden drücken werde, und schloß mit den Worten: „Die Staatskunst, die unsere Zeit erheischt, läßt sich nicht erschöpfen mit hochtönenden Declamationen über die Größe des Verbrechens der Rebellion und mit der Prophezeiung von Schrecken, welche des Landes warten, wenn die Rebellen nicht mit äußerster Strenge bestraft werden. Das amerikanische Volk fängt an zu entdecken, daß, so groß auch jenes Verbrechen war, es doch außer ihm noch viele andere Schlechtigkeiten giebt, die vielleicht gerade durch das hochtrabende Gerede von ausschließlichem und starrem Patriotismus verdeckt werden sollen. Das amerikanische Volk fängt an einzusehen, daß eine ehrliche Regierung im Süden und in allen andern Theilen der Union, wenn durch sie ein bemerklicher Grad von Vertrauen und Zufriedenheit hergestellt wird, mehr beitragen müsse zur Wiederbelebung echter Loyalität und eines gesunden Nationalgeistes, als das dauernde Lebendigerhalten der Vergangenheit durch nutzlose Herabsetzung gewisser Bürgerklassen. Das Volk des Nordens und des Südens der Union muß in staatlicher Gemeinschaft leben. Lassen Sie uns daher so handeln, daß die Bewohner des Südens aus dem

Schlußkapitel des Krieges die Gewißheit herauslesen, daß ihre Sieger nicht ihre Feinde, sondern ihre Freunde zu sein wünschen. Ich will nicht, daß die Vergangenheit ganz vergessen sei, wohl aber daß sie abgeschlossen werde durch einen Akt, der eines großen und edeln Volkes würdig ist. Nicht daß ich glaube, dieser Akt werde ein Heilmittel für alle Uebel sein, die wir heute beklagen, — er wird aber, meine ich, als ein mächtiger Appell an die besten Instinkte der menschlichen Natur wirken, er wird den Gutgesinnten neuen Muth und neues Vertrauen einflößen, den Uebelgesinnten einen Vorwand zum Bösen nehmen, und der gesunde Menschenverstand und ein richtiges Gefühl müssen uns sagen, daß, sobald wir wieder ein Volk von gleichberechtigten Bürgern sind, wir auch leichter wieder ein Volk von Brüdern werden können."

Als es zur Abstimmung über das Amnestiegesetz kam, mußte zuerst über das von Sumner damit ganz unnöthigerweise in Verbindung gesetzte Amendement, die sogenannte „Supplementary Civil Rights Bill", abgestimmt werden. Dieses Amendement bestimmte nämlich, daß die Neger auch in gewissen socialen Beziehungen, wie z. B. bei der Benutzung von Verkehrsanstalten, in Hotels, in Theatern u. s. w. den Weißen gleichgestellt werden müßten. Abgesehen davon, daß das Sumnersche Amendement sich in Dinge mischte, die außerhalb der Competenz des Congresses liegen, stand dasselbe mit dem Amnestiegesetze, welches die politischen Rechte von Exrebellen wiederherstellen sollte, logisch in gar keiner Beziehung, auch hätte es von seinem Urheber sehr wohl als besondere Gesetzesvorlage eingebracht werden können. Aber Sumner blieb gegen alle Vorstellungen und Bitten seiner Freunde taub, er zog sein Amendement nicht zurück. Die Stimmung in der Union war entschieden zu Gunsten einer Amnestie; das wußten Grant und seine Freunde im Senat sehr wohl. Deshalb konnten letztere nicht offen und direkt das Amnestiegesetz bekämpfen, sie warteten daher auf eine günstige parlamentarische Gelegenheit, dasselbe hinterrücks zu Fall zu bringen. Diese Gelegenheit bot Sumner eben durch das Einbringen seines Amendements, welches so viele Gegner, auch unter den Freunden der Neger, hatte. Nachdem die Grant-Leute Sumners Amendement durch ihre Abstimmung dem Amnestiegesetzentwurfe einverleibt hatten, waren sie sicher, daß letzterer

fallen würde, da zu seiner Annahme zwei Drittel der Stimmen erforderlich waren. Die Abstimmung ergab denn auch 33 Stimmen für und 19 Stimmen gegen das durch Sumners Schuld verstümmelte Amnestiegesetz; dasselbe war mithin gescheitert, da es die gesetzliche Zweidrittel-Majorität nicht erhalten hatte. Ein im Mai zu Stande gekommenes Amnestiegesetz schloß von der Amnestie den frühern Rebellenpräsidenten Jefferson Davis sowie alle Land- und Seeoffiziere und alle Beamten und Congreßmitglieder der südlichen Conföderation aus.

Gegen Ende des Jahres 1871 und im Anfange des Jahres 1872 stellte die deutsch-amerikanische Presse nicht selten Vergleiche auf zwischen dem Deutschen Reiche, resp. dessen Regierung, und den wiedereroberten Provinzen Elsaß und Lothringen einerseits, und der Nordamerikanischen Union, der Unionsregierung und den unterworfenen Südstaaten andererseits. Selbstverständlich ließen diese Vergleiche viel zu wünschen übrig; in einem wesentlichen Punkte jedoch trafen sie nahezu das Richtige. Deutschland und die Vereinigten Staaten hatten es mit einer sich gekränkt fühlenden, vielfach unsympathischen Bevölkerung zu thun, und es war daher hier wie dort die Aufgabe der Regierung, durch eine Politik der Versöhnung die Widerstrebenden den neuen Zuständen geneigt zu machen. Wie himmelweit verschieden sind aber die Wege gewesen, die in Europa und jenseit des Ozeans eingeschlagen wurden! Von deutscher Seite gab man sich alle Mühe, dem gedemüthigten Bruderstamme die Wiedervereinigung zu erleichtern, um die durch den Krieg geschaffenen Leiden zu mildern und die materiellen Schäden auszubessern, um die Bürger jener beiden Schwesterprovinzen so schnell als möglich zur Verwaltung ihrer Lokalangelegenheiten zu befähigen und sie die wirklichen Vortheile ihrer Gemeinschaft mit Deutschland fühlen und begreifen zu machen. Und was that man in der Nordamerikanischen Union? Dort war die militärische Gewalt fast das einzige Mittel, um die wiedergewonnenen Südstaaten an die Union zu fesseln. Beutegierige Schaaren aus dem Norden untergruben das ohnehin schon erschütterte Staatswesen im Süden noch mehr und vervollständigten den finanziellen Ruin; Unwissenheit und Rohheit eingeborener Freigelassener wetteiferten zum Verderben des Landes mit der selbstsüchtigen Herrschsucht eingewanderter Abenteurer und rissen

dadurch einen Theil der weißen Bevölkerung zu Rachehandlungen hin, die man nachher als neue Vorwände für eine gewaltthätige Politik benutzte. Die Reconstructionspolitik der republikanischen Partei hat diese Partei in vieler Hinsicht um das Recht gebracht, sich die Partei des Fortschrittes und der Reformen zu nennen; denn wer andauernd bei der Reorganisation staatlicher Verhältnisse zu Gewaltmaßregeln seine Zuflucht nimmt und mit der Corruption im Bunde steht, hat das Recht auf den Titel eines Reformators verwirkt.

Schon im December 1869 brachte Schurz, wie bereits bemerkt, einen Gesetzesvorschlag im Bundessenat ein, der eine Reform des Beamtenwesens bezweckte. Er drang damit nicht durch. Allein innerhalb wie außerhalb der Bundesgesetzgebung wiederholte sich der Ruf nach einer solchen Reform, und dieser Ruf war nur zu wohl begründet. Hat man doch berechnet, daß der Präsident der Vereinigten Staaten mehr oder weniger nach seiner Willkür weit mehr als 40,000 Beamte ernennen kann, allerdings mit Vorbehalt der Bestätigung durch den Senat; diese Ernennung und Bestätigung von Bundesbeamten geschieht in der Regel mit Berücksichtigung der Parteistellung, sodaß fast nur Anhänger der herrschenden Partei in Amt und Würden gelangen können. Wer nicht der herrschenden Partei angehört, hatte seit Decennien in der Nordamerikanischen Union wenig oder gar keine Aussicht, ein Bundesamt zu bekleiden. Parteitreue war das erste Erforderniß, um ein Bundesamt zu erhalten, Fähigkeit und Ehrlichkeit kamen in zweiter Linie. Zu den vom Präsidenten direkt ernannten Beamten kommen nun aber noch die von den Bureauchefs und Distriktsbeamten ernannten Unterbeamten, Deputies und Clerks. Wie stark muß der Einfluß dieses Beamtenwesens sein und wie verderblich seine Wirkung, wenn Nepotismus und einseitiges Parteiinteresse in den meisten Aemterbesetzungsfällen den Ausschlag geben. Thür und Thor müssen auf diese Weise der Corruption offen stehen. Dies schien auch Präsident Grant zu fühlen, deshalb erklärte er in seiner obenerwähnten Botschaft vom 4. December 1871 u. A. Folgendes: „Wenn schlechte Leute Aemter erhielten, so ist dies die Schuld des durch Gesetz und Gebrauch geschaffenen Systems der Beamtenernennungen oder derjenigen, welche Leute für öffentliche Aemter

empfehlen oder brieflich für ihren Charakter bürgen, ohne die Aemtersucher persönlich genügend zu kennen oder ohne ein rechtes Verständniß für die schwere Verantwortlichkeit zu haben, die sie mit solchen Empfehlungen auf sich nahmen. Eine Reform des Beamtenwesens, welche den angedeuteten Mißbräuchen steuert, ist höchst wünschenswerth. Im kaufmännischen Leben ist der Kaufmann, der einen Freund empfiehlt, damit er von einem Dritten Kredit erhalte, für den Charakter und die Zahlungsfähigkeit des Empfohlenen moralisch verantwortlich. Ein Gesetz, welches dieses Prinzip auch den Congreßmitgliedern und sonstigen Personen gegenüber zur Anwendung brächte, welche die Aemtersucher beim Präsidenten empfehlen, würde Vorsicht bei solchen Empfehlungen einschärfen. In meiner letztjährigen Botschaft an den Congreß habe ich eine Reform im Civildienste dringend empfohlen. In Uebereinstimmung damit gab der Congreß in dem Appropriationsgesetze vom 3. März 1871 der Executive die nöthige Autorität zur Einführung einer Civildienstreform und legte ihr die Verantwortlichkeit dafür auf. Kraft des besagten Gesetzes berief ich eine Commission von befähigten Männern, um die für eine solche Reform nöthigen Regeln und Anordnungen zu entwerfen. Die Commission hat ihre Arbeiten noch nicht beendigt, aber man erwartet, daß es ihr gelingen wird, einen Plan zu Stande zu bringen, der von der gesetzgebenden Gewalt gebilligt wird und durch den die Executive, die Vorsteher der verschiedenen Regierungsdepartements und die Congreßmitglieder von einer großen Last befreit würden, während der Staatsdienst dadurch zugleich eine wesentliche Verbesserung erführe."

Diese erfreulichen Worte des Präsidenten Grant blieben leider, wie in frühern ähnlichen Fällen, stets Worte und gelangten einmal oder gar nicht zur Ausführung. Die mitgetheilte Stelle aus der Botschaft des Präsidenten war im Hinblick auf die herannahende Präsidentenwahl darauf berechnet, die öffentliche Meinung, welche immer lauter eine Verbesserung des Beamtenwesens verlangte, zu beruhigen und für ihn (Grant) günstig zu stimmen. Wie wenig indeß die Anhänger Grants im Senat daran dachten, eine gründliche Reform vorzunehmen, geht schon daraus hervor, daß sie ein früheres Untersuchungscomité ab-

schafften, dessen Aufgabe es war, bestechliche Beamte zur Verantwortung zu ziehen. Unter dem Titel „Committee of Investigation and Retrenchment“ bestand nämlich ein Senatsausschuß für Ersparungen und Reformen, welcher durch seine Enthüllungen über vielfache Mißbräuche in der Verwaltung der Agitation zu Gunsten einer eingreifenden Reform des Civildienstes so großen Vorschub geleistet hatte, daß selbst Präsident Grant sich gezwungen sah, diesen Gegenstand in seiner Botschaft zu berühren. Trotzdem wurde das genannte Comité durch die republikanische Senatsmehrheit von der Liste der Senatsausschüsse gestrichen. Allein Senator Trumbull von Illinois, dem es ebenso wie Schurz Ernst war mit der Reform im Beamtenwesen, stellte am 13. December 1871 einen Antrag auf Einsetzung eines gemeinsamen Comités beider Congreßhäuser, dem im Wesentlichen dieselben Functionen übertragen werden sollten, welche das von den Grant-Senatoren abgeschaffte Comité zu besorgen hatte. Der Antrag lautete in wörtlicher Uebersetzung also: „Mit Zustimmung des Repräsentantenhauses soll ein gemeinsames, aus vier Senatoren und sieben Repräsentanten zusammengesetztes Comité für Ersparungen von den Vorsitzenden beider Congreßhäuser ernannt und beauftragt werden, Untersuchungen anzustellen bezüglich der Ausgaben in allen Dienstzweigen der Vereinigten Staaten. Das Comité soll berichten, ob und welche Aemter abzuschaffen, ob und welche Amtsgehalte oder Nebeneinnahmen zu reduciren sind, welche Vorkehrungen getroffen werden müssen, um für richtige Rechnungsablage seitens der Beamten oder Agenten, denen die Verwaltung und die Ausgabe öffentlicher Gelder anvertraut ist, zu sorgen. Das Comité soll untersuchen, ob Gelder ungesetzlicher Weise ausbezahlt worden sind, ob Beamte, Agenten oder andere Personen ungesetzlicher- oder unnöthigerweise im öffentlichen Dienste verwendet wurden oder noch verwendet werden, und im Allgemeinen, wie und zu welchem Betrage die Ausgaben im Dienste des Landes beschränkt werden können. Es soll ferner prüfen, ob bei gesetzlich stattfindenden Amtsanstellungen Vorschriften hinzugefügt werden mögen, behufs einer Auswahl der Unterbeamten nach vorhergegangener Prüfung durch geeignete Commissionen, behufs des Verbleibens dieser Beamten im Dienste, es sei denn, daß sie vor Ablauf ihres Amts-

termins vor eigens hierzu eingesetzten Gerichtstribunalen angeklagt, überführt und darauf hin entlassen werden. Es soll alles gethan werden, um zu verhindern, daß der öffentliche Dienst als Werkzeug der politischen oder der sonstigen Parteibegünstigungen gebraucht werde. Schließlich soll das Comité ermächtigt sein, während der Zeit, wo der Congreß vertagt ist, Sitzungen zu halten und Personen und Documente vor sich zu fordern."

Dieser Trumbullsche Reformantrag wurde von Schurz im Senat durch eine längere Rede warm unterstützt. Schurz wies unter anderm auf die schmählichen Mißbräuche hin, die im Zollhause von New-York bestanden, über die der dortige Handelsstand sich so oft beklagt hatte und die, obschon der Finanzsekretär selbst auf deren Abstellung drang, immer fortdauerten. Der größte dieser Mißbräuche, welcher den Hafen von New-York für die Seefahrer vielleicht zu dem theuersten Hafen der Welt machte, bestand in dem sogenannten „General-Ordresystem". In frühern Jahren hatten nämlich die transatlantischen Dampferlinien für die Frachtgüter, für welche nach Ablauf einer gewissen Zeit die Eingangszölle nicht bezahlt waren, große Waarenlager in Hoboken und Jersey City in der Nähe ihrer Landungsplätze errichtet, wo diese Güter (sogenannte General-Ordregüter, weil sie infolge einer vom Zollamte erlassenen Generalordre unter gewissen Umständen direkt vom Schiffe aus gegen Bezahlung der Zollgebühr von den Consignatären abgeholt werden durften) unter Aufsicht der Zollbeamten auf dem Lager blieben. Dort konnten sie 48 Stunden ohne Lagergebühr liegen. Dies Arrangement war sowohl für die Consignatäre wie für die Vereinigten Staaten-Regierung äußerst vortheilhaft. Plötzlich (am 1. Februar 1871) verordnete der vom Präsidenten angestellte und lange beschützte, wegen seiner Umtriebe und Bestechereien ebenso gefürchtete wie gehaßte Hafencollector Thomas Murphy, daß diese General-Ordregüter nicht mehr in den bisherigen Lagerhäusern aufbewahrt werden durften, sondern daß sie in Lagerhäuser im Innern der Stadt New-York abgeführt werden müßten, die vom Zollhauseinnehmer an Privatleute verpachtet wurden. In diesen Privatlagerhäusern wurde den Consignatären nicht nur Lagergeld für einen ganzen Monat abgenommen, wenn sie auch

die Güter gleich am ersten Tage der Lagerung abholten, sondern die Güter waren auch auf dem Transport nach den Privatlagerhäusern Beschädigungen ausgesetzt und wurden nicht selten gestohlen, ohne daß es gelang, irgendwen für den Verlust verantwortlich zu machen. Kaufleute, die bei ihrem Verhör den Eid leisteten, erklärten, daß sie durch das geschilderte Verfahren im Laufe von einem oder zwei Jahren viele tausend Dollars Schaden erlitten, während sie bei der frühern Einrichtung niemals einen Cent verloren hätten. Ja, es kam der Fall vor, daß betrügerische Kaufleute im Einverständniß mit den Privatpächtern viele Kisten voll der kostbarsten Waaren aus diesen Privatlagerhäusern wegführten und sie durch andere, mit Spreu gefüllte Kisten ersetzten, die sie dann niemals abholten, um so die Regierung um den Eingangszoll zu betrügen.

Karl Schurz legte dem Senat eine Menge Zeugnisse von Kaufleuten aus New-York vor, die vor dem abgeschafften Untersuchungscomité abgegeben worden waren, um zu beweisen, wie, trotz der Kenntniß der Unionsregierung von diesem greulichen Unfuge, nichts geschah, um ihn aus der Welt zu schaffen. Nachdem Schurz den Senat gezwungen, die Beweise der von der Grant-Administration geduldeten Corruption bis ins kleinste Detail anzuhören, fuhr er also fort: „Sie sehen, daß hier ein System des schamlosesten Betrugs gegen den Handelsstand von New-York ausgeübt wird, ohne daß die Regierung daran denkt, ihm energisch Einhalt zu thun. Lese ich die betreffenden Zeugnisse, so werde ich dadurch an die Geschichte jener mittelalterlichen Raubritter am Rhein erinnert, deren Burgruinen heute noch auf den Gipfeln der Hügel den romantischen Fluß entlang stehen, und die eine Kette über den Fluß spannten und die Schiffer, die ihn auf und ab befuhren, einen Zoll dafür bezahlen ließen, daß sie an ihren Raubburgen vorbeipassiren durften. Gerade so finden Sie, meine Herren Senatoren, jetzt einen Mann im Besitze des sogenannten General-Ordregeschäfts in New-York, der von den Kaufleuten von New-York einen Zoll erhebt — nicht zum Besten des öffentlichen Dienstes, nicht wegen der Sicherheit des Eingehens der Zollgefälle und der Bequemlichkeit des Handels, sondern einzig und allein, damit er seine Taschen fülle. Dieses

Straßenräubergeschäft befindet sich in den Händen zweier Männer, Namens Leet und Stocking. Leet war während des Secessionskrieges einer von General Grants Adjutanten und ging beim Schlusse des Krieges, mit einem Empfehlungsbriefe des Generals Grant an Herrn Grinnell, den obersten Zollbeamten im New-Yorker Hafen, versehen, nach New-York. Später erhielt er das General-Ordregeschäft, dessen Ertrag von ehrenhaften New-Yorker Kaufleuten von 50—100,000 Doll. per Jahr geschätzt wird. Leet selbst hat zugegeben, daß seine Stelle ihm 25,000 Doll. einbringe. Mit diesem Einkommen war er indeß nicht zufrieden, sondern verpachtete einen Theil seines Geschäfts an einen gewissen Bixby für 5000 Doll. per Jahr. Diese Mißbräuche sind durch das abgeschaffte Comité und durch eine vom Finanzsekretär ernannte Untersuchungscommission unleugbar festgestellt. Die Kaufleute von New-York protestirten wiederholt gegen das gegenwärtige Zollsystem und verlangten eine Rückkehr zu dem System, welches in Geltung war, bevor die jetzige Administration an das Staatsruder kam. Es wurde von jemand angedeutet, daß Leet Verbindungen mit dem „Weißen Hause" unterhalte; General Porter und Leet sind über diesen Gegenstand vernommen worden; sie leugneten solche Verbindungen, aber gewichtige Zeugnisse sprechen gegen diese Herren. So bleibt denn die Thatsache bestehen, daß das in Rede stehende schmachvolle Raubsystem (system of robbery) gegen die Ansichten der Kaufleute von New-York und gegen das Urtheil des Finanzministers aufrecht erhalten wird. Wie aber ist dies möglich? Wo ist die geheimnißvolle Gewalt, die es in Schutz nimmt? Wohlan denn, das frühere Untersuchungscomité war gerade bei dieser Untersuchung angelangt, als es aufgelöst wurde, und man sagt uns jetzt, daß ein ähnliches Comité nicht mehr nöthig sei. Und doch habe ich Ihnen soeben ein Beispiel von einem unerhörten Unrecht angeführt, das von einem solchen Comité gründlich untersucht werden könnte. Man beruft sich darauf, daß es deshalb nicht mehr nöthig sei, weil der Präsident in seiner Botschaft versprochen hat, daß er selbst zur Reform des Beamtenwesens beitragen wolle. Ich bin der letzte Mann, der ein Versprechen, das vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ausgeht, unterschätzen würde; allein man muß nicht

vergessen, daß der Präsident ganz dasselbe Versprechen auch in seiner Jahresbotschaft vom December 1870 gab, und daß seit diesem Versprechen unter Ihren Augen der von mir soeben geschilderte Skandal ununterbrochen fortging, obgleich es keine verlockendere Einladung zum praktischen Durchführen der Versprechungen des Präsidenten als diese geben konnte. Warum geschah es nicht? Verzeihen Sie mir die Bemerkung: aber in Bezug auf Reformen im Civildienste ist ein Pfund von Leistungen mehr werth als eine ganze Tonne von Versprechungen. Nun, meine Herren, ich sage Ihnen, so viel man auch immer von den Verbesserungen, die stattgefunden haben sollen, reden mag, das Volk der Vereinigten Staaten ist bestürzt (startled) über das häufige Vorkommen und das Unerhörte der Enthüllungen, die von Tag zu Tag gemacht werden. Ueberlassen Sie sich keinen Illusionen über diesen Gegenstand. Das amerikanische Volk steht auf dem Punkte, wo es eine ehrliche Regierung verlangt, und will, daß alle die Mittel zu diesem Zweck angewandt werden, die nur mit den Gesetzen des Landes vereinbar sind. Es verlangt die Enthüllung und den Sturz der Corruption (the exposure and overthrow of corruption), ohne Rücksicht auf die Interessen einer Partei oder irgendeiner Person. Mir scheint es, als ständen wir an dem Vorabende einer moralischen Revolution (at the treshold of a moral revolution), die sehr leicht weiter als bis zum Sturz von Tammany-Hall gehen kann; und in dieser Revolution wird die Kunst, ‚wie man eine Sache nicht macht‘, von geringem Nutzen sein. Ebensowenig wird die wohlfeile Declamation gegen die Corruption als solche (in the abstract) oder gegen die Sündhaftigkeit der Sünde im allgemeinen und über die Schönheit der Tugend etwas helfen. Wir haben von alledem schon genug gehabt. Das amerikanische Volk will nicht mehr einen Scheinwerth als baare Münze nehmen. Wenn es unser aufrichtiger Wunsch ist, dem Lande zu dienen und das Vertrauen der Nation zu erringen, dann müssen wir das Volk davon überzeugen, daß wir keine politische Partei so sehr hassen wie die Corruption, und daß wir keine Partei mehr lieben als eine gute Regierung.“

Allein alle Bemühungen Trumbulls, Schurz’ und andrer Senatoren, eine umfassende und gründliche Untersuchung der Verwaltung aller

Dienstzweige der Vereinigten Staaten-Regierung herbeizuführen, scheiterten, indem der Trumbullsche Antrag auf Niedersetzung eines gemeinsamen Comités vom Senat mit 35 gegen 24 Stimmen verworfen und dafür eine Resolution des republikanischen Senators Anthony von Rhode-Island angenommen wurde, der gemäß zwar auch ein Untersuchungscomité gewählt werden sollte, jedoch mit sehr beschränkten Vollmachten. Dieses, aus sechs Senatoren bestehende Comité durfte nämlich nur dann und nur so weit Untersuchungen anstellen, als der Senat, d. h. die in demselben herrschende Regierungs- oder Grant-Partei, dem Comité dazu specielle Aufträge gab. So war denn von neuem dafür gesorgt, daß von der Corruption und dem Mißbrauche der Regierungspatronage nicht zu viel ans Tageslicht kam, und daß der alte freche Humbug vorgeblichen Reformeifers, hinter dem sich die gewissenloseste Ausbeutung des Volkes und des Parteieinflusses in schönster Blüthe entwickelte, sich nunmehr ziemlich ungestört breit machen konnte. Von den sechs Senatoren, die in das Anthonysche Untersuchungscomité gewählt wurden, gehörten fünf der specifischen Grant-Partei und einer der demokratischen Partei an; die Bemühungen Sumners, Trumbull oder Schurz in das Comité gewählt zu sehen, waren ohne Erfolg. Die ganze Angelegenheit hatte wesentlich nur dazu gedient, die Scheidelinie zwischen den Administrations- und den Antiadministrations- oder liberalen Republikanern schärfer als je zu ziehen. Das Auftreten von Trumbull und Schurz fand in der ganzen Oppositionspresse, namentlich in den unabhängigen republikanischen Zeitungen, deren Zahl allerdings nicht groß war, ungetheilten Beifall. Von ganz besonderer Wirkung war die Stelle der Schurzschen Rede, wo er auf den Präsidenten als die Quelle aller Corruption hinwies, indem er von der „geheimnißvollen Gewalt („mysterious power") sprach, die im New-Yorker Zollhause die schreiendsten Mißbräuche bestehen lasse, obgleich dieselben von den angesehensten Kaufleuten in New-York aufgedeckt, von einem Senatscomité als solche angegriffen und selbst vom Finanzsekretär verurtheilt worden waren. Auch Senator Tipton hatte direkt angespielt auf den „Koloß im Weißen Hause, an den man als den einzigen Retter glauben müsse, wenn man nicht für einen Verräther der Union gehalten werden

wolle.“ Mit Recht wurde die Debatte über die Reform im Beamtenwesen als der Anfang der Kämpfe im Congreß in Bezug auf die kommende Präsidentenwahl betrachtet. Schurz hatte unwiderleglich dargethan, daß das öffentliche Parteileben in der Union in einen Aemterkampf, in einen „Kampf um Beute“ ausgeartet sei; er deckte nicht nur die Sünden der Grant-Partei auf, sondern charakterisirte auch in scharfer Weise die Demokraten, welche unter Civildienstreform nur verstanden, daß Demokraten an Stelle von Republikanern die Bundesämter bekommen sollten. „Herr Schurz hat uns überzeugt“, erklärte die einflußreiche „New-Yorker Staatszeitung“, „daß alle andern Mittel zur Reinigung unsers öffentlichen Lebens nichts mehr helfen werden, wenn wir nicht specifische Mittel zur Reform unsers Beamtenwesens anwenden. Ja, wir geben ihm sogar zu, daß, während die amtliche Corruption ursprünglich nicht eine Ursache, sondern eine Wirkung der allgemeinen Demoralisation war, sie sich im Laufe der Zeit zu einer Hauptquelle der immer mehr zunehmenden Demoralisation gestaltet hat, und daß wir nun dahin gelangt sind, das amerikanische Volk förmlich aufgeben zu müssen, wenn es keine Reform seines Beamtenwesens mehr auszuführen im Stande wäre.“

In einer Massenversammlung von Liberal- oder Reformrepublikanern, die am 12. April 1872 in New-York stattfand, traten Schurz und Trumbull als Hauptredner auf und stellten diejenigen Männer, welche bei der bevorstehenden Präsidentenwahl für die Wiedererwählung Grants wirken würden, um als Belohnung Staatsämter oder gar einen Sitz im Congreß zu erhalten, als Grant-Candidaten auf Eine Linie mit den officiellen Candidaten in Frankreich zu den Zeiten Napoleons III. Beide Redner machten darauf aufmerksam, wie Bundeswahlen dieser Art die Staatswahlen zu verschlingen, sie zu Anhängseln herabdrücken, sie in den Dienst für die Wiedererwählung Grants zu pressen, kurz eine übermäßige Centralisation an die Stelle der durch die Bundesverfassung garantirten Selbständigkeit der Einzelstaaten zu setzen drohten, eine Centralisation, welche von den unheilvollsten Folgen begleitet sein müßte.

Wenn die Congreßdebatten über die Amnestiefrage und noch mehr die über das Civildienst-Reformgesetz als Vorkämpfe innerhalb der

Bundeslegislatur in Bezug auf die Präsidentenwahl angesehen werden konnten, so datirten die Vorbereitungen zu dieser Wahl außerhalb des Congresses noch weiter zurück. Schon der talentvolle und einflußreiche Demokrat Clement L. Vallandigham, der durch eine verhängnißvolle Unvorsichtigkeit am 17. Juli 1871 sein Leben verlor, gab im Mai des genannten Jahres seiner Partei, welche bis dahin dem radikalen Vorgehen in der Negeremancipation nachhaltig widerstrebt hatte, den praktischen Rath: die Bestimmungen des 13., 14. und 15. Amendements zur Bundesconstitution, wodurch die Neger nicht nur für frei, sondern auch ohne jede Beschränkung für wahlberechtigt erklärt waren, als unumstößliche, durch das Gesetz und den Willen des Volkes der Union feststehende Thatsachen anzuerkennen, ein möglichst freisinniges Programm aufzustellen, die frühern Parteifragen als vielfach veraltet fallen zu lassen und einen neuen Weg zu fruchtbringender Thätigkeit zu betreten. Nur so, meinte er, könne die demokratische Partei bei der im Jahre 1872 stattfindenden Präsidentenwahl mit Ehren und Aussicht auf Erfolg auf den Kampfplatz treten und dem Lande in gemeinnütziger Weise Vortheil bringen. Ein großer Theil der genannten, vorzugsweise im Süden der Union vertretenen Partei, namentlich das jüngere, durch frühere Parteistreitigkeiten nicht verbissene Element derselben, nahm sich dieses politische Testament Vallandighams wenigstens scheinbar zu Herzen, und die von hier aus datirende Bewegung ist in der Geschichte des amerikanischen Parteilebens unter dem Namen „The New Departure“ — der neue Ausgangspunkt — bekannt geworden.

Von Seiten der republikanischen Partei ist in erster Linie Karl Schurz als derjenige zu bezeichnen, der kühnen Sinnes die alten verrosteten Parteifesseln brach und zum Wohle der Union eine Reformbewegung ins Leben rief. Im Sommer und Herbst 1871 bereiste Schurz verschiedene Staaten im Norden und Süden der Union und hielt in einzelnen Städten längere, wohldurchdachte, wirkungsvolle Reden, in denen er offen und frei seine Ansichten über die republikanische und demokratische Partei, über den Präsidenten Grant und über die öffentlichen Zustände in den Vereinigten Staaten überhaupt aussprach, die Bundesgesetzgebung scharf kritisirte und Mittel und Wege andeutete,

wie den herrschenden Uebelständen für die Zukunft abgeholfen werden könne. Die erste große Rede, mit der er den Wahlfeldzug für die Präsidentenwahl eröffnete, wurde von ihm am 12. August zu Chicago gehalten; in derselben warf er Grant Nepotismus und Corruption vor und bekämpfte seine Wiedererwählung in energischer Weise. Er sagte u. A.: „Wenn der Präsident seine Vettern und Schwäger zu Dutzenden an die öffentliche Krippe setzt, so ruft der ganze Chor seiner Schmeichler: ‚Kleinigkeit!‘ Nein, meine Herren, das sind keine Kleinigkeiten. Die Verwandten des Präsidenten mögen meinetwegen nicht schlechtere Beamte sein als andere auch. Aber indem er sie an die Krippe setzt, lehrt das Oberhaupt des Landes seine Untergebenen durch sein überall sichtbares Beispiel, daß man nach seiner Meinung ein öffentliches Amt zu eigennützigen Zwecken ausbeuten darf, um daraus zu machen, was sich machen läßt; und wer wird sich wundern, wenn dann die Untergebenen auch aus ihren Aemtern machen, was sich machen läßt? Wenn der oberste Beamte des Landes Geschenke annimmt und dann die Geber in öffentliche Aemter und Würden einsetzt, so mögen die so Angestellten sehr würdige Männer sein und die Geschenke mögen mit ihrer Anstellung nichts zu thun haben; aber der oberste Beamte des Landes hat seinen Untergebenen gezeigt, daß man seiner Meinung nach Geschenke nehmen und die Geber auf amtlichem Wege begünstigen darf. Hätte George Washington, der uns allerdings als ein Vorbild edler Uneigennützigkeit voranleuchtet, das Beispiel eines gierigen Nepotismus gegeben, er würde mit diesem Beispiele für alle Zukunft den Charakter des öffentlichen Dienstes vergiftet haben. Daß in unsern Tagen dieses Gift stromweise von dem höchsten Platze in der Union herniederfließt, ist ein schweres Unglück; allein ein noch schwereres Unglück ist es, daß der Parteigeist jene das Ehrgefühl des Beamtenstandes in der ganzen Republik untergrabenden Handlungen mit dem Mantel der Respektabilität zuzudecken bestrebt ist. Mit dem Rosenwasser der Schmeichelei heilt man indeß diese Krebsschäden nicht; mit höflichem Schweigen oder vertuschenden Redensarten geht man solchen Uebeln nicht erfolgreich zu Leibe. Es gehört Entschlossenheit dazu, und diese wird hoffentlich nicht auf sich warten lassen, bis die Krankheit unheilbar ist.“

Angesichts der wiederholten Entstellungen, Verdrehungen und Insinuationen, womit seine Gegner, namentlich die Anhänger Grants, die Stellung von Schurz zu seinen Landsleuten zu verdächtigen bemüht waren, hielt es der deutsche Senator für angezeigt, diesem unwürdigen und hämischen Treiben gegenüber am Schlusse seiner Rede ausführlich die Aufgabe der Deutsch-Amerikaner und den Beruf des Deutschthums in der Union überhaupt zu besprechen. Wir lassen die betreffenden Ausführungen hier wörtlich folgen. Schurz sagte: „Die große Seele Deutschlands, die viele Menschenalter hindurch wie ein Gespenst in der Weltgeschichte umging, hat endlich wieder einen Körper gefunden, gewaltig wie sie selbst. Die blinkende Helmspitze der Germania ist sichtbar von allen Punkten des Erdballs, und ein Gefühl, welches der Deutsche so lange nicht gekannt, durchströmt jetzt jede deutsche Brust in allen Landen: das stolze, freudige Gefühl, das Kind einer großen Nation zu sein. Es ist ein schönes erhebendes, gerechtes Gefühl, möge es eine edle Frucht tragen! Möge es in dem Herzen eines jeden Deutschen nicht das Strohfeuer eitler, knabenhafter Ueberhebung entzünden, sondern das ernste Bewußtsein unserer Pflicht, uns der großen Mutter würdig zu zeigen! Und nirgends ist diese Pflicht gebieterischer als hier in den Vereinigten Staaten, wo der Deutsche als Bürger eines großen Gemeinwesens, im Vollgenuß aller Rechte, die ein freier Mann besitzen kann, die unbeschränkteste Gelegenheit hat, von seinem wahren Werthe Zeugniß abzulegen. Nichts könnte mir ferner liegen als der Gedanke an eine gesonderte politische Organisation der Deutschen in dieser Republik. Hier sind wir amerikanische Bürger, nicht mehr und nicht weniger. Und der deutsche Stolz soll uns hier nur zu dem Entschlusse begeistern, zu den besten der amerikanischen Bürger zu zählen. Wir haben keine Sonderinteressen hier, wir wollen keine Sonderzwecke haben. Unsere Interessen sind keine andern als die der Allgemeinheit, unsere Zwecke sollen keine andern sein als die des öffentlichen Wohles. Und in der That, wir können mit stolzer Genugthuung auf die Thatsache hinweisen, daß in der Stunde des Unglücks wie des Glücks unser neues Vaterland an seine Kinder niemals eine Forderung gestellt hat, welche nicht die deutschen Bürger im vollsten Maße mit Gut und Blut er-

füllt hätten. Und mehr als das. Als die gewaltigen Ereignisse, welche in der Alten Welt unsere Väter und Brüder unter die Waffen riefen, auch in diesem Lande die eingeborene Liebe zur alten Heimat zur hellen Flamme anfachten, da hat selbst die mächtige Sympathie des Blutes niemals einen Ausdruck gesucht, der den Gesetzen dieser Republik zuwider gewesen wäre. Selbst damals vergaßt Ihr, meine deutschen Landsleute, keinen Augenblick, daß Ihr amerikanische Bürger seid, und worin die erste Pflicht des amerikanischen Bürgers besteht. Und was wir in der Vergangenheit bewährt haben, das wollen wir in der Zukunft nicht verleugnen. Die amerikanische Republik wird ihre deutschgeborenen Bürger stets zu ihren treuesten, gesetzlichsten und opferwilligsten Kindern zählen, und dieser Treue wird unser nationaler Ursprung nie im Wege sein. Es ist immer meine Ueberzeugung gewesen, und sie ist es jetzt mehr als jemals, daß die amerikanische Republik und das große deutsche Nationalreich, dessen rasche und gewaltige Entwickelung jetzt die Welt in Erstaunen setzt, stets durch das Band aufrichtiger Freundschaft miteinander verbunden sein werden. Das ist keine leere Phrase. Diese Freundschaft wird genährt werden nicht etwa durch bloßes sentimentales Wohlwollen, sondern durch das instinktive Bewußtsein gemeinsamer Interessen und gleichartiger Zwecke in den großen Händeln der Welt. Wie gründlich Sie auch die internationalen Interessenkämpfe untersuchen mögen, Sie werden kaum einen Punkt entdecken, wo die Bestrebungen Deutschlands und der Vereinigten Staaten, von staatsmännischer Intelligenz geleitet, jemals ernstlich in Conflict gerathen könnten. Und sollte einmal ein unglücklicher Zufall oder der Unverstand der Gewalthaber den Apfel der Zwietracht zwischen die beiden Mächte werfen, so werden die Deutsch-Amerikaner es sein, die den Streit vor der Ausartung in einen blutigen Zusammenstoß bewahren, nicht indem sie dem alten Vaterlande zu Liebe die neue Bürgerpflicht vergessen, sondern indem sie, wie die Sabinerinnen in den ersten Kämpfen des alten Rom, sich zwischen die Zornigen werfen und durch ihren Friedensruf beiden Völkern den höchsten Segen, die brüderliche Eintracht, zurückgeben. Was aber den Deutschen besonders zu einem treuen Bürger dieser Republik macht, das ist die Thatsache, daß auf diesem Boden sich das Feld bietet,

wo die alte germanische Freiheitsidee ihre vollste Verwirklichung finden kann. Und keinem Fremdgebornen wird es leichter als uns, die hindernden Traditionen alter und fremder Verhältnisse abzustreifen und sich in das Wesen des freien Staates einzuleben, denn jeder von uns brachte jene alte germanische Freiheitsidee, wenn auch nur im Keime schlummernd, mit sich hierher. Ich sagte, die neue stolze Stellung des deutschen Volkes solle vor allem in uns das Bewußtsein der Pflicht entzünden, uns der großen Mutter würdig zu erweisen. Zeigen wir denn, daß wir als intelligente, überzeugungstreue und thatkräftige Werkleute bei dem Ausbau eines freien und sittlichen Staatslebens mitzuarbeiten verstehen. Und wenn ich jetzt auf die Bewegung blicke, die sich in allen Kreisen des Deutschthums geltend macht, in allen Theilen der Republik, und deren Symptome sich unverkennbar in der öffentlichen Meinung kundgeben, so wird mir täglich klarer, daß die Masse der deutschen Bürger bereits im Geiste in die Reihen derer getreten ist, welche die Wahrheit ehrlich zu erkennen streben und nach bester Erkenntniß handeln wollen. Die große Mehrheit der Deutschen hat ja ohnehin der sogenannten praktischen Politik, d. h. der selbstsüchtigen Ausbeutung der von einer Partei gewonnenen Vortheile, immer ferner gestanden als die meisten andern Klassen des amerikanischen Volkes. Es giebt allerdings Leute unter ihnen — und leider für die Ehre des deutschen Namens schon zu viele —, welche die Ausbeutungspolitik auch verstehen und auszuüben wissen. Aber sie sind doch nur ein kleiner fauler Fleck auf einem großen gesunden Körper. Es ist doch wahr, daß im Ganzen die Deutschen nicht als Soldknechte, sondern als Freiwillige in der Politik stehen, die ehrlich das Beste wollen und mit dem politischen Treiben nicht durch das Motiv des gemeinen Eigennutzes verknüpft sind. Der gewissenhafte, unabhängige Geist lebt in ihnen; geben Sie ihm die Thatkraft, die ihn fruchtbar macht! Und wie das? Lassen Sie mich wiederholen, was ich seit dem Beginn meiner öffentlichen Wirksamkeit schon hundertmal ausgesprochen habe. Ich sage Euch nicht: ‚Folgt mir! Glaubt blindlings meinen Worten!‘ Aber ich sage Euch: ‚Folgt niemand blindlings! Vertraut nicht zu sehr, sondern prüft!‘ Schafft Euch in dem Widerstreite der Meinungen mit gewissenhafter

Sorgfalt die eigene Ueberzeugung. Wenn Ihr aber diese Ueberzeugung gewonnen habt, so fordere ich von Euch: habt auch den Muth, als freie Männer danach zu handeln! Nicht, daß wir alle immer gleich denken und handeln, sondern daß wir alle immer ehrlich denken und handeln, wird uns einen segensreichen Einfluß auf die Geschicke dieses Landes geben. Wenn alle Leute immer handelten, wie sie im Grunde denken, so würde mir um die Zukunft der Republik nicht bange sein. Ich bin auch fern davon, Euch zu sagen: brecht sofort aus den Reihen aller politischen Parteiorganisation, wenn nicht jede Einzelheit genau nach Euerm Kopfe geht. Aber ich sage Euch: halten wir unbeugsam an den großen Grundsätzen fest und opfern wir sie nie für einen Parteivortheil; gehören wir zu denen, welche ohne Vortheil die Wahrheit suchen und ohne Furcht die Wahrheit sagen, zu denen, welche durch ihre sittliche Haltung den Politiker von Fach überzeugen, daß er sie für nichts, was ihrem ehrlichen Rechtsgefühl widerspricht, zu gewinnen im Stande ist, und scheuen wir uns nicht, in entscheidenden Augenblicken durch die entschlossene That die Probe darauf zu machen. Das ist die Art der Unabhängigkeit, welche die politische Atmosphäre reinigen und den drohendsten Gefahren unsers politischen Lebens mit Erfolg begegnen kann. Fürchten Sie nicht, daß Sie mit diesem Streben allein stehen werden. Das amerikanische Volk ist ein großes und edles Volk und das Land hat der braven Männer genug; sie brauchen nur ihre Macht zu erkennen, um sich unwiderstehlich zu finden. Ihr, meine Landsleute, liebt das alte Vaterland noch. Und das ist recht. Wer die alte Mutter nicht liebt, kann der jungen Braut nicht treu sein. Laßt diese Liebe dem neuen Vaterlande zugute kommen! Als vor einem Jahre der blutige Kampf in Europa tobte, habt Ihr mit bereiter Hand reiche Gaben hinübergesandt, um die Schmerzen der Verwundeten und die Noth der Witwen und Waisen zu lindern. Das war wohlgethan. Aber Ihr könnt nun etwas Besseres hinübersenden als Geld und milde Gaben. Das grauenhafte Schauspiel der französischen Anarchie hat in der Alten Welt von Neuem die Selbstregierung des Volkes als ein Schreckbild des Chaos und der Verwüstung erscheinen lassen und die alten Argumente derer aufgefrischt, die als die Anwälte der unverantwortlichen Gewalt den

auf Volksfreiheit gegründeten Staat als eine unheilvolle Chimäre verschreien. Und selbst auf die Nordamerikanische Union wird hingewiesen, um die Völker glauben zu machen, daß auch hier der Freistaat nur Unheil gebiert, daß die Tugend vom öffentlichen Leben Abschied genommen hat, daß gemeine Selbstsucht straflos das öffentliche Interesse ausbeutet, daß die Corruption nicht mehr zu bemeistern ist, daß wir zum Schutze des Lebens und der bürgerlichen Rechte zu allen Mitteln des absoluten Polizeistaates greifen müssen, daß die Aemter des Staates für immer zur bloßen Beute gieriger Parteien geworden sind, daß ein Gewalthaber ohne Widerstand die constitutionellen Schranken seiner Gewalt durchbrechen kann, wenn er nur die Beute mit Geschick zu vertheilen weiß. Wir haben viel von der großen Sendung der amerikanischen Republik reden gehört, die dahin gehen soll, die Segnungen freier Institutionen über den ganzen Erdkreis zu verbreiten. Soweit als dieser der großen Republik würdige Gedanke nicht eine eitle Phantasie ist, giebt es für ihn nur eine Möglichkeit der Ausführung. Ueberzeugen wir die Nationen der Erde, daß ein großes Volk sich dennoch selbst regieren kann, daß für die Mißbräuche und Uebel, welche in der Selbstregierung entstehen, die Selbstregierung auch wirksame Heilmittel liefert, daß die sittliche Kraft des Volkes der organisirten Selbstsucht und Corruption dennoch Herr zu werden vermag, und daß in diesem Lande kein Mann groß und mächtig genug werden kann, um die Majestät der Gesetze zu überragen. Das ist unsere Pflicht uns selbst und der nach Freiheit ringenden Menschheit gegenüber, eine große und herrliche Pflicht. Und wenn die Deutschen Amerikas in den Reihen derer kämpfen, die diese Pflicht verstehen und zu erfüllen streben, so werden sie der Sache der Freiheit und des Fortschritts im alten Vaterlande am wirksamsten helfen, indem sie dem neuen als seine treuesten Bürger dienen."

Am 20. September 1871 sprach Schurz im Capitol zu Nashville, der Hauptstadt des Staates Tennessee, und vier Wochen darauf, am 18. October, zu Louisville im Staate Kentucky. An beiden Orten beleuchtete er in eindringlicher Weise die damalige Lage der Zustände in den Vereinigten Staaten; er deckte ohne Rückhalt die Fehler und Mängel der republikanischen Partei auf, nicht minder aber auch die

der demokratischen Partei; er tadelte das usurpatorische, die klaren Bestimmungen der Constitution verletzende Verfahren des Präsidenten Grant in der San-Domingofrage, er verurtheilte die tendenziöse, vom einseitigen Parteigeist beeinflußte Gesetzgebung dem Ku-Klux-Unwesen gegenüber, er schilderte das stetige Weiterwuchern der Corruption und folgerte aus dem allgemeinen, beklagenswerthen Zustande der öffentlichen Angelegenheiten der Union die Nothwendigkeit der Reorganisation des bestehenden Parteiwesens. Wie es die Natur der Sache, die geographische Lage der beiden Städte Nashville und Louisville und die Eigenthümlichkeit seiner Zuhörer mit sich brachten, ging Schurz mehrfach auf das Verhältniß des Südens zum Norden der Union ein, beklagte das absichtliche Hegen und Pflegen des alten Hasses zwischen den Bürgern dieser beiden Landestheile, der von den verbissenen Republikanern einerseits und von den unverbesserlichen Demokraten andrerseits noch immer genährt werde, und empfahl mit den wärmsten Worten ein möglichst harmonisches und fruchtbares Zusammenwirken aller guten Bürger und Patrioten bei der Lösung aller das Nationalwohl betreffenden Fragen. Zu diesem Zwecke stellte er für die weiter zu entwickelnde Reformbewegung, an der Republikaner wie Demokraten theilnehmen könnten, ein Programm auf, dessen Hauptpunkte etwa folgende waren: Beschützung der Rechte eines jeden Bürgers der Union, ohne Unterschied der Farbe, in Uebereinstimmung mit der Bundesverfassung, das Aufhören unnützer Agitationen in bereits entschiedenen Fragen, Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Norden und Süden der Union, Befürwortung constitutioneller Grundsätze und Belebung eines ernsten und rückhaltslosen Vertrauens auf den Geist freier Institutionen, Aufrechterhaltung von Gesetz und öffentlicher Ordnung, Beförderung und Ermunterung der Einwanderung, weitere Fortbildung eines den Zeitanforderungen entsprechenden, wirksamen Systems allgemeiner Volkserziehung, treue Anhänglichkeit an die Grundsätze lokaler Selbstregierung und die Hebung der Ueberzeugungen im Volke, daß durch örtliche Selbstregierung ein Zustand der Dinge herbeizuführen sei, der nicht länger einen entschuldbaren Grund oder einen genügenden Vorwand für den Eingriff der Centralregierung in lokale Angelegen-

heiten geben könne; Reform im Zoll- und Steuerwesen auf der Basis einer gesunden Freihandelspolitik, möglichst baldige Rückkehr zur Hartgeldzahlung und redliche, aber nicht forcirte Abtragung der Nationalschuld, keinerlei Art von Repudiation, Bekämpfung des drückenden Monopolwesens und keine weitere Verschenkung öffentlicher Ländereien an Eisenbahn-Corporationen oder sonstige Speculanten zum Nachtheil der arbeitenden Volksklassen, keine gewaltsamen Annectirungen (San-Domingo), allgemeine Amnestie wegen politischer Vergehen u. s. w. „Lasset uns von nun an den festen Vorsatz fassen", sagte Schurz in seiner zu Louisville gehaltenen Rede, „nur Männern von Verdienst. Ehrlichkeit und Liberalität der Gesinnung, ohne Rücksicht auf frühere Parteibeziehungen, unsere Unterstützung zu leihen, indem wir glauben: die Zeit ist gekommen, in der alle Männer des Fortschritts der Vergangenheit den Rücken kehren und den Anforderungen der Gegenwart und Zukunft mit männlichen Entschlüssen ihre Energie zuwenden müssen."

Das war der, im Gegensatz zu Clement L. Vallandigham, von Karl Schurz empfohlene „neue Ausgangspunkt", der denn auch von vielen Republikanern und vielen Demokraten, von Unionsleuten und frühern Rebellen gebilligt wurde. Der verhältnißmäßig jugendfrische Westen der Union reichte dem leidenden Süden die Freundeshand, und sie ward nicht zurückgewiesen.*) Der radikal-republikanische Osten, der Hauptherd des Yankeethums, überlegte es sich noch, ob er sich der neuen Bewegung anschließen sollte oder nicht. Am 24. Januar 1872 fand zu Jefferson City, der Hauptstadt des Staates Missouri, welchen Schurz bekanntlich im Bundessenat vertrat, eine Massenconvention liberaler Republikaner statt, die mit der Grantschen Administration unzufrieden waren; und hier wurde ein Programm aufgestellt, welches im Wesentlichen alle die Punkte enthielt, die Schurz in seinen Reden zu Chicago, Nashville und Louisville als für eine Reformpartei nothwendig hin-

*) Unmittelbar darauf, nachdem Schurz zu Nashville am 20. September 1871 gesprochen hatte, organisirte sich in Tennessee eine sogenannte „Reunion- und Reformassociation" zur Bekämpfung des extremen Parteigeistes. Diese Association machte das von Schurz aufgestellte Programm zu dem ihrigen.

gestellt hatte. Der erste Staat, welcher der von Missouri ausgegangenen Bewegung gegen Grants Wiedererwählung zum Präsidentenamte beistimmte, war Ohio; nach einigem Zögern folgte der Osten, indem von New-York aus im April eine warme und energische Zustimmung erfolgte.

So kam am 1. Mai 1872 die Nationalconvention der „Liberal-Republikaner“ in Cincinnati zu Stande; die liberalen Elemente der alten Demokratie zeigten sich dieser Bewegung entschieden geneigt. Die Haupteinigungspunkte waren: Bekämpfung des Grantschen Nepotismus, Beseitigung des übermäßig hohen Schutzzollsystems durch Förderung freihändlerischer Principien, Sicherung der Freiheit der lokalen Selbstregierung, Abschaffung des von der Centralgewalt auf die Südstaaten ausgeübten unconstitutionellen Druckes u. s. w. Die liberale Demokratie erklärte sich fast einstimmig bereit, von der Aufstellung eines demokratischen Präsidentschaftscandidaten abzusehen, wenn die Liberal-Republikaner einen fähigen, ehrlichen und gemäßigten Mann, der namentlich auch dem Schutzzolle feind sein müsse, auf den Schild erheben würden. Als ein solcher Mann wurde vor allen andern nicht nur in den Blättern der demokratischen, sondern auch der republikanischen Partei Charles Francis Adams von Massachusetts bezeichnet, der seinem Vaterlande in verschiedenen Stellungen als Staatsmann hohe Dienste geleistet, dessen Befähigung und sittlicher Werth anerkannt war und der sich außerdem von allen niedrigen Parteiumtrieben stets fern gehalten hatte und auch in der Schutzzollfrage den gestellten Anforderungen genügte. Die liberale oder Anti-Grant-Bewegung gründete sich auf die tiefsten ethischen, volkswirthschaftlichen und politischen Bedürfnisse der amerikanischen Nation und würde, wenn sie unentwegt und ungetrübt in dieser Richtung fortgegangen wäre, sehr wahrscheinlich die besten Elemente des Volkes in einer neuen Partei vereinigt und einen entschiedenen Wendepunkt zum Bessern in der geschichtlichen Entwickelung der Republik herbeigeführt haben. Allein in der Nationalconvention zu Cincinnati gelangte diese ursprüngliche Bewegung der liberalen Reform nicht zu einem vollständigen Siege. Zunächst wurde die Hauptfrage, Regulirung der Zoll- und Steuergesetzgebung in freihändlerischem Sinne, vertagt und den

kommenden Congreßwahlen zugewiesen;*) dann aber machte sich wieder der verderbliche Einfluß professioneller Politiker geltend und leitete durch die unerwartete und erst beim sechsten Wahlgange erfolgte Nomination von Horace Greeley, eines entschiedenen Schutzzollmannes, gegenüber Charles Francis Adams, die wohlbegründete, mit Begeisterung aufgenommene Reformbewegung in hohem Grade in das alte, trübe Fahrwasser der sogenannten „politischen Drahtzieher" (wirepullers). Karl Schurz, der den Vorsitz in der Nationalconvention führte, billigte die Nomination von Greeley zum Präsidentschaftscandidaten anfangs nicht und konnte sich erst nach langem Bedenken für dieselbe entscheiden. Die entschiedenen Anhänger des Freihandelsprincips zogen sich von der Greeley-Partei zurück und nominirten, nachdem am 20. Juni eine Conferenz von Freihandelsmännern in New-York getagt hatte, den liberalen Demokraten William S. Groesbeck für die Präsidentur und den Freihandelsmann Frederick Law-Olmsted für die Vicepräsidentur; allein beide Männer lehnten die Candidatur ab. Zu den Reformfreunden, die weder Greeley, den Nestor der amerikanischen Journalistik, als Präsidenten, noch B. Gratz Brown, einen talentvollen, aber unzuverlässigen und sinnlichen Neigungen sehr ergebenen Mann, als Vicepräsidenten haben wollten, zählten namentlich viele hervorragende Deutsche, z. B. Richter Stallo von Ohio, Karl Daenzer von Missouri und Friedrich Hecker von Illinois; ihnen schloß sich der als Dichter und Journalist hochgefeierte William Cullen Bryant an.

In dem officiellen, zunächst an Karl Schurz gerichteten Schreiben, in welchem Horace Greeley am 20. Mai die Nomination der Liberal-Republikaner annahm und deren Programm zu dem seinigen machte, erklärte er ausdrücklich, daß seine Politik für die Förderung lokaler

*) Die betreffende, für den glücklichen Fortgang der Reformbewegung so unheilvolle Resolution lautete, in wörtlicher Uebersetzung, also: „Wir erkennen an, daß zwischen uns vollständige Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf ein Schutzzoll- und Freihandelssystem herrschen, und verweisen die Discussion über diesen Gegenstand an das Volk in seinen betreffenden Congreßdistricten und überlassen die Entscheidung dem Congreß, ohne jegliche Einmischung der Executivgewalt."

Selbstregierung und gegen übermäßige Centralisation sei, daß die bürgerliche Autorität höher stehen solle als die militärische (that the civil authority should be supreme over the military), daß eine durchgreifende, wirkliche Reform im Civildienste durch Abschaffung und gesetzliche Regulirung der ungeheuern Aemterpatronage seitens des Präsidenten eingeführt werden müsse, und daß volle, nicht theilweise Amnestie und unterschiedslose Gleichheit der politischen Rechte aller Unionsbürger, ohne Rücksicht auf Rasse und Stand, zu gewähren sei. Er schloß sein Annahmeschreiben mit folgenden Worten: „Mit der ausdrücklichen Erklärung, daß ich, nach meiner Wahl, der Präsident nicht einer Partei, sondern der Präsident des ganzen Volkes sein werde, nehme ich Ihre Nomination an — im Vertrauen darauf, daß die Massen unserer Mitbürger, im Norden wie im Süden, sich danach sehnen, einander über den blutigen Abgrund (across the bloody chasm), der sie so lange getrennt hat, hinweg die Hände zu reichen und über der freudigen Erkenntniß, daß sie Brüder sind und hinfort Brüder bleiben müssen, vergessen werden, daß sie Feinde gewesen sind."

Diese Erklärungen bildeten, nachdem die Entscheidung über die Freihandels- und Schutzzollfrage dem Congreß zugewiesen worden, den Grundton in dem politischen Glaubensbekenntnisse der Liberal-Republikaner und derjenigen Demokraten, die sich ihnen anschlossen. Diese letztern, die wir als Fortschritts-Demokraten bezeichnen können, hielten ihre Nationalconvention am 9. Juli zu Baltimore unter dem Vorsitze von James R. Doolittle ab und adoptirten die Präsidentschaftscandidaten der Liberal-Republikaner. In einem an Doolittle gerichteten ausführlichen Schreiben vom 18. Juli machte Greeley kein Hehl daraus, daß er 40 Jahre hindurch ein hervorragender Gegner der demokratischen Partei gewesen sei, und daß viele Demokraten und Liberal-Republikaner lieber Charles Francis Adams oder den Bundessenator Lyman Trumbull an seiner Stelle für die Präsidentschaft nominirt gesehen hätten. „Ob ich", schloß er seinen Brief, „für meine Person würdig sein werde, der großen, vom amerikanischen Volke inaugurirten liberalen Bewegung die Fahne voranzutragen, muß durch Thaten und nicht durch Worte erwiesen werden. Mit mir, wenn ich siegreich vorangehe, über mich

hinweg, wenn ich falle, wird dieser große Kampf (a genuine New Departure) vorwärts schreiten, um das unserm Vaterlande bestimmte glorreiche und glückliche Ziel zu erreichen."

Unterdessen hatten die regulären Republikaner am 6. Juni zu Philadelphia als Präsidentschafts- und Vicepräsidentschaftscandidaten den General Ulysses S. Grant und den im November 1875 verstorbenen Bundessenator Henry Wilson aus Massachusetts nominirt. In ihrem Programm wurde unter anderm in Grants Namen ein ehrenhafter Friede mit allen Völkern versprochen, eine „gesetzliche Reform des Patronagesystems" in Aussicht gestellt und Hebung der amerikanischen Handelsmarine empfohlen. Neu war der Passus, in welchem von einer „Regulirung des Verhältnisses zwischen Arbeit und Kapital" die Rede war; dieser Passus war offenbar darauf berechnet, die Arbeiterklassen für Grant zu gewinnen. Präsident Grant nahm selbstverständlich die ihm zu Theil gewordene Nomination dankbarlichst und zwar mit der charakteristischen Bemerkung an: „Die Erfahrung wird mich lehren, in Zukunft Fehler zu vermeiden, die für Neulinge in allen Ständen und in jedem Lebensberufe unvermeidlich sind."

Endlich stellten noch die Ultrademokraten oder sogenannten „Bourbonen" am 3. September zu Louisville in Kentucky ein Präsidentschaftsticket auf, welches die Namen von Charles O'Conor für das Präsidentenamt und von John Quincy Adams (dem Sohne von Charles Francis Adams) trug. Die Aufstellung dieser beiden Männer, denen Ehrenhaftigkeit und Fähigkeit nicht abzusprechen war, konnte nur dazu dienen, die Grant-Partei zu stärken.

Bei dem Wahlkampfe, welcher den verschiedenen Nominationen folgte, traten, außer Schurz, viele der angesehensten republikanischen Führer für Greeley ein, wir nennen hier nur: Charles Sumner, Galusha A. Grow, Lyman Trumbull, Gustav Körner, Nathaniel P. Burks, Friedrich Münch u. s. w.; gegen ihn waren die alten Abolitionisten William L. Garrison und Wendell Phillips, sowie die Neuenglandstaaten überhaupt, da in ihnen das Mißtrauen und die Antipathie gegen den Süden noch fast ungeschwächt fortbestand.

Nach längerm Zögern, öffentlich für Greeley Partei zu nehmen,

unterstützte Schurz am 22. Juli in einer großen Rede, die er in der Tempelhalle zu Saint-Louis im Staate Missouri hielt, Greeleys Candidatur. Zunächst erklärte er, daß er das Wohl des Landes zu allen Zeiten höher gestellt habe als das Interesse der Partei; und nachdem er dann auszuführen sich bemüht hatte, wie Grant und dessen specielle Anhänger die hohen Aufgaben der alten, glorreich aus dem Secessionskriege hervorgegangenen republikanischen Partei über dem einseitigsten Parteiinteresse vergessen und die Aussöhnung des unterworfenen Südens mit dem Norden versäumt hätten, deutete er die Mittel und Wege an, wie unter Greeleys Präsidentschaft die vereinigten Liberal-Republikaner und Fortschritts-Demokraten, zu einer neuen Partei umgeschmolzen, jene von Grant und seinen Freunden vergessenen und vernachlässigten Aufgaben zu erfüllen im Stande wären. Mit der bittersten Satire geißelte er Grants mangelhaftes Administrativtalent; er sagte u. A.: „Grant ist durchaus kein Monstrum von Schlechtigkeit (by no means a monster of iniquity); er ist einfach ein Mann, der seine hohe amtliche Stellung dazu benutzt, seine Wünsche zu befriedigen und seinen Vortheil wahrzunehmen, unbekümmert um andere Interessen. Er bewohnt nicht das ‚Weiße Haus' als ein grübelnder Usurpator (a designing usurper), der darüber nachsinnt, wie er die freien Institutionen der Republik umstürzen oder wie er sie erhalten mag; Grant denkt überhaupt nicht nach (he does not ponder at all), er wünscht nur irgendeine beliebige Sache durchzusetzen; und wenn, wie dies bei der San-Domingofrage der Fall war, die Constitution ihm im Wege steht, so schreitet er dreist über sie hinweg." Fast niederschmetternd war die Erklärung von Schurz, daß Grant ihm rücksichtlich der Besetzung von Bundesämtern in Missouri Anerbietungen habe machen lassen, unter der Bedingung, daß er dessen San-Domingoschwindel unterstütze, daß er aber diese Anerbietungen zurückgewiesen und damit seine Pflicht gegen das Land erfüllt habe. Am Schlusse seiner Rede las er einen Brief Greeleys vor, worin dieser in der bestimmtesten Weise für vollständige Reform in der Civilverwaltung sich aussprach.

Allein das Resultat aller Anstrengungen zu Gunsten Greeleys, den Gustav Körner übrigens offen als das „kleinere von zwei Uebeln" be-

zeichnete, war ein klägliches. Grant, der siegreiche Feldherr, welcher durch die Bändigung der südlichen Rebellen die Union dem drohenden Untergange, auf welchen England und Napoleon III. bereits stark spekulirten, entrissen, hatte denn doch eine weit imponirendere Vergangenheit als der Journalist Greeley, der „axtschwingende Weise von Chappaqua" (so hieß ein bei New-York gelegener Landsitz Greeleys) oder der „Philosoph im Flausrock", der zudem in seinem Aeußern allerhand Lächerlichkeiten zeigte. Außerdem bildete Grants Partei ein geschlossenes Ganzes und befand sich — was sehr zu beachten — im Besitze der Staatsmaschine, des großen, gerade bei Wahlen so wirksamen Regierungsapparates, während die Partei Greeleys vielfach aus sehr disparaten Elementen bestand und für straffe Disciplin nicht besonders empfänglich war. Die der Grant-Administration vorgeworfene Corruption war zwar begründet genug, sie erregte aber doch nicht überall den erhofften Anstoß, einestheils, weil man sich an diese Krankheit schon zu sehr gewöhnt hatte, anderntheils aber auch, weil man den Versprechungen Grants und seiner Freunde vielfach Glauben schenkte, es werde eine Reform der republikanischen Partei „von innen heraus" (from the inside) vorgenommen werden.

Als der Staat Pennsylvanien, welcher 20 Präsidentenwahlmänner oder „Electoren" zu wählen hatte, im October 1872 sich für Grant erklärte, konnte dieser des Sieges schon sicher sein. Am 5. November wurden in sämmtlichen Unionsstaaten die Electoren gewählt; es gab deren 366, und von diesen gehörten 277 zur Partei Grants, 89 zu der Greeleys. Schon 184 Stimmen bildeten die durch das Gesetz erforderliche Mehrheit. Für Grant hatten sich 31 Staaten mit 574,000, für Greeley 6 Staaten mit 182,000 Stimmen erklärt. Die eigentliche Präsidentenwahl am 5. December 1872 war nur noch eine Formalität; 298 Wahlmänner stimmten für Grant, 68 für Greeley. Die Mehrheit für Grant war noch größer als vier Wochen vorher, da inzwischen am 27. November Greeley, aus Schmerz über den plötzlichen Tod seiner Gattin und aus Kummer über seine Niederlage, an einer Gehirnentzündung gestorben war. So konnte Grant noch vier Jahre im „Weißen Hause" verbleiben. Er hatte mit sechs andern Präsidenten — nicht

mit fünf, wie Wilhelm Müller*) vermeint, der Andrew Jackson vergessen zu haben scheint —, nämlich mit Washington, Jefferson, Madison, Monroe, Jackson und Lincoln, den Ruhm gemein, den größten Ehrenposten der Welt, wie die Amerikaner das Amt ihres Präsidenten zu bezeichnen lieben, zweimal bekleiden zu dürfen.

Ein Gutes hatte jedenfalls die Niederlage der Reformbewegung unter Greeley gehabt, sie hatte schlagend die Wahrheit des alten Satzes bewiesen, daß alle Dinge, die mit einer Schlechtigkeit oder einem groben Fehler anfangen, schießlich auch mit einer Schlechtigkeit oder einer Niederlage endigen. Karl Schurz aber zog sich durch seine Parteinahme für die Nomination Greeleys die bittersten Vorwürfe von vielen seiner besten Freunde zu. Ihm war es jedoch vergönnt, bei der im Jahre 1876 stattfindenden Präsidentenwahl den im Jahre 1872 begangenen Fehler wieder gut zu machen. Gratz Brown indeß, durch dessen selbstsüchtige Intriguen Charles Francis Adams auf der Nationalconvention zu Cincinnati am 1. Mai 1872 Greeley gegenüber unterlag, wurde schnell von der Nemesis ereilt und gehörte in kurzer Zeit zu den politisch Todten.

Werfen wir nun noch einen Blick auf die Stellung, welche die Deutschen in Amerika bei der großen Wahlbewegung des Jahres 1872 einnahmen. Schon im Jahre 1871, wo die Reformbewegung sich in eine festere Gestalt zu krystallisiren begann, waren die denkenden und bessern Elemente des Deutschthums bereit, die Grant-Administration stürzen zu helfen und der wachsenden militärischen Centralisation in Washington zu steuern; sie rüsteten sich, um allen beizustehen, deren Streben dahin ging, ein rationelles und gerechtes volkswirthschaftliches System einzuführen und die Wiederherstellung der Union durch eine verfassungsmäßige Behandlung des Südens zu einer Wahrheit zu machen. Man besprach sich nicht nur über die Zeichen, unter denen man siegen wollte, sondern auch über diejenigen, welche sich unter diesen Zeichen zum Siege schaaren würden. In der Presse, namentlich in der deutsch-amerikanischen, und in politischen Kreisen las und hörte man damals

*) Vgl. „Politische Geschichte der Gegenwart" (Berlin 1872), S. 265.

merkwürdige Aeußerungen. Die Deutschen, hieß es, würden sich wie Ein Mann für die Sache der Reform erheben. Vorzugsweise seien die Deutschen im Mississippithale die „Balance of Power“; ihr Einfluß werde der Reformbewegung den Sieg verschaffen. Es handle sich darum, das amerikanische Leben mit deutscher Sittlichkeit zu durchgeistigen, den amerikanischen Beamtenstand auf die Stufe der Ehrenhaftigkeit und Pflichttreue des deutschen zu erheben, und vieles andere der Art. Deutsche Republikaner und deutsche Demokraten, namentlich in den drei mächtigen Staaten Missouri, Ohio und New-York, vereinigten sich auch in der That mit der großen Reformarmee, die aus Angehörigen aller Nationalitäten zusammengesetzt war. Da wurde, wie wir gesehen haben, durch amerikanische Demagogenkünste auf der Nationalconvention zu Cincinnati die vielversprechende Kraft der jungen Reformbewegung in der frivolsten und ruchlosesten Weise gebrochen. B. Gratz Brown und seine ämtersüchtigen Anhänger wußten Karl Schurz und dessen Freunde zu überlisten. Statt des charakterfesten, ehrenhaften und noblen Charles Francis Adams wurde der biegsame, den verderblichsten Einflüssen zugängliche, in vieler Beziehung wunderliche Horace Greeley zum Bannerträger der Reformpartei gemacht. Durch diesen verhängnißvollen Akt wurden die Reihen der Reformleute sofort zersplittert, auch die Deutschen gingen auseinander. Der Traum von der Durchgeistigung des öffentlichen amerikanischen Lebens mit deutschen Sittlichkeitsideen war bald verflogen; umgekehrt, deutsche Sittlichkeit wurde durch amerikanische Demagogie zersetzt. Und wenn Schurz, Körner, Friedrich Münch und einige andere hervorragende Deutsche für Greeley als das „kleinere Uebel“ stimmten, so erblickten ebenso achtbare deutsche Männer dieses „kleinere Uebel“ in Grant einem Greeley gegenüber. Viele andere aber stimmten gar nicht, sondern verhielten sich, nach dem alten Rechtsgrundsatze: „Qui jure suo utitur, neminem laedit“, neutral. Nicht ohne Wirkung blieb auch, was die „Illinois Staatszeitung“ über Greeley sagte: „Der widerspruchsvollste aller eiteln Thoren, die es im Lande giebt, der Mensch, welcher im December 1860 der Secession das Wort redet (let our erring sisters depart in peace!), im Frühjahr 1861 wie wahnsinnig ‚On to Richmond‘ brüllte, nach der Schlacht beim Bull Run

feige die Lostrennung vom Süden empfahl, dann wieder sich heiser schrie für einen Krieg bis zum Messer, nachher in einem Anfall von weinerlicher Gefühlsduselei Bürgschaft für Jefferson Davis stellte, der rabiateste Temperenzler und Sonntagspolizist im ganzen Lande als Candidat der liberalen Reformpartei, der bis zum Fanatismus entschiedenste Schutzzöllner im ganzen Gebiete der Vereinigten Staaten als Candidat der Freihandelspartei; der bäurisch-eigensinnige, launische, von einer plumpen Taktlosigkeit zur andern schwankende ‚Philosoph im Flausrock‘ als möglicher Präsident der Vereinigten Staaten! Wahrlich, das ist ein Ausgang der liberalen Reformbewegung, bei dem der ernsthafteste Mensch lachen müßte, wenn er nicht so über alle Maßen bejammernswerth wäre.“ Diese und ähnliche Angriffe auf Horace Greeley konnten, da sie nur zu viel Wahrheit enthielten, nicht wohl widerlegt werden. Die Zukunft aber mußte lehren, welche Stellung das Deutschthum bei der nächsten Präsidentenwahl einnahm, ob es wiederum von politischen Drahtzieherkünsten zersplittert und auf Abwege geführt wurde, oder ob es sich die Lehren der Vergangenheit zu Herzen genommen hatte.

Die dritte und letzte Session des 42. Congresses wurde am 2. December 1872 in Washington City eröffnet. Die demselben übergebene Botschaft des Präsidenten Grant wich insofern von allen frühern Aktenstücken dieser Art ab, als in derselben von Seiten der Administration dem Congreß eine Reihe von Vorschlägen zur Prüfung anempfohlen wurde, welche sich auf eine ausgedehnte Wasserverbindung durch Erbauung neuer Kanäle im Innern des Landes, auf Subvention derjenigen Dampfschifflinien, welche den stets steigenden Verkehr zwischen San Francisco und China, Japan und Australien, sowie den zwischen Brasilien und den Vereinigten Staaten vermitteln und endlich auf die Erwerbung der sämmtlichen Telegraphenlinien durch die Regierung bezogen. Bis dahin war es immer dem Congreß überlassen gewesen, die Initiative in dergleichen Sachen zu ergreifen, oder man hatte es der Privatindustrie überlassen, Bauten wie die vorgeschlagenen zu unternehmen und auszuführen; daß die Centralbehörde es unternahm, mit solchen Planen vorzugehen, durfte jedenfalls Zeugniß ablegen von der immer noch wachsenden Centralisationstendenz in den Vereinigten Staaten.

Im übrigen hob die Botschaft das ununterbrochene materielle Gedeihen des Landes im Innern und die seit der Entscheidung der Alabama- und San-Juan-Frage durch nichts mehr getrübten Verhältnisse zu den auswärtigen Mächten hervor, wobei nur Spanien und Mexiko mit einiger Reserve behandelt wurden. Dem deutschen Kaiser Wilhelm wurde der wärmste Dank ausgesprochen für seinen Schiedsrichterspruch in der San-Juan-Frage, ebenso den andern Mächten für ihre Thätigkeit in der Alabama-Frage. Es wurden die vielen Ursachen betont, welche Amerikas Regierung und Volk hätten, mit Frankreich, dem ältesten Bundesgenossen, mit Rußland, dem steten und beständigen Freunde, und mit dem Deutschen Reiche die freundschaftlichsten Beziehungen aufrecht zu erhalten. Was die Finanzen betrifft, so ward ein großes Gewicht auf die Verminderung der Bundesschuld um 360 Millionen Dollars gelegt, auch eine Reduktion in den durch die Erhebung der Bundessteuern verursachten Kosten in Aussicht gestellt, eine Herabsetzung der Steuern aber für unzulässig erklärt. In Betreff der stets geforderten, oft versprochenen und niemals zu Stande gebrachten Reform des Civildienstes äußerte sich Grant schließlich dahin, daß die Amtsanstellungen bisher zu sehr als der Lohn für politische Dienste betrachtet worden seien, und daß es sein ernstliches Bestreben sein werde, die größtmöglichste Reform herzustellen, doch bedürfe er dazu der Mitwirkung des Congresses. Daß Grant aber diese Mitwirkung sobald nicht erhalten werde, lag auf der Hand und konnte zum Ueberfluß auch daraus geschlossen werden, daß mehrere Führer der regulär-republikanischen Partei nach der Entscheidung der Präsidentenwahl offen ihre Ansichten dahin aussprachen, die Stellen und Aemter, welche die Unionsregierung zu vergeben habe, müßten wie in früheren Zeiten als die spolia opima der siegreichen Partei angesehen werden.

Die letzte, drei Monate (vom 2. December 1872 bis 4. März 1873) währende Sitzung des 42. Congresses zeichnete sich durch keine in gesetzgeberischer Hinsicht besonders rühmliche Thaten aus; wohl aber trug sie dazu bei, die in der nationalen Gesetzgebung und im öffentlichen Leben der Vereinigten Staaten herrschende Corruption in das grellste Licht zu stellen. Eine genauere Aufzählung aller der Schwin-

deleien, Betrügereien und Bestechungen, welche die Verhandlungen des Congresses zu Tage förderten und deren sich eine nicht geringe Anzahl von Congreßmitgliedern schuldig gemacht hatte, liegt nicht im Bereiche unserer Darstellung; wir können nur auf einige der eclatantesten Fälle kurz hinweisen. Zu diesen Fällen gehört aber wohl in erster Linie die Geschichte des amerikanischen Crédit mobilier, einer Schwindlergesellschaft, die, wenn sie auch nicht so hochfliegende Plane verfolgte, wie der französische Crédit mobilier unter Isaac Péreire zur Zeit Napoleons III., doch gewisse, vom amerikanischen Congreß in großmüthiger Weise zum Bau der Pacific-Eisenbahnen bewilligte Subsidien gehörig ausnutzte und dabei ein höchst lucratives Geschäft machte.

Nachdem nämlich der Congreß seinerzeit den Bau der Union-Pacific-Eisenbahn genehmigt und dazu große Subsidien in Bundesobligationen und Bundesländereien bewilligt hatte, trat eine Anzahl Mitglieder der betreffenden Eisenbahncompagnie zusammen und bildete unter sich eine neue Gesellschaft, oder — wie der technische Ausdruck in Amerika dafür lautet — einen „Ring" für den eigentlichen Bau der Bahn. Die Mitglieder dieses Ringes sagten zu den damaligen übrigen Actionären: „Uebergebt uns die Contracte für den Bau, dann geben wir das Geld dazu her und ihr seid dieser Sorge überhoben." Den Actionären kam dieser Vorschlag sehr gelegen; sie wußten zwar, daß der Bauring sie gehörig „übers Ohr hauen" würde, aber der Congreß hatte ihnen ja Land in Fülle geschenkt, warum also nicht ihren lieben Collegen, die ihnen die Geldsorgen abnehmen wollten, dafür eine Gratification zukommen lassen? Die Bedingungen waren nun: Der Ring übernimmt die Baucontracte; als Zahlung erhält er erstens die Subsidien der Regierung zum Belaufe von circa 28,000 Dollars per Meile (in 6procentigen Bundesobligationen), und zweitens die Obligationen der Compagnie erster Priorität (First mortgage bonds).

Im Jahre 1864 bildete der Ring unter sich eine zweite Actiengesellschaft unter dem Namen Crédit mobilier zur Aufbringung des erforderlichen Kapitals, denn die Regierungssubsidien wurden erst nach Vollendung einer gewissen beträchtlichen Eisenbahnstrecke und nach einer, von den Regierungsbeamten vorgenommenen Inspection successive aus-

gehändigt, und dann waren ja auch diese Subsidien lange nicht ausreichend. Daß die Actien des Crédit mobilier eine große Dividende abwerfen mußten, war klar, denn die Baucontracte waren diesem Ringe ohne Submissionsausschreiben und ohne Zulassung irgendeiner Concurrenz übergeben worden. Auch beherrschten die Crédit mobilier-Leute die übrigen Mitglieder der eigentlichen Eisenbahncompagnie so vollkommen, daß ihrem Treiben kein Widerstand entgegengesetzt ward; daß sie gleichzeitig schlecht bauten, versteht sich von selbst. Die Seele des Crédit mobilier war ein gewisser Oakes Ames. Dieser reiste nach Washington City und verkaufte daselbst in den Jahren 1867 und 1868 eine große Anzahl von Actien seiner Compagnie zu äußerst billigen Preisen an mehrere der einflußreichsten Congreßmitglieder. Der Zweck dieses Verkaufs war klar. Ursprünglich nämlich lautete das bezügliche Gesetz dahin, daß die Regierungssubsidien, die nur ein Darlehn waren, die erste Hypothek (a lien) auf die Eisenbahn und das gesammte Betriebskapital bilden sollten; auch sollten die Zinsen für dieses Darlehn alljährlich regelmäßig bezahlt werden. Nachdem nun aber eine Anzahl von Congreßmitgliedern von Oakes Ames die erwähnten Actien gekauft hatte, verzichtete der Congreß auf das Prioritätsrecht der Regierungssubsidien und gestattete der Compagnie die Ausgabe von Bonds erster Hypothek, während für die Regierungsforderung nur die zweite Hypothek vorbehalten blieb. Mit der Zinsenzahlung war es ganz ähnlich. Obgleich die Bahn mit Transporten für die Regierung sehr begünstigt wurde, konnte der Finanzminister Boutwell es nicht durchsetzen, daß wenigstens diese Frachtgelder auf die rückständige Zinsenschuld einbehalten wurden. Verschiedene Prozesse, in welche der Crédit mobilier verwickelt wurde, brachten es endlich an den Tag, daß hervorragende Congreßmitglieder theils absichtlich, theils unabsichtlich in die Schwindeleien des Crédit mobilier verwickelt worden waren und auf öffentliche Kosten sich selbst und einer Bande von Industrierittern unerlaubte Vortheile zugewandt hatten. Eine vom Repräsentantenhause eingesetzte Untersuchungscommission stellte es außer allen Zweifel, daß selbst der Vicepräsident Schuyler Colfax und die Senatoren Patterson und Allison sowie die Repräsentanten Brooks, Kelley, Dawes, Bingham, Schofield

u. a. zu den Sündern des Crédit mobilier, dieser auf Betrug an der Bundeskasse eingerichteten Schwindelanstalt, gehörten. Und da Oakes Ames inzwischen in das Repräsentantenhaus gewählt worden war, konnte auch er, als der Hauptbestecher, seinem Richter nicht entgehen. Nach langen Debatten sprach das Repräsentantenhaus gegen Ames und Brooks ein Tadelsvotum aus, die übrigen Betheiligten gingen straffrei aus. Daß das verletzte Rechtsgefühl im Volke hiermit nicht zufrieden gestellt sein konnte, unterlag keinem Zweifel; statt daß jeder einzelne, der seine Hände mit bei dem Crédit mobilier-Schwindel gehabt, mit Schimpf und Schande aus dem Repräsentantenhause ausgestoßen wurde, waren nur die zwei am stärksten Compromittirten mit der verhältnißmäßig geringen Strafe eines tadelnden Votums belegt worden.

Die Menge von Commissionen, welche in beiden Häusern des Congresses beschäftigt waren, lieferte den besten Beweis, wie tief und weit das Gift der Corruption um sich gefressen hatte; und da die Debatten über die Berichte der betreffenden Commissionen fast die ganze Dauer der dritten Session des Congresses in Anspruch nahmen, so konnte von einer andern Thätigkeit des letztern kaum die Rede sein. Die beiden Senatoren, welche den Staat Kansas vertraten, die Herren Pomeroy und Caldwell, waren angeschuldigt, durch das Mittel der Bestechung in den Bundessenat gelangt zu sein; allein ihre politischen Freunde, die republikanischen Mitglieder des Senats, konnten sich nicht dazu ermannen, die betreffenden Untersuchungen mit Energie zu betreiben und ein Tadelsvotum oder die Ausstoßung der Schuldigen zu verhängen. So geschah es, daß Pomeroy, dessen Amtszeit ohnehin mit dem 4. März 1873 ablief, seinen Sitz bis dahin behielt, obschon er allgemein, innerhalb und außerhalb des Senats, für schuldig gehalten wurde; und was Herrn Caldwell anbetraf, so wurde, obschon das Untersuchungscomité die Erklärung der Ungültigkeit seiner Wahl empfahl, die Erledigung seines Falles dem nächsten Congreß übertragen.

Eine andere, dem 42. Congreß nicht zur Ehre gereichende Handlung war die mit der Gehaltserhöhung des Präsidenten verbundene Gehaltserhöhung der Congreßmitglieder. Ein über jeden Verdacht erhabener Zeuge, der republikanische Congreßrepräsentant Charles W. Willard aus

Massachusetts, hat seiner Zeit dem Publikum die hier einschlagenden Thatsachen folgendermaßen dargelegt: Die von Herrn Grant nach seiner Wiedererwählung gewünschte Gehaltsverdoppelung war im Congreß ursprünglich nichts weniger als populär; um sie dazu zu machen, war einer jener schmutzigen Kunstgriffe oder „Tricks" erforderlich, durch welche der sogenannte „Weiße Haus-Ring" unter der Präsidentur Grants sich eine wenig rühmliche Notorietät erworben hat. Präsident Grant kuppelte seine eigenen ersehnten 50,000 Doll. mit 7500 Doll. per Kopf für jedes Congreßmitglied zusammen, und siehe da — jetzt erschien die Maßregel als „pleasing all around", und der Präsident, der sowohl persönlich wie durch seine Getreuen unaufhörlich hinter der Geschichte her war, hatte gewonnenes Spiel. Im Ganzen belief sich das jährliche Präsidialsalär auf mehr als 125,000 Dollars; außer seinem 25,000 Doll. betragenden Jahresgehalt erhielt Grant im Jahre 1870 bis 1871 durch Extraappropriationen mehr als 60,000 Dollars, im Jahre 1871—72 mit Ausschluß von Clerksgehalten und Gas 35,000 Doll., im Jahre 1872—73 über 63,000 Doll., und dies ging trotz der Gehaltsverdoppelung von 25,000 auf 50,000 Dollars so weiter, denn für 1873—74 betrugen die Extraappropriationen sogar 77,060 Doll., ein Menge kleinerer Ansätze, z. B. Gas, nicht mit eingerechnet. Kein früherer Präsident hatte sich aber, wie der obengenannte Congreßrepräsentant Willard bemerkt, über die Kärglichkeit seines Gehalts von 25,000 Dollars jemals beklagt; vielmehr hatte jeder damit zu seiner eigenen wie zur Zufriedenheit des amerikanischen Volkes gelebt, da nicht nur damit auszukommen war, sondern sogar noch etwas davon zurückgelegt werden konnte. Trotz alledem war man weniger über Herrn Grants Geldgier empört als darüber, daß sich gerade ein Congreß so generös aus der öffentlichen Kasse bezahlt machte, der zu den bestechlichsten Körperschaften gehörte, welche die Union bisher heimgesucht hatten. Das bisherige Gehalt der Congreßrepräsentanten war nämlich 5000 Dollars per Jahr gewesen, es war nun von ihnen auf 7500 Doll. und den Betrag der wirklichen Reisekosten erhöht worden, und zwar nicht allein für die kommende Zeit, sondern auch für die letztverflossenen zwei Jahre. Diese Gehaltserhöhung mit der rückwärts

wirkenden Kraft war allerdings unerhört und verdiente mit Recht die Bezeichnung „Back-pay Steal“, um so mehr, als sich aus den Verhandlungen des Congresses selbst ergeben hat, daß das Gehalt der Congreßmitglieder in der Regel nur einen Theil ihrer Emolumente ausmacht und daß sie aus einer Menge unlauterer Quellen, wie durch Bestechung mit Eisenbahnactien, durch hohe Spesen für Anwaltsdienste, die sie großen Corporationen auf Kosten des Landes erwiesen, u. s w., so bedeutende Einnahmen bezogen, daß viele von ihnen, die als arme Leute in den Congreß gingen, als Kapitalisten am Ende ihres Termines in ihre Heimatsstaaten zurückkehrten. Thatsache ist indessen, daß eine starke Minorität von Congreßmitgliedern gegen die schmachvolle Gehaltserhöhung stimmte und daß etwa 50—60 Volksvertreter die Gehaltszulage für ihre bereits abgelaufene Dienstzeit ablehnten. Es verdient wohl kaum bemerkt zu werden, daß Karl Schurz zu diesen ehrenwerthen Ausnahmen gehörte. Im Uebrigen befindet sich Wilhelm Müller in seiner „Politischen Geschichte der Gegenwart“ (vom Jahre 1873) in einem Irrthum, wenn er die Beschlußfassung über die ebenerwähnten Gehaltserhöhungen von dem 43. Congreß geschehen läßt; dem 43. Congreß gebührt vielmehr das Verdienst, daß er die vom 42. Congreß beschlossene Gehaltserhöhung der Congreßmitglieder wieder aufhob.

Zu den wenigen Beschlüssen, die dem 42. Congreß in seiner letzten Sitzung keine Schande brachten, gehört der zur Annahme gelangte Antrag von Schurz, die für die Theilnahme des amerikanischen Volkes an der Wiener Weltausstellung bewilligte Summe von 100,000 Doll. auf 300,000 Doll. zu erhöhen. Ein schlimmes Vermächtniß hinterließ man dagegen dem nächsten Congreß in der ungelösten Louisianafrage. Sie war eine Frucht der Willkür, die Grant während seiner ersten Amtszeit theils selbst geübt, theils durch seine Günstlinge üben ließ, sie legte aber zu gleicher Zeit den Keim neuer Wirren in seiner zweiten Amtszeit. Infolge der Staatswahlen von Louisiana nämlich, welche am 6. November 1872 stattgefunden hatten, standen sich in diesem Staate zwei Parteien gegenüber, die beide für sich den Sieg beanspruchten. Beide behaupteten, den Gouverneur und die Gesetzgebung rechtmäßig gewählt zu haben, und so gab es in Louisiana zu

gleicher Zeit zwei Gouverneure und zwei Legislaturen. Der eine Gouverneur, d. h. derjenige, welcher bei der Wahl die meisten Stimmen erhalten hatte, hieß Mac-Enery, der andere, welcher die Gewalt in Händen hatte und gesetzmäßig gewählt zu sein vorgab, war ein gewisser Kellogg, ein Freund Grants. Bei der erwähnten Novemberwahl hatten Mac-Enery und die ihm befreundeten Legislaturmitglieder die Mehrzahl der Wählerstimmen erhalten; dagegen erhoben Kellogg und Genossen Protest, indem sie ihren siegreichen Gegnern gröbliche Wahlbetrügereien vorwarfen. Um dies nachzuweisen und ihren eigenen Anspruch festzustellen, hatte, wie dies von Schurz in der Senatssitzung vom 27. Februar 1873 Herrn Morton gegenüber schlagend dargethan wurde, die Kellogg-Partei das Recht, vor die Gerichte des Staates Louisiana zu gehen. Man griff aber zu andern Mitteln. Statt die Streitfrage vor die zuständigen Staatsgerichte zu bringen, wandte man sich an einen Bundesrichter, an Herrn Durell, Richter der Circuit Court der Vereinigten Staaten, der in dem vorliegenden Falle durchaus nicht competent war. Und Herr Durell, Parteigenosse von Grant und Kellogg, griff, seine Gerichtsbarkeit weit überschreitend, mit Macht zu Gunsten der Kellogg-Partei ein. Zunächst verbot er allen von ihm nicht anerkannten und bezeichneten Staatsbeamten, welche das Wahlergebniß festzustellen hatten, dies zu thun. Dann ordnete er durch einen noch handgreiflichern und flagrantern Gewaltakt das Besetzen des Staatshauses, in welchem die Gesetzgebung von Louisiana zu tagen pflegte, durch Truppen an; er bestimmte, wer Mitglied der Gesetzgebung sein sollte und wer nicht. Beim Vollziehen dieser groben Usurpation unterstützte ihn die Militärmacht der Bundesregierung, und so versammelte sich denn eine durch einen gewaltthätigen Eingriff eines gewissenlosen Bundesrichters unter dem Schutze von Bundesbajonneten geschaffene Legislatur des Staates Louisiana. Diese Legislatur, die nicht aus freier Volkswahl hervorgegangen war, die vielmehr ihre Existenz nur einer corrupten Beamtenwillkür verdankte, erklärte Herrn Kellogg für den rechtmäßig gewählten Gouverneur, und Präsident Grant stellte sich auf Kelloggs Seite. Unterdessen hatte die rechtmäßige Stimmenzählungsbehörde des Staates Louisiana ihren Wahlbericht erstattet; in

Uebereinstimmung mit diesem Berichte trat eine andere Legislatur in Louisiana zusammen, welche ihre Machtvollkommenheit und ihre Legalität aus der Majorität der vom Volke von Louisiana abgegebenen Stimmen herleitete. Ein anderer Gouverneur, Mac-Enery, und andere Staatsbeamten wurden von dieser Legislatur auf Grund vorliegender Wahlberichte für erwählt erklärt. So entstand eine zweite Staatsregierung von Louisiana. Dieser Autoritätsconflict trat nun an den Bundessenat zur Lösung heran; Präsident Grant selbst hatte die Frage demselben in einem Schreiben vom 25. Februar 1873 vorgelegt, zugleich aber bemerkt, daß er einstweilen die Kellogg-Regierung anerkennen und unterstützen werde. Der Senat setzte zur Untersuchung der wichtigen Angelegenheit ein Comité, bestehend aus den Senatoren Carpenter, Morton, Logan, Anthony und Alcorn, nieder. Obschon die Mehrzahl dieser Herren unbedingte Anhänger Grants waren, so konnten sie doch nicht umhin, die Entscheidung des Bundesrichters Durell, auf die sich auch Grant in dem erwähnten Schreiben berufen hatte, einstimmig zu verurtheilen und zwar mit folgenden Worten, die wir dem Ausschußberichte in genauer Uebersetzung entnehmen: „In welchem Lichte man die Sache auch immer betrachten mag, es erscheinen die Erlasse und Einhaltsbefehle (the orders and injunctions) des Richters Durell dem Untersuchungscomité als höchst tadelnswerth und vom gesetzlichen Standpunkte aus als irrthümlich (most reprehensible and erroneous in point of law), sie sind, wegen Mangels an Competenz, aller Rechtskraft baar (wholly void for want of jurisdiction); das Comité sieht sich gezwungen, seine Besorgniß und seine Scham (their sorrow and humiliation) darüber auszusprechen, daß ein Richter der Vereinigten Staaten sich einer so flagranten Pflichtverletzung (such flagrant disregard of duty) schuldig gemacht, die Grenzen der Bundesgerichtsbarkeit so weit überschritten hat." Dennoch konnte der Senat des 42. Congresses sich nicht ermannen, in der Louisianafrage, in welcher alle republikanischen Grundsätze mit Füßen getreten waren, entscheidende Schritte zu thun. Vergebens drangen Schurz und Trumbull darauf, daß der Bundesstaat seine Pflicht thue und das schmählich verletzte Recht des Staates Louisiana in Schutz nehme — der Senat schwieg. Hatte doch Präsident Grant angekündigt, was er thun werde,

wenn die Sache ihm überlassen bliebe; hatte er doch im Voraus proclamirt, daß er die Bundesgewalt zum Festhalten der vollzogenen Thatsache, d. i. der Kellogg-Regierung, ohne Rücksicht auf die rechtliche Existenz derselben, mißbrauchen werde — und der Senat sagte durch sein Schweigen: handle so, wie du angekündigt hast; mache den Zustand, der aus Usurpation hervorgegangen ist, permanent; lasse die Anerkennung durch die Unionsregierung dazwischentreten, auf daß durch die brutale Thatsache der Lösung der unbequemen Rechtsfrage der Riegel vorgeschoben sei! Und mit dieser stillschweigenden Weisung ließ man den zur Willkür geneigten Präsidenten seinen zweiten Amtstermin antreten, mit einer Vollmacht, welche eine directe Verletzung des amerikanischen Grundgesetzes der Selbstregierung enthielt.

Wenn man die wesentliche Thätigkeit, welche der 42. Congreß in seiner letzten Sitzung entwickelte, unbefangenen Blickes überschaut, so bestand dieselbe vornehmlich in einer eingehenden Leichenschau des eigenen, schon halb in Verwesung übergegangenen Körpers dieses Congresses. Dies und nichts anderes sind die vielen Untersuchungen, von denen wir einige hervorhoben, gewesen, mit denen die ganze Sitzung ausgefüllt wurde. Es muß als eine nicht genug zu beachtende Fügung erscheinen, daß dieser Congreß gezwungen wurde, in seinen eigenen Eingeweiden zu wühlen und seine eigene Schande und Schmach aufzudecken. Er verendete unter erschütternden Zuckungen, wie noch kein gesetzgebender Körper vor ihm. Diese Zuckungen lähmten seine ganze Arbeitskraft und verhinderten ihn, sowohl nöthige und nützliche neue Anordnungen zu treffen, als auch eine Menge alter verderblicher Zustände aus dem Wege zu räumen.

Dem ersten Zusammentreten des Senats des 43. Congresses zu einer Specialsitzung (Special Session) ging die am 4. März 1873 erfolgte feierliche Inauguration des Präsidenten Grant und des neuerwählten Vicepräsidenten Henry Wilson voran. Die Pracht und der Glanz, welche bei dieser Feierlichkeit entfaltet wurden, stachen aufs schreiendste ab von den Untersuchungscomités und schmachvollen Schlußverhandlungen des letzten Congresses sowie von den wenig erfreulichen Verhältnissen des Handels und der Industrie und den immer düsterer

sich gestaltenden finanziellen Zuständen des Landes. Aeußerer Prunk, militärische Schaustellungen, kostspielige Umzüge und luxuriöse Ballfeste sollten das Volk der Union eine schlechte Verwaltung, eine elende Congreßsitzung und die allgemeine Corruption vergessen machen. Es ist stets schlimm für ein Volk, wenn es sich durch den äußern Schein blenden läßt, wenn es keine Männer aufzuweisen hat, die es mit warnender Stimme von dem Sturz in den Abgrund zurückzurufen und auf den rechten Weg zurückzuführen verstehen. So schlecht war es aber mit dem Volke der Vereinigten Staaten noch nicht bestellt, es zählte noch Männer in seinen Reihen, die mit klarem Blick und reiner Hand die Leitung der öffentlichen Dinge übernehmen konnten, die mit Rath und That in schweren Zeiten für das Gemeinwohl einstanden, und zu ihnen gehörte stets Karl Schurz.

Die Rede, welche Präsident Grant bei der erwähnten Inaugurationsfeier hielt, zeichnete sich mehr durch theoretische Sonderbarkeiten und persönliche Reflexionen aus, als durch staatsmännische Einsicht und richtigen Takt. Er sprach u. A. seine politische Ueberzeugung dahin aus, „daß die civilisirte Welt sich der republikanischen Staatsform oder doch der Volksregierung durch gewählte Repräsentanten zuneige, und daß die Republik der Vereinigten Staaten der Leitstern für alle andern Republiken sei.“ Wunderbar war die Art und Weise, wie Grant die Politik in Verbindung brachte mit den Fortschritten, welche das Telegraphenwesen und die Dampfkraft ins Leben gerufen. Er kam wieder auf die Annexion von San-Domingo zu sprechen, erklärte aber, er werde, solange er das Präsidentenamt bekleide, keine Gebietserweiterungen der Union empfehlen,. bevor nicht das Volk selbst sich dafür entschieden habe; im übrigen theile er die Befürchtung nicht, daß eine weitere Ausdehnung des Unionsgebietes die Gefahr der Schwächung oder der Auflösung der Bundesregierung in sich schließe. Der Handel, die Erziehung und der rasche Gedanken- und Güterverkehr durch Telegraph und Dampf hätten dies geändert. Er glaube vielmehr, daß der, welcher über uns Alle herrsche, die Menschheit dazu hinleite, zu der von ihm gewählten Zeit eine einzige Nation zu werden, eine einzige Sprache zu sprechen und keiner Armeen und Flotten mehr zu bedürfen. Es ist jedenfalls

schwer, diese idealistischen Anschauungen mit dem sonst so materialistischen Streben Grants in Einklang zu bringen, und wir können uns nicht wundern, wenn seinerzeit amerikanische und europäische Blätter die Grantschen Schwärmereien von einem Weltreiche, unter Hinweis auf seine errungene Gehaltserhöhung und auf seinen Nepotismus, dem bittersten Spotte unterwarfen.

Aber die Inaugurationsrede Grants bot, auch abgesehen von dem geträumten allgemeinen Welt- und Friedensreiche, noch manche Taktlosigkeiten dar, so z. B. die Selbstbiographie, womit er seine Rede schloß und worin er einen Hauptnachdruck auf seine kriegerischen Verdienste und die Schmähungen legte, denen er angeblich während der letzten Präsidentenwahl ausgesetzt gewesen sei.

Mehr sachlicher, wenn auch höchst oberflächlicher Natur waren seine kurzen Bemerkungen über den Zustand der Finanzen, des Handels und der Industrie, über die Reform im Beamtenwesen, die Lage der Neger und die Behandlung der Indianer. In Bezug auf die letztern erklärte er wörtlich: „Die Ureinwohner dieses Landes werde ich durch eine menschenfreundliche Politik unter den wohlthätigen Einfluß der Erziehung und der Civilisation zu bringen suchen. Wir haben die Wahl zwischen einem solchen Vorgehen und einem Ausrottungskriege, der für jedes Handel und Industrie pflegende Volk sehr kostspielig ist, so schwach, demoralisirt und verkommen auch die auszurottenden Volksreste sein mögen." Von der unsäglichen Schmach, welche durch so viele Corruptionsenthüllungen über das amerikanische Volk und die Vereinigten Staaten, die für andere Völker als „Leitstern" gelten sollten, gekommen war, enthielt Grants Rede auch nicht die leiseste Andeutung.

Wenn aber der Präsident es vermied, auf die überall stattfindenden Corruptionsfälle einzugehen, so konnte doch der Bundessenat nicht einen ähnlichen Weg einschlagen; er sah sich vielmehr gezwungen, außer andern Fällen dieser Art, die in der letzten Senatssession nicht beendigte Untersuchung gegen Herrn Caldwell von Kansas bald nach dem 4. März 1873 wiederum aufzunehmen. Bei dieser Gelegenheit (14. März) entwickelte Karl Schurz in einer längern Rede seine Ansichten über das Recht und die Pflicht des Bundessenats, corrupte Mitglieder auszu-

schließen. Nachdem er den Thatbestand und die Rechtsfrage des vorliegenden Falles discutirt hatte, faßte er die politische Seite desselben ins Auge und leitete aus den Consequenzen einer falschen Nachsicht die Verpflichtung des Senats her, einen durch Bestechung zur Senatorenwürde gelangten Mann wieder aus dem Senat zu entfernen. „Heute, Senatoren", sagte er u. A., „mögen wir noch im Stande sein, durch ein Majoritätsvotum einen Sitz, der unsers Wissens erkauft wurde, für vacant zu erklären; wenn Sie aber diesen Brauch durch das Zusichern der Straflosigkeit ermuntern, wie lange wird es währen, bis so viele dieser Sitze hier von Käufern eingenommen sind, daß der Kampf gegen sie ganz hoffnungslos geworden? Dies ist nicht eine bloße Eingebung des Schwarzsehens, nicht ein bloßes Gebilde krankhafter Phantasie, nein, gerade jetzt tönt der Schrei gegen Corruption durch das ganze Land. Ist dies unbegründet? Noch nie waren die Kräfte, welche durch die corrumpirende Anwendung des Geldes Privatinteressen zu dienen suchen, so mächtig, noch nie war das Gebiet des politischen Lebens für das Wirken dieser Kräfte so gut bearbeitet wie jetzt. Gleiche Ursachen werden immer und überall gleiche Wirkungen hervorbringen. Wir haben einen großen Bürgerkrieg gehabt. Dieser Bürgerkrieg — mit dem durch ihn erzeugten Schwanken der Werthe und den sich darbietenden Verlockungen, schnell Reichthümer anzusammeln — hat uns den bis zur höchsten Thätigkeit aufgestachelten Geist der Spekulation und Raubsucht hinterlassen. Es herrscht eine krankhafte Sucht, reich zu werden und sich ausschweifenden Genüssen hinzugeben; und je mehr diese Sucht zunimmt, desto mehr wird auch die Gewissenlosigkeit in der Wahl der Mittel zu diesem Zwecke zunehmen. Doch noch mehr. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ihre Functionen mehr als je über die Grenzen ihres rechtmäßigen Wirkungskreises ausgedehnt, mehr als je ist der öffentliche Schatz Privatinteressen dienstbar gemacht worden. Wissen wir dies nicht? Sehen und verstehen wir nicht, was um uns vorgeht? Was ist es, frage ich Sie, wodurch der Schwarm von Spekulanten, der Schwarm derjenigen, die auf Monopole ausgehen, und ihrer Agenten, die so emsig das Urtheil und das Gewissen der Männer, die dem Lande seine Gesetze zu geben haben, bearbeiten, nach der Bundes-

hauptstadt gezogen wird? Was füllt die Lobbies hinter diesen grünen Thüren hier mit der Atmosphäre so lockender Versuchung, daß ihr schon mancher, welcher eines bessern Looses würdig war, erlegen ist? Was hat die traurigen und beklagenswerthen Scenen der Bloßstellung herbeigeführt, deren Zeuge im verflossenen Winter das Land war und die wir nur zu gern dem Auge der Welt verborgen hätten? Jene Politik ist es, welche die Macht dieser großen Republik zur Förderung von Privatinteressen zu nützen sucht; jene Politik, welche das Geld aus des Volkes Tasche nimmt, um es in die Taschen einiger begünstigter Individuen zu schieben; jene Politik, welche überall, wo sie durchdrang, in jedem Zeitalter und in jedem Lande, die Gesetzgebung bis in ihre letzten Quellen hinauf vergiftet hat. Glauben Sie nun, daß die Folgen jetzt und hier andere sein werden, als zu andern Zeiten und an andern Orten? Rühmen sich ihre großen Eisenbahnkönige und Monopolbesitzer heute nicht, daß sie ganze Gesetzgebungen, Staatsregierungen und selbst die Gerichte besitzen, auf daß dieselben nach ihrem Gebote handeln? Haben wir nicht einige dieser Leute hier im Capitol einherstolziren gesehen, als seien sie die souveränen Herren der Welt? Prahlen einige von ihnen nicht damit, daß sie vortheilhafte Kapitalanlagen in Congreßmitgliedern und Bundessenatoren gemacht haben und noch ferner machen können? . . . . Ich wiederhole, es steht die Reinheit, ja der Bestand des Repräsentativcharakters unserer Staatseinrichtungen auf dem Spiele; denn wenn die Welt weiß, daß Sitze in dieser Körperschaft gekauft und Kraft des Kaufes behauptet werden können, dann werden die Verkäufer und Käufer in demselben Maße zunehmen, in welchem der Reichthum des Landes, der sich ausbeuten läßt, wächst, in welchem die Interessen, denen man dienen kann, wechseln, in welchem die Heftigkeit der Begierden, denen sich fröhnen läßt, sich steigert, und es wird ein Tag kommen, an welchem diese Körperschaft nur noch die Blutsauger und Bedrücker des Volkes und nicht mehr das Volk selbst vertritt. Jetzt endlich sollte es Zeit sein, den die Republik bedrohenden Gefahren entgegenzutreten. Unsere Republik hat keine monarchischen Traditionen; keine Prätendenten, die sich auf ein historisches Recht berufen, stören ihre Ruhe oder planen ihren Umsturz. Unsere Republik hat

das Niederwerfen durch Gewalt kaum zu fürchten. Aber es hat schon Republiken gegeben, welche in ihrem ursprünglichen Bau ebenso gesund und kräftig waren wie die unsrige, die jedoch dem schleichenden, darum aber nicht minder verhängnißvollen Uebel der Corruption und Demoralisation sowie jenem Verfalle der constitutionellen Grundlagen und jenem anarchischen Zustande der Gewalt, welche die Corruption und Demoralisation stets begleiten, erlegen sind. Es ist Zeit, zu bedenken, daß zum Entstehen und Erhalten einer Republik mehr gehört als das Nichtvorhandensein eines Königs, und daß — wenn eine Republik im Verfalle begriffen ist — ihre Seele zuerst zu erlöschen pflegt, wogegen die äußere Hülle noch fortbesteht, das Auge des Gedankenlosen täuschend. Ich hoffe, daß wir uns noch fern von diesem Zeitpunkte befinden; aber ich glaube auch, daß kein ehrlicher Beobachter leugnen kann, es seien schon Anzeichen für das Treiben nach dieser Richtung hervorgetreten; und froh füge ich hinzu, daß auch Anzeichen vorhanden sind, welche die Hoffnung rechtfertigen, der abschüssigen Bewegung werde sich Einhalt thun lassen, wenn nicht das Aufhalten derselben begonnen hat. Ich frage Sie nun, Senatoren, was ist unter solchen Umständen unsere Pflicht? Wir sind der Senat der Vereinigten Staaten. Keine parlamentarische Körperschaft der Welt, selbst nicht das Haus der Lords in Großbritannien, besitzt so hohe Befugnisse, erfreut sich einer solchen Fülle der Machtvollkommenheit, trägt eine so große Verantwortlichkeit wie der Bundessenat der Nordamerikanischen Union; keine parlamentarische Körperschaft hat in ihrer Vergangenheit so viel Genie und Bürgertugend aufzuweisen. Dulden Sie es nicht, daß man sage, unter allen parlamentarischen Körperschaften der Welt sei unsere die einzige, sei der Senat der Vereinigten Staaten mit allen seinen hohen Befugnissen, all seiner Fülle der Machtvollkommenheit, all seiner großen Verantwortlichkeit die einzige, welche nicht die Vollmacht besitze, zu entscheiden, ob ihre Mitglieder ehrlich gewählt worden seien, und eine Wahl wegen Bestechung, Betrug und Verbrechen für ungesetzlich und nichtig zu erklären; es sei der Senat der Vereinigten Staaten die einzige parlamentarische Körperschaft der Welt, welche — an ihrer eigenen Autorität zweifelnd — sich wehrlos dem Eindringen von Männern zu fügen hat,

die sich ihren Weg zur höchsten Gesetzgeberwürde in der größten der Republiken mit Geld gebahnt und nach dem Erkaufen ihrer Sitze das Gesetz selbst zum Kaufe ausbieten werden. Wenn das amerikanische Volk seinen Kampf gegen die Macht der Corruption kämpft, dann sollte wenigstens sein Senat sich in das erste Glied der vorrückenden Colonne begeben; sein Senat wenigstens sollte das Banner seiner Ehre und Unbescholtenheit emporhalten, welches das wankende Vertrauen der Massen auf die Rechtlichkeit der Gesetzgeber wiederherzustellen hat."

Die gewaltige, von echter Vaterlandsliebe und tiefem, sittlichem Ernst durchwehte Rede blieb nicht ohne Wirkung. Herr Caldwell wartete, im Bewußtsein seiner Schuld, das Ende der lange hingezogenen Verhandlungen über seinen Fall nicht ab, sondern reichte seine Resignation ein, die auch vom Senat angenommen wurde. Merkwürdig aber war bei dieser Angelegenheit das Benehmen gewisser Senatoren, z. B. der Herren Morton und Conkling; sie, die sonst stets das Centralisationsprinzip in seiner schroffsten Gestalt verfochten, zeigten eine ganz auffällige Rücksichtnahme für die Rechte der einzelnen Staaten der Union, wo es sich um das Recht der Gesetzgebung der Einzelstaaten handelte, sich Sitze im Bundessenat abkaufen zu lassen. In der That, man wird bei der Betrachtung der massenhaften Corruptionsfälle, die zu jener Zeit in der Bundesgesetzgebung der Vereinigten Staaten zur Sprache kamen, unwillkürlich an die Habsucht, die Rechtsverdrehung und die niedrige Bestechlichkeit erinnert, die gegen Ende des 2. Jahrhunderts v. Chr. im alten Rom herrschten und die Grundfesten des Staates und der Gesellschaft untergruben, an den Ausruf Jugurthas: „O feile Stadt! Du wärest verloren, wenn sich nur ein Käufer fände."

Die bösen Folgen der wilden Spekulationswuth und der krankhaften Sucht, schnell reich zu werden, um sich in gewissenloser Weise ausschweifenden Genüssen hinzugeben, von denen Schurz in seiner Rede gegen Caldwell von Kansas nur andeutungsweise gesprochen hatte, sollten sich bald in dem größten Maßstabe verwirklichen. Das Jahr 1873 war auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans für die socialen und volkswirthschaftlichen Verhältnisse ein verhängnißvolles. Aehnliche Ursachen hatten in Amerika wie in Europa ähnliche Wirkungen; und wenn

auch die speciellen Verhältnisse in der Alten Welt vielleicht ganz anders lagen als in der Neuen, so trat doch hier wie dort eine gewaltige „Krachperiode“ ein.

Schon während des Sommers 1873 traten in den Vereinigten Staaten deutliche Anzeichen der nahenden Krisis auf dem Gebiete der Finanzen, des Handels und der Industrie hervor. Einzelne Persönlichkeiten, welche durch eigene Spekulation und begünstigt durch die politischen Machthaber sich auf eine schwindelnde finanzielle Höhe emporgehoben hatten, stürzten davon herab und zogen bald andere in ihrem Sturze mit sich. Es kann auch nicht in Abrede gestellt werden, daß die herrschende Partei der Republikaner, der „Weiße Haus“-Ring an der Spitze, zu einem nicht geringen Theile an der Schuld des Finanzkraches Antheil hatte; denn es ist bekannt, daß die in den finanziellen Schwindel und Ruin verwickelten Geldmagnaten, wie z. B. die Henry Clews, die Jay Cooke, die Shepherd, die Babcock u. s. w., in politischer und finanzieller Beziehung dem Präsidenten Grant und seiner Administration sehr nahe standen.

Zu den direkten Veranlassungen des Krachs ist übrigens vor allen Dingen die Enthüllung der oben besprochenen Crédit mobilier-Corruption zu rechnen; und wenn sich auch unter den Congreßmitgliedern, die sich, wie wir gesehen haben, als Actionäre daran betheiligt hatten, zwei oder drei Demokraten befanden, so war der Crédit mobilier doch im Wesentlichen ein Institut der republikanischen Partei und sämmtliche Gesetzerlasse, welche im Interesse des Union-Pacific- und Crédit mobilier-Schwindels verlangt wurden, sind von Congressen, in denen die republikanische Partei herrschte, ausgegangen. Der Crédit mobilier-Schwindel hatte aber die direkte Folge, daß sowohl die amerikanische Finanzwelt als auch das Publikum im Allgemeinen ähnlichen Eisenbahnbauten eine kritische Aufmerksamkeit zuwandte. Die Northern-Pacific-Eisenbahn war die hervorragendste dieser Unternehmungen. Der Congreß hatte ihr ähnliche Vergünstigungen gewährt und der Bau wurde auf ähnliche Weise wie der der Union-Pacific-Bahn betrieben. Das Unternehmen entpuppte sich bei genauerer Prüfung als eins derjenigen, die das Licht kritischer Beleuchtung nicht vertragen können. Man fand bald, daß sich der

Hauptkaiseur dabei, Herr Jay Cooke, verspeculirt hatte, und da er einer der Regierungsbankiers, ein Günstling Grants und einer der sogenannten Syndikatskönige war, so wurde der Verdacht bald allgemein. Die Schnüre wurden angezogen und führten „das Platzen der Blase“ herbei.

Die Bloßlegung des Crédit mobilier-Schwindels war mithin die Hauptveranlassung des Jay Cookeschen Fallissements, dem so viele andere folgten. Allein auch in anderer Weise darf man die regulär-republikanische Partei für den Krach von 1873 in hohem Grade verantwortlich machen. Sie versäumte es, trotz ihrer absoluten Gewalt im Congreß und im „Weißen Hause“, die Finanzverhältnisse der Union auf eine sichere und rationelle Basis zu bringen; sie hat aus Furcht, da und dort anzustoßen und die politische Machtstellung zu verlieren, jahrelang wenig oder gar nichts zur Lösung der Finanz- und Papiergeld-Probleme in den Vereinigten Staaten gethan. Statt dessen hat sie durch die Corruption, die sich bis in die hohen und allerhöchsten Beamten- und Würdenträgerkreise erstreckte, das Vertrauen untergraben und den öffentlichen Kredit der Union im In- und Auslande erschüttern geholfen. Wo Vicepräsidenten, Senatoren, Cabinetsmitglieder, Gesandte und Repräsentanten zu allen möglichen corrupten Verhandlungen bereit waren, da konnte der unvermeidliche Rückschlag nicht ausbleiben.

Namentlich aber hat die herrschende Partei der regulären Republikaner durch die Extravaganzen und die Verschwendung in allen Verwaltungszweigen, wovon wir nur einige Beispiele (z. B. die Gehaltserhöhungen) anführten, dem Volke ein schlechtes Vorbild gegeben. Die Demoralisation, die oben eingerissen war, wirkte verderblich nach unten zu. Dazu kam noch eine ganz verkehrte Gesetzgebung in Bezug auf Nationalbanken und Einfuhrzölle. Die Bereicherung der Wenigen auf Kosten der Massen wurde förmlich zu einem System ausgebildet. Die durch Günstlingswirthschaft und ungerechte Privilegien so plötzlich Bereicherten konnten einem Luxus fröhnen, der sich wie ein schnelles Gift durch den ganzen Gesellschaftskörper der Union verbreitete. Jeder wollte über seine Mittel hinaus das Leben genießen; alle wollten sich schnell bereichern. Gewagte Spekulationen wurden dem langsamen, aber sichern Wege des Fleißes und der Sparsamkeit vorgezogen. Und daher kam

es, daß der Fall eines einzigen großen Bankhauses eine allgemeine Krisis herbeiführte.

Die Verhandlungen in der letzten Sitzung des 42. Congresses und in der Specialsession des vom 4. bis 26. März 1873 tagenden Bundessenats, sowie die damit in Verbindung stehenden Enthüllungen und die im Laufe des Jahres 1873 sich häufenden Bankrotte großer und kleiner Häuser ließen in den weitesten Kreisen das System der Grant-Administration als ein verderbliches erscheinen. Die Bestrebungen der Liberal-Republikaner fanden in mancher Hinsicht nach der Präsidentenwahl von 1872 mehr Anklang als vor derselben, und wäre Grant nicht bereits gewählt gewesen, im Jahre 1873 wäre er schwerlich gewählt worden. Man erkannte zu spät, daß die Grant-Regierung der Republik nicht zum Heile gereichen könne, daß vielmehr ein vollständiger Systemwechsel anzubahnen sei. Die hohen Schutzzölle und das Papiergeldsystem dienten nur den Finanz- und Börsenkönigen sowie den Ring- und Monopolfürsten zum Vortheil. Die Reichen wurden unter der Herrschaft der regulären Republikaner reicher, die Armen ärmer. Mit jedem Monat ward es schwerer für den Arbeiter, den Ackerbauer und den kleinen Geschäftsmann, sich seinem Ziele, der pekuniären Unabhängigkeit, näher zu bringen. Die von den durch die Regierung so vielfach bevorzugten Eisenbahn-Monopolisten ausgebeuteten Farmer traten namentlich in den westlichen Staaten der Union unter dem Namen „Grangers" zur Oppositionspartei über; das gewaltthätige Auftreten der Grant-Partei in Louisiana und der ihr von der Bundesregierung zu Theil gewordene Beistand, dazu die hohen Steuern und Schutzzölle, diese und ähnliche Umstände trugen dazu bei, die bereits in vielen Unionsstaaten in der Auflösung befindliche demokratische Partei von neuem zu beleben, um so mehr, als diese Partei von jeher das Princip der lokalen Selbstregierung und den Freihandel auf ihre Fahne geschrieben hatte.

So konnte es geschehen, daß im November 1873, gerade ein Jahr nach dem gewaltigen Siege der regulären Republikaner bei der Präsidentenwahl, die Partei der Demokraten und der unabhängigen Liberal-Republikaner in einer ganzen Reihe von Unionsstaaten bei wichtigen

Staatswahlen der Grant-Partei arge Niederlagen bereitete. Diese Wendung der Dinge hatte Karl Schurz längst vorausgesehen und bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich vorhergesagt.

Auf die blutigen Indianerkämpfe im Jahre 1873, namentlich auf die gegen den Kapitän Jack, einen Häuptling der Modocs, können wir hier ebenso wenig eingehen, wie auf die gegen die Mormonen getroffenen strengern Maßregeln; wohl aber müssen wir das auffallende Erstarken des Katholicismus in den Vereinigten Staaten besonders betonen, und die Thätigkeit der Jesuiten, die sich dort in dem genannten Jahre in Menge niederließen und Missionen veranstalteten. Die Ultramontanen verstanden es, in einem Lande, wo das Geld so allmächtig war, Reichthümer zu erwerben, und sich schon dadurch großen Einfluß zu verschaffen. Die Behörden und die öffentliche Meinung verhielten sich aber zu jener Zeit noch ziemlich gleichgültig gegen diese ihrer Freiheit drohende Gefahr, obschon die Presse im übrigen die in der Nordamerikanischen Union herrschenden Uebelstände gerade im Jahre 1873 einer eingehenden und scharfen Kritik unterzog.

Es war nämlich seit der Besiegung der südlichen Rebellen in der öffentlichen Presse der Vereinigten Staaten ein gewaltiger Umschlag eingetreten. Vor dem Secessionskriege und während desselben war es die Aufgabe der Tagespresse, die Trommel zu rühren und in die Trompete zu stoßen und sich begeistert über die Union auszusprechen; nach dem Kriege war diese Aufgabe eine ganz andere, vielfach geradezu entgegengesetzte geworden. Es galt die Tugenden und Künste des Friedens zu pflegen; durch die Aufhebung der Sklaverei war die Union eine ganz andere geworden. Die Nation mußte gleichsam bei sich einkehren, sich selbst prüfen, und in politischer und socialer Hinsicht ganz andere Wege als früher einschlagen. Die Zeit der prahlerischen Selbstbewunderung, die sogenannte „Spread-Eagleperiode“ war vorüber; die Schule schwerer Leiden hatte das amerikanische Volk auch seine Fehler und Mängel erkennen lassen, und so war der Umschlag von einer oft übertriebenen Selbstzufriedenheit zur bittern Selbstkritik und Selbstanklage erklärlich und natürlich. Wenigen Kulturvölkern der Erde ist auf ihrem Entwickelungsgange ein solcher Umschlag erspart geblieben; es war bei jedem

solchem Umschlage für das betreffende Volk die Frage nur die, ob es zur Zeit seines Eintritts in die kritische Epoche noch Willenskraft, Initiative und Ausdauer genug hatte, um den Resultaten seiner theoretischen Selbsterkenntniß und Selbstkritik auch praktische Geltung zu verschaffen. Als die alten Römer in diese Epoche eintraten, war es offenbar zu spät für die Erhaltung ihrer Republik; die Franzosen befanden sich in einer solchen Epoche unmittelbar nach ihrer letzten Niederlage. Sie erkannten, wie die Oesterreicher Preußen gegenüber einige Jahre vorher es gethan hatten, daß der deutsche Schulmeister sie geschlagen habe; aber das deutsche Schulwesen bei sich einzuführen, dazu fehlte ihnen, trotz manchen Reformen im Unterrichtswesen, bis jetzt die Kraft. Bei den Deutschen stellte sich die Zeit der Selbstkritik zur glücklichen Stunde ein: äußere Niederlagen und innere Reaction trugen dazu bei, den sittlichen Grund zu Deutschlands heutiger Größe zu legen. Auch die Amerikaner sind noch nicht zu alt und noch nicht zu blasirt, so frühalt und gleichgültig sie auch in mancher Hinsicht sein mögen, um ihre Kritik nicht aus dem Stadium des wortreichen Mißmuthes in das Stadium wirklicher Reformen überzuführen. Mehr als irgend etwas Anderes bürgt uns dafür die erstaunliche und allgemeine Bewegung im amerikanischen Erziehungswesen. Auf diesem Felde wird in den Vereinigten Staaten mit anerkennenswerthem Eifer gearbeitet. Das öffentliche Leben hat der Seiten sehr viele, und so lange eine einzige davon echte, frische Bewegung zeigt, lebt der Stamm, und alle seine Aeste mögen von dieser Seite her neue Nahrung erhalten. Gelingt es den Erziehern in der Union, dem Studium der Jugend mehr Innerlichkeit zu geben, und sie auf die Schätze anzuweisen, die in ihren Köpfen und Herzen liegen, und nicht bloß auf diejenigen, welche der Dollar erkaufen kann, so dürfte dadurch ganz allein eine Revolution zu Stande gebracht werden, die alle andern Seiten des amerikanischen Lebens in wohlthätiger Weise mit ergreift. In dieser Beziehung wird aber der deutsche Einfluß direct und indirect die besten Früchte tragen. Der auf Kunst und Wissenschaft gerichtete Sinn der Deutschen in Amerika ist daselbst seit dem letzten deutsch-französischen Kriege unendlich in Ansehen und Achtung gestiegen: ja seit den letzten sieben oder acht Jahren

hat sich die Zahl der jungen Amerikaner, die in Europa, im alten Deutschland, sich eine größere wissenschaftliche Ausbildung erwerben und deutsche Sitten und Gebräuche näher kennen lernen wollen, bedeutend vermehrt. Wären die Zustände in der Nordamerikanischen Union wirklich so hoffnungslos und so verdorben, wie englisch- und deutsch-amerikanische Blätter sie in den letzten Jahren oft darstellten, so hätte der mit Recht verrufene Tammany-Ring in New-York und der Tweed-Schwindel nicht vernichtet werden können, so wäre die über die ganze Union verbreitete Richtung der Selbstkritik eine unerklärliche Thatsache, so hätte sich Karl Schurz, auch nachdem er aus dem Bundessenat geschieden, nicht einen so mächtigen Einfluß bewahren können, wie er sich ihn bis auf den heutigen Tag in allen öffentlichen Fragen thatsächlich bewahrt hat.

Der 43. Congreß, welcher am 2. Dec. 1873 in Washington City zusammentrat, hatte eine stärkere repubikanische Majorität, wenigstens im Repräsentantenhause, als irgend ein Congreß seit Gründung der republikanischen Partei. Im Senat war diese Partei zwar um acht Stimmen schwächer als im 42. Congreß, aber immer noch von überwältigender Stärke. Der Senat bestand aus 49 Republikanern, 19 Demokraten und 4 Liberal-Republikanern. Im Repräsentantenhause saßen 191 Republikaner, 87 Demokraten und 4 Liberal-Republikaner. Gegen diese Majorität war seitens der Opposition nicht aufzukommen, und im Guten wie im Bösen war die regulär-republikanische Partei im Congreß allmächtig.

In der Botschaft, welche Präsident Grant dem 43. Congreß in dessen erster regelmäßiger Session am 2. December 1873 mittheilte, war viel von der sogenannten Virginius-Angelegenheit*) die Rede; es

*) Der amerikanische Dampfer Virginius, Eigenthum eines Herrn Patterson in New-York, hatte schon mehrmals den Aufständischen auf Cuba Waffen, Munition und Mannschaften zugeführt. Er war im Begriff, von Kingston auf der Insel Jamaica aus wiederum eine solche Ladung nach Cuba zu befördern, und ging zu dem Ende am 31. October 1873 mit 125 Flibustiern, darunter der sogenannte General Ryan, ein Irisch-Amerikaner, Kapitän Fry, der Führer des Schiffes, ein junger Cespedes, Bruder des Hauptes der Aufständischen u. A.,

wurde die Abschaffung der Sklaverei auf Cuba gefordert und der Congreß ersucht, das Protectorat über San-Domingo, dem Wunsche der dortigen Bevölkerung gemäß, zu übernehmen. Auch machte Grant wiederum schöne Worte in Bezug auf Sparsamkeit und die Rückkehr zur Hartgeldwährung. Wenn er schließlich die Bemerkung einfließen ließ, die politischen Parteien seien „fast gänzlich verschwunden", so konnte dies nur insofern einen Sinn haben, als die Organisationen der beiden alten Parteien, der Republikaner und Demokraten, vielfach mit den Anschauungen ihrer bessern Mitglieder im Widerspruch standen, und man daher von beiden Parteien, wie sie damals organisirt und durch ihre Häupter vertreten waren, keine nennenswerthen Reformen erwarten konnte. Im Staate Louisiana dauerte die Unzufriedenheit mit dem octroyirten Kellogg-Regiment fort, und auf einer Volksconvention (Peoples Convention) zu New-Orleans am 25. November wurde eine Delegation von angesehenen Bürgern erwählt, um nach Washington City zu gehen und dem Congreß von neuem die Bitte auszusprechen, Louisiana die durch die Bundesconstitution gewährleisteten Rechte und Freiheiten nicht vorzuenthalten.

---

in See. Der Virginius hatte sich mit amerikanischen Papieren versehen und das Sternenbanner aufgehißt. Der spanische Kreuzer Tornado verfolgte ihn und schleppte ihn als gute Beute nach dem Hafen Santiago auf Cuba. Dort wurde sofort ein Kriegsgericht bestellt, welches die vier Hauptführer, Ryan, Cespedes, den General Barnave Varona und den Obersten del Sol zum Tode verurtheilte. Am 4. November wurden dieselben hingerichtet; ein gleiches Schicksal traf am 7. November 37 andere Flibustier, darunter zehn Cubaner, einige Amerikaner und Engländer und einen Deutschen (Paul Kühner); am 9. und 10. November wurden auch noch der Kapitän und 12 von seiner Mannschaft erschossen. Dies waren zusammen 53 Hinrichtungen, und sie wurden trotz der Vorstellungen des amerikanischen und englischen Consuls unbarmherzig vollzogen, da sich die spanischen Behörden darauf beriefen, daß der Virginius ein Piratenschiff und zu Kriegszwecken gegen Cuba ausgerüstet gewesen sei. Die Sache erregte zuerst viel Lärm in den Vereinigten Staaten, wurde jedoch, nachdem Spanien den Amerikanern einige Concessionen gemacht hatte, friedlich beigelegt. Man erkannte eben, daß die Union sich nicht durch einen auswärtigen Krieg von dem Pfade der so nothwendigen innern Reform, besonders der finanziellen Reform, ablenken lassen durfte.

Die Thätigkeit des 43. Congresses in seiner ersten Session, die vom 2. December 1873 bis Ende Juni 1874 währte, war im Ganzen nicht so unerquicklich und fruchtlos, wie man es in der letzten Zeit von der Bundesgesetzgebung der Nordamerikanischen Union gewohnt gewesen war. Beide Parteien, die Republikaner wie die Demokraten, traten mit einer gewissen Vorsicht auf, denn die October- und Novemberwahlen des Jahres 1874 nahten heran; die Appropriationen, welche sich als nothwendig erwiesen, wurden mehr mit Rücksicht auf die Grundsätze der Sparsamkeit gemacht; hob man doch, wie bereits erwähnt, die vom 42. Congreß so schmachvoll beschlossene Gehaltserhöhung der Congreßmitglieder, den sogenannten „Salary Grab“, wieder auf; die Mitglieder des Congresses boten wenig oder gar keinen Anlaß zu Skandalgeschichten dar, und der corrumpirende Einfluß der sogenannten „Jobbers“, d. h. der Leute, die nach Washington City gehen, um durch Bestechung von einflußreichen Congreßmitgliedern auf Kosten des Gemeinwohls einträgliche Begünstigungen zu erhalten, trat entweder weniger schamlos hervor oder war überhaupt geringer. Wir heben, als für unsern Zweck besonders bemerkenswerth, folgende Punkte aus den Congreßverhandlungen hervor:

Der Senator von Ohio, John Shermann, Bruder des Generals William T. Sherman, hatte folgende, auf die Finanzfrage bezügliche Resolution eingebracht: „Beschlossen, daß es die Pflicht des Congresses während dieser Session ist, definitive Maßregeln zu ergreifen zur Erfüllung des am 18. März 1869 durch einen Congreßbeschluß gemachten Versprechens, dahin gehend: ‚Die Vereinigten Staaten verpflichten sich, sobald als möglich Vorkehrungen zu treffen für die Einlösung der Vereinigten Staaten-Noten durch Goldmünzen‘; das Finanzcomité ist angewiesen, dem Senat am ersten passenden Tage solche Maßregeln vorzuschlagen, welche nicht nur dieses Versprechen erfüllen, sondern auch ein Papiergeld von gleichförmigem Werthe schaffen sollen, immer einlösbar in Gold oder dessen Aequivalent, und eingerichtet, dem wechselnden Bedarf des Handels und Geschäfts zu genügen.“ Dem gegenüber beantragte Herr Ferry, Senator von Michigan, und seit dem Tode von Henry Wilson Vorsitzender des Senats, die Shermansche Resolution

zu amendiren durch Streichung des Ganzen nach dem Worte „Beschlossen", und dafür einzuschalten: „Das Finanzcomité ist angewiesen, dem Senat baldthunlichst solche Maßregeln in Vorschlag zu bringen, welche das Vertrauen im Handel wiederherstellen und durch eine mäßige Vermehrung des Papiergeldes dem Tauschmittel Festigkeit und Elasticität zu geben." Der Zweck der Shermanschen Resolution ging offenbar dahin, eine möglichst schnelle Wiederaufnahme der Baarzahlung (resumption) zu empfehlen, während das Amendement des Herrn Ferry eine Vermehrung des uneinlösbaren Papiergeldes (inflation) anrieth. Bei der Verhandlung dieser, das politische und gesellschaftliche Wohl der Union nach innen wie nach außen stark berührenden Frage ergriff nun Karl Schurz am 14. Januar 1874 das Wort und führte, gestützt auf die Ansichten der bedeutendsten deutschen, englischen und amerikanischen Nationalökonomen, in einer glänzenden Rede aus, daß die Masse des bereits ausgegebenen uneinlösbaren und entwertheten Papiergeldes (currency) wesentlich zu der im Jahre 1873 hereingebrochenen Krisis beigetragen habe, indem dadurch der Spekulationsgeist und die Spielwuth, welche so unheilvoll über das Land dahingefegt und ihre Orgien gefeiert hätten, geweckt und gepflegt worden seien. Seine hauptsächlichsten Gegner waren die Senatoren Morton von Indiana, Ferry von Michigan und Boutwell von Massachusetts, von denen der erstere eine Vermehrung der uneinlösbaren Legal Tender-Noten um wenigstens 44 Millionen Doll., der zweite aber um 100 Millionen wollte, der dritte endlich die Politik des „Nichtsthuns" (Do-nothing) befürwortete, indem er rieth, die Dinge bestehen zu lassen, wie sie wären, und zu warten, bis das Geschäft des Landes so weit gewachsen sein würde, daß seine Bedürfnisse durch einen natürlichen Entwickelungsprozeß Gold und Papier auf Pari gebracht hätten. Schurz faßte seine gründlichen und von Sachkenntniß zeugenden Ausführungen am Schlusse seiner Rede in sechzehn Hauptpunkte zusammen, von denen wir die bemerkenswerthesten hier folgen lassen: 1. Die Unionsregierung ist durch Gesetz und Ehre verpflichtet, die Schulden zu bezahlen, welche durch die Ausgabe ihrer Zahlungsversprechen erwachsen sind, sobald sie durch eigenes Handeln sich in den Stand der Zahlungsfähigkeit setzen kann. 2. Wenn ein

uneinlösliches Papiergeld beständig entwerthet ist, so beweist diese Entwerthung, daß die Masse dieses Papiergeldes den wirklichen Bedarf des allgemeinen Geschäftes im Lande übersteigt. Da dieses mit dem amerikanischen Papiergelde der Fall ist, so kann die gegenwärtige Krisis nicht verursacht worden sein durch einen Mangel an solchem Zahlungsmittel gegenüber den wahren Bedürfnissen des Geschäftslebens. 3. Eine durch den unproduktiven Verbrauch von Kapital und durch Ueberspekulation hervorgerufene Krisis kann nicht durch eine Vermehrung einer schon übermäßigen Papiercurrency geheilt werden. 4. Eine Vermehrung (inflation) von uneinlösbarem und entwerthetem Papiergelde während und unmittelbar nach der Geschäftskrisis kann nur von neuem die Einflüsse beleben und anregen, welche bereits das Geschäft demoralisirt und die Quellen des Unglücks eröffnet haben. 5. Die Wiederaufnahme der Metall- oder Baarzahlung kann auf keine andere Weise herbeigeführt werden als durch eine weise Gesetzgebung; die Politik des „Nichtsthuns“ ist verderblich. Wenn eine Geschäfts- und Geldkrisis eine Zeit lang gedauert hat, so ist der Moment gekommen, wo die Inauguration einer „Resumptionspolitik“ von günstiger Wirkung ist, weil viel von dem Vorbereitungswerk, welches der Baarzahlung oder „Resumption“ vorangehen muß, schon durch die Krisis selbst vollbracht worden ist.

Allein auch die beredetsten und klarsten Gründe konnten die Vertheidiger der Vermehrung des uneinlösbaren Papiergeldes nicht von der Gemeinschädlichkeit ihrer Finanzpolitik überzeugen. Unter Mortons Führung im Senat und unter Butlers Leitung im Repräsentantenhause dekretirte der Congreß, daß die Masse des bereits circulirenden uneinlösbaren Papiergeldes noch bedeutend vermehrt werden solle. Diesmal hatten aber die genannten Führer der regulären Republikaner sich in dem Präsidenten Grant getäuscht. Vergebens hatte Morton bei der letzterwähnten Finanzdebatte Schurz mit der übermüthigen Bemerkung abfertigen zu dürfen geglaubt, er sei ein Ausländer, verstehe nichts von amerikanischer Finanzpolitik und sei obendrein ein Verräther an der republikanischen Partei. Mit ruhigem Stolze konnte ihm Schurz schon damals antworten, er sei allerdings ein geborener Ausländer und zwar ein Deutscher, aber ein Verräther sei er niemals, weder an seinen

Freunden noch an seinen Grundsätzen gewesen; als Verräther würden in den Augen einer aufgeklärten, öffentlichen Meinung vielleicht bald diejenigen dastehen, die ihre feierlich in zahllosen Congreßreden, Congreßabstimmungen und republikanischen Parteiplatformen gemachten Versprechungen, die Ehre und den Kredit der Vereinigten Staaten aufrecht erhalten zu wollen, durch einen schmachvollen Papiergeldschwindel Lügen gestraft hätten. Als nun aber Präsident Grant im April die von Morton, Ferry, Butler, Logan u. A. durchgesetzte „Inflationsbill" mit seinem „Veto" belegte, da feierte Schurz einen Triumph, wie er gar nicht glänzender gedacht werden konnte, um so mehr, als Grant in seiner Vetobotschaft mit starken, fast schneidenden Worten die Finanzpolitik der Inflationisten als an und für sich verderblich, zugleich aber auch in flagrantem Widerspruch stehend zu den wiederholten Zusicherungen der republikanischen Partei kennzeichnete. Grant selbst aber erwarb sich durch sein mannhaftes Auftreten der Papiergeldpartei gegenüber im In- und Auslande den Beifall aller ehrlichen und vernünftigen Finanzpolitiker.

Weniger zufrieden stellend als bei der Finanzfrage zeigte sich Grant wiederum in der Beamtenfrage. Auch der Congreß brachte in dieser Hinsicht nichts Lobenswerthes zu Stande; es schien, als wenn Butlers frivoles Wort eine Wahrheit werden sollte: „Die Reform im Beamtenwesen muß einfach hinsterben, statt getödtet zu werden" („The Civil Service Reform is simply left to die instead of being killed").

Ganz ohne Untersuchungen wegen Betrügereien in öffentlichen Aemtern konnte aber auch der 43. Congreß nicht seine erste Sitzung schließen. Abgesehen von der räuberischen Handlungsweise eines gewissen Jayne, welcher als Bundesbeamter dem Handel von New-York aus eigennützigen Beweggründen schweren Schaden zugefügt hatte, gab ein Günstling des Herrn Butler, John D. Sanborn, dem Congreß wiederum Veranlassung, ein Investigationscomité niederzusetzen, dessen Nachforschungen das traurige Resultat hatten, daß besagter Sanborn in seiner Eigenschaft als Steuercollector den Staatsschatz um bedeutende Summen betrogen hatte. Diese Betrügereien hätten aber nicht stattfinden können, wenn die Finanzsekretäre Boutwell und Richardson vorsichtiger und gewissen-

hafter in der Ausübung ihres Amtes gewesen wären. Der Präsident Grant selbst verhielt sich allen diesen schmutzigen Handlungen gegenüber sehr gleichgültig; er schien sich gar nicht darum zu kümmern, was im Schatzamte vorging, ob seine Minister Boutwell und Richardson ihre Schuldigkeit thaten oder nicht; er griff am wenigsten energisch ein, wenn sein intriguanter, damaliger Freund und Parteigenosse Butler bei irgend einem Arrangement die Hände im Spiele hatte.

Schließlich erwähnen wir noch, daß Präsident Grant im Februar eine Botschaft an den Congreß übersandte, in welcher er die Feier des hundertjährigen Jahrestages der amerikanischen Unabhängigkeit anregte und eine internationale Ausstellung in Philadelphia empfahl; auch unterzeichnete er, vom Finanzsekretär Richardson gedrängt, eine Compromiß-Finanzbill, der gemäß noch 26 Millionen Dollars in uneinlösbarem Papiergelde neu ausgegeben wurden.

Während der Dauer der ersten Session des 43. Congresses verlor die Union durch den Tod einen ihrer edelsten und besten Söhne; der langjährige und würdige Vertreter von Massachusetts im Bundessenat, Charles Sumner, starb am 11. März 1874 zu Washington City. Charles Sumner ist mit Recht als ein Idealist in des Wortes bester Bedeutung bezeichnet worden; er und Karl Schurz ließen, so lange sie gemeinsam im Bundessenat wirkten, keine passende Gelegenheit vorübergehen, ohne strafend daran zu mahnen, daß es hohe Zeit sei, in dem politischen und socialen Leben des amerikanischen Volkes die Macht der sittlichen Ueberzeugung wieder zur Geltung zu bringen. „Der einzige Mann im Senat der Vereinigten Staaten, der in würdiger Weise die Gedenkrede für den Senator Sumner halten könnte, war sein Freund und College Karl Schurz", so sagte bald nach dem Tode Sumners die „New York Tribune", das Blatt Horace Greeleys; und wir glauben, daß die „Tribune" hiermit nur die Wahrheit sagte. Jedenfalls ist die Gedächtnißrede, welche Schurz auf Wunsch der Bürger von Boston bald nach dem Hinscheiden Sumners in jener Stadt hielt, das Beste und Vollständigste, was bisher über den berühmten Senator von Massachusetts gesagt worden ist. Schurz, selbst in vieler Hinsicht ein Idealist und

ein intimer Freund des Todten, stellte Sumner als einen unabhängigen Mann, einen aufrichtigen, unerschütterlichen Patrioten und Verfechter gleicher Menschenrechte dar, ohne in übertreibender Weise alle Gaben eines praktischen Staatsmannes und alle Tugenden und hervorragenden wissenschaftlichen Eigenschaften auf ihn zu häufen.

Mit größerm Fleiß, größerer Kenntniß und Einsicht in die Besonderheiten Sumners, als irgend ein anderer Senator dies vermocht hätte, wählte Schurz die charakteristischen Stellen aus seines Collegen Reden aus, aus denen Gesinnungsart, bevorzugte Mittel und Zwecke desselben mit wahrhaft plastischer Gewalt hervortraten. Aus seinem Leben erzählte er neue, vermuthlich nur ihm und einigen wenigen vertrauten Freunden Sumners bekannte Anekdoten, die für den wahrhaft fatalistischen Glauben des Todten an die Verwirklichung seiner Hoffnungen zeugten. Sprechend wurde der Charakter Abraham Lincolns und die Freundschaft zweier Männer gezeichnet, bei denen nichts als der ehrliche Glaube an ihre Ziele zusammentraf, während sie ihrem Ursprunge, ihrem Bildungsgange, ihrem Charakter und ihren Kenntnissen nach vielfach wie Wasser und Feuer von einander verschieden waren. Abraham Lincoln, das echte Kind des amerikanischen Volkes, mit seinem naiven Herzen voller Zärtlichkeit, mit seinem unersättlichen Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit, hoch oben hingestellt, ohne jemals etwas Rechtes gelernt zu haben, fast unbewußt in immer höhere Lebensstellungen hineinwachsend, ohne in seiner Jugend jemals etwas Bedeutendes gethan zu haben, zu der höchsten Stelle im Lande berufen — und dennoch nicht übermüthig geworden, von gesundem scharfen Menschenverstande und großen natürlichen Gaben, aber ohne jeden Schliff, welchen Bildung und positive Kenntnisse gewähren, groß, ja oft pathetisch und erhaben in seiner Einfachheit, langsam und gewissenhaft im Prüfen der Verhältnisse, unerschütterlich aber, wenn er zu einer festen Ueberzeugung gekommen war — wie konnte zwischen Abraham Lincoln und Charles Sumner eine Freundschaft bestehen, wie sie in der That bestand und wie sie selten zwei so bedeutende und gänzlich verschieden geartete Männer verband? Zwischen dem witzigen, sarkastischen Lincoln und Charles Sumner, über dessen Lippen kaum jemals eine launige Bemer-

kung gekommen, der, von einer hervorragenden, gelehrten Yankeefamilie stammend, von Jugend auf ein Buchleben führte, während Lincoln auf den Prairien und in den Wäldern von Kentucky und Illinois umherschweifte; zwischen dem gelehrten sprachkundigen, den schönen Künsten und den Verfeinerungen gebildeter Gesellschaft ergebenen Sumner, dem stürmischen, leidenschaftlichen, seinen Idealen im Fluge folgenden Senator, und dem zaudernden, seinem eigenen Verständnisse oft mißtrauenden Präsidenten? Von Sumner hörte Lincoln, was recht, nothwendig und unausbleiblich war; in Sumner erkannte Lincoln einen untrüglich ehrlichen Mann; und war auch Sumner sehr oft mit Lincolns vorsichtigem Zögern unzufrieden, so war doch sein Vertrauen in des Präsidenten Aufrichtigkeit ebenso unerschütterlich. Auch zum Beweis hierfür wurden von Schurz manche, bis dahin unbekannt gebliebene Thatsachen erzählt.

„Niemals", rief Schurz zum Schlusse seiner Gedenkrede aus, „möge das amerikanische Volk vergessen, daß es zu allen Zeiten der unabhängige Geist, das jeder andern Rücksicht spottende Pflichtgefühl war, was den Weg zu jedem neuen Fortschritte der Menschheit bahnte, was den amerikanischen Colonien ihre Unabhängigkeit gab und diese große Republik geschaffen hat, was der Macht der Sklavenhalter spottete und diese große Union ins Leben rief, und was — wer weiß? — eines Tages abermals nothwendig sein mag, um die Macht der Unwissenheit, die von gewisser Seite her gepflegt wird, zu brechen, den Fortschritten der Corruption Einhalt zu thun und die künstliche Tyrannei von politischen Organisationen zu zertrümmern, um diese Republik zu erhalten. Daß ja niemand glaube, ich hätte Herrn Sumners Handlungsweise während der letzten Jahre entschuldigen oder rechtfertigen wollen! Er handelte recht vor seinem eigenen Gewissen, und wer dies thut, bedarf keiner Rechtfertigung. Wehe der Republik, wenn sie sich umsonst nach Männern umsieht, welche ohne Vortheil die Wahrheit suchen und sie furchtlos aussprechen, gleichgültig, ob sie der Welt, die sie anhört, gefällt oder mißfällt. Wehe der Generation, die Männer wie Sumner ins Grab legt, und dabei dasjenige zu entschuldigen bemüht ist, was an ihnen das Edelste und Beste gewesen!"

Wir schließen unsere Mittheilungen über die von Schurz zum Andenken an Sumner gehaltene Rede mit dem Bedauern, daß die uns gestellte Aufgabe ein weiteres Eingehen darauf verbietet. Erfreulich aber und voll Belehrung ist ein Gedankengang, den wir nur andeuten wollen, den sich jedoch jeder von unsern Lesern, seinen eigenen Empfindungen entsprechend, weiter ausführen mag: es war ein amerikanischer Senator von deutscher Abkunft und deutscher Erziehung und Bildung, der am geeignetsten dafür gehalten wurde, Herrn Charles Sumner, dem Senator von Massachusetts, in Boston die Gedenkrede zu halten, und der in der That auch der geeignetste Mann dafür war.

Was die sonstigen Ereignisse im Innern der Union während des Jahres 1874 anbetrifft, so bleibt uns noch übrig, darauf hinzuweisen, daß die böse Saat der Willkür und des öffentlichen Betruges, welche in der Staatswahl von Louisiana im November 1872 gesäet war, im September 1874 ihre blutigen Früchte trug, ohne daß Recht und Gerechtigkeit siegten. Der mit Hülfe der Bundesregierung im Amte erhaltene Gouverneur Kellogg fürchtete, daß sein aus napoleonischen Stimmfälschungen hervorgegangenes Regiment in den Novemberwahlen des letztgenannten Jahres wieder gestürzt werden könnte, da sich die weißen Pflanzer unter dem Namen einer „Liga der Weißen" organisirt und durchgreifende Wahlmaßregeln getroffen hatten. Um dem Siege der Liga der Weißen vorzubeugen, ließ Kellogg durch seine Werkzeuge in der Gesetzgebung von Louisiana ein Gesetz genehmigen, durch welches die Ermächtigung zur Erwählung sämmtlicher Wahlinspectoren in die Hände des Gouverneurs (d. h. Kelloggs) gelegt und demselben die Befugniß ertheilt wurde, die ihm Mißliebigen ohne Angabe eines Grundes aus der Wählerliste zu streichen. Dieser antirepublikanische Beschluß veranlaßte die Liga der Weißen, zur Selbsthülfe zu greifen, indem sie von New-York und aus andern Orten sich bedeutende Waffentransporte verschrieb. Gouverneur Kellogg ließ einzelne dieser Transporte mit Beschlag belegen und ordnete Haussuchungen an. Hierin erblickte die Liga eine Verfassungsverletzung, da nach dem Gesetze das Waffentragen allen Bürgern gestattet sei, und veranstaltete in New-Orleans, der bedeutendsten Stadt Louisianas, eine Protestversamm-

lung. Durch diese wurde am 14. September der Gouverneur für einen Usurpator erklärt und zur Niederlegung seines Amtes aufgefordert. Da er der Aufforderung nicht entsprach, so griff die Liga zu den Waffen, besetzte das Rathhaus, errichtete Barrikaden und jagte die unter dem Befehl der Generale Longstreet und Badger stehende Miliz und Metropolitanpolizei in die Flucht, wobei mehrere Bürger und noch mehr Polizisten getödtet wurden. Kellogg flüchtete in das von den neutralen Bundestruppen besetzte Zollhaus und erbat sich Hülfe vom Präsidenten Grant. Dieser erließ denn auch am 15. September eine Proclamation, worin er den Aufständischen befahl, binnen fünf Tagen auseinanderzugehen, widrigenfalls gegen sie durch Vereinigte Staaten-Truppen eingeschritten werden müßte. Mehrere Regimenter und mehrere Kriegsschiffe wurden von der Bundesregierung nach New-Orleans beordert; bevor sie jedoch dort ankamen, erklärte die Liga, daß sie sich gegen die Bundesregierung nicht auflehnen werde. Kellogg und seine Unterbeamten wurden nun wieder in ihre alte Stellung eingesetzt, die Liga der Weißen verschaffte sich aber eine gewisse Genugthuung durch Erlaß einer Proclamation an die Bürger der Union, in welcher sie das ganze Gewebe der Betrügerei und Gewalt, welches die Kellogg-Wirthschaft geschaffen und erhalten, bloßstellte.

Unzweifelhaft wirkten die Vorgänge in Louisiana, denen ähnliche in andern Staaten, z. B. Arkansas, nachfolgten, nicht günstig auf die Congreß- und Staatswahlen, die im October und November 1874 in mehreren Unionsstaaten vorgenommen wurden. Der Ausfall dieser Wahlen konnte aber nicht ohne Einfluß bleiben auf die Machtstellung der großen politischen Parteien und auf die etwaige dritte Präsidentschaftscandidatur Grants. Zunächst geschah allerdings nur das erstere; denn in das Repräsentantenhaus des 44. Congresses, dessen Amtsdauer vom 4. März 1875 bis zum 4. März 1877 reichte, wurden 111 Republikaner und 181 Demokraten gewählt, sodaß die überwiegende Mehrheit der Republikaner des 43. Congresses in eine demokratische Majorität von 70 Stimmen verwandelt wurde. Im Bundessenat, von dem nur ein Drittheil durch die erwähnten Wahlen betroffen wurde, sank die bisherige republikanische Mehrheit von 25 auf 9 Stimmen herab.

Dieses Mißverhältniß, daß neben einer demokratischen Mehrheit im Hause der Repräsentanten eine republikanische Mehrheit im Senat bestand, dauerte nun mehrere Jahre hindurch fort, verschaffte aber doch dem Präsidenten Grant die Möglichkeit, mit der Senatsmajorität die der Union etwa nachtheiligen Beschlüsse des demokratischen Repräsentantenhauses noch einige Zeit ziemlich wirkungslos zu machen. Daß zu dieser außerordentlichen Umwälzung im Parteiwesen die schlechte Verwaltung der republikanischen Partei und die Herrschsucht des Präsidenten Grant das meiste beigetragen, liegt außer allem Zweifel, wenn auch zugegeben werden muß, daß die Aufgaben, die Grant und seine Partei zu lösen hatten, aus den verschiedensten Gründen der schwierigsten Art waren.

Die Botschaft, welche Präsident Grant am 7. December 1874 dem zu seiner zweiten und letzten Sitzung zusammentretenden Congreß übersandte, war offenbar unter dem Eindrucke der letzten October- und Novemberwahlen geschrieben und enthielt, abgesehen von seiner, den Südstaaten, namentlich Louisiana gegenüber innegehaltenen unseligen Politik, manche zutreffende Gesichtspunkte. Zu diesen gehörte in erster Linie alles, was er über die wichtigste und brennendste Tagesfrage, die Finanzfrage, sagte. Er sprach sich entschieden für die möglichst schnell zu sichernde Wiederaufnahme der Baarzahlung aus und trat damit den Papiergelddemagogen, wie Butler und Consorten, scharf entgegen; dazu kam, daß der vom Finanzsekretär Bristow, welcher inzwischen den ebenso unfähigen wie unthätigen Richardson im Amte abgelöst hatte, veröffentlichte Jahresbericht mit Ein- und Umsicht abgefaßt war und die von Grant empfohlene Finanzpolitik unterstützte. In Bezug auf den Unabhängigkeitskampf in Cuba gab Grant den Sympathien der Vereinigten Staaten für die Revolutionspartei einen ganz unverhohlenen Ausdruck, was kaum zu verwundern ist, wenn man bedenkt, daß die Colonialbevölkerung von Cuba seit sechs Jahren und länger denselben Unabhängigkeitskampf gegen europäische Herrschaft kämpfte, den die Vereinigten Staaten vor einem Jahrhundert kämpften und zu einem ruhmreichen Ende führten. Auch wies der Präsident noch einmal dringend auf die Centennialfeier im Jahre 1876 hin. In höchst anerkennender Weise wurde über die Verhandlungen des internationalen Postcongresses zu Bern im Sep-

tember 1874 berichtet. Sonderbar ist die Art und Weise, in der Grant der Civildienstreform gedachte. Diese große, seit Jahren erörterte und für alle Schichten des Volkes gleich wichtige Frage der Ausrottung der Corruption und Reinigung des Beamtenwesens erledigte der Präsident mit wenigen Worten. Und wie? Er legte die Frage einfach zu den Akten, indem er, nicht mit Unrecht, dem Congreß die Hauptschuld dafür beimaß, daß dieselbe ungelöst geblieben sei. Fast könnte man geneigt sein, in dieser Behandlungsweise der Civildienstreform-Frage durch Grant eine Art ingrimmigen Hohnes gegen seine seit Jahren unter dem Feldgeschrei der Civildienstreform gegen ihn kämpfenden Gegner zu erblicken.

Eigenthümlich war es endlich, daß die Botschaft auch nicht den leisesten Bezug auf das Ergebniß der letzten Staatswahlen und den durch sie hervorgerufenen politischen Umschwung nahm. Vielleicht fühlte Grant, daß es weder ihm, noch der republikanischen Majorität im Congreß gelingen werde, während der kurzen Zeit von drei Monaten der republikanischen Partei den alten Ruhm zurückzuerobern. Diese Partei, die so große Thaten vollbracht und mit deren ursprünglichen politischen Grundsätzen jeder wahrhaft humane und freisinnige Mann übereinstimmen mußte, hatte im Laufe der Zeit im In- und Auslande durch eine Reihe von Fehlern der schwersten Art die früher ihr zu Theil gewordenen Sympathien verscherzt. Zu diesen Fehlern gehörte und gehört theilweise noch bis auf diesen Augenblick, außer den in den vorstehenden Ausführungen berührten vielfachen Mißgriffen, das stets vom Congreß und der Bundesregierung begünstigte exorbitante Schutzzollsystem. Dieses System schädigte im Grunde die Vereinigten Staaten nicht minder als England, Deutschland, Frankreich und andere Staaten, deren Ausfuhr litt. Durch die hohen Zölle auf Eisen z. B., die fast nur den großen Fabrikbesitzern und Monopolisten zu Gute kamen, wurden die Eisenbahnen und Eisenbahnfrachten so vertheuert, daß die Roherzeugnisse des Westens der Union in hohem Grade entwerthet wurden und der zahlreiche und wichtige Stand der Farmer zu den gerechtesten Klagen Veranlassung erhielt. Dazu kam der Papiergeldschwindel, die Corruption in allen weitverzweigten Beamten-

kreisen und die Niederlage auf dem Gebiete des Handels und der Industrie.

Unter diesen traurigen Auspicien trat der 43. Congreß zu seiner letzten Sitzung zusammen, und es war bei seiner Zusammensetzung vorauszusehen, daß er nicht im Stande sein würde, die in der Union herrschenden Uebelstände abzuschaffen. Wir haben denn auch über seine Verhandlungen und Thaten wenig Rühmenswerthes zu berichten.

Die Führer der republikanischen Partei im Congreß schienen zu fühlen, daß sie, der Aufforderung des Präsidenten folgend, doch wenigstens einen Versuch machen müßten, eine Lösung der Finanzfrage herbeizuführen. Was sie eine Reihe von Jahren hindurch in der kurzsichtigsten Weise versäumt hatten, das sollte nun in wenigen Monaten nachgeholt werden, um der republikanischen Partei neues, frisches Leben einzuflößen. Daß aber die Lösung der Finanzfrage, wenn muthig und geschickt angefaßt, der republikanischen Partei wiederum einen mächtigen Stützpunkt in der öffentlichen Meinung würde verschaffen können, war unbestreitbar. Hatte doch die Erkenntniß, daß die Wiederbelebung von Handel und Industrie von einer festen, auf baldige Rückkehr zur Baarzahlung gerichteten Finanzpolitik bedingt sei, so gewaltige Fortschritte im amerikanischen Volke gemacht, daß es mehr als wahrscheinlich erschien, diejenige politische Partei, welche dieser Erkenntniß gemäß handle und die aus einer weisen Finanzpolitik folgenden bessern Zustände mit ihrem Namen verknüpfe, müsse in den kommenden politischen Kämpfen einen bedeutenden Vorsprung haben. Die republikanischen Senatoren beschlossen daher in einem sogenannten „Caucus" (einer engern Parteiversammlung), die bisher von ihnen befolgte und vertheidigte Finanzpolitik Boutwells und Richardsons aufzugeben und einen Gesetzentwurf zu empfehlen, welcher die Aufnahme der Baarzahlung und vorbereitende Schritte zu derselben zum Zweck habe. Selbst die Herren Morton, Logan, Ferry und die andern Inflationisten der republikanischen Partei, die noch in der ersten Session des 43. Congresses für Vermehrung des Papiergeldes geeifert hatten, schienen entschlossen, künftig Anhänger der Hartgeldpolitik werden zu wollen. Was die Einsicht in die Bedürfnisse des Landes, was die Lehren der Erfahrung und die unwiderleglichen Argu-

mente, die Schurz in seiner Finanzrede vom 14. Januar 1874 vorbrachte, nicht vermochten, das brachte das Parteiinteresse, die Rücksicht auf die Selbsterhaltung der Partei, zu Stande. So wurde denn vom Congreß nach längern, lebhaften Debatten eine Finanzbill angenommen und vom Präsidenten am 14. Januar 1875 unterzeichnet, die zwar einen Termin für Wiederaufnahme der Baarzahlung fixirte, im übrigen aber immer noch mangelhaft war und namentlich zur Verminderung des im Umlauf befindlichen Papiergeldes wenig oder gar nichts beitrug. Die Hauptbestimmungen dieser Bill, deren thatsächliche Wirkung von mancher Seite als kaum antiinflationistisch angesehen ward, waren folgende: Die erste Section verfügte, daß die vielen kleinen Papierzettel, welche lange Zeit als Scheidemünze (fractional currency) dienten, eingezogen und durch Silbermünzen ersetzt werden sollten. Die zweite Section bestimmte, daß Privatleute ihr Gold in den Münzstätten der Vereinigten Staaten unentgeltlich in Münzen ausprägen lassen könnten. Die dritte Section ordnete an, daß das Bankgeschäft fernerhin frei sein sollte, frei insofern, als die bis dahin bestehenden Beschränkungen für Ausgabe von Noten aufgehoben sein sollten. Für je 100 Doll. neuer Nationalbanknoten sollten 80 Doll. Legal-Tendernoten eingezogen werden, bis der Gesammtbetrag der letzteren 300 Millionen erreicht habe. Die vierte Section endlich verfügte, daß vom 1. Januar 1879 an die Legal-Tendernoten in Gold einlösbar sein sollten; hierzu sollten die Ueberschüsse an Gold im Schatzamte verwandt werden, und wenn diese nicht ausreichten, so sollte der Finanzsekretär durch Anleihen das nöthige Geld beschaffen.

Die Hauptmängel dieser Finanzbill, welche auch im Laufe der Debatten von den Freunden derselben nicht geleugnet werden konnten, bestanden erstens in dem Hinausschieben des Baarzahlungstermins auf volle vier Jahre, und zweitens in dem Mangel an fast allen Vorbereitungsmaßregeln für die endliche Aufnahme der Baarzahlung. Der demokratische Senator Thurman von Ohio machte u. A. geltend, daß in den vier Jahren vom 1. Januar 1875 bis 1. Januar 1879 unter dem neuen Finanzgesetze nicht 10 Millionen neue Banknoten ausgegeben, also nicht 8 Millionen Legal-Tendernoten zurückgezogen werden

würden, daß man sich am Ende des vierjährigen Termins präcis in derselben Lage befinden würde wie im December 1874. Karl Schurz bezeichnete ebenfalls die Bill als für ihren Zweck, die Wiederaufnahme der Baarzahlung, kaum genügend; auch machte er mit großem Nachdruck auf eine böse Lücke in dem Gesetzentwurfe aufmerksam. Derselbe sagte nämlich mit keinem Worte, daß die Legal-Tendernoten, welche (im Verhältnisse von 8 zu 10 neuen Nationalbanknoten) eingezogen werden sollten, auch zerstört werden müßten. Darüber werde später zu beschließen sein, erklärte auf wiederholtes Andringen der Senatoren Schurz und Bayard der Vorsitzende des betreffenden Finanzcomités, Herr Sherman. Ein förmlicher Antrag, daß solche eingezogene Legal-Tendernoten zerstört werden sollten, erhielt nicht die Mehrheit der Stimmen. Die Besorgniß lag jedenfalls nahe, daß die etwa eingezogenen Legal-Tendernoten wieder einmal als „Reserve" behandelt werden könnten, wie es mit den 40 Millionen „Reserve" unter Finanzsekretär Richardson geschah. Alle Verbesserungsanträge fanden keine Berücksichtigung. So wurde ein Antrag, das Legal-Tendergesetz vom 1. Januar 1867 zu widerrufen, verworfen; dasselbe geschah mit einem Antrage, den Baarzahlungstermin auf den 1. Januar 1877 festzustellen. Desgleichen fiel ein Antrag von Schurz, daß monatlich wenigstens zwei Millionen Legal-Tendernoten eingezogen und zerstört werden sollten; ebenso ein Antrag desselben Senators auf Zurückweisung der Bill an das Comité. Die Bill wurde mit dem obenerwähnten Inhalte angenommen, indem alle anwesenden Republikaner (auch Schurz) dafür, alle Demokraten dagegen stimmten. Schurz betrachtete dieselbe als eine schwache Abschlagszahlung.

Von so geringem positiven Werthe nun auch diese Finanzbill in Hinsicht auf die Legal-Tendernoten sein mochte, so gewann sie doch ausnehmend im Vergleich zu einer vom Präsidenten gebilligten, vom Finanzsekretär in Vorschlag gebrachten und vom Congreß angenommenen Zoll- und Steuerbill, die unter dem Namen des „kleinen Tarifs" schon in der ersten Sitzung des 43. Congresses erschien. Im Interesse einiger Monopolisten, großer Fabrikbesitzer und Industriekönige wurde für eine Reihe von Einfuhrartikeln, für welche eine Ermäßigung der Zollsätze

um 10 Procent eingetreten war, der frühere höhere Zoll wiederhergestellt. Die hauptsächlichsten dieser Artikel, meistens Fabrikate für den allgemeinen Bedarf, waren Baumwollwaren, Glaswaren, Eisen- und Stahlwaren, andere Metallfabrikate, Papiere, Bücher u. dergl., von denen im Jahre 1874 für etwa 136 Millionen Dollars eingeführt wurden, welche an Zöllen etwas über 57 Millionen Doll. bezahlten. Außerdem wurde der Zoll auf Wein, Hopfen, Tabak, Zucker, chromsaures und doppeltchromsaures Kali u. s. w. erhöht. Die so lange befolgte Schutzzollpolitik hat, dem mächtigen, natürlichen Reichthum der Union zum Trotz, die amerikanische Schifffahrt und Rhederei vollkommen lahm gelegt. Gerade die Vereinigten Staaten sind ein warnendes Beispiel den auch in Deutschland zum Siege gelangten Schutzzollbestrebungen gegenüber. Die von der republikanischen Partei seit dem Rebellionskriege festgehaltenen Schutzzölle gehören mit zu den verderblichsten Folgen dieses Krieges, sie trafen und treffen am schwersten die Masse des Volkes und vernichteten nahezu das früher so blühende Schifffahrtswesen der Vereinigten Staaten. Daß Karl Schurz gegen die Zoll- und Steuerbill stimmte, war selbstverständlich.

Als ein Beispiel, wie weit ein blindes, einseitiges Parteiinteresse gehen kann, erwähnen wir die von Butler und Genossen so warm befürwortete sogenannte Zwangsbill (Force Bill). Diese Maßregel, welche dem Präsidenten unter sehr weit gefaßten Bedingungen die weder dem Ort noch der Zeit nach beschränkte Befugniß, das Habeas-Corpus-Recht aufzuheben, ertheilte, war darauf berechnet, der Exekutivgewalt den ganzen Süden der Union an Händen und Füßen gebunden für den im Jahre 1876 stattfindenden Präsidentschafts-Feldzug zu überliefern. Um diese Zwangsmaßregel im Repräsentantenhause durchzusetzen, wußten die republikanischen Desperados in einer allen parlamentarischen Regeln Hohn sprechenden Weise die langjährige Geschäftsordnung abzuändern; unter dem Vorwande, das allgemeine Stimmrecht zu schützen, wurden die heiligsten Volksrechte verletzt, nur um dem einseitigsten Parteiinteresse zu dienen. Während die besonnenen und gemäßigten Republikaner, wie z. B. Garfield, Phelps, Foster, Stanard und andere dagegen stimmten, unterstützten die radikalen südlichen Republikaner, die seit den November-

wahlen sich doppelt eifrig im Dienste Grants zeigten und die noch übrigen Lebenstage des republikanischen Repräsentantenhauses für ihre Zwecke per fas et nefas ausnutzten, mit aller Macht die Zwangsbill. So geschah es, daß diese unerhörte Parteimaßregel wenige Tage vor Ablauf der Congreßsitzung im Repräsentantenhause mit 135 gegen 114 Stimmen angenommen wurde. Allerdings waren die Bestimmungen der Bill, welche ursprünglich dem Präsidenten das Recht einräumte, nach seinem Belieben in der ganzen Union das Habeas-Corpus-Recht aufzuheben, dahin modificirt worden, daß er diese gefährliche Gewalt nur über die vier Südstaaten Louisiana, Alabama, Mississippi und Arkansas ausdehnen und sie nicht länger als bis zum Ablauf der nächsten Congreßperiode ausüben durfte; immerhin aber behielt er diese Gewalt, und das war schlimm genug während der kommenden Präsidentenwahl. Glücklicherweise aber schlug das Sterbeglöcklein des 43. Congresses, bevor der Senat über die Zwangsbill definitiven Beschluß fassen konnte. Dieselbe ist insofern mehr von historischem als von praktischem Interesse, sie liefert den schlagendsten Beweis, bis zu welcher geistigen und sittlichen Verwirrung der Parteigeist zu treiben vermag. Die nicht zum Gesetz gewordene Zwangsbill im Bunde mit der vom 43. Congreß noch angenommenen Sumnerschen Civilrechtsbill, die aber mit der Ausführung überall auf Hindernisse stieß und von einzelnen Richtern als unconstitutionell verurtheilt worden ist, zeigen außerdem das tolle Unternehmen politischer Fanatiker, den Neger der Vereinigten Staaten auf dem Wege willkürlichster Gesetzgebung und durch Gewaltmaßregeln mit einem Male auf eine Stufe der Gleichheit mit der weißen Bevölkerung zu erheben. Die Negerfrage, das schwer zu lösende Problem der Reconstruction der frühern Sklavenstaaten, läßt sich nicht mit Jakobiner-Commissaren, denen Soldaten auf der Ferse nachfolgen, lösen. Aufhebung der Habeas-Corpus-Acte und das Aufbieten der „Land- und Seemacht“ durch den Präsidenten waren es nicht, was aus dem Norden der Union das gemacht hat, was er ist, und sie können auch aus dem Süden nicht machen, was er sein soll. Große, blühende und freie Gemeinwesen lassen sich nicht durch den Schall einer Cavalerietrompete oder durch Kanonen ins Leben rufen, und die Nachwirkungen der Neger-

sklaverei lassen sich nicht mit dem Schwert und dem Niedertreten des Rechtes aus dem gesellschaftlichen Körper der Vereinigten Staaten entfernen. Es gab und giebt hier kein anderes Mittel, als Zeit und Geduld, zunehmende Wohlfahrt und Wachsthum der Bevölkerung, das Gefühl der gegenseitigen Zusammengehörigkeit und das, diesem Gefühle entspringende Wohlwollen, und endlich weise und umsichtige Entfernung alles dessen, was an den furchtbaren Kampf, in welchem die Negersklaverei unterging, erinnern kann. Der Neger kann nicht in einem oder in zwei Präsidentschaftsterminen, selbst nicht in einem Menschenalter in ein Wesen umgewandelt werden, von dem die Angelsachsen und freie weiße Bürger sich gern regieren lassen möchten; ebenso wenig wird der Weiße des Südens der Vereinigten Staaten sich in einem Menschenalter belehren lassen, daß er sehr unrecht hat, sich nicht schon längst vom Neger regieren zu lassen. Die südliche Starrköpfigkeit und der südliche Stolz werden nur dem Edelmuthe und der Weisheit des Nordens sich fügen.

Wenn irgendwo, so bestätigte sich auch im Jahre 1875 bei den Verhältnissen im Staate Louisiana die Wahrheit des Dichterwortes: „Das eben ist der Fluch der bösen That, daß sie, fortzeugend, Böses muß gebären." Die schnelle und gewaltthätige Reconstruction sowie das Negerstimmrecht erzeugten, wie wir — auf unleugbare Thatsachen gestützt — nachzuweisen versucht haben, die Herrschaft der Carpetbagger; der ungesetzliche Richterspruch des Herrn Durell, der durch Grants und dessen Schwagers Gnade das Amt eines Bundesrichters bekleidete, erzeugte die Usurpation Kelloggs. Kellogg zeugte den Wahlrichterausschuß (Returning board), dieser fanatische Parteiausschuß wiederum eine große Wahlfälschung in Louisiana, durch welche die Mehrheit des dortigen Volkes (darunter die Majorität der weißen Bevölkerung des Staates) um ihre politischen Rechte betrogen wurde, und hieraus wieder entsprang am 4. Januar 1875 die Sprengung des Repräsentantenhauses von Louisiana durch Bundesmilitär, welches Kellogg requirirte. Weder Kellogg noch irgend ein Bundesgeneral hat nach der Verfassung der Vereinigten Staaten oder des Staates Louisiana einen Schatten von Recht, in den Sitzungssaal einer Volksrepräsentation einzudringen und angebliche oder

wirkliche Mitglieder derselben mit Gewalt daraus zu vertreiben; und dennoch geschah dies am genannten 4. Januar. Dieser Akt war ein nackter Gewalt- und Staatsstreich, welcher das Werk des früheren Wahlbetrugs, der vorangegangenen Wahlfälschung in Louisiana und die darauf gestützte Kellogg-Herrschaft würdig krönte. Die Carpetbaggers von Louisiana erhielten durch den Beistand Grants und seiner Generale Emery und Sheridan wieder eine Legislatur, die ihnen zu Willen war, während die in Wahrheit gewählte Legislatur durch Waffengewalt recht- und machtlos gemacht wurde. Der militärisch-politische Staatsstreich vom 4. Januar 1875 rief übrigens durch seine grenzenlose Brutalität in den verschiedensten Kreisen, selbst unter den Cabinetsmitgliedern Grants, große Aufregung und Mißbilligung hervor, die nicht einmal durch die Interpretationskünste des Generalanwalts (Attorney general) Williams*), des bösen Geistes von Grant, wegdisputirt werden konnte. Auch der Vicepräsident Wilson erklärte, „er möchte lieber ein Zuchthäusler als ein Vertheidiger des Verfahrens von Sheridan in Louisiana sein.“ General Sheridan, der die Mitglieder der Weißen Liga als „Banditen“ bezeichnete, hätte am liebsten eine Anzahl der geachtetsten und verdienstvollsten Männer wegen ihrer Betheiligung an der Revolution vom 14. September 1874 vor seine Kriegsgerichte geschleppt und zum schimpflichen Tode am Galgen verurtheilt.**)

Karl Schurz hielt am 11. Januar im Bundessenat eine Rede, in der er in ruhiger und leidenschaftsloser Weise die Louisianafrage beleuchtete und u. A. erklärte: „Es ist mein wohlbedächtiges, gewissenhaft gebildetes Urtheil, daß die am 4. Januar (1875) in Louisiana begangene That eine arge und offenbare Verleugnung der Constitution und der Gesetze in sich schließt. Wir haben eine Handlung vor uns, die einen Geist in unserer Regierung andeutet, der entweder die Con-

*) Williams sah sich übrigens bald veranlaßt, seine Stelle aufzugeben; sein Nachfolger war Edw. Pierrepont, der nebst Bristow, Fish und Jewell zu den achtbarsten Mitgliedern des Grantschen Ministeriums zählte.

**) Selbst amerikanische Dichter geißelten in scharfer Weise die willkürlichen Gewaltmaßregeln Sheridans. Vergl. Doehn, „Aus dem Amerikanischen Dichterwald“ (Leipzig, 1881), S. 153.

stitution und die Gesetze ignorirt, oder dieselben so auslegt, daß sie aufhören, die Schutzwehren einer unabhängigen Gesetzgebung und der Rechte und Freiheiten des Volkes zu sein; und dieser Geist zeigt sich um so drohender in dem Werkzeuge, das die Executive sich ausersehen hat, um ihren Willen auszuführen. Kein amerikanischer Bürger kann ohne das größte Leidwesen und gleich große Befürchtung die neuliche Depesche des Generals Sheridan an den Kriegsminister gelesen haben, in welcher er vorschlägt, daß eine zahlreiche Klasse von Bürgern als Banditen einfach durch eine Proklamation des Präsidenten geächtet und dem Militärcommandanten zur summarischen Verurtheilung durch eine Militärcommission überliefert werden soll." Hierzu kam es nun allerdings nicht. Der Congreß veranstaltete eine Untersuchung der Louisianaaffaire, deren Ergebniß für die radikale Partei und für Herrn Grant kein erfreuliches war. Eine Masse von Unregelmäßigkeiten und Gewaltthätigkeiten wurde aufgedeckt und constatirt, daß das Kellogg-Regiment einzig und allein durch das Bundesmilitär, nicht durch den freien Willen der Bürger von Louisiana aufrecht erhalten werde. Präsident Grant sah sich gezwungen, in einzelnen Punkten gelindere Saiten aufzuziehen, in der Hauptsache aber wagte die Majorität des 43. Congresses nicht, ihm zu widersprechen. Gouverneur Kellogg blieb in seinem Amte.

Die Rede, welche Schurz in der Louisianafrage zur Vertheidigung der Rechte freier Bürger hielt, war seine letzte größere oratorische Leistung im Bundessenat. Der 43. Congreß ging am 3. März 1875 zu Ende; eine seiner letzten Thaten war noch die Erhebung des damals wenig bevölkerten Territoriums Colorado zu einem Staate. Eine Extrasitzung des Bundessenats, in der aber schon der Nachfolger von Karl Schurz den Staat Missouri vertrat, währte bis Ende März. Von ihr ist nur zu erwähnen, daß der Expräsident Andrew Johnson noch einmal den Staat Tennessee als Bundessenator vertrat und am 22. März den Präsidenten Grant und dessen Regierung heftig, aber ohne Erfolg, angriff. Bekanntlich ist Johnson am 31. Juli 1875 an den Folgen eines Schlagflusses gestorben.

Die Energielosigkeit des 43. Congresses, der ruhmlos dahinschied, und die Willkür und der Mißbrauch der Militärgewalt durch den Präsi-

denten Grant in Louisiana, Arkansas und Mississippi wurden von der Mehrheit des amerikanischen Volkes und durch seine geachtetsten Organe verurtheilt. In der fast leidenschaftlichen Stimmung, welche namentlich die rohen Gewaltthaten in New-Orleans und Vicksburg erregten, ließen Redner und Zeitungen sich häufig zu Schilderungen der Gefahren eines Staatsstreichs hinreißen, der den republikanischen Institutionen der Union schon jetzt drohe. Sie wiesen darauf hin, wie Grant jene Attentate auf die höchsten Volksrechte eines Tages in Washington City, der Bundeshauptstadt, wiederholen könnte; wie ein paar Regimenter Bundesmilitär leichtes Spiel haben würden, den Congreß auseinanderzutreiben; wie es dann mit der Republik vorbei wäre und die Union den Cäsar würde begrüßen müssen u. s. w., kurz es erschallte von vielen Seiten her ein „Hannibal ante portas“. Den kühler Urtheilenden erschien aber mit Recht damals und auch noch für längere Zeit hinaus praktisch nichts unausführbarer als ein Staatsstreich der Präsidenten der Vereinigten Staaten gegen den Congreß. Dank der winzigen Stärke des stehenden Heeres, besonders aber Dank der Unionsverfassung, die das Föderativsystem in Amerika zu einer Wahrheit hat werden lassen, ist ein französischer zweiter December oder ein spanisches Militärpronunciamiento in der Nordamerikanischen Union noch lange ein Ding der Unmöglichkeit. Was könnte wohl ein eidbrüchiger Präsident mit den 25,000 Mann Bundestruppen, die kaum hinreichen, einige wilde Indianerstämme im Zaum zu halten, gegen die 50 Millionen ausrichten, die das weite Gebiet vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean bewohnen? Nicht das mindeste, selbst wenn das amerikanische Staatsleben nicht ein so decentralisirtes wäre, wie es in Wirklichkeit ist. Man würde über den Einfall, die gesetzliche Volksvertretung in Washington City mit Bajonneten auseinanderzujagen und auf den Trümmern der Bundesverfassung eine Militärdictatur zu errichten, vorerst nur von Herzen lachen. Noch abgeschmackter nimmt sich indessen die Idee eines solchen Staatsstreiches aus, wenn man einen Blick auf die 38 Staatsregierungen wirft, von denen einzelne, namentlich solche, die in der nächsten Nachbarschaft der Bundeshauptstadt ihren Sitz haben, in wenigen Tagen eine Staatsmilizenarmee ins Feld stellen könnten, denen die Bundes-

armee lange nicht gewachsen wäre. Die Städte New-York, Baltimore und Philadelphia allein würden eine militärische Usurpation in Washington City in kurzer Frist nach allen Himmelsrichtungen hin verjagt haben. Diese wenigen Worte dürften genügen, um das Gerede von einer möglichen militärischen Usurpation der Bundesgewalt in den Vereinigten Staaten für eine Reihe von Jahren hinaus als haltlos und in der Luft schwebend erscheinen zu lassen.

Was Karl Schurz anbetrifft, so kehrte derselbe nach dem Schlusse des 43. Congresses als Privatmann nach seinem Wohnsitze, Saint-Louis im Staate Missouri, zurück. Er hatte sich während seiner sechsjährigen Senatorenlaufbahn die Achtung und Anerkennung aller wahren Freiheits- und Vaterlandsfreunde erworben durch die Weisheit und Mäßigung, womit er in den wichtigsten Fragen der innern und äußern Politik, die während jenes Zeitraums in der Bundeslegislatur zur Sprache kamen, die Rechte und Interessen der Union und der Einzelstaaten in beredter und unabhängiger Weise vertrat. Ihm wurde in Saint-Louis von allen Ehrenmännern ein warmer, begeisterter Empfang bereitet, wenn auch die Parteiverhältnisse im Staate Missouri, ohne seine Schuld, eine Wendung genommen hatten, durch die seine Wiedererwählung in den Bundessenat unmöglich geworden war. Sein Nachfolger wurde ein gewisser Francis M. Cockrell, Advocat und früherer Rebellengeneral, der regulären demokratischen Partei, den sogenannten „Bourbonen", angehörig.

Es wäre Karl Schurz wohl möglich gewesen, sich eine Wiederwahl zu sichern, wenn er das Beispiel der meisten Politiker, namentlich der amerikanischen, befolgt und sich unter das Joch einer bestimmten Partei gefügt hätte. Die ganze geistige Richtung von Schurz trägt aber so sehr den Stempel der Unabhängigkeit und des eigenen Denkens auch in politischen Dingen, daß er dem Parteiunwesen auch nicht das geringste, die Freiheit seines Handelns beschränkende Zugeständniß zu machen vermochte; deshalb erklärte er schon im Sommer des Jahres 1874 ganz offen: „Wenn meine Rückkehr in den Bundessenat von Versprechungen und Schacher abhängig gemacht werden sollte, dann kehre ich nicht dahin zurück. Wenn ich meine Wiederwahl damit erkaufen

muß, daß ich sechs Jahre meiner Zukunft mit moralischen Hypotheken belasten soll, dann kann man mich nach dem 4. März 1875 während der Arbeitsstunden in den Redactionszimmern der ‚Westlichen Post‘, deren Mitredacteur ich bin, finden, wenn immer man daselbst vorsprechen sollte. Ich gestehe indeß ganz offen, daß ich mein Möglichstes thun will, um das Volk von Missouri zu überzeugen, daß es zu unserm beiderseitigen Nutzen sein wird, wenn ich im Winter 1875 wieder in den Senat gewählt und nach Washington geschickt werde, ohne den Hemmschuh von Instructionen und Versprechungen. Ein allgemeines Versprechen bin ich jedoch gern bereit zu geben, und zwar dies, daß nichts, was recht ist, je meiner Unterstützung ermangeln, und nichts, was unrecht ist, je vor meinem Angriffe sicher sein soll." Schurz als Nichtparteimann verwerfen, hieß ihn wegen seiner besten Eigenschaft verwerfen. Aber in Missouri hatte das politische „Parteikleppertum" durch die regulären Demokraten und die regulären Republikaner um die Zeit, wo die Wahl für den Bundessenat stattfand, entschieden die Oberhand, und so unterlag der Deutsch-Amerikaner Schurz dem frühern Rebellen und spätern regulären Demokraten Cockrell gegenüber. Unterstützt wurde Schurz von allen ehrenhaften, unabhängigen Männern und Parteiorganen im Osten und Westen der Union, mochten sich dieselben der republikanischen oder der demokratischen Partei zuneigen. So sagte z. B. „Harper's Weekley", welches Schurz in dem Präsidentenwahlkampfe des Jahres 1872 heftig bekämpft hatte: „Es ist in einigen Blättern das Gerücht verbreitet, Karl Schurz werde aus dem Senat scheiden und sich wieder der Journalistik zuwenden. Und doch hat kaum einer unserer Bundessenatoren so glänzend bewiesen wie er, daß es weise sei, ihn wiederzuwählen. Der Staat Missouri sollte ihn so sicher wieder auf diesen Posten berufen, wie dies in Massachusetts mit Sumner, seinem besten Freunde, geschehen wäre, hätte der Tod dies nicht unmöglich gemacht. Karl Schurz ist gerade der Mann, dessen öffentliche Wirksamkeit unsere Republik nöthig hat. Er gerade besitzt die Eigenschaften, welche unsere jetzige Zeit von einem solchen Beamten fordert: unerschütterliche Rechtlichkeit, Principientreue und Vertrauen auf den Erfolg, vielfache Kenntnisse, einen Schatz von Erfahrung in gesetzgeberischen Angelegen-

heiten, den Muth des edeln Selbstbewußtseins und die daraus fließende Unabhängigkeit, endlich hinreißende, überzeugende Beredsamkeit. Sein Ausscheiden aus dem Bundessenat wäre ein Verlust für die ganze Union."

Ein großes und geachtetes deutsch-amerikanisches Blatt, die „Illinois Staatszeitung", mehr der Grant-Partei angehörig und Karl Schurz in mancher Hinsicht feindlich gesinnt, sagte Folgendes: „Für Amerika ist ein Mann, der wie Schurz an den Gedanken selbst mehr Interesse nimmt als an den greifbaren Dingen, welche durch das Aussprechen der Gedanken zu erreichen sind, eine überaus seltene und ebendeshalb um so werthvollere Erscheinung. Gerade indem er keine Partei, sondern den unabhängigen kritischen Gedanken vertritt, leistet er im Senat der Vereinigten Staaten, was kein einziger aller seiner Collegen zu leisten fähig ist, und sein Scheiden aus dem Senat wäre daher im vollsten Sinne des Wortes ein nationaler Verlust. Das sagen wir aus vollster Ueberzeugung, ohne unser Urtheil irgendwie durch Bitterkeiten und Nörgeleien, welche zwischen ihm und der ‚Illinois Staatszeitung' stattgefunden haben, beirren zu lassen."

Bemerkenswerth ist, welche Stellung das bedeutendste englisch-amerikanische Blatt im Staate Missouri, der in Saint-Louis erscheinende „Republican", Schurz in dem öffentlichen Leben der Union einräumte. Dieses die liberale Demokratie vertretende Blatt erklärte vor dem 4. März 1875: „Das Ende von Senator Schurz' Dienstzeit im Bundessenat naht heran, und wie die Parteien in diesem Augenblicke im Staate Missouri bestehen, und bei den gemachten lokalen Ansprüchen ist seine Wiedererwählung unmöglich. Seine Freunde erkennen fast mit absoluter Sicherheit, daß die politische Carrière des Senators mit dem Ende seines jetzigen Termins für einige Zeit abschließt, und seine Feinde — alle auf republikanischer Seite — freuen sich darüber. Und doch ist Senator Schurz in den Jahren seiner vollsten Kraft und Brauchbarkeit der einzige philosophische Staatsmann im ganzen Lande; der besonnenste und selbstloseste von allen öffentlichen Charakteren; ein Mann von fleckenlosem Rufe und unanfechtbaren Sitten; ein brillanter Redner; ein gründlicher Kenner der doppelten Natur der amerikanischen Regierung; verstoßen aus der einen Partei, ohne Platz in der andern

zu finden; gehaßt und gefürchtet von den Anhängern der Executive, und dennoch nahezu von allen Demokraten und von vielen Republikanern als ein Mann erkannt, dessen das Land hoch oben in seinem Rathe bedarf." Diesen Ausführungen des englisch-amerikanischen „Republican“ fügte der in unabhängiger Weise die Sache der liberalen Demokratie vertheidigende „Anzeiger des Westens" folgende Worte hinzu: „Ist auch nur ein Funke von Wahrheit in dem angeblichen Bedürfnisse des Volkes von Selbstregierung, von ehrlicher Verwaltung, von Repräsentation durch gebildete, tadellose und einsichtsvolle Männer, und ist das Volk nicht mit Haut und Haar an die Parteien verkauft und völlig eingerostet in den alten Kram von Caucussen und Conventionen, so mag Senator Schurz trotz allem und allem wiedererwählt werden. Ist dagegen das Volk wirklich, was die Parteien es zu ihren Zwecken sein lassen wollen, so ist weder an Karl Schurz, noch an irgend einen andern selbständigen Mann für den Bundessenat zu denken, sondern es wird ein zweiter Parteihandlanger von der Bogy-Sorte*) im nächsten Winter (1875/76) gewählt werden, und das Volk von Missouri wird dann haben, was es verdient."

Allein auch dieser Appell war vergeblich; die Parteileidenschaften siegten, und der Vertreter deutscher Denkkraft und deutscher Auffassung der öffentlichen Angelegenheiten der Union unterlag, weil er sich die Unabhängigkeit seines Charakters wahren und sich nicht in Parteifesseln schlagen lassen wollte. Die demokratische Mehrheit der Staatslegislatur von Missouri vermochte sich nicht zu der Höhe aufzuschwingen, den Mann, dem die meisten ihrer Mitglieder, lange Jahre rechtlos, wie sie es waren, ihre bürgerliche Restitution vornehmlich zu verdanken hatten, auf ihren Schild zu erheben, weil er nicht unmittelbar ihren Reihen angehörte. Es lag etwas Tragisches in dieser Thatsache, d. h. in der Thatsache an sich und für die Bevölkerung, in deren Mitte sie sich allen Warnungen, Mahnungen und Beschwörungen der Besten des amerikanischen

*) Louis V. Bogy war der Name des zweiten Senators, der neben Schurz den Staat Missouri im Bundessenat vertrat; Bogy war ein höchst unbedeutender Politiker und der regulären Demokratie blind ergeben.

Volkes zum Trotz vollziehen konnte, nicht für den Mann, den es traf. Er mochte sich am leichtesten über seine Nichtwiederwahl hinwegsetzen. Das Volk der Union war und ist gewöhnt, die Stimme von Karl Schurz zu hören. Er ist ihm so sehr die Verkörperung unbestechlicher Ehrenhaftigkeit und reiner Begeisterung für das Gemeinwohl geworden, daß es seine Stimme ebenso hören wird, wenn sie aus den Spalten einer Zeitung, vom Katheder des Vorlesers oder von irgend einer Rednerbühne außerhalb des Senats tönen wird, wie es früher auf dieselbe lauschte, als sie im Capitol zu Washington City das Recht und die Freiheit vertrat. Ein Mann wie Karl Schurz verliert selbst in Amerika, dem Lande des schnellen Wechsels und schnellen Vergessens, nicht so leicht seinen Zauber über die öffentliche Meinung; und wie undankbar Republiken auch gescholten werden, der wahrhaft bedeutenden und bewährten Männer können doch selbst sie nur zu schwer entrathen. Dies sollte sich auch in nicht zu langer Zeit in Hinsicht auf Karl Schurz bewähren.

Aus Washington nach Missouri zurückgekehrt, beschloß Schurz, den Sommer des Jahres 1875 in Europa, vornehmlich in Deutschland, zuzubringen. Unter den Ovationen, welche ihm vor seiner Abreise nach seiner alten Heimath gebracht wurden, erwähnen wir hier nur zwei. Viele der bedeutendsten Amerikaner in New-York veranstalteten ihm zu Ehren ein Zweckessen, und unmittelbar darauf luden die der Reformpartei angehörigen Deutschen New-Yorks ihn zu einem großartigen Festbanket ein, um darzuthun, daß außerhalb des Kreises der Handwerkspolitiker volles Verständniß für die von ihm eingenommene unabhängige Stellung bestehe, und daß seine Haltung im Volke im großen und ganzen Anerkennung gefunden habe. Einer der hervorragendsten Deutschen im Staate New-York, Dr. Krackowitzer, der leider seither gestorben ist, führte bei der letztgenannten Feier den Vorsitz und brachte auf Schurz einen Toast aus. Er wünschte ihm Glück zu der bevorstehenden Reise nach der Alten Welt und knüpfte daran die Bemerkung, es wäre nicht anzunehmen, daß Schurz bei seinem Ausscheiden aus dem Capitol die Waffen an die Wand zu hängen gedenke. Seine Freunde schlügen nicht seine großen staatsmännischen Talente so hoch

an, nicht seine hinreißende Beredsamkeit, wohl aber die Unerschütterlichkeit, mit der er an seiner Ueberzeugung festhalte, und sein gründliches Wissen. Der Name Karl Schurz solle der nachwachsenden Generation ein Vorbild zur Nacheiferung sein für das wahrhaft Große und Edle, und der republikanische Sinn würde sicherlich die schönsten Blüthen und Früchte treiben. In seiner Antwort auf diesen Toast erinnerte Schurz daran, daß er vor sechs Jahren in demselben Saale, wo man ihn diesmal festlich empfangen, von einer Anzahl deutscher Freunde in ähnlicher Weise bei Gelegenheit seiner Erwählung in den Bundessenat ausgezeichnet worden sei; da habe er sich gelobt, daß der Wunsch, zum zweiten Male gewählt zu werden, nie den geringsten Einfluß auf sein politisches Verhalten ausüben solle. Er glaube, er habe gehalten, was er sich damals vorgenommen. Auf die politische Lage der Union übergehend, bemerkte er, wer das amerikanische Volk kenne, müsse wissen, daß der Kern desselben gesund sei. Ebenso wenig, wie sich in Deutschland und England in bösen Zeiten die Prophezeiungen von Unglückspropheten erfüllt hätten, würden sich solche in den Vereinigten Staaten erfüllen. Ein frischer Zug beginne durch das amerikanische Leben zu wehen, es dämmere bereits das Morgenroth einer bessern Zeit u. s. w.

Auch in Europa wurde die Ankunft von Karl Schurz in den weitesten Kreisen besprochen. Nachdem er sich einige Monate auf deutschem Boden aufgehalten, um sich von den letzten politischen Kämpfen, die er bestanden und aus denen er, wenn auch glorreich, doch nicht ohne Narben hervorgegangen war, zu erholen, gaben ihm seine deutschen und amerikanischen Freunde in der deutschen Kaiserstadt Berlin ein Festessen. Der obere Saal des Hotel Sanct-Petersburg war geschmackvoll geziert. Ueber dem Ehrenplatze wehte die schwarz-weiß-rothe Fahne und das amerikanische Banner mit den Sternen und Streifen. Die Gesellschaft zählte etwa 70 Personen. Zur Rechten von Schurz saß der damalige Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, Herr von Bennigsen, zur Linken der Festordner Herr Thompson, ein in Deutschland weilender amerikanischer Geistlicher, der auch bei uns durch seine geistvollen Schriften über das Verhältniß von Staat und Kirche, den Culturkampf und die staatskirchenrechtliche Gesetzgebung nicht unrühmlich

bekannt ist. Unter den anwesenden Amerikanern verdient besonders hervorgehoben zu werden Herr Whitney, der bekannte Sanskritgelehrte und Forscher auf dem Gebiete der vergleichenden Physiologie der Sprachen. Die am Feste theilnehmenden Deutsch-Amerikaner gehörten vorzugsweise dem Handelsstande an, die Deutschen verschiedenen politischen und wissenschaftlichen Kreisen; von letztern erwähnen wir die Herren von Bernuth (Mitglied des Herrenhauses), die Professoren Mommsen, Gneist und Dernburg (Professor Virchow hatte sich mit dringlichen Geschäften entschuldigt), die Abgeordneten Franz Duncker, Karl Braun, Friedrich Kapp, Miquel, Schläger, Lipke, Knetschke, Hildebrand, Hammacher u. A. Herr Thompson feierte die edle Mannhaftigkeit, welche Schurz in allen Lagen des Lebens gezeigt, und bezeichnete ihn als einen unermüdlichen Förderer des Rechts und der Freiheit, dessen Name der Weltgeschichte angehöre. Karl Schurz beantwortete den auf ihn ausgebrachten Toast zuerst in englischer und dann in deutscher Sprache, er sagte u. A.: „Das geeinigte Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika sind zwei Nationen, die ich gern Seite an Seite sähe, denn beide sind urkräftige Stämme von altem teutonischem Ursprung; möge nie der Schatten eines Mißklangs zwischen beiden herrschen! Gleichwohl muß ich zu meinem Leidwesen erkennen, daß viele in Deutschland mit Mißachtung auf das große Schwestervolk im Westen blicken, und dies liegt vorzugsweise daran, daß sich die Deutschen ihr Urtheil nach der amerikanischen Presse bilden; diese Presse aber geiselt die amerikanischen Zustände in so schonungsloser, für deutsche Verhältnisse so unbegreiflicher Weise, daß, wollte man Amerika hiernach beurtheilen, sich nur Mißstände ergeben würden. Diese Vorstellungen sind falsch, sie lassen die Amerikaner so sehr im Dunkel, wie wenn jemand aus Schattenstrichen ein Bild zusammensetzen wollte; jeder Strich kann da an und für sich richtig sein, ohne daß wir ein naturwahres Gesammtbild erhalten. Wenn wir Deutschland in solcher Weise nach seinen Fehlern beurtheilen wollten, so sähen wir das Gründerthum als die Blüthe seiner wirthschaftlichen Verhältnisse, das Preßbureau als den Extract der öffentlichen Meinung, die kolossale Armee als das Resultat seiner Culturbestrebungen an. Wenn Sie, meine Herren, je über Amerika schlimme oder lächerliche

Schilderungen lesen, so denken Sie daran, daß hinter diesem Schatten ein großes Volk steht, das sich aus dem Nichts mit überraschender Schnelligkeit zu gewaltiger Größe emporgearbeitet hat, das für die Erhaltung seiner Freiheit Ströme von Blut vergossen, das der Wissenschaft, der Kunst, der Wohlthätigkeit immense Summen mit großmüthigster Freigebigkeit gespendet hat. Bei dem amerikanischen Volke finden wir viele verwandte Züge mit dem deutschen. Die Grundzüge des Selfgovernment rühren vom deutschen Volke her, wurden in England abgeschwächt und in Amerika wiederhergestellt und erweitert. Mögen beide große Nationen der Welt vorangehen auf dem Culturwege! Wenn je einer aus dieser werthen Versammlung uns drüben besuchen wird, vielleicht zur hundertjährigen Feier in Philadelphia, so kann er sich überzeugt halten, daß ihn nicht deutsche Zungen allein willkommen heißen, nein, auch die Amerikaner werden ihn mit herzlicher Freude begrüßen."

Diese mit rauschendem Beifall aufgenommenen Worte enthalten nur Wahrheit, und wenn das Gerücht, welches zu jener Zeit wiederholt durch deutsche Blätter ging, sich wirklich bestätigt hätte, das Gerücht, der Kronprinz des Deutschen Reiches würde vielleicht das Centennialfest in Philadelphia besuchen, so würde demselben von dem ganzen amerikanischen Volke ein Empfang bereitet worden sein, wie er großartiger, freudiger, natürlicher und mehr aus dem Herzen kommend keinem andern Fürsten auf amerikanischem Boden je bereitet worden ist.

Friedrich Kapp betonte, daß die befreiende That Luthers in Wittenberg das erste Glied in der Freiheitskette bildete, welche in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung ihren stärksten Anker gefunden; darum sei die hundertjährige Feier der amerikanischen Republik auch ein deutsches Fest. Redner verachtete die Volksschmeichler mehr noch als die Fürstenschmeichler, glaubte aber der Wahrheit gemäß bekennen zu müssen, daß kein Volk mehr geeignet sei, uns Deutschen politische Lehren zu geben, als gerade die Amerikanische Union. Deshalb wünschte auch Kapp, daß beide Völker sich nahe treten möchten und daß deutsche Theorie und amerikanische Praxis sich zum Wohl der Cultur und des Friedens miteinander verbänden.

Ein amerikanischer Student ließ die deutschen Hochschulen leben,

und ein anderer plaidirte für das Recht. Herr Withney vom Yale College bemerkte, daß er Preußen seit der Zeit kenne, wo Graf Brandenburg sein „Niemals“ in die Welt gerufen habe. Er freue sich aber jetzt des deutschen Aufschwunges und des Wachsthums der deutschen Kaiserstadt, die nicht, wie die amerikanischen Städte, gleich einer Wassermelone aufgeschossen sei, und wünsche Deutschland und Amerika Frieden und Gedeihen. Deutschland sei kein bloßer Name mehr, sondern eine Wirklichkeit, es sei für alle Nationen der Hort der Wissenschaft und es möge der Wissenschaft treu bleiben, denn Wissenschaft bringe Frieden. Der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, Rudolf von Bennigsen, endlich gedachte derer, die Deutschland in den Jahren der Revolution, die auch Jahre politischer Unreife und Ueberstürzung gewesen seien, verloren habe. Wir hätten in Deutschland diese thatkräftigen Männer um des Einigungswerkes und des politischen Ausbaus willen schmerzlich vermißt. Jetzt erst empfänden wir so recht, wie nöthig sich die Völker gegenseitig hätten, um große Culturaufgaben zu lösen. Die glänzende Führerschaft eines einzigen Volkes schädige in der Regel die Interessen der andern, nur wo sich mehrere friedlich zusammenthäten, habe die ganze Welt den Nutzen davon.

Das Banket, welches Karl Schurz zu Ehren in Berlin gegeben wurde, erregte die Aufmerksamkeit der Presse Großbritanniens und gab u. A. der „Daily News“ Gelegenheit, sich mit dem Einflusse zu beschäftigen, welchen das deutsche Element in Amerika erlangt habe. „Dieser Einfluß“, meinte das genannte Blatt, „hat in Amerika wie auswärts weniger Lärm gemacht als der der Irländer, und doch gewinnt er nichtsdestoweniger stetig und schnell mehr Macht als der letztere. Es liegt etwas Seltsames und Eigenthümliches in der doppelten Landesangehörigkeit und Nationalität, welche bei den Deutschen in Amerika zu Tage tritt. Bei zwei oder drei Generationen wenigstens behauptet sich die Muttersprache neben der neuen Zunge, wie auch die Liebe zur alten Heimath sich warm und unverlöschlich bei aller begeisterten Anhänglichkeit für die Fahne des neuen Vaterlandes erhält. Deutsche Sitten und deutsche Bildung werden mit hinübergenommen in das Adoptivland. Der Deutsche in New-York, in Saint-Louis und andern großen Städten hat seine Turnvereine und

Biergärten, sein deutsches Theater, seine Musik und seine illustrirten Zeitschriften; er hat manche seiner Eigenthümlichkeiten in die amerikanische Gesellschaft und manche Redewendungen und sprachliche Ausdrücke in die amerikanische Politik eingeführt. Die eigenthümliche Sprachmischung, welche sich als „pennsylvanisches Deutsch“ (Pennsylvania Dutch) eine gewisse Geltung errungen, hat in Charles G. Leland einen talentvollen Dichter und in dem tapfern Hans Breitmann einen Helden gefunden. Deutscher Einfluß in amerikanischer Politik macht sich meist in conservativer Richtung fühlbar. Die Deutschen haben außerdem nicht, wie die Irländer, ein nationales Steckenferd zu reiten. Selbst die wildesten deutschen Revolutionsmänner, welche nach 1848 ihren Weg nach Amerika fanden, erwarteten und verlangten nicht, daß Amerika eine Expedition nach Europa senden und am Rhein die deutsche Republik gründen solle. Ebendeshalb auch, weil die deutschen Bürger der Union keine specifisch nationalen Heimathsinteressen mitbringen, gehen sie vollständiger in das politische System der Vereinigten Staaten auf.“

Diese Bemerkungen der „Daily News“ enthalten viel Wahres; nur bedarf der Ausspruch, daß der „deutsche Einfluß in amerikanischer Politik sich meist in conservativer Richtung fühlbar mache“, insofern einer Berichtigung, als der conservative Sinn der Deutsch-Amerikaner niemals einen reactionären Beigeschmack hat, vielmehr nothwendige Reformen und zeitgemäßen Fortschritt auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens begünstigt.

Im October und November des Jahres 1875 fanden in einer ganzen Reihe von Unionsstaaten wichtige Staatswahlen statt. Abgesehen davon, daß diese Wahlen nicht ohne Einfluß auf die nächste Präsidentenwahl waren, bildete die Geldfrage den Hauptgegenstand des Wahlkampfes. Es handelte sich abermals um die Frage, ob möglichst baldige Wiederaufnahme der Baarzahlung oder ob Vermehrung des uneinlösbaren Papiergeldes, d. h. Inflation und Repudiation, den Kernpunkt der nationalen Politik der Vereinigten Staaten bilden sollte. Der Wohlstand und die nationale Ehre der Republik standen auf dem Spiele. Karl Schurz kam gerade zur rechten Zeit nach Amerika zurück, um seine gewichtige Stimme in die Wagschale des Kampfes zu werfen.

Wenige Stunden nach seiner Landung in New-York erhielt Schurz eine Einladung von dem republikanischen Wahlcomité im Staate Ohio, schnell dorthin zu eilen und der republikanischen Partei, die für Baarzahlung und gegen Inflation kämpfte, seinen Beistand zu leihen. Und Schurz nahm diese Einladung sofort an. Ein gewöhnlicher Parteimann hätte vielleicht an Schurz' Stelle anders gehandelt. Hatten doch dieselben Republikaner, die jetzt um seine Hülfe flehten, ihn aus den Reihen ihrer Partei ausgestoßen. Und weshalb? Aus keinem andern Grunde, als weil er nicht wie die Morton, die Conkling, die Butler, die Carpenter, die Logan und das ganze übrige Heer herrschsüchtiger und beutegieriger Politiker ein blinder und unbedingter Anhänger der Grant-Administration war, sondern mit Männern wie Charles Sumner und Lyman Trumbull den Muth einer eigenen, ehrlichen Ueberzeugung besaß, das Wohl des Landes über das der Partei stellte und die Corruption bekämpfte, wo immer er sie fand. Keiner der genannten Herren besaß das moralische Ansehen und die daraus fließende Macht, mit Erfolg den inflationswüthigen Schaaren der Ohio-Demokratie, die von dem Gouverneur Allen geführt wurde, entgegenzutreten. Die bedrängten Republikaner von Ohio sahen sich gezwungen, zu dem ebenso gefürchteten wie geachteten Adoptivbürger ihre Zuflucht zu nehmen; denn die ganze Administrationspartei hatte keinen Staatsmann und Redner aufzuweisen, der mit derselben sittlichen Kraft und demselben Talent, wie Schurz es vermochte, den Inflationisten die Spitze bieten konnte.

Karl Schurz besaß Edelmuth und Vaterlandsliebe genug, um ohne Zögern den Kampf mit der Inflationspartei aufzunehmen und zu einem siegreichen Ende zu führen. Am 27. September 1875 hielt er in der Turnhalle zu Cincinnati eine seiner besten Reden, in welcher er mit ebenso viel logischer Schärfe wie oratorischer Eindringlichkeit das Verwerfliche und Verderbliche der Papiergeldpolitik bloßlegte. Seine zündenden Worte waren aber nicht nur an die Tausende von Zuhörern gerichtet, zu denen er gerade in Cincinnati sprach, sondern an alle patriotischen und verständigen Männer in der ganzen Union. Schon am nächsten Morgen, nachdem er seine Rede gehalten, hatte der Telegraph die wichtige Kundgebung in ihrem Wortlaute über das ganze

Land verbreitet; ihre Besprechung aber bildete einen der Hauptgegenstände des Tages und sie verhalf in den genannten October- und Novemberwahlen den Vertheidigern der Hartgeldwährung und der baldigen Wiederaufnahme der Baarzahlung zum Siege. Ein New-Yorker Correspondent der „Kölnischen Zeitung" berichtete über den Erfolg der Schurzschen Rede vom 27. September 1875 u. A. Folgendes: „Einfacher Privatmann, wie Schurz doch jetzt wieder ist, durfte er nur von Europa zurückkehren und sich bereit erklären, die Lippen zu öffnen, um wieder sofort der Mann des Tages zu sein. Wie sehr auch der Senat seiner bedürfen mag (und schon die im December 1875 beginnende Congreßsitzung wird zeigen, was dieses ‚wie sehr' eigentlich bedeutet), Karl Schurz bedarf des Senats nicht. Und zum Glück bedarf auch die Oeffentlichkeit seiner nicht im Senat. Sie weiß, wo sie den unerschrockenen, nicht nur die Fülle staatsmännischer Weisheit, sondern auch das Princip unantastbarer Ehrenhaftigkeit in der Politik darstellen den Mann zu finden hat, wenn sie seiner bedarf. Und sie wird ihn finden!"

Auch in Europa, namentlich in England, fand die Handlungsweise von Schurz lauten Beifall. So erklärte z. B. die Londoner „Pall-Mall Gazette" Anfang October 1875: „Es ist befriedigend zu sehen, daß Karl Schurz seinen mächtigen Einfluß in den Vereinigten Staaten für ‚ehrliches Geld' in die Wagschale geworfen hat. Niemand hat die ökonomische Rechtgläubigkeit und den gesunden politischen Menschenverstand des Herrn Schurz jemals in Zweifel gezogen, allein in der heutigen Lage des Streites um die Währung ist es von Wichtigkeit, daß jeder amerikanische Politiker von Einfluß sich bestimmt nach der einen oder andern Seite hin ausspricht. Seit Schurz in Missouri, wo er sich zur Wiederwahl für den Senat gestellt, geschlagen wurde, fürchtete man, er habe sich von der politischen Thätigkeit zurückgezogen; allein er ist nicht der Mann, der sich seiner Pflicht entzieht, und sein Rath wird namentlich von großem Einfluß auf die deutschen Wähler sein." In ähnlichem Sinne äußerten sich auch „Daily News", „Daily Telegraph", „Standard" und die „London Times"; das letztgenannte Blatt bemerkte noch: „Die Staatswahlen in Ohio, Iowa, Pennsylvanien, New-York u. s. w. haben thatsächlich die bedeutendste politische

Streitfrage erledigt, welche die Union gespalten hat oder zu spalten suchte, seitdem die Sklavereifrage und die extreme Doctrin der Staatsrechte durch die Niederlage des Conföderatenthums endlich explodirten. Der Prozeß der Reinigung von bösen Parteiorganisationen in den Vereinigten Staaten, das größte Bedürfniß der Zeit, würde durch einen Sieg der Inflationspartei verhängnißvoll gehemmt worden sein."

Was die damalige Parteistellung in der Nordamerikanischen Union anlangt, so hatte das Auftreten von Karl Schurz in dem Wahlkampfe von Ohio noch ein ganz besonderes Interesse. Mit kaum minderer Spannung als seinem Erfolge in der brennenden Geldfrage, um die es sich dort handelte, sah man der Erklärung des Exsenators über seine persönliche Stellung zu den beiden rivalisirenden Parteien, zu den Republikanern und den Demokraten, entgegen. Zwar konnte von einer Gemeinsamkeit mit den Demokraten von vornherein keine Rede sein, da gerade diese es waren, die in Ohio als Papiergeldpartei bekämpft werden mußten; um so lebhafter waren aber die Hoffnungen der Republikaner, den Mann, der im nämlichen Ohio in der Finanzfrage auf ihre Einladung hin und Seite an Seite mit ihnen kämpfte, auch in andern Fragen in ihre Reihen zurückkehren zu sehen. Durch diese Hoffnungen machte nun Schurz einen recht gründlichen Strich. In den entschiedensten Worten erklärte er gleich im Eingange seiner Rede zu Cincinnati, daß er lediglich in der Geldfrage, die er als höchste derzeitige Lebensfrage für die amerikanische Nation erachte, Theil an dem Wahlfeldzuge nehme, und daß diese Theilnahme nur insofern den Republikanern gelte, als diese in Ohio auf jener Seite der Frage ständen, für die einzustehen sein Gewissen und seine Bürgerpflicht auch ihn zwängen. Und nicht genug damit. In demselben Athem spendete er auch den unter Leitung des Gouverneurs Samuel J. Tilden stehenden Demokraten von New-York für ihre richtige und mannhafte Haltung in der Geldfrage ebenso warm ein aufrichtiges und wohlverdientes Lob, wie er über deren Parteigenossen in Ohio für ihre entgegengesetzte Haltung das Maß rückhaltslosester Verurtheilung ausschüttete. Bestimmter und klarer hätte er seine Unabhängigkeit nicht wahren, glänzender und siegreicher dem Volke und den Politikern der Union nicht die Möglichkeit vor-

führen können, daß der wahre Staats- und Volksmann auch ohne die Maschinerie einer Partei hinter sich, lediglich durch sein Talent und seine Gesinnung eine Macht sein könne.

Mit Bezug auf die im Jahre 1876 stattfindende Präsidentenwahl erklärte Schurz wörtlich in seiner Rede zu Cincinnati am 27. September 1875: „Es ist keine sentimentale Parteinahme (no sentimental partiality) für die republikanische Partei, was mich hierher führt; es bleibt abzuwarten, ob die republikanische Partei eine solche Stellung einnehmen wird, daß sie bei der nächsten Präsidentenwahl der Unterstützung werth ist; es bleibt auch abzuwarten, ob die Demokraten dieses thun werden. Meine Ansicht war schon seit längerer Zeit, und ich habe dieselbe niemals verheimlicht, daß die wahrhaft patriotisch gesinnten Bürger der Republik sich auf keine von beiden Parteien unbedingt verlassen sollten. Daß wohlmeinende Bürger sich so häufig in der Lage befanden (wie Schurz selbst z. B. bei der Präsidentenwahl im Jahre 1872), eine Partei unterstützen zu müssen, nicht weil dieselbe ihren Beifall oder ihr Vertrauen besaß, sondern weil die Gegenpartei noch schlechter zu sein schien, das ist nicht nur eine politische Sachlage, die eines freien, intelligenten und hochherzigen Volkes unwürdig ist, sondern es ist auch eine der Hauptursachen der Corruption und Demoralisation des politischen Lebens in Amerika überhaupt."

Mit dem letzten Satze deutete Schurz ziemlich unverhüllt darauf hin, daß, falls nicht eine gründliche Reinigung und Besserung, sei es bei der republikanischen, sei es bei der demokratischen Partei, stattfände, das Zustandekommen einer dritten, möglichst tadellosen Partei höchst wünschenswerth sei. Immerhin lag es im Bereich der Möglichkeit, daß bis Mai 1876 die schon bestehende Fraction der „Unabhängigen" (Independents), der Schurz angehörte, sich zur Machtstellung einer Partei entwickeln und bei der Präsidentenwahl in dem ebengenannten Jahre einen selbständigen Candidaten aufstellen konnte. Auch von einer dritten Präsidentschafts-Candidatur Grants war mehrfach die Rede. Als jedoch im Laufe des Jahres 1875 verschiedne Staatsconventionen sich emphatisch gegen einen dritten Präsidentschaftstermin, also gegen eine Präsidentur Grants, erklärten und damit kundgaben, daß sie es als eine Lex non

scripta betrachteten, daß in den Vereinigten Staaten ein und dieselbe Person nicht dreimal hintereinander zum Präsidenten gewählt werden dürfe, richtete Grant am 29. Mai an den Vorsitzenden der Staats-convention von Pennsylvanien einen Brief, dessen Schluß also lautete: „Ich bin weder jetzt ein Candidat für die Präsidentschaft, noch habe ich mich jemals um dieselbe beworben. Eine angebotene Nomination würde ich nicht annehmen, es sei denn, dieselbe trete unter solchen Umständen an mich heran, die mir dieselbe zu einer gebieterischen Pflicht (an imperative duty) machen würden. Solche Umstände werden wahrscheinlich (likely) nicht eintreten." Obschon nun von mancher Seite das Gegentheil angenommen wurde, so lag doch in diesen Worten Grants in keiner Weise eine absolute Ablehnung einer Wiederwahl.

Die Botschaft, welche Präsident U. S. Grant dem am 7. December 1875 zusammengetretenen 44. Congreß übersandte, erregte in den Vereinigten Staaten, namentlich in politischen Kreisen, nicht geringes Aufsehen. Das Aktenstück war die letzte Jahresbotschaft, die er vor der bevorstehenden Präsidentenwahl an die im Congreß versammelten Vertreter der Union zu richten hatte, und doch brachte er darin so tiefgreifende Fragen zur Sprache, daß es unwillkürlich den Anschein gewinnen mußte, als wenn er noch jahrelang an der Spitze der Regierung zu bleiben gedächte. Daß er fortan mit einem ihm feindlich gesinnten Repräsentantenhause zu thun habe, konnte man kaum aus einer Stelle der Botschaft herauslesen. Eine aus Washington vom 7. December 1875 datirte Correspondenz der „New York Tribune" äußerte sich über die Botschaft u. A. also: „In Einem Punkte stimmt man von allen Seiten über den Charakter der Botschaft überein, nämlich darin, daß sie voll ist von Ueberraschungen (that it bristles with surprises). Sie ist in der That ein so merkwürdiges Dokument, daß das erstaunte Washingtoner Publikum sich kaum hinlänglich fassen kann, um die darin enthaltenen unerwarteten und radikalen Vorschläge (unexpected and radical suggestions) zu analysiren und sich eine klare Ansicht über dieselben zu bilden. Man hat ein Gemisch (a batch) überraschender und verhältnißmäßig neuer politischer Theorien vor sich, die schwer genug wiegen, um ein halbes Dutzend politischer Parteien neu zu bilden oder aufzulösen."

Die in Rede stehende Botschaft Grants war vornehmlich auf die kommende Präsidentenwahl berechnet. Nachdem er in passender Weise an das Jahr der Unabhängigkeitserklärung erinnert und mit Hinsicht auf das bevorstehende Säcularfest der Union einen kurzen Rückblick auf die Vergangenheit der Vereinigten Staaten geworfen hatte, besprach er die Cubafrage in einer im ganzen zufriedenstellenden Art, wenn er sich auch für gewisse Fälle eine Intervention vorbehielt. Was die wichtige Finanzfrage anbetraf, machte er die zur Erreichung der Baarzahlung von dem tüchtigen Finanzsekretär Bristow eingereichten und von der Hartgeldpresse in Amerika im Allgemeinen gebilligten Vorschläge zu den seinigen, mit der Ausnahme, daß er die einzuziehenden Greenbacks oder Legal-Tendernoten in 3,65 prozentige statt in 4 prozentige Bonds fundiren wollte. Endlich aber empfahl er in der Schul- und Kirchenfrage so aufregende und radikale Vorschläge, daß es allerdings wohl den Anschein gewinnen konnte, als denke er gar nicht daran, mit dem 4. März 1877 aus dem „Weißen Hause" zu scheiden. Grant bezeichnete nämlich als sogenannte Lebensfragen für die Union, deren gesetzliche Lösung der Congreß sofort vorzunehmen habe, fünf Punkte, die er am Schlusse seiner Botschaft kurz folgendermaßen zusammenfaßte:

„1. Die einzelnen Unionsstaaten müssen aufgefordert werden, solche Maßregeln zu treffen, welche einem jeden innerhalb ihrer Grenzen wohnenden Kinde eine gute Erziehung in einer öffentlichen Schule (common school) gewährleisten.

„2. Es dürfen keine Lehrsätze irgend einer religiösen Sekte (no sectarian tenets) in einer Schule gelehrt werden, die ganz oder theilweise durch einen Einzelstaat, durch die Union oder durch eine Commune unterstützt und erhalten wird. Es soll insoweit Schulzwang eingeführt werden, daß alle Personen, welche nicht lesen und schreiben können, im Jahre 1890 ihres Stimmrechtes verlustig gehen, ohne dadurch diejenigen Personen, welche zur Zeit der Annahme des betreffenden Amendements zur Bundesverfassung Stimmgeber waren, auf Grund ihrer geringen Bildung (on the ground of illiteracy) ihres Stimmrechts zu berauben.

„3. Kirche und Staat sollen für immer getrennt und geschieden (for ever separate and distinct) erklärt werden. Beide sollen in ihrer Sphäre frei sein und alles Kircheneigenthum soll verhältnißmäßig besteuert werden.

„4. Concessionirte Immoralität, wie Polygamie (Mormonen) und Importation von Frauen (aus China) für ungesetzliche Zwecke (for illegitimate purposes), soll beseitigt werden. Da wir uns am Vorabend der Feier des hundertjährigen Bestehens der Vereinigten Staaten befinden, so würde es sehr am Platze sein, mit dem Beginne des neuen Jahrhunderts auch würdige Reformen einzuführen.

„5. Man muß Gesetze erlassen, durch welche eine schleunige Rückkehr (a speedy return) zu einer gesunden Geldbasis, die von der ganzen Welt anerkannt wird, gesichert ist."

Diese Vorschläge Grants, so zeitgemäß und zweckmäßig sie auch in vieler Hinsicht sein mochten, erschienen doch dem Repräsentantenhause des Congresses mehr als Wahlmanöver, denn als staatsmännische Reformen. Dies ging daraus hervor, daß das Repräsentantenhaus wenige Tage nach der Verlesung der Botschaft mit 232 gegen 18 Stimmen eine Resolution annahm, welche eine nochmalige Wiedererwählung Grants mißbilligte. Auf der andern Seite aber brachte Blaine, früherer Sprecher des Repräsentantenhauses und Rivale des Herrn Grant, in Bezug auf die Präsidentschaft am 14. December 1875 im Repräsentantenhause ein Amendement zur Bundesverfassung ein, welches die Bestimmung enthielt, daß kein Staat der Union in Hinsicht auf die Religion irgend ein Gesetz oder irgend ein Verbot der freien Religionsübung erlassen sollte, daß durch Besteuerung in irgend einem Unionsstaate zum Unterhalte der öffentlichen Schulen erhobene oder aus irgend einem für die Schulen gegründeten öffentlichen Fonds bezogene Gelder oder irgend ein öffentliches Grundstück, welches zu Schuldotationen bestimmt sei, niemals unter die Controle irgend einer Religionssekte kommen sollten, und daß kein Geld und kein solchen Zwecken dienendes Grundstück unter Religionssekten oder religiöse Corporationen vertheilt werden dürfe.

Hier lag denn offenbar der Versuch von Politikern vor, dem Volke der Vereinigten Staaten vorzuschreiben, über welche Fragen dasselbe im

nächsten Präsidentschaftswahlkampfe seine Entscheidung treffen und über welche es nicht entscheiden sollte; und es gewann hier und da den Anschein, als ob diese Politiker mit Zuversicht erwarteten, daß das amerikanische Volk sich mit blindem Gehorsam nach ihren Vorschriften richten würde. Diese egoistischen Herren konnten sich indeß doch verrechnet haben. Zwar war anzunehmen, daß die Mehrheit der amerikanischen Nation hinsichtlich der Schul- und Kirchenfrage in den wesentlichsten Punkten mit den Herren Grant und Blaine übereinstimmte, indem man für die Freihaltung der öffentlichen Schulen von jedem kirchlichen Einflusse, für die Untheilbarkeit des Schulfonds und für die Besteuerung des Kircheneigenthums (die Friedhöfe und die Gotteshäuser ausgenommen) war; aber nicht anzunehmen war, daß das amerikanische Volk diese Fragen so plötzlich und in erster Linie in die nationale Politik eingeführt wissen wollte, weil dadurch die Gefahr entstand, daß eine ruhige und verständige Erörterung und Lösung der thatsächlich brennendsten Aufgaben des Tages übertäubt und zurückgedrängt werden würde. Mit Recht erklärte daher Karl Schurz in der „Westlichen Post“ u. A. Folgendes: „Der Kampf für die Freiheit der Volksschule kann zur Noth noch etwas länger in den einzelnen Unionsstaaten geführt werden, wo er so lange mit Erfolg geführt worden ist. Was indeß nicht in den Einzelstaaten gethan werden kann, und was durchaus auf dem Felde der Nationalpolitik geleistet werden muß, um die Interessen des Volkes vor großem Schaden zu bewahren und die Republik vor drohendem Verfall zu retten, das sind folgende Dinge: wir müssen die Herrschaft gesunder constitutioneller Grundsätze wiederherstellen; wir müssen zum Baarzahlungssystem zurückkehren; wir müssen der so mächtig gewordenen Corruption ein Ende machen und unser öffentliches Leben durch eine durchgreifende Reform des Civildienstes auf eine höhere sittliche Stufe heben.“ Hierin bestanden damals allerdings die Hauptaufgaben, welche von dem Volke der Vereinigten Staaten und dessen Vertretern in der Executive und in der Legislative nothwendig gelöst werden mußten, und die, ohne große Gefahr für das Gemeinwohl, keinen Aufschub vertrugen. Die hierauf bezüglichen Fragen bildeten daher die natürlichen Streitpunkte in der Präsidentenwahl des Jahres

1876, und jeder Versuch der gewöhnlichen Tagespolitiker, die Aufmerksamkeit der amerikanischen Nation von diesen Aufgaben abzulenken, verdiente eine scharfe Zurückweisung. Es war auch zu hoffen, daß das amerikanische Volk wachsam genug sein würde, das betrügerische Spiel aller nur das eigene Interesse verfolgenden Politiker zu vereiteln, ein Spiel, welches nur darauf berechnet zu sein schien, die eigennützigsten und selbstsüchtigsten Menschen durch ein populäres Feldgeschrei wieder als gesinnungstüchtige und opfermuthige Patrioten in die Macht zu schmuggeln. Das Losungswort für die freie Schule und gegen den Ultramontanismus war übrigens schon früher auch in Amerika gegeben; es wird dort auch nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden. Das Jahrhundert, in dem wir leben, hat seine Rechte auf die Lösung der Schul- und Kirchenfrage bereits überall deutlich geltend gemacht, und die Nachkommen eines Thomas Jefferson und James Madison werden auch hierin ihre Schuldigkeit thun, wenn sie auch in der nächsten Zeit noch den Entscheidungskampf mit der römischen Papstkirche vermeiden.

Ueber die Thätigkeit des 44. Congresses, dessen Repräsentantenhaus an die Stelle des Herrn Blaine den Demokraten Kerr zum Sprecher wählte, ist, was das Jahr 1875 anbetrifft, außer dem bereits Gesagten nichts Erwähnenswerthes mitzutheilen.

Wir haben vorstehende, kurze, aber quellenmäßige Darstellung vielfach an die Senatorenlaufbahn von Schurz geknüpft, und zugleich eine Geschichte der politischen und socialen Entwickelung der Vereinigten Staaten während der Jahre 1869 bis 1876, sowie die damalige Stellung des deutschen Elements zu der übrigen Bevölkerung der Nordamerikanischen Union zur Anschauung gebracht, wir wollen noch einige ergänzende Bemerkungen hinzufügen, durch welche der deutsche Einfluß in Amerika besonders charakterisirt wird.

In erster Linie ist hier die Presse und namentlich die Tagespresse zu berühren. Nach dem von Georg P. Rowell für das Jahr 1874 herausgegebenen „American Newspaper Directory“ (New-York, 1874) betrug die Gesammtzahl der damals in den Vereinigten Staaten erscheinenden Blätter 7339; davon entfielen 6943 auf die englische Sprache,

während der Rest von 396 sich in folgender Weise vertheilte: 311 deutsch, 28 französisch und französisch-englisch, 19 schwedisch und dänisch, 16 spanisch, 6 holländisch, 5 böhmisch, 4 wallisisch, 2 italienisch, 2 polnisch, 1 portugiesisch und je 1 chinesisch und in der Cherokesensprache. Wenn man die Gesammtzahl der zu jener Zeit eingewanderten Deutschen auf 2 Millionen (1870 wurde sie durch den Census officiell auf 1,690,410 festgestellt) veranschlagt und die der deutsch redenden und lesenden Bewohner der Union auf nur 4 Millionen berechnet, so kam die Zahl von je 6432 eingewanderten Deutschen und von je 12,900 des Deutschen überhaupt mächtigen Personen auf je eine deutsche Zeitung. Die verschiedenen Staaten und Territorien der Union waren nach einer von Udo Brachvogel veranstalteten Berechnung in folgender Weise mit deutschen Publicationen versehen: es kamen auf Pennsylvanien, wo die Wiege der deutschen Presse in den Vereinigten Staaten und des amerikanischen Deutschthums überhaupt stand, 54, auf Ohio 33, auf Wisconsin 25, auf Illinois 24, auf New-Jersey 16, auf Indiana 15, auf Missouri 14, auf Iowa 11, auf Californien 9, auf Texas 7, auf Kentucky, Michigan und Minnesota je 6, auf Kansas, Maryland und Nebraska je 4, auf Connecticut, Louisiana, Massachusetts, Virginien und Colorado je 2, und endlich auf Delaware, District Columbia, Georgia, Oregon, Südcarolina, Tennessee, Westvirginien und Dacota je 1. Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß mit Ausnahme der vier Yankeestaaten Neuenglands: Maine, Vermont, Neu-Hampshire und Rhode-Island, der fünf Südstaaten Nordcarolina, Florida, Alabama, Mississippi und Arkansas, sowie des fernen Nevada und der ihm angrenzenden Felsengebirgsterritorien kein Theil der Vereinigten Staaten ohne ein selbständiges Organ der deutschen Presse war. Was den Erscheinungsmodus der 311 deutschen Blätter anlangt, so zerfielen sie im Sommer 1874 in 67 tägliche, 24 zwei- und dreimal per Woche erscheinende, 208 wöchentliche und 1 vierteljährliches Blatt, wobei zu bemerken ist, daß nicht nur die täglichen, sondern auch die meisten der dreimal in der Woche publicirten Zeitungen separate Wochenausgaben veranstalteten. Nach ihrem Inhalt classificirten sich die genannten Blätter also: es waren 260 politischen Inhalts, 18 dienten vornehmlich kirch-

lichen Interessen, 15 waren belletristische, illustrirte und humoristische Blätter, 5 existirten für jüdische Interessen; außerdem gab es 2 landwirthschaftliche Zeitungen und je ein besonderes Organ für Handel und Finanzen, für Bierbrauerei, für Gewerbe und Industrie, zur Förderung der Freidenkerei, für Schule und Erziehungswesen, für die Interessen des amerikanischen Turnerbundes, für die der Arbeiter, für jene der in Amerika lebenden Schweizer, für Musik und Theater und für Sammlung von Erinnerungen aus dem deutschen Pionierleben in den Vereinigten Staaten. Die größte Verbreitung erreichte die deutsch-amerikanische Presse für New-York in der „New-Yorker Staatszeitung" (Oswald Ottendorfer), indem das tägliche Blatt 48,000, das Sonntagsblatt 56,000 Abonnenten zählte, in dem New-Yorker „Belletristischen Journal" (Rudolf Lexow) und in Frank Leslies „Illustrirter Zeitung"; auch der „New-Yorker Demokrat" war eine geachtete und vielgelesene deutsch-amerikanische Zeitung; für die übrige Union sind aus jener Zeit als die gelesensten und als die einflußreichsten zu bemerken: in Saint-Louis (Missouri) die „Westliche Post" und der „Anzeiger des Westens" (Karl Dänzer), in Chicago die „Illinois Staatszeitung" (Hermann Raster), in Cincinnati das „Cincinnati Volksblatt", in Philadelphia der „Philadelphia Demokrat", in New-Orleans die „New-Orleanser Deutsche Zeitung" u. s. w. Fast alle diese Blätter bestehen noch jetzt in voller Blüthe.

Die Macht und der Einfluß der deutsch-amerikanischen Presse auf die Gestaltung der öffentlichen Dinge in der Nordamerikanischen Union waren und sind bedeutend und weitgehend und werden als solche auch in den maßgebenden Kreisen amerikanischer Staatsmänner, Politiker und Geschäftsleute anerkannt, geschätzt und nicht selten gehaßt und gefürchtet. Die englische Schwesterpresse ist gezwungen, auf die deutsch-amerikanische Tagespresse Rücksicht zu nehmen, denn letztere ist stark genug, dem Deutschthum der Union einen festen, geistigen Halt und eine imponirende Geschlossenheit nach außen hin zu verleihen. Wenn nicht direkt, so reicht doch indirekt die Gewalt der deutsch-amerikanischen Presse von den niedrigsten bis in die höchsten Kreise des amerikanischen Lebens.

Nächst der Presse ist die Schule vor allen Dingen die Macht, welche dem deutschen Element in den Vereinigten Staaten Geltung zu

verschaffen gewußt hat. Unterstützt von der deutsch-amerikanischen Presse hat die deutsche Schule andauernd dahin gewirkt, daß dem fremdgeborenen Bestandtheile des amerikanischen Volkes sein ihm zukommendes Recht nicht verkümmert werde. In diesem Kampfe, welcher, bewußt und unbewußt, sich in tausend kleinen und großen Dingen auf amerikanischem Boden zwischen dem Eingewanderten und dem Eingeborenen abspielt, ist dem Deutschen der vorderste Posten angewiesen. Franzosen, Italiener, Skandinavier, Slawen und andere Nationalitäten — von den zwar zahlreichen, aber in ihrer Mehrzahl äußerst ungebildeten Irländern müssen wir hier ganz absehen — sind nicht stark genug vertreten, um durch ihre Zahl zu imponiren, und wenngleich sich viele unter ihnen eine achtunggebietende gesellschaftliche und geschäftliche Stellung errungen haben, so sind sie doch, wie Max Horwitz in einem Aufsatz über den deutschen Unterricht in den öffentlichen Schulen der Vereinigten Staaten richtig bemerkt hat, mit dem amerikanischen Handel und Wandel nicht so innig verwachsen, wie es die Deutschen sind. Die Irländer aber, welche an Seelenzahl ebenso stark, wenn nicht noch stärker als die Deutschen — wenigstens in den Städten — vertreten sind, bringen meistens einen solchen unausrottbaren Haß gegen England mit über das Meer, daß sie schon aus diesem Grunde und weil sie das Heil Irlands nur in Verwickelungen zwischen England und den Vereinigten Staaten erhoffen, sich schnell amerikanisiren, abgesehen davon, daß die charakteristischen Merkmale, durch welche sie sich hervorthun, wenig derart sind, daß es wünschenswerth sein könnte, dieselben auf den amerikanischen Stamm zu pfropfen.

Zwar ist die Blüthezeit des „Knownothingismus“, d. h. jener Partei, welche „Amerika für die Amerikaner“ verlangt, oder, mit andern Worten, die öffentlichen Aemter nur denen geben will, die ihre in Amerika geborenen Ahnen mehrere Generationen zurückdatiren können, längst vorüber; aber ganz gering ist die Zahl derjenigen Amerikaner deshalb doch nicht, denen der Einwanderer als keine willkommene Bereicherung der Union erscheint, vielmehr als „ein der Tyrannei von Despoten entronnener Sklave, dessen erste Pflicht es nach der Landung ist, den ihn gastlich aufnehmenden Boden zu küssen und seine bisherigen Lebensanschauungen

vollkommen aufzugeben und mit neuen zu vertauschen, d. h. sich zu veramerikanern." Am meisten ist der Knownothingismus noch in Neuengland vertreten, was schon daraus hervorgeht, daß die deutsche Presse dort am wenigsten Einfluß und Verbreitung erlangt hat. Das numerische Stimmengewicht der Deutschen zwingt aber selbst den verbissenen Amerikaner, mit einer gewissen Vorsicht aufzutreten, und so muß er es sich gefallen lassen, daß der deutsch-amerikanische Bürger die Bevölkerung der Union seines bessern Wissens theilhaft macht und auch seinerseits zur Bildung des noch immer nicht ganz abgeschlossenen amerikanischen Volkscharakters beiträgt. Nicht mit Unrecht zählt David Friedrich Strauß*) zu den Schäden, an denen das Volk der Vereinigten Staaten krankt, den theilweisen Mangel des nationalen Charakters; wenn er aber meint, daß „infolge unaufhörlichen Zuschüttens neuer Ingredienzen" die Union nicht die Kraft besitzen würde, ein wirkliches Nationalgefühl in sich heranzubilden, so halten wir einen solchen Ausspruch für entschieden voreilig. Der blutige Secessionskrieg, den wesentlich die nationale Idee der Union siegreich beendigen ließ, beweist allein schon die Macht und Stärke des amerikanischen Nationalgefühls, welches seitdem nicht im Schwinden, sondern im Wachsen begriffen ist und durch die hundertjährige Jubelfeier der Unabhängigkeitserklärung nicht verloren hat.

Der vernünftige, vorurtheilsfreie Amerikaner ist sich sehr wohl darüber klar, daß die Vereinigten Staaten gleichsam einen Schmelztiegel bilden, in welchem alle Nationalitäten der Erde ihre Vertreter haben, die aber zu einer möglichst conformen Mischung umgeschmolzen werden müssen, damit ein nationales Volksbewußtsein entstehen kann. Die Deutschen sind der Ansicht, daß bei diesem Mischungs- oder Verschmelzungsproceß nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität des Deutschthums zur Geltung gelangen müsse, wenn anders die neue Mischung als gelungen bezeichnet werden solle. Darum hegt und pflegt der Deutsch-Amerikaner durchschnittlich seine Muttersprache und sucht sie in die öffentlichen Schulen der Republik einzuführen. Er ist sich bewußt, daß, wenn der Deutsche die englische Sprache und der Amerikaner die deutsche

*) Vgl. „Der alte und der neue Glaube", S. 259.

Sprache lernt, manches Vorurtheil schwindet, welches unter andern Umständen die freundlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationalitäten gestört haben würde. Durch die Kenntniß seiner Muttersprache bewahrt sich der Deutsch-Amerikaner im Fühlen und Denken den geistigen Werth des Deutschthums; durch die Erlernung des Englischen tritt er in politischer und socialer Beziehung dem Amerikaner näher; und umgekehrt erwirbt sich auch der Amerikaner durch Erlernung der deutschen Sprache materielle und geistige Vortheile. Das Ansehen der deutschen Sprache in den öffentlichen Schulen ist durch die Siege, welche Deutschland in den Jahren 1870 und 1871 auf den Schlachtfeldern Frankreichs errungen, bedeutend gestiegen, und die nativistischen Bestrebungen, welche zeitweise hier und da wach werden und der deutschen Sprache in den öffentlichen Schulen den Krieg erklären, dürften wohl vergeblich sein. Sagte doch z. B. der Erziehungsrath der Stadt New-York in seinem Berichte über das Jahr 1873 wörtlich: „Im Jahre 1854 wurde der französische und deutsche Unterricht als ein freier Unterrichtsgegenstand eingeführt. Durch neuere, im Jahre 1870 angenommene Beschlüsse aber wurde der deutsche Unterricht in allen Klassen obligatorisch auf den Stundenplan gesetzt, hauptsächlich wegen der immer mehr wachsenden Bedeutung des deutschen Elements unserer Bevölkerung in socialer und geschäftlicher Beziehung" („mainly in consideration of the increasing social and commercial importance of the German element of our population"). Von den 1200 Schülerinnen des New-Yorker Lehrerinnenseminars, denen man es in einer Abstimmung am Schlusse des Herbstquartals 1874 freistellte, ob sie fernerhin deutsch oder französisch lernen wollten, erklärten sich 1180 für den deutschen und nur 20 für den französischen Unterricht.*)

*) Im Anfang des Jahres 1876 hat der Schulrath der Stadt New-York mit Stimmenmehrheit das Schicksal des deutschen Sprachunterrichtes in den städtischen Schulen dahin entschieden, daß das Deutsche aus dem Lehrplan der Unterklassen vollständig gestrichen worden ist, während in den drei Oberklassen der Elementarschulen der deutsche Unterricht nur unter gewissen Bedingungen in modificirter Form weiter geführt werden soll. Ob diese Entscheidung im Laufe der Zeit wieder aufgehoben wurde, ist uns nicht bekannt geworden.

Nicht minder interessant ist ein statistischer Ausweis, welchen Herr Max Horwitz dem officiellen Berichte des Erziehungsrathes von Saint-Louis vom Jahre 1874 entnahm und worin es heißt: „Im Jahre 1865 wurde in Saint-Louis (Missouri) der deutsche Unterricht 450 Kindern in 5 Klassen von 5 Lehrern ertheilt. Im Jahre 1872 nahmen an diesem Unterrichte theil 13,724 Kinder in 41 Klassen, während der Unterricht von 59 Lehrern ertheilt wurde.“ Der große Umschwung trat einerseits im Jahre 1866 nach dem deutsch-österreichischen Kriege ein, wo die Zahl der deutsch lernenden Kinder von 1400 auf 2400 stieg, andererseits im Jahre 1870, wo sich die Zahl von 6200 auf 10,300 erhöhte. So gewaltig war der Rückschlag der Großthaten des deutschen Mutterlandes auf seine Kinder im Auslande.

Einen sehr richtigen Standpunkt nahm der Superintendent der öffentlichen Schulen von Saint-Louis in seinem Berichte über das Schuljahr 1872/73 hinsichtlich der Amalgamirung der verschiedenen Bestandtheile der Bevölkerung der Vereinigten Staaten ein, wenn er sagte: „Der Proceß, aus den verschiedensten Elementen (in der Nordamerikanischen Union) Eine Nationalität zu bilden, geht ununterbrochen vorwärts. Wir müssen in einem Gemeinwesen zusammenleben; Familienbeziehungen, geschäftliche Verbindungen, gemeinsame Interessen halten uns aneinander. Das große Problem also besteht darin, alle etwaigen Scheidelinien zu überbrücken und eine homogene Nation zu bilden. Während diese Verschmelzung vor sich geht, ist es aber Aufgabe des Erziehers, daß die Ellbogenfühlung des Alten mit dem Neuen nicht verloren geht. Wenn der nach Amerika Eingewanderte sich sofort lossagen wollte von allen seinen nationalen Wünschen und Hoffnungen, von seinen Familienbeziehungen, von seinen moralischen und religiösen Anschauungen, so könnte eine bedenkliche Veränderung in seinem Charakter nicht ausbleiben. Es ist das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, welches dem Einzelnen Kraft giebt. Den Thaten seiner Nation entnimmt der Bürger den Maßstab seines eigenen Könnens. Den Erinnerungen an die Thaten der Ahnen entspringt das Ehrgefühl, es ihnen gleichzuthun. Mit diesen Grundsätzen ausgerüstet, hat der Erzieher die schwierige Aufgabe vor sich, für die gemischte Bevölkerung eine Erziehung anzu-

bahnen, die das jeder Nationalität eigenthümliche Gute bewahrt und doch eine Basis findet, auf der alle friedlich zusammenstehen können."

Aehnlich wie in Saint-Louis ward und wird auch in vielen andern großen und kleinen Städten der Union dem deutschen Element Rechnung getragen, z. B. in Cincinnati, Milwaukee, Chicago, Buffalo, Louisville u. s. w. Die Freunde der öffentlichen Schulen, aus denen der Religionsunterricht als solcher verbannt ist, und die liberalen Deutschen in Amerika machen gemeinsam Front gegen die staatsfeindlichen Wühlereien des Ultramontanismus, der stets eifrig bestrebt ist, das Grundsystem der öffentlichen Schulen zu durchbrechen und die Staatshülfe für Sektenschulen in Anspruch zu nehmen. Auch hier ist die früher von Karl Schurz und Emil Preetorius gemeinsam, jetzt von letzterem allein redigirte „Westliche Post" in erster Linie als Gegner der römischen Hierarchie und als Anwalt der Rechte des Staates und der Gemeinden zu nennen. Namentlich war es der alte, Ende März 1881 gestorbene Freiheitskämpe Friedrich Hecker, der in den Spalten der „Westlichen Post" und in öffentlichen Vorträgen auf den bevorstehenden Kampf mit dem Ultramontanismus hinwies. Es fehlt aber auch nicht an Amerikanern, welche die verderbliche Macht der römisch-katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten erkennen und das Volk der Union auf die ihm von dorther drohenden Gefahren aufmerksam machen. Hielt doch selbst Präsident Grant im September 1875 zu Desmoines, einer Stadt im Staate Jowa, eine Rede, in der er deutlich auf den kommenden Kampf mit dem Ultramontanismus hindeutete. „Wenn wir in naher Zukunft", so sagte er nach einer Hinweisung auf den Secessionskrieg, „noch einen Kampf auszufechten haben, dann wird die trennende Linie nicht die Mason- und Dixonlinie (die frühere Grenze zwischen den sklavenhaltenden und den freien Unionsstaaten) mehr sein, sondern es wird eine solche sein, die auf der einen Seite Vaterlandsliebe und Bildung, auf der andern Aberglaube, Ehrgeiz und Unwissenheit aufweisen wird. Es ist Zeit, Hand anzulegen an das Werk der hundertjährigen Jubelfeier, welches in der Befestigung der Grundlage des von unsern Vorfahren in der Schlacht bei Lexington in Massachusetts begonnenen Gebäudes besteht. Laßt uns für die Sicherung des freien

Gedankens, der freien Rede, der freien Presse, der reinen Sitte, des ungefesselten religiösen Gefühls, der Gleichberechtigung aller Menschen ohne Rücksicht auf Abstammung, Farbe oder Religion arbeiten! Laßt uns die freien öffentlichen Schulen fördern, dafür sorgen, daß kein Dollar, der für sie bestimmt ist, zur Unterstützung einer Sektenschule verwandt werden soll, daß weder ein Staat noch die ganze Union andere Anstalten unterhält als solche, in welchen jedes Kind den gewöhnlichen, nicht von atheistischen, heidnischen oder confessionellen (sectarian) Lehren durchsetzten Schulunterricht erhalten kann! Ueberlassen wir die religiöse Belehrung der Familie und der Kanzel, und halten wir Kirche und Staat für immer getrennt." Der Ultramontanismus hat in den Vereinigten Staaten sich vornehmlich der demokratischen Partei angeschlossen, vermochte derselben aber bisher nicht zum Siege zu verhelfen. Es bleibt der Zukunft vorbehalten, den Beweis zu führen, ob die freien Institutionen der Union ein genügendes Bollwerk gegen die ultramontanen Wühlereien sein werden.

Von Interesse ist auch die charakteristische Thatsache, daß eine deutsche Freimaurerloge in Cincinnati zuerst dem Beispiele deutscher Logen in Europa gefolgt ist und die farbigen Freimaurerlogen in Amerika als gleichberechtigt anerkannt hat. Dieses Vorgehen hat in den Vereinigten Staaten, wo das Freimaurerwesen sehr in Blüthe steht, große Sensation erregt und wird nicht ohne weittragende humane Folgen sein.

Wenn aber vor einigen Jahren Friedrich Ratzel in der „Kölnischen Zeitung" den Deutsch-Amerikanern den Vorwurf machte, sie seien aus Gründen des „Geldmachens" nicht im Stande, eine deutsch-amerikanische Universität zu gründen, so machen wir dem gegenüber auf die Thatsache aufmerksam, daß die deutsch-amerikanische Presse zwar keine einseitigen Nationalitätsbestrebungen befürwortet, wohl aber energisch auf eine gründliche Reform des amerikanischen Universitätswesens dringt und hierin von intelligenten Amerikanern warm und mit Erfolg unterstützt wird.*) Ueberhaupt ist der deutsche Einfluß auf allen Gebieten

*) In jüngster Zeit ist durch einen Herrn Dr. Löwe der Gedanke angeregt worden, in Milwaukee eine deutsch-amerikanische Universität, eine „Kaiser-

des Wissens und Könnens in den Vereinigten Staaten unverkennbar und mächtig. Es giebt kaum ein Gewerbe, in welchem nicht Deutsche sich in Amerika bis zur höchsten Höhe emporgeschwungen haben. In allen Zweigen der Wissenschaft und der Kunst wetteifern die eingewanderten Deutschen mit den Amerikanern und sind nicht selten ihre Vorbilder geworden. Von Dichtern nennen wir hier nur Kaspar Butz, Karl Knortz, A. Zündt, E. Dorsch und Konrad Kratz; auch eine deutsch-amerikanische Frau, Gertrud Bloede, Stiefschwester von Friedrich von Sallet, hat sich durch englische und deutsche Dichtungen einen wohlverdienten Ruhm erworben.*) Unter den Malern verdienen vor allem Leutze und Bierstadt erwähnt zu werden. Ganz besonders aber hat der deutsche Geist auf dem Gebiete der Musik sich in den Vereinigten Staaten Einfluß und Geltung zu verschaffen gewußt. Der Amerikaner betrachtet, wie Max Horwitz durch Thatsachen nachweist, die Musik in mancher Hinsicht als die specielle Domäne des Deutschen. Hat doch vor nicht langer Zeit der Unterrichts- und Erziehungsrath in Cleveland in Ohio beschlossen, daß in den dortigen öffentlichen Schulen der Gesangsunterricht nur in deutscher Sprache ertheilt werden soll, während der Rechenunterricht nur in englischer Sprache ertheilt werden darf. Als Curiosum darf hier wohl angeführt werden, daß bei Gelegenheit eines großen deutsch-amerikanischen Sängerfestes, welches im Juni 1874 in Cleveland stattfand, 1500 Schulkinder dieser Stadt, unter denen sich, außer Deutschen, nicht nur Irländer, Skandinavier und Italiener, sondern auch Franzosen und Neger befanden, die „Wacht

---

Wilhelm-Universität", zu gründen, und zwar durch freiwillige, in Amerika und in Deutschland zu sammelnde Geldbeiträge. So gut gemeint dieser Plan auch sein mag, so wird er doch auf schwer zu überwindende Hindernisse stoßen, da die innern und äußern Verhältnisse in den Vereinigten Staaten demselben in keiner Weise günstig sind. Die nöthigen Lehrkräfte würden schon aufzutreiben sein, aber das deutsche Studentenleben läßt sich nicht nach Amerika verpflanzen. Bei dieser Gelegenheit mag übrigens bemerkt werden, daß die in Baltimore seit einigen Jahren bestehende „John Hopkins University" eine vielversprechende Zukunft hat. Außerdem findet der Plan des Dr. Löwe bei den Deutschen in Amerika selbst keinen rechten Anklang.

*) Vgl. Doehn, „Aus dem Amerikanischen Dichterwald", Vorwort, VIII flg.

am Rhein" mit deutlich artikulirtem Texte von Anfang bis zu Ende in deutscher Sprache vortrugen. Bei einem ähnlichen Sängerfeste, welches im Juni 1872 zu Saint-Louis in Missouri abgehalten wurde und bei dem Franz Abt, der bekannte deutsche Liedercomponist, als Ehrengast zugegen war, hielten Gouverneur Brown und Karl Schurz die Festreden, der erstere in englischer, der letztere in deutscher Sprache. Schurz sagte unter Anderm: „Wohl mag der Deutsche stolz darauf sein, daß unter allen gesellschaftlichen Bestrebungen des amerikanischen Lebens, an denen er so rüstig und erfolgreich theilnimmt, ihm insbesondere von Anfang an die Pflege der Sängerfeste anheimfiel, und er soll sich der hohen sittlichen und civilisatorischen Bedeutung dieser Aufgabe bewußt bleiben. Und wahrlich, der Deutsche hat im amerikanischen Lande an der Lösung dieser großen Aufgabe nicht vergeblich gearbeitet. Nicht lange klang das deutsche Lied ohne Nachhall wie eine Stimme in der Wüste. Bald lauschte das Volk, bald hörte es das Sprudeln und Rauschen einer neuen Quelle edler, reiner und reicher Lust, und viele von denen, die erst mitgenießen gelernt, fühlten bald den Trieb, auch mitzuwirken. Das deutsche Lied kam mit dem bescheidenen Einwanderer ins Land; aber was es sich gewonnen, ist nicht allein ein bloßer Bürgerbrief. Es ist als Eroberer eingedrungen und hat unwiderstehlich das amerikanische Herz besiegt. Es hat sich ein eigenes Reich gegründet, in welchem es mit zauberischem Scepter waltet und seine Unterthanen freier, milder und größer macht. Und auf der Bahn der Eroberung wird es fortschreiten, bis ihm in den weiten Grenzen der Union keine Menschenbrust mehr verschlossen bleibt und bis der fremdgeborene Genius seine ganze Mission erfüllt, indem er, den amerikanischen Boden befruchtend, hier eine einheimische Kunst erstehen macht, welche all die mächtigen Gedanken und Triebe dieses kosmopolitischen Volkes in eigenen Schöpfungen wiederspiegeln soll." *)

*) Ohne von dem ästhetisch-idealen Gebiete zu sehr auf das praktisch-reale überzugehen, sei hier kurz bemerkt, daß nach officiellen statistischen Ermittelungen das deutsche Lagerbier sich in den Vereinigten Staaten mächtig Bahn gebrochen und in wohlthätiger Weise das verderbliche Whisky-Trinken eingeschränkt hat.

Und in der That, die deutschen Gesang- und Turnvereine haben nicht wenig dazu beigetragen, die schroffen Gegensätze zwischen Amerikanerthum und Deutschthum abzuschleifen und beide miteinander zu verbinden. Vor allem aber war es doch das deutsche Lied, welches die Erinnerung an das alte Vaterland wach erhielt und dem Ausgewanderten frohen Muth und frische Kraft im Kampfe mit den neuen Verhältnissen und Zuständen gab. Mit Recht sang deshalb Freiligrath:

Mit nerv'ger Faust, mit weh'nden Haaren,
Mit Hacken, Spaten und Gewehr,
So ist sie kühn hinausgefahren —
Die deutsche Arbeit — übers Meer.

Wer stand ihr bei in Lieb' und Treue,
Daß all ihr Schaffen wohl gerieth?
Wer gab der deutschen Kraft die Weihe
Im fernen Land? — Das deutsche Lied.

So ist es denn gekommen, daß die eingeborenen Amerikaner immer mehr und mehr eingesehen haben, daß die Deutschen in Krieg und Frieden redlich ihr Scherflein beigetragen haben, das amerikanische Gemeinwesen zu fördern, wie in materieller, so auch in geistiger Beziehung, durch Bildung des guten Geschmacks, durch Weckung und Förderung des Sinnes für Kunst und Wissenschaft, durch andauernde Pflege idealer Güter. Nur die eingefleischten Fremdenhasser, die unverbesserlichen Knownothings, wollen noch immer nicht recht begreifen, daß die deutsche Einwanderung der Nordamerikanischen Union etwas mehr gewesen ist als bloßes Rohmaterial an physischer Kraft und klingendem Kapital, mehr als leere Nullen, nur dazu bestimmt, dem Nennwerth politischer Speculanten angehängt zu werden und ihn zu erhöhen, sobald es zum Wählen kam. Die intelligentesten und besten Amerikaner haben sich wiederholt und direkt an den von Deutschen veranstalteten Festlichkeiten betheiligt; so sprach z. B. der würdige William Cullen Bryant, der als Dichter, Journalist und Politiker zu den ersten seiner Landsleute zählte, bei dem großen Friedensfeste, welches die Deutschen von New-York am Ostermontage des Jahres 1871 zu Ehren des Sieges von Deutschland über Frankreich feierten; so hielt derselbe Bryant bei Gelegenheit einer

Goethe-Feier, welche am 28. August 1875 von dem „Goethe-Club“ in New-York veranstaltet worden war, die eigentliche Festrede, während der als Dichter, Tourist und Diplomat rühmlichst bekannte Bayard Taylor einen auf ihn ausgebrachten Toast in deutscher Sprache erwiderte.

Nach jeder Richtung hin ist die Stellung des Deutschthums in den Vereinigten Staaten eine hervorragende und bedeutsame; und der Einfluß, den deutsches Wesen auf die Entwickelung der Nordamerikanischen Union in geistiger und materieller Hinsicht gehabt hat und, aller Voraussicht nach, auch ferner haben wird, darf unzweifelhaft als ein in seiner Eigenart wahrnehmbarer und alles Gute fördernder bezeichnet werden. Die seit 1880 stets zunehmende Auswanderung aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten bürgt dafür, daß das deutsche Element in Amerika die bisher dort von ihm eingenommene einflußreiche Stellung so leicht nicht verlieren, vielmehr fester begründen wird. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1881 landeten an den Küsten der Vereinigten Staaten 243,925 Einwanderer, von denen nahezu die Hälfte Deutsche waren.

Zweites Kapitel.

Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten im Jahre 1876.

Die warme Begeisterung, mit der das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika in Erinnerung an den Unabhängigkeitskrieg die Jahrestage der denkwürdigen Schlachten von Concord, Lexington und Bunkerhill im Jahre 1875 feierte, lieferte den Beweis, daß das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit im Norden und Süden der Union, den traurigen Reminiscenzen des blutigen Secessionskrieges zum Trotz, nicht erstorben war. Das durch jene Feier wieder lebhaft wachgerufene Andenken an die vor hundert Jahren gemeinsam und schließlich siegreich bestandenen, mühevollen Kämpfe gegen Großbritannien erweckte von Neuem in fast allen Schichten der Bevölkerung der Vereinigten Staaten den alten amerikanischen Patriotismus, drängte die gehässigen politischen Agitationen, wenigstens momentan, zurück, und ließ das Gefühl brüderlicher Versöhnung in der amerikanischen Nation wieder frische Wurzeln schlagen. Auch Präsident Grant begann, wie oben angedeutet, seine siebente Jahresbotschaft, mit welcher er am 7. December 1875 den Congreß eröffnete, in passender Weise mit einer Erinnerung an das Jahr der Unabhängigkeitserklärung; er sagte u. A.: „Da wir im Begriff stehen, das zweite Jahrhundert unserer nationalen Existenz und damit das Mannesalter als Nation anzutreten, geziemt es sich wohl, einen Rückblick auf die Vergangenheit zu thun. Vor 100 Jahren zählte unser Land etwa 3 Millionen Einwohner, jetzt sind es deren weit mehr als 40 Millionen.

Damals beschränkte sich der Fleiß unsers Volkes hauptsächlich auf die Bebauung des Bodens, jetzt brauchen wir den größten Theil unserer Arbeitskraft für Manufacturen. Unsere Freiheit ist unangetastet geblieben, die Sklaverei hat aufgehört, wie erfreuen uns der Achtung, wenn nicht der Freundschaft aller civilisirten Nationen. Aus den 13 Staaten der Union sind mit Einschluß von Colorado 38 geworden, und noch sind 8 Territorien da, sodaß das Landgebiet der Union sich vom Atlantischen bis zum Stillen Ocean erstreckt. Im Süden haben wir unsere Herrschaft bis zum Golf von Mexico ausgedehnt, im Westen vom Mississippi bis zu den goldreichen Küsten des Stillen Meeres. Vor 100 Jahren gab es keine Baumwollmaschine, kein Dampfboot, keine Eisenbahn, keinen Telegraphen, keine Ernte- und Säemaschine, keine modernen Druckerpressen und so tausend andere Erfindungen nicht, die kaum weniger werthvoll für unser Geschäftsleben und unser Wohlbefinden sind als die genannten. Im Jahre 1776 waren, Dank der eigennützigen Politik Englands, Fabrikanten in den Colonien kaum dem Namen nach bekannt. Im Jahre 1870 waren dagegen über 2 Millionen Personen in Fabriken beschäftigt, welche Fabrikate zum Werthe von mehr als 2100 Millionen Doll. herstellten, eine Jahresproduction, die unserer Nationalschuld nahezu gleichkommt. Im Jahre 1776 bestand der bei weitem größte Theil der Bevölkerung aus Landwirthen; im Jahre 1870 waren die Gewerbe so zahlreich und so mannichfach geworden, daß kaum 3 Millionen unter einer Bevölkerung von 40 Millionen die Landwirthschaft trieben."

Dieser kurze Rückblick des Präsidenten Grant deutete allerdings zur Genüge den gewaltigen Fortschritt an, welchen die Vereinigten Staaten seit der Colonialzeit und seit dem Jahre der Unabhängigkeitserklärung hinsichtlich ihrer politischen Machtstellung und ihrer socialen und volkswirthschaftlichen Entwickelung gemacht haben. Es war deshalb begreiflich, wenn das Volk der Nordamerikanischen Union sich rüstete, das Säcularjahr seiner nationalen Existenz festlich zu begehen. Den Kernpunkt dieser Feier bildete aber die von der ganzen gebildeten Welt beschickte Weltausstellung in Philadelphia. Für die Wahl dieser Stadt zur Abhaltung der Ausstellung sprachen, abgesehen von der günstigen geographischen Lage derselben, vornehmlich historische Gründe. Man

pflegt in den Vereinigten Staaten Philadelphia als die „historische Stadt der Union" (the historical City of the Union) zu bezeichnen, und nicht mit Unrecht, denn sie hat mehr Denkmale aufzuweisen, die an die frühesten Colonialzeiten und an die Entstehung der Republik erinnern, als die meisten anderen Städte der Union. Dort tagte während des Unabhängigkeitskrieges in Carpenters Hall, später Independence Hall genannt, der Continentalcongreß unter dem Präsidium von John Hancock aus Massachusetts; dort wurde am 4. Juli 1776 die Erklärung der Unabhängigkeit von Großbritannien angenommen, welche die Amerikaner als ein selbständiges, freies Volk den übrigen Nationen der Erde anreihte; dort lebte, wirkte und wurde zur Erde bestattet Benjamin Franklin, der an bürgerlichen Tugenden keinem andern der verdienstvollen Gründer der Union nachstand und seinem Volke stets ein leuchtendes Vorbild gewissenhafter Arbeit, treuer Pflichterfüllung und opferbereiter Hingebung für das Gemeinwohl sein wird. Philadelphia war mithin die für die Weltausstellung am meisten geeignete Stadt, und sie hat sich auch als solche bewährt.

Den schneidendsten und traurigsten Gegensatz aber zu der 1876 veranstalteten Jubelfeier der hundertjährigen nationalen Existenz der Vereinigten Staaten bildete der Umstand, daß gerade in diesem Jahre die eclatantesten Fälle sittlicher Verkommenheit in den höchsten Beamtenkreisen der Union an das Tageslicht gezogen wurden. Wir erwähnen hier nur die massenhaften Schwindeleien des sogenannten „Whiskyringes", die Anklage gegen den General Robert C. Schenck, den damaligen amerikanischen Gesandten am Hofe zu Saint-James, wegen schwindelhafter Operationen, und die Bestechung des Kriegsministers Belknap. Durch diese unerhörten Corruptionsfälle wurde Präsident U. S. Grant selbst in so hohem Grade compromittirt, daß er sich veranlaßt fühlte, von einer dritten Candidatur um das Präsidentenamt zurückzutreten und an seiner Stelle den Bundessenator Roscoe Conkling aus New-York, einen in allen politischen Parteiumtrieben wohlbewanderten Mann, zu empfehlen. Was die Whiskysteuerbetrügereien anbetrifft, so ergaben die darauf bezüglichen Untersuchungen, daß dieselben bis in die nächste persönliche Umgebung Grants reichten; und wenn auch General Babcock,

der einflußreiche Privatsekretär des Präsidenten, von der Jury in Saint-Louis freigesprochen wurde, so erfolgte doch diese Freisprechung nur, weil dem Angeklagten eine „wissentliche“ Betheiligung an dem kolossalen Betruge „nicht genügend“ nachgewiesen werden konnte. Die Aussagen, welche Präsident Grant zu Gunsten seines Privatsekretärs ablegte, waren sehr gewundener Natur und theilweise sogar so ausweichend, daß die öffentliche Meinung durch das freisprechende Verdict der Geschworenen nicht beruhigt wurde, vielmehr Herrn Babcock nach wie vor für schuldig hielt. Dieser Proceß überstieg weit die Grenzen einer gewöhnlichen Verwaltungsangelegenheit, er warf einen tiefen Schatten auf den ersten Beamten der Republik und erhob sich zu einer Frage von nationaler Bedeutung, deren Endabschluß nicht so bald zu erwarten war und wohl erst durch das Resultat der bevorstehenden Präsidentenwahl herbeigeführt werden konnte.

Aehnlich verhielt es sich mit den Anschuldigungen gegen den General Schenck wegen schwindelhafter Betheiligung bei der Emma-Mine, einer unsaubern Bergwerksspeculation, und gegen den Kriegsminister Belknap wegen verbrecherischen Amtsmißbrauchs. Ueberall fielen eigenthümliche Schlaglichter auf das Verhalten und den Charakter Grants selbst, der stets, sei es aus Parteirücksichten oder aus andern Gründen, bis zum Aeußersten auf Seiten der Angeklagten stand. Zum Ueberfluß kamen dann auch im Frühjahr 1876 noch arge Betrügereien und Unterschleife auf den Schiffswerften von Philadelphia und an andern Orten zur Sprache; ja Herr Orville Grant, der Bruder des Präsidenten, lud auf Grund seiner eigenen Aussagen den schwersten Verdacht auf sich, in gewinnsüchtiger Weise bei betrügerischen Lieferungen, die das Indianerdepartement angingen, betheiligt gewesen zu sein.

Alle diese Fälle illustrirten die Verwerflichkeit und Verderbtheit des ganzen Beamtensystems in den Vereinigten Staaten in der grellsten Weise. Präsident Grant selbst besaß offenbar kein Auge für den Unterschied zwischen einem Schurken und einem Ehrenmanne; er konnte einen Charles Sumner jeder möglichen niedrigen Gesinnungsart für fähig halten, während er, trotz der stärksten Verdachtsgründe, die überwiesenen Whiskybetrüger Macdonald und Joyce lange Zeit hindurch seines Ver-

trauens werth hielt und ihnen viele Beweise seiner Gunst gab. Es lag auf der Hand, daß ein solcher Mann, indem er den schlechtesten und falschesten seiner Parteigenossen mit ebenso großer, wenn nicht größerer Beständigkeit anhing, als den wahrsten und besten, unfehlbar auf das politische Leben in der Union einen äußerst demoralisirenden Einfluß ausüben und durch seine Art der Handhabung der höchsten Regierungsgewalt den höchsten Interessen, ja der Existenz der Republik gefährlich werden mußte, und daß es daher die Pflicht aller guten Bürger in den Vereinigten Staaten war, einer solchen Mißwirthschaft ein Ende zu machen, sobald das Gesetz des Landes es gestattete. Außer der Reform im Beamtenwesen machte aber auch das von Tage zu Tage immer unerträglicher werdende politische Cliquenwesen in den Südstaaten der Union eine durchgreifende Aenderung in der Administration der Vereinigten Staaten nothwendig; und so geschah es, daß die im Centennialjahre der Republik stattfindende Präsidentenwahl Veranlassung dazu gab, den beiden bestehenden großen politischen Parteien der Republikaner und der Demokraten gegenüber die Frage der Neubildung einer Partei abermals näher ins Auge zu fassen. Wie die Dinge lagen, war von einem bloßen Personenwechsel im Präsidentenamte oder von einem Siege der alten demokratischen Partei über die herrschende republikanische schwerlich eine durchgreifende Besserung der Zustände zu erwarten.

Schon im März 1876 wurden in verschiedenen Unionsstaaten sogenannte Staatsconventionen abgehalten, in welchen von den Republikanern und den Demokraten einestheils die nöthigen Vorbereitungen für die demnächst stattfindenden Staatswahlen getroffen wurden, anderntheils aber auch die einleitenden Schritte zur Beschickung der Nationalconventionen geschahen, in denen die Nomination der Präsidentschaftscandidaten vorgenommen werden sollte. Die republikanische Partei schrieb ihre Nationalconvention auf den 14. Juni des genannten Jahres nach Cincinnati im Staate Ohio aus, während die demokratische Partei die ihrige am 27. Juni zu Saint-Louis im Staate Missouri abzuhalten beschloß.

Von Seiten der regulären Republikaner wurden schon vor dem 14. Juni verschiedene Präsidentschaftscandidaten in Vorschlag gebracht:

so empfahl z. B. die Mehrheit der Staatsconvention von New-York den Bundessenator Roscoe Conkling für das Präsidentenamt, die Staatsconvention von Südcarolina entschied sich für den Bundessenator Oliver P. Morton*) aus Indiana, Pennsylvanien sprach sich in erster Linie für seinen Gouverneur Hartranft und Ohio für den dortigen Gouverneur Hayes aus; für James G. Blaine endlich, den frühern beredten Sprecher des Repräsentantenhauses aus Maine, traten verschiedene Unionsstaaten in die Schranken. Während so die republikanische Partei keinen Mangel an Bewerbern um das Präsidentenamt aufwies, verhielt sich die Partei der Demokraten etwas zurückhaltender. Zwar fehlte es auch ihr nicht an Männern, die gern in das „Weiße Haus“ eingezogen wären, und wurden in dieser Beziehung vorzugsweise die Namen von George H. Pendleton und Allen G. Thurman aus Ohio, Thomas A. Hendricks aus Indiana und Samuel J. Tilden aus New-York genannt; allein es schien, als wenn die Demokraten ihr Pulver bis zur Nationalconvention in Saint-Louis trocken halten und das Resultat der republikanischen Nationalconvention in Cincinnati abwarten wollten. Sie speculirten offenbar auf die Nomination eines unpopulären Präsidentschaftstickets von Seiten der Republikaner zu Cincinnati und hegten nebenbei auch wohl die Hoffnung, daß es ihnen unter Umständen gelingen werde, einen großen Theil der noch nicht fest organisirten Partei der „Unabhängigen“ (Independents) in ihr Lager hinüberzuziehen.

Es ließ sich auch allerdings nicht leugnen, daß die Unabhängigen sich in keinem Falle herbeilassen würden, für so anerkannte Schildträger der Grant-Administration zu stimmen, wie es die obengenannten Herren Roscoe Conkling und Oliver P. Morton waren. Viel lieber als für Conkling und Morton, so hofften die Demokraten, würden die Unabhängigen, wenn ihnen keine andere Wahl bliebe, für den Hartgeldmann Samuel J. Tilden als Präsidentschaftscandidaten ihre Stimmen ab-

*) Oliver Perry Morton, geb. am 4. August 1823 in Wayne-County im Staate Indiana, starb am 1. November 1877; das Schicksal wollte, daß sein Nachfolger im Bundessenate sein entschiedenster politischer Gegner, der extreme Demokrat Daniel W. Voorhees, wurde.

geben, um so mehr, als Tilden sich als Gouverneur des Staates New-York in vielfacher Hinsicht durch Umsicht und Energie ausgezeichnet hatte. In der That waren auch weder Morton noch Conkling ganz ohne alle Aussicht, von der republikanischen Nationalconvention für das Präsidentenamt nominirt zu werden. Trotz aller harten Schläge, welche in der letzten Zeit die Partei der regulären Republikaner erhalten hatte, konnte von einer gründlichen Besserung derselben nur sehr ausnahmsweise die Rede sein. In der Hauptsache bestand in ihr das alte corrupte Parteiräderwerk noch immer fort; noch immer galt der Mehrzahl ihrer Mitglieder, namentlich der Führer, der persönliche Vortheil mehr als das allgemeine Wohl; noch immer wurden die öffentlichen Aemter als Belohnungen für geleistete Parteidienste angesehen. In diesem Sinne wirkte allen andern voran der intriguante republikanische Bundessenator Simon Cameron aus Pennsylvanien, dem es z. B. auch gelang, im Bunde mit dem verrufenen Benjamin F. Butler von Massachusetts die Ernennung des vortrefflichen Richard H. Dana als amerikanischen Gesandten in England an Stelle des moralisch zum Rücktritt von seinem Amte gezwungenen Robert C. Schenck zu hintertreiben. Es war eine allbekannte Thatsache, daß Simon Cameron seinen, in der Partei der regulären Republikaner noch immer äußerst mächtigen Einfluß nur zu Gunsten des Präsidentschaftscandidaten aufwenden würde, der sich bereit erklärte, daß er, wenn gewählt, den Sohn des Herrn Cameron, der in dem letzten Jahre von Grants Präsidentur Kriegsminister war, zum Finanzminister der Vereinigten Staaten machen wollte. Vornehmlich waren es aber Roscoe Conkling und Oliver P. Morton, mit denen Cameron wegen des gedachten schmachvollen Handels in Verbindung getreten war; selbst Blaine, so durfte man annehmen, würde sich zu einem Eingehen auf Camerons Wünsche erweichen lassen, wenn anders er dadurch seine Nomination zu sichern im Stande war.

Einer solchen sitten- und gewissenlosen Schacherpolitik gegenüber, die den amerikanischen Staatsdienst zu einem förmlichen Raubdienst herabzuwürdigen und die Republik an den Rand des Verderbens zu führen geeignet war, fühlte sich nun die Partei der „Unabhängigen“ zu einem Schritte veranlaßt, der möglicherweise eine wesentliche Aenderung

zum Bessern, wenn nicht eine durchgreifende Reform im öffentlichen Leben der Union veranlassen konnte. Im Anfang des Aprilmonats (1876) wurde nämlich von fünf angesehenen und ehrenhaften Männern die Einladung zu einer „freien Conferenz“ an eine Anzahl gesinnungstreuer Reformleute und solcher Republikaner erlassen, die unabhängig und thatkräftig genug waren, um Vorkehrungen zu treffen, daß die Präsidentenwahl im Säcularjahre der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten nicht „eine reine Wahl von Uebeln“ (a mere choice of evils) werde. Diese Einladung, welche von dem ehrwürdigen Leiter der „New York Evening Post“,*) William Cullen Bryant aus New-York, Theodor D. Woolsey aus Connecticut, Alexander H. Bullock aus Massachusetts, Horace White aus Illinois und Karl Schurz aus Missouri unterzeichnet war, lautete also: „Die in unserm öffentlichen Dienste weitverbreitete Corruption, welche die Republik in den Augen der Welt herabgewürdigt hat und die Lebenskraft unserer staatlichen Institutionen zu vergiften droht, das Schwanken der öffentlichen Meinung und die Unzuverlässigkeit einseitiger Parteirathschläge hinsichtlich einschneidender volkswirthschaftlicher Fragen, welche in hohem Grade die Ehre unserer Regierung, die Sittlichkeit unsers geschäftlichen Lebens und die allgemeine Wohlfahrt des Volkes angehen, die Gefahr endlich, daß ein ungemäßigter Parteigeist (an inordinate party spirit) durch die geschickt organisirte Thätigkeit einer verhältnißmäßig geringen Anzahl von Leuten, die aus politischen Intriguen Nutzen ziehen, es dahin bringen kann, daß die patriotischsten Impulse des Volkes unterdrückt werden und die politische Gewalt zu einem Monopol selbstsüchtiger Menschen gemacht wird: alle diese, auf Thatsachen beruhenden Erwägungen lassen es als äußerst rathsam erscheinen, daß keine Mühe gescheut werde, dem Verlangen der Nation nach einer durchgreifenden Reform bei der bevorstehenden nationalen Wahl einen durchschlagenden Einfluß (a decisive influence) zu sichern. Im Bewußtsein der Thatsache, daß dieses patriotische Verlangen in ehrenhafter Weise bemüht ist, sich innerhalb der

*) Nach Bryants am 12. Juni 1878 erfolgten Tode übernahm Karl Schurz im Juni 1881 die Leitung und Redaction der „New York Evening Post.“

bestehenden politischen Organisationen in wirksamer Art zum Ausdruck zu bringen, wie es bereits außerhalb jener Organisationen eine anerkannte Stärke erlangt hat, und in der Ueberzeugung, daß jenes Verlangen durch alle geeigneten Mittel (by all proper means) gefördert und siegreich gemacht werden sollte, laden die Unterzeichneten zu einer freien Conferenz ein, um zu berathen, wie verhütet werden kann, daß die Präsidentenwahl des Centennialjahres eine reine Wahl von Uebeln wird, und um für die höchsten Aemter der Republik die Erwählung von Männern zu sichern, die durch ihren Charakter und ihre Fähigkeiten eine Garantie darbieten, daß die Anforderungen unserer gegenwärtigen Lage befriedigt werden und die Ehre des amerikanischen Namens den nöthigen Schutz erhält."

Die „freie Conferenz" sollte am 15. Mai (1876), fünf Tage nach der officiellen Eröffnung der Weltausstellung zu Philadelphia, in der Stadt New-York stattfinden. Die in Saint-Louis erscheinende „Westliche Post" bemerkte dazu: „Das kann ein segensreicher 15. Mai für die Union werden. God speed the right (Gott beschütze das Recht)!" Ueberhaupt begrüßten fast alle unabhängigen, keiner der bestehenden beiden großen Parteien blind ergebenen Blätter der Union die vorstehende Einladung zu einer freien Conferenz als einen erfreulichen Schritt zum Bessern; sie erblickten sowohl in den Namen der Männer, welche die Einladung unterzeichnet hatten, eine Bürgschaft für das Gelingen des Unternehmens, als sie auch das Unternehmen selbst der Sympathie aller guten Bürger für werth hielten. Allerdings wurde in einigen amerikanischen Zeitungen die Meinung laut, es sei besser gewesen, wenn der Name von Karl Schurz nicht unter dem Einladungsschreiben gestanden, d. h. wenn sich Schurz nicht in erster Linie an der unabhängigen Reformbewegung betheiligt hätte; denn, so hieß es weiter, die amerikanischen Politiker lieben es nicht, bei entscheidenden Fragen Fremdgeborenen oder Adoptivbürgern die Leitung zu überlassen. Diese Meinung war auch insofern nicht ganz unbegründet, als in den Vereinigten Staaten der Nativismus oder Fremdenhaß noch immer nicht ganz ausgestorben ist und in manchen Fällen ein wohl zu beachtendes Moment bildet; allein in dem in Rede stehenden Falle konnte hierauf

doch kein allzu großes Gewicht gelegt werden, da das Ansehen von Karl Schurz in der ganzen Union längst so fest begründet war, daß kleinlicher Neid und nativistische Mißgunst vergeblich dagegen ankämpften, ganz abgesehen davon, daß das bei nationalen Wahlen sehr in Rechnung zu stellende deutsche Element kaum einen würdigern Vertreter als ihn aufweisen konnte. Die angesehene und vielgelesene „New York Tribune" bemerkte in Bezug auf die beabsichtigte Conferenz: „Die Zusammenberufung der freien Conferenz ist in jeder Hinsicht ein kluger Schritt (a wise step) und verdient die aufrichtigste Ermuthigung und Unterstützung von allen unabhängigen Männern, die das Vaterland höher stellen als einseitige Parteirücksichten, die sowohl die republikanische Partei wie die demokratische gebessert zu sehen wünschen, die aber auch entschlossen sind, das Ihrige dazu beizutragen, daß die Präsidentenwahl im Centennialjahr der amerikanischen Nation nicht zur Schande gereiche."

Um den Reformbestrebungen der Unabhängigen mehr Nachdruck zu geben und um eine festere Organisation derselben anzubahnen, wurden in verschiedenen Unionsstaaten Vereine gegründet, deren Hauptziel auf die Erreichung von Hartgeldzahlung und auf eine durchgreifende Reform des Civildienstes gerichtet war. So bildete sich z. B. im Staate Missouri, wo der Einfluß des deutschen Elements schon seit längerer Zeit besonders in den Vordergrund trat, ein solcher Verein, und zwar unter dem Namen „Republican Union of 1876". Wir heben aus dem Programm dieses Vereins folgende Punkte hervor:

„Wir glauben, daß der Erfolg der Selbstregierung durch die Tugend und Weisheit des Volkes bedingt ist: deshalb halten wir das System unserer Freischulen, die durch allgemeine Steuern erhalten werden, hoch. Wir sind entschieden gegen jede Agitation, die in irgendeiner Weise den Gebrauch oder die Theilung des Schulfonds für religiöse Sektenzwecke zum Gegenstande hat.

„Wir erklären uns gegen den Gebrauch, die Candidaten für öffentliche Aemter zu Wahlzwecken zu besteuern, da wir diesen Gebrauch für eine der hauptsächlichsten Ursachen der Corruption und des Betruges im Staatsdienste halten.

„Es ist unsere feste Absicht, mit aller Macht dahin zu streben, daß in die Nationalconventionen nur solche Männer als Delegaten gewählt werden, die für das Präsidenten- und Vicepräsidentenamt wiederum nur solche Männer als Candidaten ernennen, deren Fähigkeit unbezweifelt, deren Ehrenhaftigkeit unverdächtig und deren Streben eins ist mit den besten und heiligsten Interessen der Nation."

Wenn aber einerseits die bedeutendsten unabhängigen und reformfreundlichen Blätter, wie bereits angedeutet, sich zu Gunsten der freien Conferenz aussprachen, so äußerten sich doch die Organe der regulären Republikaner und Demokraten weniger günstig über die Abhaltung derselben. In dieser Beziehung ist ein Brief von wesentlichem Interesse, den Karl Schurz unterm 22. April 1876 an ein hervorragendes Mitglied der republikanischen Partei in Beantwortung einer vorangegangenen Anfrage über den Zweck der Maiconferenz schrieb und der im „New York Public" zum Abdruck kam. Schurz wies in diesem Briefe zunächst die zweifelhafte Machtstellung der Republikaner nach, indem er sagte: „Ich denke, auch die sanguinischsten Republikaner werden schwerlich die folgenden Thatsachen bezweifeln: die republikanische Partei kann, wenn sie in der nationalen Präsidentenwahl siegen will, die Stimmen vieler Nordstaaten nicht entbehren. Der Staat New-York befindet sich gegenwärtig in den Händen der Demokraten, ebenso Connecticut; in Ohio siegten im letzten März die Republikaner mit einer Majorität von 5000 Stimmen, bei einer Stimmenzahl von 500,000 Wählern, und diese Majorität schloß das Votum der unabhängigen Reformer in sich; Indiana neigt sich stark der demokratischen Partei zu; des Staates Illinois ist keine Partei ganz sicher; in Wisconsin verloren die Republikaner letzten Herbst (1875) das ganze Staatsticket mit alleiniger Ausnahme des Gouverneurs, der durch eine sehr kleine Majorität gewählt wurde und zwar auf Grund seiner persönlichen Popularität unter gewissen Klassen der Demokraten in der Stadt Milwaukee; auch auf Californien und Oregon können die Republikaner nicht mit Sicherheit rechnen. Wahrscheinlich winkt aber in allen diesen Staaten (die Südstaaten der Union stimmen der großen Mehrzahl nach demokratisch) den Republikanern der Sieg nicht, wenn sie nicht von fast allen oder wenigstens

von der großen Mehrzahl derjenigen unterstützt werden, welche in den letzten Wahlen unabhängig von aller alten Parteicontrole handelten." Nach diesen statistischen Ausführungen bemerkte Schurz, daß es doch für die Unabhängigen keine schwere Aufgabe sein würde, den Republikanern eine Niederlage zu bereiten, wenn letztere nicht durch Aufstellung ehrlicher und fähiger Präsidentschaftscandidaten eine befriedigende Sicherheit für wahre und gründliche Reformen darböten. Ein solches Verlangen Seitens der Unabhängigen könne man doch mit Fug und Recht nicht, wie es in einzelnen republikanischen Blättern geschehen sei, als ein „herrisches und dictatorisches" bezeichnen. Alsdann hob Schurz hervor, daß er und seine unabhängigen Freunde den aufrichtigen Wunsch hegten, es möchte den bessern Elementen in der republikanischen Partei gelingen, auf der Nationalconvention zu Cincinnati am 14. Juni gute Nominationen für das Präsidenten- und Vicepräsidentenamt zu Stande zu bringen; in diesem Falle könne er sich dafür verbürgen, daß die überwiegende Mehrzahl der Unabhängigen zu Gunsten der republikanischen Candidaten stimmen würde. „Ich wünsche", sagte er, „daß beide Parteien im Interesse des Landes das Beste leisten, wozu sie im Stande sind, theile aber den Glauben, daß die Republikaner, wenn sie die rechten Männer ernennen, den sichersten Schuß im Laufe haben." Ferner erklärte Schurz ausdrücklich, daß er und seine politischen Freunde durchaus nicht den dringenden Wunsch hegten, so schnell als möglich eine dritte Partei zu organisiren; zu gleicher Zeit verhehlte er aber auch nicht, daß die Gründung einer solchen Partei durch die Unabhängigen nothwendig würde, wenn ihnen nur „die Wahl zwischen zwei Uebeln" übrig bliebe; in diesem Falle würden auch viele, die vorläufig noch zu der Partei der Republikaner zählten, von dieser abfallen und zu den Unabhängigen übergehen; denn es sei an der Zeit, daß „das sittliche Gefühl der amerikanischen Nation sich gegen eine corrupte und alles corrumpirende Parteiherrschaft auflehne." Die freie Conferenz in New-York wolle den Unabhängigen und den beiden alten Parteien eine Gelegenheit gewähren, ehrlich miteinander über das Wohl der Republik, soweit dasselbe von der Präsidentenwahl abhänge, zu verhandeln. Es werde auf der genannten Conferenz kein Versuch gemacht werden, einen unrechten

Zwang nach der einen oder nach der andern Seite hin auszuüben; man wolle dort nur von dem einfachen Rechte eines jeden amerikanischen Bürgers Gebrauch machen, seine Meinung über öffentliche Angelegenheiten offen zu äußern und zu erklären, welchen Weg man unter Umständen einzuschlagen für seine Pflicht halte.

Schließlich verspottete Schurz die Blätter der republikanischen Partei, welche die Maiconferenz als „eine Art von Pulververschwörung" angegriffen hatten, die für revolutionäre Zwecke von einem Häuflein „Idealisten" angezettelt sei. „Diese Blätter", schrieb Schurz, „würden vielleicht wohl daran thun, wenn sie sich daran erinnern wollten, daß einige dieser Idealisten schon vor vier oder fünf Jahren die Mißbräuche der Grant-Administration stark verurtheilten, welche theils damals schon, theils später ans Licht kamen, und die herrschende Partei (der Republikaner) vor den Folgen warnten, die unausbleiblich eintreten würden, wenn so schlimmen Einflüssen kein entschlossener Widerstand entgegengesetzt würde. Hätte man auf die geschmähten Idealisten gehört, so hätte ein Macdonald nicht zu Saint-Louis in Missouri den Whiskyring organisiren, so hätten die Belknaps und Babcocks nicht übermüthige Männer in der Regierung werden und die republikanische Partei nicht in die Lage versetzen können, daß sie unter der Last der Schmach und Schande seufzt, welche das Hauptelement ihrer Schwäche ausmacht."

Seit der Annahme der Bundesverfassung hatte die Nordamerikanische Union keinen Präsidentenwahlkampf erlebt, bei welchem eine verhältnißmäßig so große Anzahl von stimmberechtigten Bürgern des Landes eine vollkommen unabhängige Stellung in Bezug auf feste Parteiorganisation einnahm, wie dies bei der Präsidentenwahl im Jahre 1876 lange Zeit hindurch der Fall war. Es hatte in Amerika bei manchen frühern Präsidentenwahlen drei und mehr politische Parteien und Präsidentschaftscandidaten gegeben; im Centennialjahre befand sich aber in den Vereinigten Staaten eine äußerst zahlreiche Klasse von stimmberechtigten Bürgern, die, obschon nur schwach oder gar nicht parteimäßig organisirt, doch eine starke politische Macht bildeten und einen Einfluß ausübten, wie solcher von einer wohlorganisirten dritten Partei den

Republikanern und Demokraten gegenüber kaum stärker hätte ausgeübt werden können. Jeder Versuch, die Präsidentenfrage zu lösen, ohne auf diesen Factor die gebührende Rücksicht zu nehmen, mußte sich für die beiden alten Parteien als verhängnißvoll herausstellen. Die unabhängigen Stimmgeber gingen früher theils mit der republikanischen, theils mit der demokratischen Partei; ein großer Theil von ihnen streifte indeß schon im Jahre 1872 das Parteijoch ab und wurde unter dem Namen der „liberalen Republikaner" (Liberal Republicans) bekannt. Einige von denen, die 1872 die Reihen der regulären Republikaner verließen, waren wieder dorthin zurückgekehrt, weil ihnen das Reformexperiment mit der demokratischen Partei durchaus nicht zusagte; einige andere dagegen wurden durch die steigende Corruption und Mißwirthschaft der regulären Republikaner ganz in das Lager der Demokratie getrieben; der bei weitem größte Theil aber emancipirte sich von beiden alten Parteien, indem er daran verzweifelte, aus ihren Händen eine gesunde Reformpolitik hervorgehen zu sehen, wohl aber hoffte auf das Wachsen und Gedeihen einer ehrenhaften und geläuterten öffentlichen Meinung, die im Stande wäre, eine oder beide alte Parteien zu reformiren, oder, wenn dies unmöglich, beide über den Haufen zu werfen und das Land vom Untergange zu retten. Die Zahl derer, die so hofften und dachten, war während der letzten vier Jahre immer stärker geworden; diese Bürger wurden von ihren Gegnern als die „zweifelhaften Stimmabgeber" (doubtful voters) bezeichnet; sie hatten die Corruption der Republikaner kennen gelernt, ebenso wie die Fehler und die Unfähigkeit der Demokraten, sie kannten die starken und die schwachen Seiten jeder dieser Parteien, und — was mehr werth war — sie verstanden, wie ihre eigene noch unorganisirte Kraft auf die beiden alten Parteien einzuwirken im Stande sei. Diese so beschaffenen Elemente bildeten die Partei der „Unabhängigen." Es konnten Umstände eintreten, welche diese äußerlich nur schwach organisirte Partei zu einem wirkungsvollen Protest, vielleicht sogar zur Vornahme einer selbständigen politischen Organisation zwangen; vorderhand genügte es aber, wenn die „Unabhängigen" ruhig den Machinationen der alten Parteien zuschauten und deren Schritte aufmerksam verfolgten, während sie sich selbst, wie

ein amerikanisches Blatt sich ausdrückte, von allen „compromittirenden Verbindungen" (entangling alliances) freihielten.

Bei einer solchen Lage der Dinge trat am Montag, 15. Mai, die vielbesprochene Conferenz der „Unabhängigen" im Fünften Avenue-Hotel zu New-York zusammen. Dieselbe war zahlreich besucht, obschon nur 18 Unionsstaaten, darunter nur wenige Südstaaten, Vertreter gesendet hatten. Nachdem H. C. Lodge von Massachusetts die Einladung zur Conferenz verlesen, beantragte Exgouverneur Bullock von Massachusetts die Ernennung eines Ausschusses, um Vorschläge zur permanenten Organisation der Versammlung zu machen. Dieser Ausschuß, in den der Antragsteller sowie Parke Godwin von New-York, Schwiegersohn von William C. Bryant, und Edmund Jussen von Illinois gewählt wurden, zog sich auf kurze Zeit zurück und erstattete dann einen Bericht, in welchem Theodor D. Woolsey von Massachusetts zum Präsidenten und eine ganze Anzahl von Conferenzmitgliedern zu Vicepräsidenten und Protokollführern ernannt wurden. Nachdem dieser Bericht einstimmig angenommen war, übernahm Woolsey den Vorsitz und erläuterte in seiner Antrittsrede noch einmal kurz den Zweck der Conferenz, indem er die dringende Nothwendigkeit hervorhob, daß Schritte gethan würden, um gute und fähige Männer an die Spitze der Union zu stellen. „Laßt uns versuchen, zu einem Entschluß zu gelangen, was in dieser Krisis geschehen muß", so schloß er, „und möge Gott bei unserm Vorhaben uns beistehen." Alsdann ergriff Karl Schurz das Wort und bemerkte, er sei angenehm überrascht, so viele einflußreiche Männer versammelt zu sehen. Während einer langen politischen Laufbahn sei er mit vielen Personen zusammengetroffen, die stets darauf bedacht gewesen, ihre politische Unabhängigkeit zu verbergen. Es sei aber ein erfreuliches Zeichen des Centennialjahres, daß die politische Unabhängigkeit jetzt freier und offener zu Tage trete. Die Zahl und Stellung der Anwesenden deute auf einen politischen Umschwung zum Bessern. Obwohl er, der Redner, seit geraumer Zeit keiner der bestehenden Parteien angehöre, so müsse er doch bekennen, daß politische Parteien eine Nothwendigkeit seien. Und da nun eine solche Nothwendigkeit bestehe, so sei es die Pflicht eines jeden Bürgers, darauf zu achten, daß

er einer guten Partei angehöre, und daß diese Partei die Versprechungen, die sie dem Volke mache, nicht verletze und dem guten Namen der Nation nicht Eintrag thue. Die freie Conferenz sei keine Parteiversammlung; sie sei nur zu dem Zwecke berufen, um die allgemeinen Interessen des Landes zu fördern. Nur solche Männer seien eingeladen worden, deren Vaterlandsliebe über jeden Zweifel erhaben sei und die nicht blind einseitiger Parteidictatur gehorchten. Schurz schloß seine öfters durch Beifall unterbrochene Rede mit dem Antrage, daß ein Fünfer-Ausschuß ernannt werde, welcher der Conferenz einen bestimmten Operationsplan einreichen solle. Nach Annahme dieses Antrags ernannte der Vorsitzende folgende Herren in den Fünfer-Ausschuß: Karl Schurz aus Missouri, Parke Godwin aus New-York, L. F. S. Foster aus Connecticut, Martin Brimmer aus Massachusetts und John W. Hoyt aus Wisconsin. Während der Ausschuß in Berathung war, wurden verschiedene Reden gehalten, welche die politischen und socialen Zustände der Union vom Reformstandpunkte beleuchteten. Da aber der Fünfer-Ausschuß mit seiner Arbeit am Montage nicht fertig wurde, so vertagte sich die Versammlung auf Dienstag, 16. Mai, 10 Uhr Vormittags. Um diese Zeit wurde auch die Conferenz wieder zur Ordnung gerufen, worauf Schurz im Namen des Ausschusses Bericht erstattete und ein in seinen Hauptzügen aus seiner Feder stammendes „Manifest an das Volk der Vereinigten Staaten" zur Annahme empfahl. Der Anfang dieses Manifestes lautet also: „Mitbürger! Eine Conferenz von Bürgern, die sich in New-York mit dem aufrichtigen Bestreben, den besten Interessen des amerikanischen Volkes zu dienen, versammelten, wünscht Ihrer freundlichen Erwägung den folgenden Aufruf zu unterbreiten: Es steht uns eine Nationalwahl unter Verhältnissen bevor, die von eigenthümlicher Bedeutung sind. Niemals vorher ist die öffentliche Meinung in einen solchen Zustand von Aufregung aus Besorgniß vor Gefahren versetzt gewesen, die aus dem Vorwalten corrupter Anschläge und Gebräuche in unserm staatlichen Leben (from the prevalence of corrupt tendencies and practices in our political life) entspringen, und niemals hat hierfür eine größere Berechtigung vorgelegen als in der Gegenwart. Wir wollen hier nicht die ganze pein-

liche Reihe der Enthüllungen durchgehen, welche seit Jahren — eine nach der andern — in schneller Folge zu Tage traten und die kaum eine einzige Sphäre unsers öffentlichen Lebens unberührt gelassen zu haben scheinen. Die Ausweise der Gerichtshöfe, der Gesetzgebungen der Einzelstaaten und des nationalen Congresses verkünden dies mit fürchterlicher Einfachheit und noch immer tragen sie zu dieser skandalösen Ausstellung bei. Wenn ein solcher Zustand unter allen Verhältnissen als äußerst bedauerlich erscheinen würde, so ist dies doch ganz besonders augenblicklich der Fall. Wir haben die Nationen der Erde eingeladen, bei unserm großen Erinnerungsfeste unser Land zu besuchen, um Zeuge zu sein von den thatsächlichen Beweisen unseres materiellen Fortschritts, sowie von dem Gange und den Erfolgen jener republikanischen Regierungsform, welche unsere Väter vor einem Jahrhunderte ins Leben riefen. Die begeisterndsten Rückerinnerungen an die Begebenheiten unserer Geschichte steigen vor uns in neuer Lebensfrische auf und zwingen uns zu einem Vergleiche zwischen dem, was diese Republik einst war, was sie sein sollte und was sie jetzt in Wirklichkeit ist (what this Republic once was, what it was intended to be, and what it now is); und hierüber haben wir den Urtheilsspruch der gesammten civilisirten Welt im Verein mit unserm eigenen herausgefordert." Der Aufruf hebt dann hervor, daß die Geschichte der Vereinigten Staaten viele glänzende Seiten aufzuweisen habe, daß aber gerade das Centennialjahr durch die massenhafte Corruption im politischen Leben den sonst wohl berechtigten Nationalstolz der Amerikaner tief demüthigen müsse. „Zur Ehre des amerikanischen Volkes", heißt es dann weiter, „sei es gesagt, daß jeder patriotische Bürger der Union die brennende Schmach des Schauspiels empfindet, welche das Centennialjahr offenbart; dort sind die Andenken und Erinnerungszeichen an die Tugenden und Großthaten der Vergangenheit, — hier die schlagenden Beweise der Enttäuschung und Corruption in der Gegenwart! Dort das strahlende Lob, welches die Geschichte der Weisheit und Sittenreinheit unserer Vorfahren zollt, — hier in vollem Gegensatze die Urtheilssprüche der Gerichtshöfe und die Akten der legislativen Körperschaften, beide die politische Moral der Jetztzeit illustrirend; und dies alles vor den Augen

der ganzen Welt, die wir feierlich zu unserer Weltausstellung eingeladen haben. Niemals hatte Amerika so viele Ursache zur Beschämung; das empfindet jedes patriotisch schlagende Herz auf das schmerzlichste. Wie aber können wir die drohenden Gefahren abwenden und unsere Schmach tilgen? Einzig und allein dadurch, daß, wenn auch die Regierungsmaschinerie corrupt wurde (although the government machinery has become corrupt), die große Masse des Volkes sich als gesund und stark im Kern (sound and strong at the core) bewährt, daß sie den ehrlichen und festen Willen hat, die Mißbräuche im politischen Leben Amerikas abzuschaffen und die Ursachen der Uebel, die das Vaterland in Gefahr bringen, zu ersticken, es mag kosten, was es wolle. Nur eine solche in der richtigen Weise unternommene und bis zur Erreichung des Zieles energisch festgehaltene Anstrengung kann und wird den guten Namen der amerikanischen Nation retten; sie allein wird die Krankheit, an der die Republik leidet, nicht tödtlich werden lassen und das Vertrauen unsers Volkes zu seiner eigenen Kraft und zu seinen Regierungsinstitutionen wiederherstellen." Alsdann geht der Aufruf auf die Discussion der wesentlichsten Fragen über, die bei der bevorstehenden Präsidentenwahl zur Lösung standen. Hier wurde zunächst auf eine versöhnliche Haltung in Bezug auf die Südstaaten und die Errungenschaften des Bürgerkrieges hingewiesen, dann ward eine weise Politik in Lösung der Finanzfrage empfohlen. Das System des uneinlösbaren Papiergeldes oder die sogenannte Inflationstheorie wurde verurtheilt als eine der Hauptursachen nicht nur der schlechten Geschäftsverhältnisse in der Union, sondern auch der sittlichen Verkommenheit.

Schließlich wurde eine gründliche Reform des Civildienstes verlangt und das System der Aemtervertheilung für geleistete Parteidienste als den Untergang der Republik hervorrufend hingestellt. „Eine ehrliche Regierung und ein unbestechliches Beamtenwesen sind eine Lebensfrage für die Union. Eine corrupte Monarchie mag durch Gewaltmaßregeln (by the rule of force) ihre Existenz fristen; eine corrupte Republik ist dem sichern Untergange verfallen." „Darum", so fährt der Aufruf fort, „ist es die Pflicht des amerikanischen Volkes, daß es den sittlichen Charakter seiner Regierung durch eine durchgreifende Re-

form wiederherstellt.“ In dieser Beziehung kam es aber wesentlich auf die Persönlichkeit des Mannes an, welcher durch die nächste Präsidentenwahl an die Spitze der Union berufen wurde; im Hinblick hierauf erklärte deshalb das Manifest: „Hier liegt die Pflicht des amerikanischen Volkes vor Aller Augen. Die hundertfach gebrauchten und mißbrauchten schönen Versprechungen in hochtönenden Parteiprogrammen genügen nicht mehr, ebenso wenig die wohlstilisirten Glaubensbekenntnisse der Candidaten für das Präsidentenamt; bloße Worte thun es nicht, es werden Thaten als Bürgschaft verlangt; statt ausführlicher Programme verlangen wir Männer von erprobtem Charakter und Willen. Wir erklären daher, indem wir alle guten Bürger auffordern, sich mit uns zu vereinigen, daß wir in der kommenden Präsidentenwahl keinen Candidaten unterstützen werden, der in einem öffentlichen Amte corrupte Handlungen und Combinationen begünstigte oder deren Bestrafung verhinderte, oder nothwendige Reformmaßregeln bekämpfte. Wir werden keinen Candidaten unterstützen, der, solange er einen amtlichen Einfluß oder eine amtliche Gewalt ausübte, es versäumte, Mißbräuche, die ihm bekannt wurden, aufzudecken und deren Abstellung zu versuchen, der aus persönlichen Rücksichten und einseitigen Parteiinteressen Uebelstände duldete und pflegte und corrupte Handlungen verheimlichte. Wir werden keinen Candidaten unterstützen, wie hoch auch seine Stellung sein mag, der ein öffentliches Amt für seine persönlichen Zwecke auszubeuten geneigt ist; wir können nur einen solchen Candidaten unterstützen, der durch seine Vergangenheit dafür Garantie gewährt, daß er die Fähigkeiten und die Charakterfestigkeit besitzt, welche die schwere Aufgabe einer gründlichen Reform verlangt; denn das amerikanische Volk kann die Zukunft der Republik keinem Manne anvertrauen, dessen Tugenden erst erprobt werden müssen, da sie nur vom Hörensagen bekannt sind.“

Der letzte Theil des Aufrufs betonte, daß die unabhängige Reformpartei nur im äußersten Nothfall selbständige Präsidentschaftscandidaten aufstellen werde, daß sie es zunächst vorziehe, mit den bestehenden Parteiorganisationen nicht zu brechen, in der Hoffnung, daß diese die Wünsche und Erwartungen der Reformfreunde berücksichtigen würden. „Unsere Generation“, so schließt der Aufruf, „hat das zweite Jahrhundert unsers

nationalen Lebens zu eröffnen, wie die Gründer der Union das erste eröffneten. Deren Werk war die Unabhängigkeit, das unserige ist die Reform. Das letztere ist von ebenso hoher Bedeutung wie das erstere. Jetzt, wie früher, muß jeder wahre Amerikaner den Muth haben, im vollsten Maße seine Pflicht zu thun."

Nach Annahme des Manifestes, dessen Vorlesung häufig durch lauten Beifall unterbrochen wurde, trug Schurz darauf an, daß ein Executivausschuß ernannt werde, dessen Aufgabe es sei, die in dem Manifest verzeichneten Zwecke durch geeignete Mittel zur Ausführung zu bringen und, falls die Umstände es erheischen sollten, die Conferenz wieder einzuberufen oder eine größere Versammlung, in der alle Unionsstaaten vertreten wären. Dieser Antrag wurde mit dem Amendement angenommen, daß der Executionsausschuß aus dem bereits erwählten Fünfer-Comité bestehen und die Befugniß haben solle, ein Mitglied aus jedem Staate der Union dem Ausschusse hinzuzufügen. Nachdem noch einige Reden, welche Bezug auf die wünschenswerthen Eigenschaften der Präsidentschaftscandidaten nahmen, gehalten worden waren, z. B. von Charles Francis Adams jun., Parke Godwin und Dorman B. Eaton, wurde die Conferenz sine die vertagt. Aus dem Manifest ging deutlich hervor, daß die unabhängigen Reformfreunde keinen Candidaten unterstützen wollten, der nur irgendwie der Grant-Fraction angehörte, ebenso keinen Demokraten, der das System des uneinlösbaren Papiergeldes befürwortete. Die Stimmung der Conferenz in Bezug auf die Persönlichkeit der Präsidentschaftscandidaten fand ihren deutlichsten Ausdruck durch die Rede von Charles Francis Adams; derselbe erklärte: „Unter den Präsidentschaftscandidaten giebt es einen, der heute tadel- und makellos vor dem Lande dasteht und durch dessen Nomination die republikanische Partei die Stimme jedes ehrlichen Mannes gewinnen würde. Dieser Mann ist der Finanzminister Bristow. Ernennen beide Parteien keine guten Männer, dann werden wir einen Mann unserer eigenen Wahl für das Präsidentenamt aufstellen. Die Kriegserinnerungen verblassen und das Volk läßt sich nicht mehr so leicht davon zurückschrecken, einen tüchtigen demokratischen Candidaten zu unterstützen. Es giebt aber einen erfahrenen demokratischen Staatsmann, einen Mann von hohem er-

probtem Charakter: er heißt Tilden, und ihn würde ich, wenn er nominirt werden sollte, als den nächstbesten nach Bristow unterstützen können." Diese mit Beifall aufgenommene Erklärung gab den Republikanern sowohl wie den Demokraten einen deutlichen Fingerzeig, von welchem Schlage die Präsidentschaftscandidaten sein müßten, um einer Unterstützung seitens der unabhängigen Reformpartei sicher zu sein. Als ein Zugeständniß an die immer stärker werdende Reformbewegung wurde aber die bald nach Abhaltung der freien Conferenz stattgefundene Ernennung des Richters Taft aus Cincinnati zum Justizminister oder Attorney-General angesehen. Taft, der kurz vorher an Stelle Belknaps zum Kriegsminister ernannt worden war, hatte niemals zu den unbedingten Anhängern Grants gezählt, und genoß nicht nur wegen seines ehrenhaften und tadellosen Charakters, sondern auch wegen seiner bedeutenden juristischen Kenntnisse die allgemeine Achtung; aus diesen Gründen wurde seine Ernennung an Stelle von Edward Pierrepont, der statt des Generals Robert C. Schenck als amerikanischer Gesandter nach London ging, von Seiten der Reformpartei freudig begrüßt. Getrübt wurde diese Freude allerdings sehr durch die gleichzeitige, aus dem strictesten Parteigeiste hervorgegangene Erhebung J. Donald Camerons zum Kriegsminister. J. Donald Cameron hatte nämlich in keiner Weise besondere Verdienste aufzuweisen; daß er als Nachfolger von Taft in das Kriegsministerium einzog, war einzig und allein dem Einflusse seines Vaters Simon Cameron, der ihn mit Erfolg in die politischen Parteiumtriebe eingeweiht hatte, zuzuschreiben. Der Rücktritt Bristows vom Finanzministerium und die Ernennung Morills, eines Bundessenators aus dem Staate Maine, an Bristows Stelle fanden erst nach der republikanischen Nationalconvention, also in der zweiten Hälfte des Junimonats, statt.

Im Uebrigen sollten sich die Resultate der freien Conferenz bald in erweitertem Maße zeigen. Die unabhängigen Reformers hatten die Klippe der selbständigen Ernennung von Präsidentschaftscandidaten vorsichtig umschifft, und zwar in der richtigen Erkenntniß, daß eine eigene Candidatenliste mit Aussicht auf Erfolg nur von einer wohlorganisirten Partei aufgestellt werden konnte. Der Schwerpunkt der

Thätigkeit der freien Conferenz lag in dem Manifest an das Volk der Vereinigten Staaten, durch welches der Gedanke fest und klar zum Ausdruck gelangte, daß die amerikanische Nation im Jahre 1876 eine zweite Unabhängigkeitserklärung vom Stapel lassen müsse, und zwar nicht etwa eine Erklärung der unbedingten Unabhängigkeit von den leitenden Parteien, wohl aber eine entschiedene Lossagung von den politischen Fehlern dieser Parteien und von der moralischen Degradation, der die Union in dem letzten Decennium vielfach anheimgefallen war. Das Manifest war, darüber herrschte in der bessern Presse des Landes kein Zweifel, in Form und Inhalt vortrefflich. Die Klagen über die Lage der öffentlichen Dinge erschienen, so scharf sie auch ausgesprochen waren, keineswegs unbegründet; der Wunsch und das brennende Verlangen, mit den Mißbräuchen der Vergangenheit zu brechen, waren nach jeder Richtung hin gerechtfertigt. Das Manifest wurde daher in der That weniger als ein Aufschrei gegen die republikanische Partei angesehen, als vielmehr als ein energischer Mahnruf an beide Parteien, zu einer Politik des Rechts und der Moral zurückzukehren und es dadurch den geläuterten Elementen der Bevölkerung zu ermöglichen, in Reihe und Glied zu treten und die unter allen Umständen peinliche reservirte Stellung aufzugeben. Die Wirkung des Manifestes und der übrigen Beschlüsse der freien Conferenz war eine doppelte: einerseits wurde das öffentliche Gewissen des amerikanischen Volkes mächtig geweckt und das politische Pflichtgefühl gehoben und gestärkt; andererseits drängte die Rücksicht der Selbsterhaltung die bestehenden Parteien, namentlich die republikanische Partei, welche mehr als die demokratische in einem wahlverwandten Verhältnisse zu den Conferenzmitgliedern stand, dazu, die Gefahr reiflich zu erwägen, welche aus einer übermüthigen arroganten Haltung gegen die zum Anschluß bereiten Unabhängigen erwachsen mußte. Eine von den Republikanern vorgenommene Präsidentennomination und ein Programm, worin das Princip der Reform nicht deutlich zum Ausdruck gekommen wäre, konnte offenbar für die Unabhängigen nur das Signal sein, entweder sich der demokratischen Partei zuzuwenden, oder, falls auch deren Programm und Candidaten nichts taugten, ihre isolirte Stellung in der

Politik zu behaupten, keinesfalls aber von zwei Uebeln das geringere zu wählen. Ob die Unabhängigen im letztern Falle den starken Anhang behalten würden, den sie bei einer activen Betheiligung an der Wahlcampagne voraussichtlich hatten, konnte allerdings zweifelhaft sein: denn wenn einmal den amerikanischen Stimmgebern die Alternative vorliegt, zu wählen oder sich aus rein principiellen Gründen der Wahl zu enthalten, so pflegt es meistens im amerikanischen Charakter zu liegen, daß man wählt, nicht aber daß man den doctrinären Principienreiter spielt und andern Leuten das Beherrschen der Situation ungebührlich erleichtert.

Der kurze Zeitraum von vier Wochen, welcher zwischen der freien Conferenz zu New-York und der republikanischen Nationalconvention zu Cincinnati lag, wurde nun von den politischen Parteiführern mit dem größten Eifer ausgenutzt. Während die unabhängigen Reformfreunde mit Begeisterung für Bristow wirkten, arbeiteten die sogenannten Maschinenpolitiker mit aller Macht für Blaine, Morton und Conkling. Benjamin H. Bristow entstammte einer Familie, die zu den ersten englischen Einwanderern in Amerika gehörte und, obschon sie im Süden der Union heimisch war, doch niemals die Negersklaverei begünstigte. Einer seiner Vorfahren hatte tapfer im Unabhängigkeitskriege gekämpft und war in der Schlacht am Flusse Brandywine gefallen. Ein Bruder dieses Freiheitskämpfers zog nach Beendigung des Krieges von Virginien, wo die Bristows bis dahin gewohnt hatten, zu den Zeiten Daniel Boones mit mehreren Freunden nach Kentucky und diente im Jahre 1812 während des Krieges mit England als Freiwilliger; er war der Großvater von Benjamin H. Bristow. Der Vater Bristows, Francis Minor Bristow, wurde zweimal in den Congreß gewählt und schloß sich dem großen Führer der alten Whigpartei, Henry Clay, an. Als der Rebellionskrieg ausbrach, ergriff der alte Mann die Sache der Freiheit und der Union mit jugendlicher Lebhaftigkeit und wurde von den Rebellen und Sklavenhaltern so gehaßt und verfolgt, daß er Kentucky verlassen und nach Illinois fliehen mußte. Sein Wohnsitz in Hopkinsville wurde von den Südländern zerstört, da seine beiden Söhne unter den ersten gewesen waren, die

in das Unionsheer eintraten. Benjamin H. Bristow zeichnete sich während des Secessionskrieges wiederholt aus und war als Finanzminister der bitterste Feind der Whiskybetrügereien und jeder andern Corruption, sowie ein ausgesprochener Freund der baldigen Wiederaufnahme der Baarzahlung. Nächst ihm fürchteten die Demokraten am meisten James G. Blaine. Blaine war nämlich, wenn auch kein besonderer Reformfreund, doch ein gefährlicher Präsidentschaftscandidat, da sein Anhang stärker war als der Mortons und Conklings. Er war der Hauptführer der Republikaner im Repräsentantenhause des Congresses und zeigte wenig Neigung zu einer Aussöhnung zwischen dem Norden und Süden der Union auf einer billigen und gerechten Basis. Die Demokraten ließen deshalb kein Mittel unversucht, ihm zu schaden, und häuften ihre Angriffe gegen ihn innerhalb und außerhalb des Congresses in einem so hohen Grade, daß Blaine bei seiner Vertheidigung, die er übrigens in geschickter Weise und mit großem Muthe führte, physisch nahezu zusammenbrach.

Am 14. Juni trat, wie es von dem geschäftsführenden Ausschuß bestimmt war, die republikanische Nationalconvention in Cincinnati zusammen. Die Freunde von Blaine hielten sich des Sieges ziemlich sicher; nächst Blaine kamen am meisten Morton, Conkling und Bristow in Frage; in dritter Linie erst wurden die Namen von Gouverneur Rutherford B. Hayes aus Ohio, Generalpostmeister Jewell aus Connecticut und Gouverneur John F. Hartranft aus Pennsylvanien genannt. Den Vorsitz in der Versammlung führte Edward Macpherson aus Pennsylvanien. Nachdem die nöthigen Vorbereitungen getroffen waren, schritt man am Freitag, 16. Juni, zur endgültigen Abstimmung. Bei der ersten Stimmenabgabe gestaltete sich das Stimmenverhältniß der einzelnen Präsidentschaftscandidaten zueinander folgendermaßen: Blaine erhielt 291, Morton 125, Bristow 113, Conkling 93, Hayes 65, Hartranft 58 und Jewell 11 Stimmen. Das Votum für Morton und Conkling, die bekannten Anhänger der prononcirten Grant-Partei, wurde bei jeder folgenden Abstimmung geringer. Beim vierten Ballotement stieg Bristows Votum auf 126 und Blaines beim sechsten Ballotement auf 308 Stimmen. Es waren aber im Ganzen 756 De-

legirte aus den verschiedenen Staaten und Territorien der Union in der Nationalconvention zu Cincinnati versammelt; die zur Nomination eines Candidaten erforderliche Stimmenzahl war mithin 379, so daß Blaine beim sechsten Wahlgange zum Siege nur noch 71 Stimmen fehlten. Allein schon beim fünften Ballottement strengten die Gegner Blaines alle Kräfte an, um ihn zu schlagen. Sicher war, daß die unabhängigen Reformfreunde und die Anhänger von Bristow unter keinen Umständen Blaine ihre Stimme geben würden, da sie von ihm weder in der Finanzfrage, noch in der Aemterfrage, noch in Bezug auf die Zustände im Süden der Union und auf das Carpetbaggerthum eine gesunde Reformpolitik erwarten zu können glaubten. Das Stimmenverhältniß beim Schlusse des fünften Ballottements war daher folgendes: Blaine hatte 286, Bristow 114, Morton 95, Conkling 82, Hartranft 69 Stimmen, das Votum für Hayes war aber auf 104 Stimmen gestiegen. Der Umschwung hatte begonnen und zwar zu Gunsten von Hayes, indem der alte Gouverneur Howard von Michigan daran erinnerte, daß Hayes bei frühern Staatswahlen in Ohio schon drei prominente Demokraten besiegt habe: Allen G. Thurman, George H. Pendleton und zuletzt William Allen. Wenn er dies in früherer Zeit zu Stande gebracht habe, so würde er jetzt auch den Kampf mit einem demokratischen Präsidentschaftscandidaten siegreich bestehen können. Mit diesen Worten hatte Howard die 22 Stimmen des Staates Michigan für Hayes in die Wagschale geworfen. Beim sechsten Ballottement erhielt Blaine, wie gesagt 308, Hayes 113, Bristow 111, Morton aber nur 85 und Conkling 81 Stimmen. Nach der Verkündigung dieses Resultats durch den Vorsitzenden der Convention entstand eine gewaltige Aufregung unter den Delegirten. Die verschiedensten Muthmaßungen und Gerüchte durchschwirrten den Versammlungssaal. Donald Cameron, der einflußreiche Führer der 58 Stimmen starken Delegation von Pennsylvanien, fühlte sich durch die übereifrigen Freunde Blaines und deren unkluge Taktik schwer verletzt; Dana von Massachusetts erklärte, Blaine würde bei der Präsidentenwahl im November die Majorität der Stimmen dieses Staats nicht erhalten; ähnlich äußerten sich die Vertreter des Staates New-York, dem von allen Unionsstaaten die meisten, nämlich

70, Stimmen zu Gebote standen. Dazu kam der oben erwähnte Umstand, daß die unabhängigen Reformfreunde unter keiner Bedingung für Blaine in die Schranken traten. So geschah es denn, daß, nachdem die Namen von Bristow und Morton von der Liste der Präsidentschaftscandidaten zurückgezogen waren, im siebenten und letzten Wahlgange Hayes mit 384, Blaine mit 351 und Bristow mit 21 Stimmen aus der Wahlurne hervorgingen. Die Gegner von Blaine hatten sich mithin schließlich auf Hayes als einen Compromißcandidaten geeinigt und ihn zum Bannerträger der republikanischen Partei der kommenden Präsidentenwahl gemacht. Für das Amt des Vicepräsidenten wurde William A. Wheeler aus New-York fast ohne alle Opposition nominirt. Bemerkenswerth war, daß die Mehrzahl der kleinern Unionsstaaten und fast alle Territorien die sämmtlichen Abstimmungen hindurch treu bei Blaine ausharrten. Sectionelle Unterschiede in Bezug auf den Norden und Süden, Osten und Westen der Union traten übrigens bei der Endabstimmung nicht besonders hervor; der Osten gab Hayes etwas mehr Stimmen als der Westen, der Norden und der Süden hielten sich so ziemlich die Wage. Aus geographisch-politischen Gründen konnte mithin die Nomination zu keinem Zwiespalt führen. Die Methode, den Territorien und dem District Columbia, die doch bei der eigentlichen Präsidentenwahl keine Stimme haben, eine solche in der Nationalconvention, welche die Präsidentschaftscandidaten bestimmt, einzuräumen, ist wiederholt angefochten, aber doch stets wieder beobachtet worden; dieselbe entspricht keinem strengen Rechtsgrundsatze, höchstens einem gewissen Billigkeitsgefühle; sehr wahrscheinlich aber ist sie jener „Schacherpolitik" entsprungen, die in einer größern Stimmenzahl bei klug angewandten Mitteln größere Chancen für ihre Umtriebe zu erblicken glaubt. Blaine erhielt z. B. auf der Nationalconvention zu Cincinnati von den Territorien und dem District Columbia 14 Stimmen, die sehr leicht der Abstimmung der zur eigentlichen Präsidentenwahl allein berechtigten Staaten gegenüber von entscheidender Wirkung hätten sein können.

Die Kunde, daß Blaine, Morton und Conkling auf der republikanischen Nationalconvention Rutherford B. Hayes gegenüber unterlegen

seien, machte auf die demokratische Partei nicht gerade den erfreulichsten Eindruck. Sie wußte gar wohl, daß keiner der drei erstgenannten Candidaten im Stande gewesen wäre, das gesammte Votum der republikanischen Partei auf sich zu vereinigen, namentlich wären die unabhängigen Reformfreunde unter der Führung von Karl Schurz, Dana u. A. niemals weder für Blaine, noch für Morton, noch für Conkling eingetreten. Anders war dies mit Hayes, dessen Privatcharakter rein und der nach keiner Seite hin compromittirt war; seine Nomination wurde sogar von B. H. Bristow, dem Lieblingscandidaten der Reformpartei, gutgeheißen, wie aus nachstehendem Telegramm, welches er unterm 17. Juni 1876 von Washington City aus an den Exgouverneur William Dennison in Cincinnati sandte, hervorgeht: „Ich wünsche Ihnen, als einem persönlichen Freunde, frei und offen zu sagen, daß ich mit der Nomination von Gouverneur Hayes durchaus zufrieden bin; ich glaube sicher, daß wir siegen und demnächst eine reine und ehrliche Administration (a clean and pure administration) erhalten werden." Bezeichnend war, was nach der Niederlage des von seinen Freunden ebenso warm vertheidigten, wie von seinen Feinden bitter gehaßten Blaine und vor dem Zusammentreten der demokratischen Nationalconvention in Saint-Louis die liberal-demokratische „New-Yorker Staatszeitung", deren Eigenthümer und Chefredacteur, Oswald Ottendorfer, Mitglied der Maiconferenz der Unabhängigen in New-York war, schrieb; dieses vielgelesene deutsch-amerikanische Blatt äußerte sich in Bezug auf das Resultat der republikanischen Nationalconvention in Cincinnati u. A. also: „In Hinsicht auf die große Gefahr, welche der republikanischen Partei durch Blaines Nomination drohte, mögen alle diejenigen, welche an dieser Partei festzuhalten gedenken, erleichtert aufgeathmet haben, als sie die Nomination von Hayes erfuhren. Bei der Heftigkeit, mit welcher der Kampf Seitens Blaines und seiner Anhänger geführt wurde, ist allerdings anzunehmen, daß bei jenem eine sehr bittere Stimmung zurückbleibt; aber die amerikanischen Politiker sind daran gewöhnt, solche Pillen hinunterzuwürgen, und sobald die Blaine-Leute nüchtern und ruhig geworden sind, müssen sie einsehen, daß die Nomination von Hayes für die Partei bessere Aussichten eröffnet. Hayes ist politisch

nicht so sehr bedeutend, aber er steht persönlich rein da und seine Partei wird an ihm nichts zu vertheidigen haben, als eben seine verhältnißmäßige Unbedeutendheit. Er ist weder mit der Grantschen Administration, noch mit den Sünden und Mißgriffen der republikanischen Congresse in einer Weise identificirt, daß man ihn persönlich mehr dafür verantwortlich machen könnte, als irgend einen republikanischen Hinz oder Kunz. Auf der andern Seite ist er aber auch durchaus kein Mann, von dem man erwarten könnte, daß er dem Reformgedanken genügenden Ausdruck zu geben vermöchte. Das Schicksal von Hayes und der republikanischen Partei wird in Saint-Louis entschieden werden. Die demokratische Partei und ihre Nationalconvention haben, das mögen sie sich gesagt sein lassen, jetzt jedenfalls eine schwierigere Aufgabe, als sie gehabt hätten, falls Blaine, Morton oder Conkling in Cincinnati nominirt worden wären. Die Parteivorurtheile der Republikaner wären durch die Demokraten viel leichter zu überwinden gewesen, wenn es sich um einen so ausgesprochenen Repräsentanten der Corruption und Mißregierung gehandelt hätte, wie die oben genannten drei Persönlichkeiten es sind. Um die Stimmen von Hayes abzuziehen, muß die Demokratie viel besser dastehen, als es nothwendig gewesen wäre, um sie von Blaine, Morton und Conkling abzuziehen."

Aehnliche Erwägungen herrschten denn auch in der Nationalconvention der demokratischen Partei vor, welche am 27. Juni zu Saint-Louis unter dem Vorsitze von John A. M'Clernand aus Illinois tagte. Von den vorgeschlagenen Präsidentschaftscandidaten Thomas Francis Bayard aus Delaware, Thomas A. Hendricks aus Indiana, Winfield Scott Hancock aus Pennsylvanien, William T. Allen aus Ohio und Samuel J. Tilden aus New-York erhielt der letztere ohne großen Kampf, schon beim zweiten Wahlgange, von 738 Stimmen die nach demokratischem Gebrauche erforderliche Zweidrittel-Majorität zur Nomination für das Präsidentenamt; für das Amt des Vicepräsidenten wurde aber der ebengenannte Hendricks nominirt. Beide Candidaten, Tilden sowohl wie Hendricks, waren in den weitesten Kreisen, selbst in Europa, bekannt; während dieser ein entschiedener Anhänger des Papiergeldsystems und deshalb den „Inflationisten", den Ver-

theidigern des uneinlösbaren Papiergeldes, genehm war, wurde jener, da er sich der Wiederaufnahme der Baarzahlung günstig gezeigt, seit einiger Zeit zu den Reformdemokraten gezählt. Die Zusammenstellung dieser beiden Männer, welche in der wichtigen Geldfrage einen so heterogenen Standpunkt einnahmen, konnte nur aus dem Streben der demokratischen Nationalconvention erklärt werden, die beiden Flügel der demokratischen Partei, die Hartgeldmänner und die Papiergeldmänner, für den Präsidentenkampf zu vereinigen. Der Versuch, ungleiche Interessen auf diese Weise miteinander in Harmonie zu bringen, war immerhin ein sehr gewagter und glich nur zu sehr der von der Reformpartei bekämpften „Maschinenpolitik“. Anerkannt aber mußte werden, daß die Demokraten in Samuel J. Tilden den Republikanern gegenüber den stärksten und besten Candidaten für die Präsidentschaft aufgestellt hatten, den sie überhaupt in ihren Reihen aufweisen konnten. Tildens politische Vergangenheit war allerdings nicht ganz makelfrei, da er während des Secessionskrieges starke Sympathie für die Rebellen gezeigt und der berüchtigten Tammanyhall-Clique in New-York nicht fern gestanden; allein in den letzten Jahren hatte er als Gouverneur von New-York sich als fähiger Administrativbeamter bewährt und das dortige schwindelhafte Ringwesen mit Energie und Erfolg bekämpft. Unter allen Umständen war er einer der erfahrensten und geschicktesten Parteipolitiker der Vereinigten Staaten, wie dies schon der ihm vom Volksmunde gegebene Beiname „aalglatter Samuel“ (slippery Sam) andeutet. Wie übrigens bei den Republikanern Hayes den Westen und Wheeler den Osten der Union repräsentirte, so durfte bei den Demokraten Tilden als Vertreter des Ostens und Hendricks als der des Westens angesehen werden.

Was nun die Wahlmanifeste anbetrifft, welche von den Republikanern in Cincinnati und von den Demokraten in Saint-Louis angenommen wurden, so ließen beide manches zu wünschen übrig. Die beiden Cardinalpunkte, um die es sich vorzugsweise bei der Präsidentenwahl handelte, die Geldfrage und die Aemterfrage, waren weder in dem republikanischen, noch in dem demokratischen Manifest klar und deutlich genug hingestellt worden. Beide Manifeste oder „Platformen“

empfahlen die „Wiederaufnahme der Baarzahlung" (resumption of specie payments), aber in gewundener, theils sogar widersprechender Manier. Die Ausdrucksweise der Republikaner ließ sich indeß entschieden in einem günstigern Sinne deuten als die der Demokraten, denn sie enthielt durchaus nichts, was der Hartgeldpolitik feindlich war, ganz abgesehen davon, daß die große Mehrzahl der Mitglieder der republikanischen Partei dieser Politik seit Jahren günstig gewesen war. Die republikanische Platform verhieß nämlich die „Einlösung der Banknoten der Vereinigten Staaten in klingender Münze (redemption of the United States notes in coin) zu einem möglichst frühen Zeitpunkte" (at the earliest practicable period), und dieser Zeitpunkt sollte herbeigeführt werden „durch ein andauerndes und ständiges Fortschreiten zur Baarzahlung" (by a continuous and steady progress to specie payment). Diese Worte klangen schon ganz gut, es wäre jedoch noch besser und deutlicher gewesen, wenn man jenen „möglichst frühen Zeitpunkt" ganz genau fixirt hätte und zwar im Einklange mit dem vom Präsidenten Grant sanctionirten Congreßbeschluß vom Jahre 1875, wonach die Wiederaufnahme der Baarzahlung mit dem 1. Januar 1879 beginnen sollte. Die Ausdrucksweise der demokratischen Platform war dagegen offenbar widerspruchsvoll; denn wenn sie auch nicht ganz mit Unrecht die zögernde Schwäche der republikanischen Finanzpolitik tadelte und sich im Princip gegen das System des uneinlösbaren Papiergeldes aussprach, so enthielt sie doch kein einziges Wort, welches die Inflationsketzerei und Papiergeldtheorie der demokratischen Majorität verurtheilte; vielmehr erklärte sie das ebenerwähnte Gesetz von 1875 für ein „Hinderniß" (hinderance) der Baarzahlung und verlangte energisch dessen „Wiederaufhebung" (repeal), wollte mithin die Wiederaufnahme der Baarzahlung ausdrücklich noch über das Jahr 1879 hinaus verschoben wissen. Es war dies jedenfalls eine wunderbare Hartgeldpolitik, die sich einerseits für Wiederaufnahme der Baarzahlung aussprach, andererseits aber das einzige Gesetz widerrufen wollte, welches die Rückkehr zur Hartgeldzahlung anbahnte und die Mittel und Wege dazu, wenn auch in mangelhafter Weise, bestimmte. Jeder Unbefangene mußte zugeben, daß diese Handlungsweise der demokratischen Partei

ein unwürdiges, heuchlerisches Spiel mit einer, die höchsten Interessen der amerikanischen Nation berührenden Frage war, nur unternommen, um den starken Inflationsflügel der Demokratie zu gewinnen. Eine Platform, die vorgab, für die Wiederaufnahme der Baarzahlung zu sein, und die zu gleicher Zeit das gesetzliche Bollwerk niederriß, welches die Wiederaufnahme forderte und durch Fixirung eines genau bestimmten Zeitpunktes (1. Januar 1879) zu sichern suchte, glich mehr einer politischen Fliegenklappe als einem staatsmännischen Document. Mit dieser sich widersprechenden Platform der demokratischen Partei stand aber, wie bereits angedeutet, die Nomination der demokratischen Präsidentschaftscandidaten vollständig im Einklange: dem Hartgeldmanne Samuel J. Tilden aus dem Osten war der Inflationist Thomas A. Hendricks aus dem Westen zur Seite gesetzt. Ganz anders verhielt es sich auch hier mit den republikanischen Präsidentschaftscandidaten; sowohl Rutherford B. Hayes wie William A. Wheeler waren anerkannte und zuverlässige Anhänger der Hartgeldtheorie. Die Versprechungen hinsichtlich der Durchführung von Reform im Aemterwesen waren in beiden Wahlprogrammen nahezu gleich allgemein gehalten und darum ungenügend.

Außer der Geld- und Aemterfrage berührten beide Platformen die in den letzten Jahren brennend gewordene Chinesenfrage und die Polygamie der Mormonen. Während sie die Unsittlichkeit der letztern verurtheilten und die Polygamie überhaupt in der Union ganz abgeschafft wissen wollten, empfahlen sie der massenhaften mongolischen Einwanderung gegenüber eine weise und zeitgemäße Gesetzgebung. Es waren aber vorzugsweise die am Stillen Meere gelegenen Unionsstaaten, die sich über die demoralisirende Einwirkung der Chineseneinwanderung beklagten; auch hatte der Congreß bereits Schritte gethan, welche eine Lösung der Chinesenfrage ernstlich verlangten. Ebenso erhielt im Jahre 1877 das Mormonenthum einen harten Schlag, indem sich durch gerichtliche Untersuchungen herausstellte, daß das in der ersten Hälfte des Septembermonats 1857 zu Mountain-Meadow im Territorium Utah geschehene grausenhafte Blutbad, in welchem 120 Emigranten kaltblütig ermordet wurden, von den Mormonen geplant und von ihnen im Verein mit einigen Indianerhorden ausgeführt

worden war. Am 23. März 1877 wurde denn auch einer der Haupträdelsführer bei jener Unthat, der Mormonenälteste John D. Lee, standrechtlich auf demselben Platze, wo das Verbrechen vor etwa 20 Jahren vollbracht wurde, hingerichtet.

Hinsichtlich der Schul- und Kirchenfrage, die, Dank der ultramontanen Propaganda, auch in den Vereinigten Staaten immer mehr in den Vordergrund gedrängt worden war, verlangten die Republikaner in ihrem Wahlprogramm energisch den Schutz des Freischulsystems, und forderten zu dem Ende ein neues Amendement zur Bundesverfassung, wodurch der böse Einfluß alles religiösen Sektenwesens verhindert und unmöglich gemacht werden sollte; die Demokraten gingen in diesem Punkte scheinbar noch weiter, indem sie „der bürgerlichen und religiösen Freiheit wegen" (for the sake alike of civil and religious freedom) eine „vollständige Trennung von Kirche und Staat" (total separation of Church and State) für wünschenswerth erklärten. Wenn man indeß erwägt, daß die römisch-katholische Partei in der nordamerikanischen Union seit längerer Zeit mit den Demokraten liebäugelte, so dürfte die Annahme nicht ungerechtfertigt sein, daß es der demokratischen Partei mit ihrem Verlangen nach einer vollständigen Trennung von Kirche und Staat weniger auf die Aufstellung eines freisinnigen Princips, als auf die Gewinnung von römisch-katholischen und ultramontanen Stimmen ankam, da bekanntlich die Papstkirche einer solchen Trennung nicht abhold ist, weil durch sie die Kirche von der Oberaufsicht des Staates befreit wird. Zu loben war in der republikanischen Platform, daß sie auf Einschränkung der übermäßigen Landverschenkungen an Eisenbahngesellschaften drang, daß sie die Versöhnung der alten Gegensätze und des alten Haders zwischen den Süd- und Nordstaaten angelegentlich empfahl und die nationale Einheit der Union eindringlich hervorhob. In letzterer Beziehung muß übrigens auch rühmend erwähnt werden, daß die demokratische Partei in ihrem Wahlmanifest sich offen gegen alle Sondergelüste erklärte, daß sie sämmtliche Amendements zur Bundesconstitution als eine „endgültige Schlichtung" (a final settlement) der durch den Bürgerkrieg hervorgerufenen Streitigkeiten anerkannte und sich damit rückhaltslos auf den

Boden der durch die Beendigung des Secessionskrieges und die Unterwerfung der Südstaaten gegebenen Thatsachen stellte. Eine recht zeitgemäße Forderung enthielt endlich noch das Programm der Demokraten in dem Verlangen, daß die in den Vereinigten Staaten herrschenden übermäßig hohen Schutzzolltarife (nahezu 4000 verschiedene Handelsartikel waren mit mehr oder minder hohem Zolle belegt) abgemindert, resp. aufgehoben werden möchten. Bemerkt muß hierbei allerdings werden, daß die Union ohne jeden Schutzzoll, wenn auch nur in der Form des Finanzzolles, fürs erste nicht wohl wird auskommen können, da die Hauptrevenuen der Centralregierung in Zolleinnahmen bestehen. Schließlich sei noch kurz hervorgehoben, daß beide Wahlmanifeste vielfach zu heftige Anklagen der Parteien gegen einander enthielten.

Obschon nun die politischen Platformen, wie ein im Staate Illinois erscheinendes deutsch-amerikanisches Blatt: „Der Stern des Westens", sich einmal ausdrückte, „meistens nur gezimmert werden, um nach vollbrachter Wahl wieder abgebrochen zu werden, wie etwa ein bei feierlichen Gelegenheiten errichteter Triumphbogen", so sind sie doch keineswegs ohne alle praktische Bedeutung. Einestheils gelten sie immerhin eine Zeit lang als die in gedrängter Uebersicht zusammengefaßten Grundsätze und Ziele einer großen politischen Partei und werden als solche während des Wahlkampfes in öffentlichen Versammlungen und in der Presse von den verschiedensten Seiten beleuchtet, angegriffen und vertheidigt; anderntheils bringen sie in der That bis zu einem nicht geringen Grade die Wünsche und Hoffnungen zum Ausdruck, die von vielen Bürgern in Bezug auf die öffentlichen Zustände des Landes in ehrlicher und aufrichtiger Weise gehegt und gepflegt werden. Dies konnte nun auch mit Recht von den vorstehend charakterisirten Platformen der republikanischen und demokratischen Partei gesagt werden; denn beide waren darauf berechnet, die brennendsten Tagesfragen vom Standpunkte der Reform und des Fortschrittes aus hervorzuheben. Die Hauptsache aber war und blieb die Persönlichkeit des künftigen Trägers der amerikanischen Politik, der Charakter und der innere Werth des zu erwählenden Präsidenten. Aus diesem Grunde lautete

denn auch bald nach Vertagung der Nationalconventionen zu Cincinnati und Saint-Louis das Feldgeschrei der beiden großen Parteien in den Vereinigten Staaten: „Hie Hayes!“ — „Hie Tilden!“ Beide Männer waren sich, was Naturanlage und Charaktereigenschaften anbetraf, in vielen Punkten sehr ungleich. Während sich Samuel J. Tilden von New-York den Ruf eines kühlen, klug berechnenden Politikers, der sich in seinen mündlichen und schriftlichen Aeußerungen und Kundgebungen so leicht keine Blößen giebt, erworben, und durch seine Reformsiege im Staate New-York bereits reiche Lorbern errungen hatte, erschien Rutherford B. Hayes von Ohio mehr als ein zurückhaltender bescheidener, aber wohlwollender und klar blickender Westländer (Western man), der, den Eingebungen weiser Mäßigung folgend, die Frontlinien hitziger Kämpfe mied, ohne jedoch, wenn es sein mußte, dem Entscheidungskampfe zaghaft auszuweichen. Tildens Kämpfe mit den corrupten Gesellschaften oder „Ringen“ in New-York brachten ihm zwar vielfachen Ruhm und die Anerkennung der Reformpartei, aber auch bittere Feindschaften und unversöhnlichen Haß ein; Hayes hatte bis dahin weniger Gelegenheit gehabt, sich in einer solchen Weise hervorzuthun, wie Tilden es gethan; deshalb war er auch von seinen Gegnern weniger gehaßt als Tilden. Beide Präsidentschaftscandidaten hatten natürlich ihre schwachen Seiten, die von den Parteigegnern während des Wahlkampfes unter der Vergrößerungsloupe gesehen und in Wort, Schrift und Bild hervorgehoben wurden. Tilden war kein junger Mann mehr, er zählte 64 Jahre, und war außerdem von schwacher Gesundheit; das letztere Moment war insofern nicht außer Acht zu lassen, als bei seinem etwa bald eintretenden Tode der Inflationist Hendricks, falls die Demokraten den Sieg davon trugen, den Präsidentenstuhl bestiegen haben würde. Hayes dagegen stand in den kräftigsten Mannesjahren und war zur Ertragung geistiger und körperlicher Strapazen wohl geschickt. Das Ringen um die Präsidentenwürde der Union darf aber als keine ganz leichte Aufgabe angesehen werden; den alten Horace Greeley brachte es im Jahre 1872 vorzeitig in die Grube, und James G. Blaine, der so nahe daran war, in Cincinnati die Nomination für die Präsidentenwürde zu erhalten,

war durch die voraufgegangenen parlamentarischen Kämpfe und die daraufffolgende Aufregung körperlich und geistig so angegriffen, daß man längere Zeit daran zweifelte, ob er jemals seine frühere Spannkraft und Frische des Geistes wiederbekommen würde. Nach den bis dahin gemachten Erfahrungen hatte es den Anschein, als wenn Tilden seinem jüngern Rivalen an geistiger Fähigkeit und staatsmännischer Gewandtheit überlegen und im Ganzen ein bedeutender Mann sei; dafür hatte aber Hayes in seiner verhältnißmäßig kurzen, jedoch nicht unrühmlichen politischen Carriere sich niemals dem oft gegen Tilden geäußerten Verdachte ausgesetzt, ein sogenannter Maschinenpolitiker oder gar Demagoge zu sein. Daß Tilden aus seiner Reformthätigkeit als Gouverneur von New-York politisches Kapital herauszuschlagen verstand, und daß die demokratische Partei, deren Wahlmanifest mit verstimmender Absichtlichkeit das Wort „Reform" fast an der Spitze eines jeden Satzes trug, unter diesem Zeichen zu siegen gedachte, leuchtete auch dem Unbefangensten ein; Hayes, der stets mit den bessern und besten republikanischen Elementen identificirt, aber niemals in schmutzige Corruptionsfehden verwickelt war, konnte sich ähnlicher Manöver bei seinem Wahlfeldzugsplan nicht bedienen. Wenn man Hayes zum Vorwurfe machte, daß die ganze republikanische Partei, nicht nur die der unabhängigen Reformpartei angehörigen Republikaner, wie z. B. Bristow, Schurz, Hecker, William C. Bryant u. s. w., sondern auch die Grant, Morton und Conkling für ihn in die Schranken traten, so zeigte sich dasselbe unangenehme Moment der Verschmelzung heterogener Elemente in der eigenen Parteifamilie auch auf demokratischer Seite ebenso auffällig, da hier die Inflationisten und die heimlichen Anhänger der Secessionstheorie ebenso eifrige Vorkämpfer für Tilden waren, wie die demokratischen Hartgeldleute und die aufrichtig bekehrten Rebellen.

Mit der Nomination von Hayes und Wheeler erklärten sich allerdings, kaum nennenswerthe Ausnahmen abgerechnet, alle Mitglieder der republikanischen Partei einverstanden; auch viele der unabhängigen Republikaner, welche an der „freien Conferenz" zu New-York theilgenommen oder deren Beschlüssen beigestimmt hatten, sowie die Organe der republikanischen Partei erklärten bald nach der Nationalconvention

von Cincinnati, daß Herrn Rutherford B. Hayes zunächst nichts weiter zu thun übrig bleibe, als durch seinen Annahmebrief (letter of acceptance) die Mängel der republikanischen Platform zu tilgen und über seine eigene persönliche Stellung zu den brennenden Tagesfragen dem Volke der Vereinigten Staaten direct und in klarer, nicht mißzuverstehender Weise die nöthigen Aufschlüsse zu geben. Dies geschah denn auch. Am 8. Juli 1876 veröffentlichte Hayes von Columbus, der Hauptstadt des Staates Ohio, aus das Schreiben, in welchem er dem Präsidenten der Cincinnatier Nationalconvention die Annahme der Nomination für das Präsidentenamt anzeigte. Diesem Aktenstücke, welches als eine dauernde Bürgschaft für den persönlichen Werth und den Charakter des sich um das Präsidentenamt bewerbenden Candidaten gelten durfte und deshalb höher anzuschlagen war, als ein phrasenhaftes Parteiprogramm, entnehmen wir nachstehend die wesentlichsten Punkte, welche sich auf die Aemter-, die Finanz- und die Südfrage beziehen. Gouverneur Hayes sagte u. A.: „Die in der republikanischen Nationalconvention zu Cincinnati gefaßten Beschlüsse stimmen mit meinen Anschauungen überein und ich billige die darin ausgesprochenen Grundsätze aus vollster Ueberzeugung. Einige der gefaßten Beschlüsse enthalten indessen so wichtige Fragen, daß ich es für angezeigt erachte, meine Ansichten darüber in aller Kürze noch besonders auszusprechen. So hat z. B. die fünfte von der Convention angenommene Resolution eine ganz hervorragende Bedeutung. Seit länger als 40 Jahren hat sich in den Vereinigten Staaten ein System der Aemtervertheilung entwickelt, dessen Basis die unselige Maxime ist: ‚Den Siegern gehört die Beute‘ (to the victors belong the spoils). Die alte und die wahre Regel, daß Ehrlichkeit, Fähigkeit und Charaktertreue einzig und allein einen Mann für ein öffentliches Amt qualificiren, wich allmählich der Idee, daß vor Allem Parteidienste (party services) zu einem Staatsamte befähigen. Alle politischen Parteien adoptirten, sobald sie die Macht in Händen hatten, dies System. Dasselbe ist, seit seiner ersten Einführung, wesentlich modificirt worden, aber nicht zum Bessern. Anfangs bewirkte der Präsident der Union theils direct, theils indirect durch die Vorsteher der einzelnen Regierungsbranchen alle Aemterernennungen; im Laufe der

Zeit aber ging in vielen Fällen diese Aemterernennungsgewalt (the appointing power) in die Hände der Mitglieder der legislativen Gewalt, des Congresses, über. In diesen Fällen wurden die Staatsämter nicht sowohl Belohnungen für der Partei geleistete Dienste, als vielmehr Belohnungen für Dienste, welche den einzelnen Führern der Partei geleistet waren. Dies System zerstört aber die nothwendige Unabhängigkeit der einzelnen Regierungsdepartements. Es fördert directe Ausschweifung (extravagance) und Unfähigkeit für den öffentlichen Dienst. Es ist eine Versuchung zur Unehrlichkeit; es hindert und hemmt die sorgsame Beaufsichtigung und die Verantwortlichkeit, wodurch allein ein treuer und zuverlässiger Staatsdienst gesichert werden kann; es erschwert eine schnelle und prompte Bestrafung unwürdiger Aemterinhaber und macht sie oft unmöglich; unter allen Umständen würdigt es den Staatsdienst und den Charakter der Regierung herab. Es muß abgeschafft werden, und die betreffende Reform sollte gründlich, radikal und vollständig (thorough, radical and complete) sein. Wir müssen zu den Grundsätzen und der Praxis der Gründer unserer Republik zurückkehren. Das Gesetz muß hier, wenn es nöthig ist, bestimmen, was früher durch die Sitte geregelt war. Die Gründer unsers Gemeinwesens erwarteten weder, noch verlangten sie von den Staatsdienern Parteidienste. Sie waren der Ansicht, daß die Staatsdiener ihre ganze Kraft der Regierung und dem Volke widmen müßten. Sie meinten, der Inhaber eines öffentlichen Amtes müsse dasselbe so lange behalten, als sein persönlicher Charakter unbefleckt und seine Pflichterfüllung eine gewissenhafte und genügende wäre. Wenn ich erwählt werde, werde ich als Präsident nach diesen Grundsätzen handeln und alle mir durch die Verfassung zustehende Macht dazu anwenden, daß eine solche Reform ins Werk gesetzt werde."

In dieser einfachen, aber entschiedenen Weise sagte sich Hayes, indem er über die Aemterfrage sein politisches Credo ablegte, los von den corrupten und corrumpirenden Principien der Grant-Administration; er entsprach damit, theilweise fast wörtlich, in jeder Hinsicht den Wünschen und Erwartungen der unabhängigen Reformfreunde, die nach der Ansicht unwissender europäischer Scribenten gar keinen

Einfluß auf die Präsidentenwahl des Jahres 1876 ausgeübt haben sollten.

In Bezug auf die Finanzfrage nahm Hayes ebenfalls die Stellung der unabhängigen Reformfreunde ein und ergänzte die etwas lauwarme vierte Resolution des Wahlmanifestes der republikanischen Nationalconvention in folgender Weise: „In der Geldfrage habe ich meine Ansicht wiederholt öffentlich kundgethan;*) ich habe dieselbe nicht geändert. Ich bin der Ueberzeugung, daß alle Gesetze der Vereinigten Staaten, die sich auf die Bezahlung der öffentlichen Schuld, die sogenannten Legal-Tendernoten mit eingeschlossen, beziehen, der Unionsregierung die heilige moralische Verpflichtung auferlegen, die Bestimmungen dieser Gesetze gewissenhaft zu vollziehen. Es ist meine Ueberzeugung, daß das Gefühl der Unsicherheit und der Werthschwankung, welches von dem uneinlösbaren Papiergelde nicht zu trennen ist, eins der größten Hindernisse bildet, weshalb das öffentliche Vertrauen so langsam wiederkehrt und Handel und Wandel leiden. Diese Unsicherheit zu endigen, ist die Wiederaufnahme der Baarzahlung eins der wirksamsten Mittel. Je länger man es duldet, daß das Schwanken unsers gegenwärtigen Geldsystems fortdauert, desto größer wird der Schaden sein, der unsern volkswirthschaftlichen Zuständen und allen Schichten der Bevölkerung der Union zugefügt wird. Wenn ich erwählt werde, so werde ich jede Maßregel billigen, die hier heilend und bessernd einwirkt; niemals werde ich einen Rückschritt thun.“

Mit dieser letzten Aeußerung zielte Hayes auf den Passus in der demokratischen Platform, der die Aufhebung (repeal) des Congreßgesetzes vom Jahre 1875 verlangte, wonach die Wiederaufnahme der Baarzahlung mit dem 1. Januar 1879 beginnen sollte.

Neben der Aemter- und Geldfrage spielte die Südfrage, d. h. die Versöhnung der Nord- und Südstaaten der Union, die Hauptrolle bei der bevorstehenden nationalen Wahl. Es hatte sich nämlich im

*) Im Herbste des Jahres 1875 wurde Hayes gegen William T. Allen zum Gouverneur von Ohio gewählt; bei Gelegenheit des damaligen Wahlkampfes, in welchem er erfolgreich von Karl Schurz unterstützt wurde, entwickelte Hayes ausführlich seine Ansichten über die Finanzfrage.

Laufe der letzten Jahre bis zur Evidenz herausgestellt, daß die plötzliche, ganz unvermittelte, wesentlich aus militärischen Rücksichten so schnell vorgenommene Verleihung des activen und passiven Wahlrechts an die ungebildeten Neger ein verhängnißvoller legislatorischer Akt gewesen war; denn die Neger hatten sich als Staatenlenker und Parlamentsleute durchschnittlich vollständig unfähig bewiesen; ferner hatte die Unzahl politischer Abenteurer, die vom Norden nach dem Süden zogen und mit Hülfe der unwissenden Neger und geschützt von der republikanischen Administration schnell zu den höchsten Staatsämtern gelangten, die frühern Rebellenstaaten in hohem Grade physisch und moralisch ruinirt; endlich hatte die Grant-Verwaltung nahezu acht Jahre hindurch aus einseitigem Parteiinteresse in den meisten Südstaaten vielfach das Princip der Selbstregierung mit Füßen getreten, und statt der Herrschaft des Gesetzes die militärische Willkür eingeführt. So mußte es geschehen, daß eine vollständige Versöhnung zwischen dem Norden und Süden der Union nicht zu Stande kam, daß zwischen den Negern und dem weißen Element der südlichen Bevölkerung oft Conflicte eintraten, daß die demokratische Partei, welche das decentralisirende Princip der lokalen Selbstregierung stets auf ihr Banner geschrieben, in der Mehrzahl der Südstaaten allmählich wieder festen Boden faßte und die alte Herrschaft wiedergewann. Zum Heile der Union war es daher absolut nothwendig, daß der zügellosen republikanischen Wirthschaft, die seit Beendigung des Bürgerkrieges in den Südstaaten an der Tagesordnung war, ein Ende gemacht wurde. Seit geraumer Zeit, namentlich seit 1872, war dies von vielen der geachtetsten Mitglieder der republikanischen Partei selbst anerkannt worden, und aus diesem Grunde hatte auch die wesentlich durch Karl Schurz ins Leben gerufene Reformbewegung so bedeutende Dimensionen angenommen, daß die Demokraten sowohl wie die Republikaner auf ihren Nationalconventionen in Saint-Louis und in Cincinnati solche Präsidentschaftscandidaten aufstellten, die sich, im Einklang mit den betreffenden Platformen, nicht nur in der Aemter- und Geldfrage, sondern auch in der Südfrage für Reformmaßregeln aussprachen. Es war ferner eine unleugbare Thatsache, daß die demokratische Partei ihre Hauptstärke im Süden

der Union hatte und vornehmlich durch die südlichen Stimmen bei der Präsidentenwahl den Sieg zu erringen hoffte. Aus allen diesen Gründen verweilte Rutherford B. Hayes in seinem Annahmeschreiben, welches sonst ziemlich kurz gehalten war, verhältnißmäßig lange bei der Südfrage; er bemerkte in dieser Beziehung: „Der Beschluß der republikanischen Nationalconvention über die Frage der permanenten Beruhigung des Landes und der vollständigen Beschützung aller seiner Bürger im ungehinderten Besitze aller verfassungsmäßigen Rechte ist zeitgemäß und von großer Wichtigkeit. Die Lage der Südstaaten zieht die Aufmerksamkeit des Volkes der ganzen Union auf sich und ruft dessen Sympathie wach. Bei ihrer fortschreitenden Erholung von den Folgen des Krieges bedürfen sie zu allermeist einer intelligenten und ehrlichen Verwaltung, die alle Klassen der Bürger in allen ihren Privat- und politischen Rechten schützt. Der Süden bedarf vor allen Dingen des Friedens, und der Friede hängt von der Suprematie des Gesetzes ab (depends upon the supremacy of the law). Es kann kein dauernder Friede herrschen, wenn die verfassungsmäßigen Rechte eines Theils des Volkes gewohnheitsmäßig (habitually) mißachtet werden. Eine Trennung in politische Parteien, einzig und allein auf „sectionelle" Unterscheidungen hin (merely upon sectional lines), ist stets ein Unglück und wird sich als unheilvoll erweisen. Die Wohlfahrt des Südens hängt ebenso wie diejenige der übrigen Landestheile von den Vortheilen ab, die er der Arbeit, der Einwanderung und dem Kapital zu bieten vermag. Aber die Arbeiter werden nicht dorthin gehen und das Kapital wird sich nicht dorthin wenden, wo die Verfassung und die Gesetze hintenangesetzt werden und wo Verwirrung, Furcht und stete Aufregung an die Stelle der friedlichen und gesetzlichen Ordnung der Gesellschaft treten. Alle Theile der Verfassung sind unverletzlich und müssen als unverletzlich erachtet werden, die neuern Zusätze nicht weniger als die ältern Bestimmungen. Das moralische und materielle Gedeihen der südlichen Staaten kann am besten durch aufrichtige und großherzige Anerkennung der Rechte Aller durch Alle befördert werden, eine Anerkennung ohne Reserve oder Ausnahme (without reserve or exception). Wenn eine solche Anerkennung vollständig zugestanden ist, dann wird es von

praktischem Nutzen sein, durch den Einfluß aller legitimen Hülfsmittel der Centralregierung das Volk des Südens in seinen Bestrebungen zu fördern, eine ehrliche und fähige Lokalregierung zu erwerben. Wenn ich erwählt werden sollte, werde ich es nicht blos für meine Pflicht erachten, sondern es wird auch mein heißester Wunsch sein, auf dieses Resultat hinzuarbeiten. Erlauben Sie mir, meinen Landsleuten in den Südstaaten die Versicherung zu ertheilen, daß ich, wenn ich dazu berufen werde, eine Administration organisiren will, die bemüht sein wird, die Interessen der Weißen und der Farbigen, beider ohne Unterschied, zu wahren, und die alle Anstrengungen machen wird, um für immer den friedestörenden Unterschied zwischen dem Norden und Süden unsers gemeinsamen Vaterlandes zu verwischen.“ Wir heben noch hervor, daß Hayes auch in der Schulfrage die richtige Stellung einnahm, insofern er das Schulwesen von allem schädlichen Sektenunwesen befreit haben wollte. Den empfindlichsten Hieb versetzte er aber der Grant-Partei mit der freimüthigen Erklärung, daß er im Falle seiner Erwählung nach Ablauf des vierjährigen Amtstermins eine Wiedererwählung für einen zweiten Präsidentschaftstermin unter keinen Umständen annehmen würde. Die „New York Tribune“ erklärte diese Aeußerung für den „wahren Grundton der Reform“ (the true keynote of Reform).

In ähnlicher Weise wie Hayes, nur kürzer, erläuterte auch sein Mitcandidat William A. Wheeler seine Stellung in dem vom 15. Juli 1876 datirten Annahmeschreiben. Die auf die Finanzfrage bezügliche Stelle dieses Schreibens lautet also: „Als die einheitliche Existenz der Vereinigten Staaten bedroht war, übernahm die Union zu ihrer eigenen Rettung und Erhaltung öffentlichen Gläubigern gegenüber heilige Verpflichtungen; diese Verpflichtungen wurden sanctionirt durch das Leben und das Blut von Tausenden von braven Vaterlandsvertheidigern, und sie müssen daher mit eben solcher gewissenhaften Treue (religious faith) aufrecht erhalten und gewahrt werden, wie alle spätern darauf bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen. Nach meiner festen Ueberzeugung muß das Congreßgesetz vom 14. Januar 1875, welches die Wiederaufnahme der Baarzahlungen vom 1. Januar 1879

an bestimmt, unverbrüchlich gehalten werden; denn für die Wiedereinlösung der Vereinigten Staaten-Noten in hartem Gelde ist die Ehre unserer Nation verpfändet. Die Ehre der Republik also, Treue und Glauben, die unserm Volke schuldige Gerechtigkeit: dies alles erheischt die genaueste Erfüllung (the scrupulous observance) der eingegangenen Verpflichtungen, und zwar um so mehr, als die Wohlfahrt und ein dauerndes Gedeihen unserer Nation von ehrlichem Gelde, als der Basis aller finanziellen Unternehmungen, abhängig sind. Es ist die Pflicht des Congresses, das Gesetz vom 14. Januar 1875 so zu ergänzen, daß dessen stricte Ausführung möglich ist." In Bezug auf die Aemterfrage erklärte Wheeler: „Bei der Besetzung von Staatsämtern sollten nur Fähigkeit und Charaktertüchtigkeit entscheiden. Ein öffentliches Amt darf nur mit Rücksicht auf das Gemeinwohl, nicht aus Gründen des Privatvortheils verliehen werden." Dem Süden gegenüber wollte Wheeler ebenfalls eine auf Gerechtigkeit und Versöhnlichkeit gegründete Politik befolgt wissen.

Nach längerm Zögern veröffentlichten auch die demokratischen Präsidentschaftscandidaten Samuel J. Tilden und Thomas A. Hendricks die Briefe, in denen sie officiell die ihnen angetragenen Candidaturen für das Präsidentenamt und Vicepräsidentenamt annahmen und die Grundsätze entwickelten, welche sie nach ihrer Wahl zu befolgen gedachten. Das vom 31. Juli 1876 datirte Annahmeschreiben Tildens war sehr umfangreich, obschon es fast durchweg nur dieselben Punkte berührte, über die Hayes seine Ansichten kundgethan hatte. Man merkte es aber leicht den Ausführungen Tildens an, daß er sich in einer Lage befand, die es ihm schwierig machte, sich über manche Fragen so präcis und klar auszudrücken, wie es von seinem Gegner Hayes geschehen war. Tilden war eben ein Compromißcandidat. Der größere Theil seiner Partei, wie auch sein Mitcandidat Hendricks, war zu Gunsten des uneinlösbaren Papiergeldes. Es lag auf der Hand, daß es für ihn nicht leicht war, sich in der Geldfrage so auszusprechen, daß er seine persönliche Meinung aufrecht erhielt und doch die Mehrheit seiner Partei nicht verletzte. Er mußte eben als politischer Balancirkünstler auftreten und seine sprichwörtlich gewordene

„Schlauheit“ (shrewdness) beweisen, wobei er indeß Gefahr lief, statt die Rolle eines Führers, die eines Dieners der demokratischen Partei zu übernehmen.

Es würde übrigens ungerecht und nicht der Wahrheit entsprechend sein, wenn man das Annahmeschreiben Tildens für ein oberflächliches und seichtes Machwerk ausgeben wollte. War er doch ein gewandter und kluger Politiker, der die Verhältnisse in der Union und die Gefühle seiner Landsleute, namentlich seiner Parteigenossen, ganz genau kannte. Sein Schreiben ist daher, obschon es eine Menge trügerischer Sophismen und bestechender Allgemeinheiten enthielt, doch als ein mit feiner Berechnung, mit Kenntniß der Menschen und Zeitumstände und mit Scharfsinn abgefaßtes Document zu bezeichnen. Dasselbe trat scheinbar, d. h. mit langgewundenen Redensarten und schwülstigen Phrasen, nicht aber in Wirklichkeit für das Hartgeldsystem in die Schranken. Tilden erklärte, daß er und die demokratische Partei für die Wiederaufnahme der Baarzahlungen seien, und doch verwarf er mit voller Entschiedenheit das von einem, in seiner Mehrheit aus Republikanern zusammengesetzten Congreß erlassene Gesetz vom 14. Januar 1875. Er verwarf dieses Gesetz angeblich aus dem Grunde, weil dasselbe keine „weisen Vorbereitungsmaßregeln“ (no wise preparations) enthalte. In diesem Punkte hatte er nicht ganz unrecht; das genannte Gesetz enthielt solche „weise Vorbereitungsmaßregeln“ allerdings nicht. Aber daraus folgte doch noch keineswegs die Nothwendigkeit, daß dasselbe widerrufen werden mußte. Es war immerhin ein erfreulicher Schritt zum Bessern, daß wenigstens durch das Gesetz vom 14. Januar 1875 ein genauer Termin fixirt wurde, an welchem die so nothwendige und angeblich auch von den Demokraten herbeigesehnte Baarzahlung wieder beginnen sollte. Oder würde es etwa einem Wechselgläubiger, der die Zahlung eines Wechsels sehnlichst herbeiwünscht, als passend und zweckmäßig erscheinen, den in diesem Wechsel verzeichneten Zahlungstag auszustreichen oder zu entfernen und dem Schuldiger die Honorirung nach Belieben zu überlassen? War aber außerdem nicht Zeit genug vorhanden, „weise Vorbereitungen“ zur Erfüllung des Gesetzes vom 14. Januar 1875 zu treffen? Ein

das Hartgeldsystem aufrichtig befürwortender Congreß und ein dieses System ebenso aufrichtig billigender Präsident konnten in einem Zeitraume von zwei Jahren sehr wohl Mittel und Wege finden, dem verderblichen Papiergeldschwindel ein Ende zu machen und die Baarzahlungen mit dem 1. Januar 1879 eintreten zu lassen. Hatte doch selbst die „New-Yorker Staatszeitung", ein die Candidatur Tildens unterstützendes demokratisch gesinntes Blatt, kurze Zeit vor Tildens Nomination erklärt, „daß ein Widerruf des Gesetzes vom 14. Januar 1875 ohne gleichzeitige Annahme einer praktischen Baarzahlungsmaßregel ein Sieg der Inflationisten oder Papiergeldschwindler" wäre. Auffällig, ja über alle Maßen verdächtigend war aber der Umstand, daß gerade die demokratische Partei, welche in ihren Reihen die Anhänger der Inflation und der Repudiation, d. h. die Vertheidiger des Wortbruchs gegen die Staatsgläubiger der Union, zählte, nicht müde wurde und kein Mittel unversucht ließ, den Widerruf des Gesetzes vom 14. Januar 1875 durchzusetzen. Fand sich doch das Repräsentantenhaus des Congresses, in welchem die Demokraten seit Ende des Jahres 1875 in der Mehrzahl waren, veranlaßt, einen solchen Widerruf zu beschließen, und zwar bald nach der demokratischen Nationalconvention in Saint-Louis, welche Tilden für das Präsidentenamt nominirt hatte.*) In Anbetracht aller dieser Umstände war es kaum einem Zweifel unterworfen, daß, wenn die demokratische Partei bei der kommenden Präsidentenwahl siegte, sie die Wiederaufnahme der Baarzahlung selbst gegen den Willen Tildens, der doch schließlich nur ein Instrument in ihrer Hand war, ad calendas Graecas vertagen würde. Doch hören wir, was Tilden in seinem Annahmeschreiben über den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Baarzahlung zu sagen hatte:

*) Im Gegensatz zu den inflationistischen Bestrebungen der Demokraten brachte der republikanische Abgeordnete Chittenden aus New-York am 8. Januar 1877 im Repräsentantenhause des Congresses eine Bill ein, welche die Anbahnung der Baarzahlung bezweckte; und Präsident Grant sandte im Februar desselben Jahres, einen Monat vor dem Ende seines Amtstermins, eine Botschaft an den Congreß, welche die Wiederaufnahme der Baarzahlung sofort nach Ablauf seiner Präsidentur empfahl. Allein die Demokraten gingen darauf nicht ein.

„Der passende Zeitpunkt, die Baarzahlung zu gewinnen, ist der Moment, wenn weise Vorbereitungsmaßregeln die vollständige Fähigkeit haben heranreifen lassen, das beabsichtigte Ziel mit jener Gewißheit und Leichtigkeit zu erreichen, die am ersten geeignet sind, das gesunkene Vertrauen zu heben und den Unternehmungsgeist der Geschäftswelt zu beleben. Je schneller dieses Ziel erreicht werden kann, desto besser wird es sein. Selbst wenn alle Vorbereitungen getroffen worden sind, müßten bei Festsetzung des genauen Datums der Wiederaufnahme der Baarzahlung die bestehende Lage des Handels und des Kredits, im Inlande wie im Auslande, sowie die Wechselcurse auf den Wechselplätzen in Betracht gezogen werden. Die specifischen Maßregeln und die Festsetzung des Tages der Wiederaufnahme sind als Details der Ausführung von ewig wechselnden Zuständen (everchanging conditions) abhängig; dieselben gehören in das Gebiet praktisch-administrativer Staatsweisheit (practical administrative statesmanship)."

Aus diesen Worten Tildens ist deutlich zu erkennen, daß er für seine Person wünschte, daß mit der Baarzahlung bald begonnen werden möchte; dies sagte er, um möglichst viele Reformleute zu gewinnen. Damit er aber auch seine inflationistischen Freunde befriedigte, fügte er schnell hinzu, daß über die Fixirung der gewünschten Wiederaufnahme sich kaum etwas Bestimmtes sagen lasse, denn dies gehöre in „das Gebiet der praktisch-administrativen Staatsweisheit". Fragen wir aber, was er unter „practical administrative statesmanship" verstehe, so ließ er die Wähler darüber vollkommen im Zweifel; er empfahl nur, was alle Präsidentschaftscandidaten unter ähnlichen Umständen früher empfohlen hatten, nämlich: „öffentliche Sparsamkeit, officielle Einschränkungen und weise Finanzwirthschaft". Dies waren aber nur allgemeine, schön klingende Redensarten, nichts weiter. Den einzigen praktischen Schritt, der bisher zur Wiederaufnahme der Baarzahlung geschehen war, das mehrfach erwähnte Gesetz vom 14. Januar 1875, bezeichnete er als „eine grobe Täuschung" (a snare and delusion). So viel über Tildens Bemerkungen in Bezug auf die Geldfrage.

Was Tilden hinsichtlich der Aemterfrage äußerte, war noch viel schwächer; einen neuen Gedanken regte er nirgends an; auf den von

einem demokratischen Präsidenten zuerst eingeführten verderblichen Grundsatz, nur stricten Parteileuten die öffentlichen Aemter zu verleihen, ging er nicht ein, er begnügte sich damit, die „Abschaffung unnöthiger Aemter“ (abolition of unnecessary offices) anzurathen, eine „vorsichtige und sorgsame Organisation des Staatsdienstes“ zu empfehlen und die „Schwierigkeiten“ (difficulties) eines solchen Werks anzudeuten. Das constitutionelle Verbot einer Wiedererwählung zum Präsidentenamte hielt er, ebenso wie Hayes es gethan, für vortheilhaft. Wie aber die demokratische Partei in Bezug auf die Aemterfrage gesinnt war, dafür lieferte das zu jener Zeit gerade tagende Repräsentantenhaus des Congresses eine deutliche Illustration. Wie bereits bemerkt, hatten die Demokraten im Repräsentantenhause die Majorität; sie hatten deshalb nichts eiliger zu thun, als, getreu ihrer Maxime: „to the victors belong the spoils“, alle Aemter, über welche sie zu verfügen hatten, einzig und allein an ihre Parteigenossen zu vergeben.

Die wichtige Südfrage endlich besprach Tilden in seinem Annahmeschreiben in folgender Weise: „Ein nicht zu unterschätzender Grund, weshalb das Geschäftsleben in der Union darniederliegt, ist in der systematischen und unerträglichen Mißregierung, welcher die Südstaaten unterworfen sind, zu finden. Abgesehen von den natürlichen Wirkungen einer unwissenden und unehrlichen (ignorant and dishonest) Administration, sind die Südstaaten in betrügerischer Weise mit einer ungeheuern Last von Schuldverschreibungen (bonds) überbürdet; ein großer Theil des daraus gezogenen Geldes ist verschleudert oder gestohlen (wasted or stolen), und was davon noch übrig geblieben, ist kaum im Stande, den Bankrott oder die Repudiation (Zahlungsverweigerung) abzuwenden. Die Steuern sind durchschnittlich äußerst drückend; in einzelnen Fällen haben sie die ganze Einnahme verschlungen und den Verkaufswerth des Eigenthums total vernichtet.*)

*) Die obenstehende Darstellung Tildens von der Schuldüberbürdung und relativen Zahlungsunfähigkeit der Südstaaten war offenbar tendenziös aufgebauscht und agitatorischer Natur. Der officiell abgeschätzte Eigenthumswerth in den Staaten Virginien, Nord- und Südcarolina, Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana, Texas, Arkansas und Tennessee belief sich, wie

Es ist unmöglich, daß diese Uebelstände nicht auf das Gedeihen des ganzen Landes zurückwirken sollten. Die edlern Beweggründe der Humanität, verbunden mit dem materiellen Interesse Aller, verlangen, daß jedes Hinderniß, welches einer vollständigen und dauernden Versöhnung zwischen verwandten Theilen der Bevölkerung, die sich nicht in unnatürlicher Weise einander entfremdeten, noch im Wege steht, hinweggeräumt werde, und zwar auf einer Basis, wie sie in der (demokratischen) Platform von Saint-Louis und in der Constitution der Vereinigten Staaten mit ihren Amendements dargelegt wird. Diese letztern sind allgemein als eine endgültige Schlichtung der Streitfragen, die den Bürgerkrieg veranlaßten, angenommen; aber zur Förderung eines so wohlthätigen Resultats sollte der moralische Einfluß eines jeden guten Bürgers sowohl, wie die ganze Autorität der Regierung ausgeübt werden, nicht nur, um die Gleichheit vor dem Gesetze aufrecht zu erhalten, sondern auch um eine herzliche Brüderlichkeit (a cordial fraternity) und einen guten Willen zwischen den Bürgern herzustellen, die jetzt, was immer ihre Rasse oder Farbe sein mag, in dem einen Ziele einer gemeinschaftlichen Selbstregierung vereinigt sind. Sollte mir die Pflicht der Regierung übertragen werden, so werde ich nicht ermangeln, die Machtbefugnisse, mit denen die Verfassung und die Gesetze den obersten Executivbeamten des Landes ausgestattet haben, zum Schutze aller seiner Bürger, was immer deren frühere Lage ge-

die „New York Tribune“ vom 31. Januar 1877 angab, auf etwa 2000 Millionen Dollars. Die ganze anerkannte und nicht anerkannte (recognized and unrecognized) Schuld dieser elf Südstaaten betrug ungefähr 200 Millionen Dollars, wovon die 6prozentigen Zinsen sich auf nur 12 Millionen Dollars beliefen. Die besagten Staaten producirten aber an Baumwolle allein den Werth von 300 Millionen Dollars jährlich, eine Summe, durch die jene Staaten wohl allein in den Stand gesetzt waren, die 12 Millionen Dollars Zinsen zu zahlen. Eine Steuer von sechs Mills auf den Dollar wäre nicht zu drückend gewesen. Anerkannt muß aber werden, daß die „diebischen Reisetaschenträger“ (the thieving carpet-baggers) sich starke Betrügereien in Bezug auf den öffentlichen Staatsschatz hatten zu Schulden kommen lassen, und daß die ebengenannte Schuldsumme nicht gleichmäßig auf die elf Südstaaten vertheilt war; aber darum war die Repudiation doch nicht gerechtfertigt.

wesen sein mag, in allen ihren politischen und persönlichen Rechten zu verwenden."

Das Vorstehende war alles, was Tilden in seinem sonst so langen und ausführlichen Annahmeschreiben über die verwickelte Südfrage zu sagen wußte. Von besonderm Gewicht darin war nur die Erklärung, daß auch nach seiner Ansicht die Amendements zur Bundesverfassung, welche den Negern die politischen Rechte einräumten, bindend sein müßten. Alles Uebrige war mehr oder weniger Phrase, namentlich der Passus, der über die „herzliche Brüderlichkeit" zwischen Farbigen und Weißen handelt. In mancher Hinsicht wahr, aber durchaus nicht neu, war, was er über die beklagenswerthe Finanzwirthschaft im Süden vorbrachte; leider aber wußte er auch nicht einmal andeutungsweise ein positives Besserungsmittel dieser elenden Zustände in Vorschlag zu bringen. Verlockend für das Ohr gewisser Demokraten klang indeß die unverblümte Drohung mit der Repudiation oder der Weigerung, die Staatsschulden der Südstaaten ehrlich zu bezahlen.

Dem unparteiischen Leser wird der Unterschied zwischen den Auslassungen der beiden Präsidentschaftscandidaten über die Südfrage sofort in die Augen springen. Beide beklagten die schlechte Wirthschaft, die unter der bisherigen republikanischen Regierung in den Südstaaten geherrscht hatte, beide wollten Maßregeln der Versöhnung anwenden, beide erkannten die Constitution mit ihren Amendements als die gesetzliche Grundlage ihres Handelns an; aber Hayes bewegte sich, wie wir gesehen haben, weit weniger in phrasenhaften Allgemeinheiten, als Tilden; während dieser in wohlfeiler Weise „herzliche Brüderschaft" empfahl, wo tief eingewurzelte Abneigung, wenn nicht Widerwillen und Haß, herrschte, wies jener mit praktischem Sinne darauf hin, daß man durch gesetzliche Ordnung und unter Wahrung des individuell sich entwickelnden socialen Lebens die Arbeit heben und Einwanderer und Kapital anziehen müsse. Im directen Gegensatze zu der Grantschen Parteiwillkür empfahl er die Frieden stiftende Suprematie des Gesetzes. Hayes beschwor nicht das Schreckbild der Repudiation herauf, sondern verlangte, daß von beiden Parteien alle unberechtigten sectionellen und particularistischen Neigungen und Vorurtheile ohne Rückhalt auf dem

Altare des gemeinsamen Vaterlandes geopfert würden, und daß die im Gesellschaftsleben wirksamen Kräfte sich der Gesammtheit dienstbar machten; er wollte keine sociale Gleichheit, wohl aber den socialen Fortschritt bei Aufrechterhaltung der Gleichheit Aller vor dem Gesetze; er appellirte nicht an die Leidenschaften des Südens, sondern drang auf die Harmonie zwischen den Einzelstaaten und der Centralregierung. So aber konnte nur ein wirklicher Staatsmann, kein einseitiger Parteipolitiker sprechen. Der Reformrepublikaner Hayes verleugnete in keiner Weise das demokratische Princip ungestörter localer Selbstregierung.

Auf das Annahmeschreiben von Thomas A. Hendrichs näher einzugehen ist nicht nöthig. Hendricks stellte sich ganz offen auf den einseitigen demokratischen Standpunkt und trat als der entschiedenste Gegner des Gesetzes vom 14. Januar 1875 auf; er verhehlte seine Sympathien für die Inflationisten sehr wenig, und war ganz außer Stande, irgendwie von einem höhern Gesichtspunkte aus die Lage der Dinge in den Vereinigten Staaten zu beurtheilen. Während Tilden mit großer Umsicht und Klugheit seine Ansichten entwickelte, appellirte Hendricks als ein ganz gewöhnlicher Tagespolitiker und Demagoge an die Vorurtheile und Leidenschaften der Wähler. Beide aber vergaßen, indem sie die republikanische Partei für die große Schuldenmasse der Vereinigten Staaten verantwortlich machten, daß die demokratischen Rebellen es in erster Linie gewesen waren, die durch Beginn des Secessionskrieges zu jener Schuldenhöhe die Veranlassung gaben, und daß die demokratischen Repräsentanten im Congreß im Jahre 1876 für die Südstaaten Millionen von Dollars als Schadenersatzansprüche aus eben diesem Kriege anmeldeten. Mit diesen Ersatzansprüchen stimmten allerdings die von Tilden empfohlene „öffentliche Sparsamkeit, officielle Einschränkungen und weise Finanzwirthschaft" sehr schlecht zusammen.

Unter solchen Umständen kann es denn nicht Wunder nehmen, wenn die demokratischen Reformversprechungen bei dem amerikanischen Volke vielfach keinen Glauben fanden. Nicht mit Unrecht erinnerte ein Aufruf, welchen die deutsch-amerikanischen Republikaner von Chicago, an deren Spitze Dr. Lorenz Brentano (früher amerikanischer Consul in Dresden, später Mitglied des Repräsentantenhauses des Congresses),

an die deutsch-amerikanischen Wähler erließen, daran, man müsse darauf gefaßt sein, daß nach einem demokratischen Nationalsiege die Kosten der vom Süden der Union begonnenen Rebellion in Form von Entschädigungsansprüchen des Südens dem Norden aufgebürdet und so die Steuerlasten ins Unendliche gesteigert werden möchten. „Noch ist die vollziehende Gewalt in den Händen der Republikaner", so hieß es in diesem Aufrufe, „und trotzdem sind in dem Städtchen Hamburg in Südcarolina von den Demokraten Greuelthaten verübt worden, wie wir sie von Bulgarien und Bosnien lesen. Man lasse die Demokraten in den Besitz der ganzen Regierung gelangen, man überlasse ihnen die Controle des öffentlichen Schatzes, den Oberbefehl über die bewaffnete Macht — und wir werden Zustände erleben, wie sie vor dem Rebellionskriege nicht schlimmer und verderblicher waren und wodurch alle Errungenschaften dieses blutigen Krieges wieder in Frage gestellt würden. Sollen wir daher der Partei vertrauen, welche einen natürlichen Widerwillen fühlt, die Schuld zu bezahlen, welche gemacht werden mußte, um den Krieg gegen die in die Praxis eingeführte Lehre von den „Staatenrechten" und dem „Secessionsrechte" zu führen? Der Partei, welche offen Repudiation, d. h. Wortbruch gegen die Staatsgläubiger, predigte? Der Partei, die das Papiergeld ins Unendliche vermehren wollte? Nein! Wir wollen derjenigen Partei vertrauen, unter deren Regierung die Nationalschuld zur Rettung der Union contrahirt wurde, welche es als ein Gebot der Ehre betrachtet, ihre in der Noth des Landes gemachten Zahlungsversprechen einzulösen, und die ihre Aufgabe nicht als gelöst ansieht, bis für jeden Papierzettel, der die Zahlung eines Dollars verspricht, ein wirklicher klingender Dollar bezahlt ist. Wir trauen keinem Tilden, an dessen Seite ein Hendricks steht, wir trauen keiner Partei, die in einer Hand uns Münze und in der andern Papier reicht, die Gold verspricht und zugleich den Widerruf des die Baarzahlung in bestimmte Aussicht stellenden Gesetzes verlangt! Wir vertrauen dem Rutherford B. Hayes, welcher vor weniger als Jahresfrist in seinem Heimathstaate Ohio den Wahlkampf für ehrliches Geld siegreich durchgefochten und dem in William A. Wheeler ein gleichgesinnter Kämpe zur Seite steht."

Nachdem die Annahmeschreiben der verschiedenen Präsidentschafts-candidaten veröffentlicht waren, nahm der Wahlkampf fast täglich größere Dimensionen an und wurde mit immer steigender Heftigkeit geführt. In der Presse und in Volksversammlungen wurden die Licht- und Schattenseiten der beiden mit einander ringenden großen Parteien lebhaft erörtert und die Vorzüge und Mängel der Candidaten in mehr oder minder grellen Farben dargestellt. Von ganz besonderm Interesse war dabei die Stellung, welche von den unabhängigen Reformfreunden eingenommen wurde. Da sowohl die republikanische, wie auch die demokratische Nationalconvention in ihren Beschlüssen den Wünschen und Forderungen der unabhängigen Bürger mehrfach Rechnung getragen hatte, so geschah es, daß einige der unabhängigen Reformfreunde sich für die demokratische Partei entschieden, während andere für die Candidaten der Republikaner in die Schranken traten. Es ist indeß unmöglich, hier auf alle die einzelnen Phasen und theilweise höchst unerquicklichen Ereignisse des Wahlkampfes näher einzugehen; es wird genügen, einige Hauptmomente desselben hervorzuheben, um so mehr, als die große Mehrzahl der Wahlreden und Wahlmanöver sich nicht wesentlich von einander unterschieden. Von beiden Parteien wurde „Reform“ als das Losungswort ausgegeben; jede Partei war bemüht, sich selbst und ihre Candidaten in ein möglichst gutes Licht zu stellen, die Gegner aber herabzusetzen.

Von den gegen Samuel J. Tilden vorgebrachten Anklagen sind etwa folgende der Erwähnung werth. Die „New York Tribune“ brachte ein von Tilden bei der Präsidentenwahl vom Jahre 1868 erlassenes, allerdings vertrauliches Wahlschreiben in Erinnerung, worin er als Vorsitzender des demokratischen Staatsausschusses von New-York sich in Verbindung mit den berüchtigten Schwindlern und Betrügern William M. Tweed und O'Brien als offenbarer Stimmenfälscher hinstellte. Alle republikanischen Zeitungen der Union brachten dieses Tilden schwer compromittirende Schreiben zum Abdruck, und dasselbe fand keine Widerlegung. Es konnte auch wahrscheinlich nicht widerlegt werden; wir finden das in Rede stehende Schreiben fast ganz so, wie es die Organe der republikanischen Partei im Sommer 1876 brachten, in dem Buche

von John H. Becker: „Die hundertjährige Republik". Das Beckersche Buch wurde aber im Winter 1874 auf 1875 geschrieben und lag bei Becker in keiner Weise eine besondere Animosität gegen Tilden vor. Im Jahre 1869, als der volle Umfang der von Tweed und Tilden im Jahre 1868 begangenen Wahlbetrügereien bekannt geworden war, schrieb der alte Horace Greeley in seiner „New York Tribune" einen offenen Brief an Tilden, in welchem er ihn öffentlich anklagte, ein Stimmenfälscher gewesen zu sein. Eine Stelle dieses offenen Briefes lautet also: „Ihr Name, Herr Tilden, wurde, ohne daß Sie Protest dagegen einlegten, in Circularen gebraucht, die im ganzen Staate verbreitet wurden, um die Versicherung zu geben, daß die von Tweed begangenen Wahlbetrügereien durch das ehrliche Votum der Landdistricte nicht unwirksam gemacht würden. Und Sie haben diese Betrügereien nicht allein durch Ihr Stillschweigen, sondern durch Ihre positive Genehmigung mit dem Mantel Ihrer Respectabilität gedeckt. Nach dem Gesetz, wonach der Hehler so schlecht ist wie der Stehler, sind Sie an dem Betruge ebenso viel schuld, als wenn Ihr Name Tweed oder O'Brien wäre."

Tilden hat es niemals gewagt, auf diesen offenen Brief Greeleys zu antworten. Man hätte 1876 die alte Sache vielleicht nicht wieder aufgerührt, wenn nicht die amerikanische Demokratie unter dem heuchlerischen Rufe „Reform! Reform!" zur Macht zu gelangen versucht und Tilden als ein Muster der Ehrlichkeit hingestellt hätte. Daß nun aber die demokratische Partei den Mann zu ihrem Bannerträger erkor, der das Volk des Staates New-York um sein Stimmrecht betrügen half, konnte den Sieg dieser Partei nicht wohl erleichtern. Wir übergehen eine ganze Reihe anderer schwerer Anklagen gegen Tildens Rechtschaffenheit, um so mehr, als sie, theilweise wenigstens, widerlegt wurden; nur eine heben wir noch hervor, weil sie von höchst achtbarer Seite kam und keine Widerlegung fand. In einer großen Volksversammlung, die Ende Juli 1876 in New-York abgehalten wurde, trat unter anderen bedeutenden Persönlichkeiten auch der deutsche Exgouverneur Salomon für Hayes und Wheeler und gegen Tilden und Hendricks auf und entwickelte in einer längern, mit großem Beifall aufgenommenen und durch

Thatsachen unterstützten Rede, daß Tilden kein großes Recht habe, sich als demokratischer Reformer in dem gegen die Tweed-Wirthschaft und gegen den Tammany-Schwindel während der Jahre 1871 und 1872 unternommenen siegreichen Feldzuge hinzustellen; erst später, als die Hauptschlacht schon geschlagen war, habe er (Tilden) sich an die Spitze gestellt und seinen alten Bundesgenossen einen „Dieb" genannt. Bemerkenswerth ist es immerhin, daß derartige Anklagen und Beschuldigungen, wie sie in Masse gegen Tilden geschleudert wurden, gegen Hayes niemals vorgebracht worden sind; derselbe stand vielmehr, gerade wie sein Mitcandidat William A. Wheeler, während des ganzen Wahlkampfes als Politiker und als Privatmann rein und unbescholten da. Und wenn einmal eine schwache Anklage gegen seine Ehrlichkeit laut wurde, so fand dieselbe schnell und bündig ihre Widerlegung; die Hauptbedenken gegen seine Erwählung blieben stets, daß er keine solche Erfahrung besitze wie Tilden, und daß er nicht die nöthige Energie und Charakterstärke habe, um den Augiasstall der republikanischen Mißwirthschaft gründlich zu reinigen.

Die unabhängigen Reformfreunde waren, wie bereits angedeutet, unter sich gespalten; während so einflußreiche Deutsch-Amerikaner wie Gustav Körner, früher Lieutenant-Gouverneur von Illinois und unter Lincolns Präsidentschaft amerikanischer Gesandter am Hofe zu Madrid, General Franz Sigel und der hochgebildete Richter J. B. Stallo in Ohio sich zu Gunsten Tildens erklärten, hielten mit jugendlicher Energie die alten Freiheitskämpfer Friedrich Münch und Friedrich Hecker in Gemeinschaft mit Karl Schurz die Fahne von Hayes hoch. Körner stützte sich, wie er im „Stern des Westens" erklärte, auf einige Stellen der von der „freien Conferenz" zu New-York erlassenen Adresse, in der diejenigen Eigenschaften angegeben waren, welche die Candidaten für die höchsten Aemter der Union haben müßten; gerade diese Eigenschaften glaubte er in Tilden zu finden. Gegen ihn trat nun Karl Schurz in der „Westlichen Post" auf und erinnerte Körner daran, daß sich in der erwähnten Conferenzadresse auch folgender wichtige Satz befände: „Unser feierliches und oft wiederholtes Versprechen, alle von den Vereinigten Staaten eingegangenen nationalen Verbindlich-

keiten treu zu erfüllen, muß heilig gehalten werden, nicht allein durch Abzahlung des Kapitals und der Zinsen unserer fundirten Schuld, wenn sie fällig sind, sondern auch durch Abschaffung unserer uneinlösbaren Papiergeldwährung (irredeemable paper currency), welche nicht allein die Wiederkehr unserer Prosperität verhindert, sondern auch zur bestehenden Demoralisation mächtig beigetragen hat, spätestens zu der Zeit, welche durch das zu Recht bestehende Gesetz vom 14. Januar 1875 bestimmt ist." Schurz führte dann weiter aus, daß dieser von der „freien Conferenz" eingenommene Standpunkt nicht mit der von Tilden indossirten demokratischen Platform, die den Widerruf (repeal) des Gesetzes vom 14. Januar 1875 gebieterisch verlangte, in Einklang zu bringen sei, und sagte: „Gouverneur Körner muß wissen, daß die Forderung dieses Widerrufs nichts anderes ist als ein Compromiß zwischen Tilden und den Papiergeldleuten, und daß die Maiconferenz von New-York durch den citirten Paragraphen in schärffter Weise ein solches Compromiß als unsittlich und mit den wahren Interessen der Union unverträglich bezeichnete." Eine Widerlegung dieser Ausführungen von Schurz hat Körner aus guten Gründen nie unternommen.

Richter Stallo sagte in einem durch die Presse veröffentlichten Aufsatze über die Demokraten und Republikaner: „Beide Parteien sind im Laufe der Zeit heruntergekommen und durch die Corruption wurmstichig geworden. Dieser Niedergang rührt auf der einen Seite wie auf der andern daher, daß die Parteien andern Mächten, als denen, unter welchen sie sich gebildet hatten, anheimgefallen sind. Die demokratische Partei gerieth unter die Herrschaft des Sklavenwesens, die republikanische unter die des Industrieritterthums." Hier springt nun sofort ein großer Unterschied in die Augen, der Stallo bewog, sich für die Partei der Demokraten zu entscheiden, nämlich der, daß die Macht, welche lange Jahre hindurch die demokratische Partei als böser Dämon regiert hatte, die Negersklaverei, von Grund aus vernichtet sei und nur noch in der Erinnerung an die Vergangenheit existire. Nach der Ansicht Stallos und seiner politischen Parteifreunde war daher, wenn ein Wiedereinzug des alten, edeln Geistes der Demokratie in seine ursprüngliche organische Behausung überhaupt möglich war,

mit der Vernichtung der Negersklaverei der Raum für diesen Wiedereinzug gewonnen. „Es giebt“, so raisonnirten Stallo und Genossen weiter, „weder im Norden noch im Süden der Union irgend ein geschlossenes System von Interessen, welches der Wiederaufnahme der alten legitimen Arbeit der Demokratie im Wege stehen könnte. Und das Bedürfniß dieser Arbeit ist fast genau dasselbe wie vor 50 oder 55 Jahren. Wenn es damals darauf ankam, die Bildung von Monopolen und Privilegien zu verhindern, so handelt es sich jetzt darum, vorhandene Monopole und Privilegien zu zerstören. Wenn es damals galt, das Individuum wie den Staat vor willkürlichen Uebergriffen nationaler und sonstiger Regierungsgewalt zu schützen, so gilt es jetzt, beide von dem Banne dieser Uebergriffe zu befreien. Selbstregierung, Selbstbestimmung des Individuums wie der verschiedenen Abstufungen der politischen Gemeinde in ihren legitimen Lebenssphären ist heute wieder die Losung wie ehedem.“ Nach der Meinung derjenigen ehrlichen Reformfreunde, die der demokratischen Fahne folgten, war dies Verhältniß bei der republikanischen Partei geradezu umgekehrt. Der Dämon des republikanischen Centralismus, so glaubte man, lebe noch in ungeschwächter Kraft fort, da das Industrieritterthum in vollster Blüthe stehe: es gebe keinen alten republikanischen Geist, der in den Körper der Partei, selbst wenn letzterer seinen teuflischen Insassen los wäre, wieder einziehen könne; denn der lebensfähige Geist, der im Secessionskriege die republikanische Partei zum Siege geführt, habe nur die besondere Aufgabe gehabt, durch Zerstörung der Sklaverei die Union zu erhalten. Diese Aufgabe sei nun aber gelöst.

Es läßt sich nicht verkennen, daß in diesem Raisonnement der demokratischen Reformfreunde viel Wahres lag, und daher war es auch erklärlich, daß die Demokraten bei der Präsidentenwahl eine schwer zu erschütternde Machtstellung in allen Schichten und allen Bestandtheilen der aus den verschiedensten Nationalitäten zusammengesetzten Bevölkerung der Vereinigten Staaten einnahmen. Andererseits haftete aber, sobald man das Gebiet der theoretischen Schlußfolgerungen verließ und der rauhen Wirklichkeit ins Antlitz schaute, den erwähnten Ausführungen die Schwäche einseitiger Abstraction an. Das Institut

der Sklaverei als solches war zwar durch Annahme der betreffenden Amendements zur Bundesverfassung abgeschafft, aber die herrische, particularistische, das Decentralisationsprincip über Gebühr ausdehnende Tendenz der secessionistischen Staatsautonomie der früheren Sklavenbarone war in der demokratischen Partei durchaus noch nicht ganz erstorben. Daß diese Tendenz noch am Leben war, dafür sprachen leider zahlreiche traurige Thatsachen, indem in vielen Südstaaten Seitens der demokratischen Partei gesetzwidrige Schritte gethan wurden, die Neger von der Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Stimmrechtes abzuschrecken oder sie durch Drohungen zu bestimmen, gegen ihre Ueberzeugungen die demokratischen Candidaten zu wählen. Die lange gehegte Begierde, wieder einmal die Zügel der Herrschaft zu erfassen, siegreich ins Weiße Haus einzuziehen und Besitz von den fetten Bundesämtern zu nehmen, die so lange von den Republikanern verwaltet wurden, verführte viele der Herren Südländer dazu, die Maske des Friedens abzuwerfen und das alte beliebte Mobregiment, wie es in den Zeiten der Sklaverei im Schwunge war, von Neuem einzuführen. Freilich ließ sich auch das republikanische Carpetbaggerthum, namentlich im Staate Louisiana und Südcarolina, manche Ausschreitungen und ungesetzliche Handlungen zu Schulden kommen, die, wie wir sehen werden, nur zu bald zu verhängnißvollen Streitigkeiten Veranlassung geben sollten.

Wichtiger noch als die eben berührte Polemik zwischen Körner und Schurz sind zwei Briefe, die von zwei Mitgliedern des von der „freien Conferenz" eingesetzten Vollziehungsausschusses, den Herren Parke Godwin und Karl Schurz, in angesehenen Blättern veröffentlicht wurden. Die beiden Aktenstücke sind zu umfangreich, als daß wir sie hier in extenso wiedergeben könnten; wir müssen uns vielmehr mit einem kurzen Auszuge aus denselben begnügen. Parke Godwin trat, wie Körner, mit vollster Ueberzeugung und Entschiedenheit für den ihm seit vielen Jahren persönlich befreundeten Tilden auf, während Schurz mit großer Gründlichkeit die Sache von Hayes verfocht. Was nun zunächst den Brief von Parke Godwin anbetrifft, so wurde derselbe zuerst in der „New York Tribune", einem der Candidatur Hayes' günstigen Blatte, veröffentlicht und füllte daselbst mehr als fünf

Spalten. Godwin griff vor allem die republikanische Partei an und schilderte die durch dieselbe bis zur höchsten Blüthe getriebene Corruption in den glühendsten Farben; dabei unterließ er aber nicht, in kräftigen Zügen die Unehrlichkeit und Unfähigkeit der meisten demokratischen Führer und Politiker ebenfalls an den Pranger zu stellen. Seine Ausführungen waren lebhaft, aber fast durchweg durch unleugbare Thatsachen begründet. Er erblickte das einzige Heil der Union in der Erwählung von Gouverneur Tilden zum Präsidenten der Vereinigten Staaten; er gab sich der festen Hoffnung hin, daß dieser die Einsicht und die Kraft haben werde, sobald er den Präsidentenstuhl eingenommen, seine eigene Partei, die Demokraten, zu zügeln und auf den rechten Weg zu bringen; er vertraute, daß Tilden als oberster Beamter der Vereinigten Staaten dieselbe oder doch eine ganz ähnliche Reformpolitik befolgen werde, wie er sie in seiner Eigenschaft als Gouverneur von New-York in der letzten Zeit befolgt hatte. Unzweifelhaft idealisirte aber Godwin seinen Freund Tilden in nicht geringem Grade, während er die Fähigkeiten von Hayes, vielleicht weil er sie nicht genügend kannte, zu gering anschlug.

Wie Parke Godwin seinen wirkungsvollen Brief zuerst in einem republikanischen Blatte zum Abdruck brachte, so veröffentlichte Karl Schurz den seinigen zuerst in einer demokratischen Zeitung, der „New-Yorker Staatszeitung", indem er ihn an den Herausgeber und Eigenthümer dieses Blattes, Herrn Oswald Ottendorfer, richtete. Nachdem Schurz die Parteien der Demokraten und der Republikaner mit möglichster Ruhe und Objectivität charakterisirt und die beiden Präsidentschaftscandidaten miteinander verglichen hatte, schilderte er kurz das Streben der Reformpartei und schloß seinen ausführlichen Brief, der in mancher Hinsicht als eine Erwiderung auf das Godwinsche Schreiben angesehen werden durfte, also: „Ich will es wagen, ein Bild der nächsten Zukunft der Union zu entwerfen. Ich verspreche dem Volke der Vereinigten Staaten keine idealen politischen Zustände, wenn Gouverneur Hayes zum Präsidenten gewählt wird, aber so weit man über kommende Dinge überhaupt mit Sicherheit reden kann, nehme ich folgende drei Punkte als sicher an: 1. Gouverneur Hayes wird

als Präsident die ihm von der Verfassung verliehene Gewalt bestimmt dazu anwenden, in möglichst kurzer Zeit eine Wiederaufnahme der Baarzahlung zu bewirken; 2. er wird, getreu seinem Annahmeschreiben, gründlich mit den Mißbräuchen im Aemterwesen aufräumen und den Grundsatz, daß ‚den Siegern die Beute gehört‘, vollkommen illusorisch machen; 3. er wird nicht willkürlich, sondern dem Gesetze gemäß regieren und den Süden und Norden der Union zu versöhnen bemüht sein. Wenn aber die Demokraten den Sieg davontragen, so bin ich überzeugt, daß Folgendes geschehen wird: 1. Das Repräsentantenhaus wird eine ausgesprochene Papiergeldpolitik befolgen; Tilden wird, selbst wenn er will, nicht im Stande sein, eine Hartgeldpolitik praktisch ins Leben zu rufen; wenn er aber vor Ablauf seines Amtstermins sterben und Thomas A. Hendricks sein Nachfolger werden sollte, so werden die kühnsten Hoffnungen der Inflationisten in Erfüllung gehen; 2. Tilden wird im Aemterwesen aufräumen, aber nicht allein schlechte, sondern auch gute Beamte aus ihren Diensten entlassen; nach einigen Reformmaßregeln wird das alte Beutesystem wieder floriren, nur zum Vortheile der Demokraten; 3. Tilden und die bessern Führer der demokratischen Partei werden es nicht zu verhindern vermögen, daß im Süden der Union wieder böse Leidenschaften infolge des Parteisieges aufflammen, daß arge Excesse stattfinden und reactionäre Bestrebungen Wurzel fassen."

Im Ganzen waren beide Briefe, sowohl der von Godwin wie der von Schurz, werthvolle Beiträge zur politischen Literatur; sie zeichneten den Weg vor, wie sich politische Gegner mit voller Schärfe und Energie, und doch zugleich mit Anstand und Würde bekämpfen konnten; außerdem bewiesen die Briefe aber aufs Neue den mächtigen Einfluß der unabhängigen Reformpartei in beiden Lagern der mit einander ringenden Parteien.

Endlich kam der durch das Gesetz bestimmte Wahltag, d. h. der auf den ersten Montag im November folgende Dienstag, heran. Am 7. November 1876 fand in sämmtlichen Staaten (nicht in den Territorien) der Union die Erwählung der Electoren oder Wahlmänner statt, die ihrerseits den nächsten Präsidenten und Vicepräsidenten der Vereinigten Staaten zu erwählen hatten. Die Präsidentenwahl im

Centennialjahre der Nordamerikanischen Union sollte sich aber in mehr als einer Beziehung höchst merkwürdig und bedeutungsvoll gestalten. Die beiden großen Parteien, welche Präsidentschaftscandidaten ins Feld gestellt hatten, schrieben sich den Sieg bei der Electorenwahl zu; die constitutionellen Bestimmungen, welche die Wahl der höchsten Nationalbeamten regeln sollten, schienen für den vorliegenden Fall nicht ausreichend zu sein, und so gewann, während in der Alten Welt die öffentliche Aufmerksamkeit durch die orientalische Frage und die Entwickelung des blutigen Dramas auf der Balkanhalbinsel in Anspruch genommen wurde, auch jenseit des Atlantischen Oceans die Präsidentenfrage in den Vereinigten Staaten ein immer verwickelteres und drohenderes Ansehen. Ein definivties Ende des mit großer Erbitterung geführten Wahlkampfes, der ohne Zweifel nicht überall in regelrechter Weise und mit den lautersten Mitteln geführt worden, war auch nach dem 7. November (1876) gar nicht abzusehen. Da indeß die einschlagenden gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften ziemlich verwickelter Natur sind und selbst in amerikanischen Blättern oft nicht richtig dargestellt werden, so dürfte eine kurze und klare Darlegung derselben hier nicht unangebracht sein.

Für das Amt eines Präsidenten oder Vicepräsidenten der Vereinigten Staaten sind nur Bürger, die in der Nordamerikanischen Union geboren wurden, und keine Adoptivbürger, wie etwa Gustav Körner oder Karl Schurz, wählbar. Die Wahl selbst ist keine directe, sondern eine indirecte; Versuche, sie zu einer directen zu machen, sind bis dahin stets ohne Erfolg geblieben. Die Präsidentenwahlmänner oder Electoren werden in den einzelnen Unionsstaaten durch allgemeine Volkswahlen und zwar an einem und demselben Tage gewählt; dieser Wahltermin ist, wie oben gesagt, nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen der auf den ersten Montag im November des Wahljahres folgende Dienstag. Jeder Unionsstaat hat das Recht, so viele Wahlmänner zu wählen, als die Gesammtzahl seiner Bundessenatoren und Repräsentanten im Congreß zu Washington City ausmacht; auch ist es jedem einzelnen Unionsstaate freigestellt, die Normen festzusetzen, nach welchen er die Wahlmänner gewählt haben will.

Die Nordamerikanische Union besteht zur Zeit aus 38 Staaten, welche zusammen 369 Wahlmänner wählen. Die Territorien betheiligen sich an der Electorenwahl nicht. Der Amtstermin des Präsidenten dauert vier Jahre; der neugewählte Präsident muß sein Amt am 4. März, wenn dieser auf einen Sonntag fällt, am 5. März des auf die Electorenwahl folgenden Jahres antreten. Zu einer gültigen Präsidentenwahl ist die absolute Mehrheit der Gesammtzahl aller Wahlmänner erforderlich; für die Präsidentenwahl des Jahres 1876 waren mithin mindestens 185 Stimmen nöthig. Die Regierungen der einzelnen Unionsstaaten ertheilen den erwählten Wahlmännern die erforderliche Legitimation. Nach der Bundesverfassung und nach der 135. Section der revidirten Statuten der Vereinigten Staaten sollen die Wahlmänner sich in ihren respectiven Staaten am ersten Mittwoch des ihrer Erwählung oder Ernennung folgenden Monats December an dem dazu von den Staatsgesetzgebungen bezeichneten Orte (gewöhnlich am Sitze der Staatsregierung) versammeln und daselbst die Wahl des Präsidenten, resp. des Vicepräsidenten, mittelst Stimmzetteln vornehmen, und zwar in der Weise, daß für jeden der beiden genannten Beamten, die jedoch nicht beide Einwohner eines und desselben Unionsstaates sein dürfen, auf besondern Stimmzetteln abgestimmt wird. Sollte durch irgend einen Umstand eine Vacanz in der Electoren- oder Wahlmännerzahl eintreten, so gilt in den meisten Unionsstaaten die Regel, daß die übrigen Electoren diese Vacanz durch freie Wahl ausfüllen. Ueber das Ergebniß der Abstimmungen der Electoren wird ein dreifaches Protokoll mit genauer Angabe der abgegebenen Stimmen ausgefertigt und mit der Unterschrift der Electoren oder zum mindesten der Majorität derselben versehen; es werden davon zwei Exemplare versiegelt an den Präsidenten des Bundessenats in Washington befördert, nämlich eines sofort per Post und das andere bis spätestens zum ersten Mittwoch des darauffolgenden Januar durch einen besondern, von den Wahlmännern dazu beauftragten Boten. Das dritte Protokoll endlich wird auf demjenigen Bundes-Bezirksgericht niedergelegt, innerhalb dessen Gerichtsbarkeit die Abstimmung der Electoren stattgefunden hat.

So complicirt nun dieses Wahlsystem auch erscheint, so ist es doch in mancher Hinsicht nicht ausreichend; dies tritt deutlich hervor, wenn es sich, wie z. B. bei der Wahlmännerwahl von 1876, nur um eine einzige Wahlstimme oder um eine ganz kleine Mehrheit handelt. Bis jetzt ist es als ausgemacht betrachtet worden, daß die in den einzelnen Staaten gewählten Electoren unfehlbar demjenigen Präsidentschaftscandidaten ihre Stimmen geben werden, welcher von ihrer Partei nominirt worden ist. Es steht aber in der Macht eines jeden Wahlmannes, seine Stimme für irgend einen Beliebigen, also auch für den Candidaten der Gegenpartei, abzugeben. Nach der Constitution würde eine solche Stimme unbedingt gültig sein und die von dem betreffenden Elector betrogene Partei würde gesetzlich absolut keinen Regreß dagegen haben. Es liegt also bei einer solchen von einer oder wenigen Stimmen abhängigen Wahl die Möglichkeit corrupter Beeinflussung vor, um so mehr, als die Electoren im Wahlcollegium nicht offen, sondern mit geschlossenen Stimmzetteln votiren. Ein solcher Fall ist allerdings noch nicht vorgekommen, aber wer steht dafür, daß er nicht vorkommen kann, wenn es sich zur Entscheidung einer Präsidentenwahl nur um eine oder um sehr wenige Electoralstimmen handelt? Aber auch abgesehen von der Möglichkeit des Wortbruches und der Corruption könnten ein Elector oder mehrere sehr leicht, sei es aus freiem Willen oder wegen unvorhergesehener und unübersteiglicher Hindernisse, von dem Versammlungsorte des Wahlcollegiums fern bleiben. Es ist bereits einmal der Fall dagewesen, daß die Electoren des Staates Wisconsin infolge eines überaus heftigen Schneesturms an dem für die Versammlung des Wahlcollegiums gesetzlich bestimmten Tage in der Hauptstadt ihres Staates nicht eintreffen konnten, und die Zählung des Electoralvotums von Wisconsin wurde im Congreß beanstandet, weil das Wahlcollegium sich an einem andern als dem gesetzlich bestimmten Tage versammelt hatte. Damals war dieser fatale Umstand ohne Bedeutung, weil die Majorität für den erwählten Präsidenten so groß war, daß die Stimmen von Wisconsin daran nichts ändern konnten. Aber man denke sich, daß das ganze Wahlergebniß von diesen Stimmen abgehangen hätte, was dann? Nach dem streng

formellen Rechte hätten die Electorenstimmen Wisconsins sehr leicht ausgeworfen werden können, aber würde sich die thatsächlich siegreiche Partei damit zufrieden gegeben haben? Man sieht, von welchen Zufälligkeiten unter dem jetzigen Wahlsystem in den Vereinigten Staaten das Ergebniß einer dortigen Präsidentenwahl abhängen mag, und es ist zu hoffen, daß die in der Präsidentenwahl des Jahres 1876 gemachten Erfahrungen die nationale Gesetzgebung der Union in nicht zu langer Zeit veranlassen werden, sich mit einer gründlichen Reform der nationalen Wahlmaschinerie zu beschäftigen.

Um unsere kurze Darstellung der auf die Präsidentenwahl bezüglichen Gesetzesvorschriften, wie sie jetzt in Gültigkeit sind, zu Ende zu führen, bemerken wir noch, daß am zweiten Mittwoch des auf die Electorenwahl folgenden Februarmonates nach Vorschrift der Constitution der jedesmalige Präsident des Bundessenats die an ihn eingegangenen Protokolle über das Electoralvotum „in Gegenwart des Senats und des Repräsentantenhauses" (in the presence of the senate and house of representatives) öffnen soll, worauf die Zählung der Stimmen zu beginnen hat. Ergiebt sich dabei eine absolute Majorität der Electoralstimmen für einen Candidaten der Präsidentschaft, resp. Vicepräsidentschaft, so ist derselbe damit zum Präsidenten, resp. Vicepräsidenten, erwählt und übernimmt die Functionen dieses Amtes am nächstfolgenden 4. März. Von einem weitern Mitwirken der beiden Congreßhäuser bei der Präsidentenwahl in dem angegebenen Falle ist in der Constitution nichts enthalten.

Die ersten Nachrichten über die Electorenwahl am 7. November 1876 lauteten entschieden für Tilden und Hendricks günstig; schon stimmten die Demokraten Triumphlieder an, da nahm die Sache für Hayes und Wheeler eine bessere Wendung, indem die drei Südstaaten Louisiana, Südcarolina und Florida sich angeblich oder wirklich für die republikanischen Candidaten entschieden haben sollten. Sicher war, daß von den am Mittwoch, 6. December 1876, in den verschiedenen Unionsstaaten abgegebenen 369 Electoralstimmen 185 auf Rutherford B. Hayes und 184 auf Samuel J. Tilden fielen, daß daher die Präsidentschaftscandidaten der Republikaner mit einer einzigen Stimme Mehrheit als

gewählt erschienen. Das genaue Verzeichniß der Unionsstaaten nebst der Zahl ihrer abgegebenen Electoralstimmen ist folgendes:

Für Tilden und Hendricks stimmten: Alabama mit 10, Arkansas mit 6, Connecticut mit 6, Delaware mit 3, Georgia mit 11, Indiana mit 15, Kentucky mit 12, Maryland mit 8, Mississippi mit 8, Missouri mit 15, New-Jersey mit 9, New-York mit 35, Nordcarolina mit 10, Tennessee mit 12, Texas mit 8, Virginia mit 11, Westvirginia mit 5 Stimmen. Zusammen 184 Stimmen.

Für Hayes und Wheeler stimmten: Californien mit 6, Colorado mit 3, Illinois mit 21, Iowa mit 11, Kansas mit 5, Maine mit 7, Massachusetts mit 13, Michigan mit 11, Minnesota mit 5, Nebraska mit 3, Nevada mit 3, New-Hampshire mit 5, Ohio mit 22, Oregon mit 3, Pennsylvanien mit 29, Rhode-Island mit 4, Vermont mit 5, Wisconsin mit 10, dazu Louisiana mit 8, Südcarolina mit 7 und Florida mit 4 Stimmen. Zusammen 185 Stimmen.

Da nun aber die demokratische Partei behauptete, daß in den zuletzt genannten drei Staaten (Louisiana, Südcarolina und Florida) Hayes nur durch Betrug und Gewaltthätigkeiten Seitens der republikanischen Partei den Sieg über Tilden davon getragen hätte, so lag die Wahrscheinlichkeit nahe, daß die Auszählung der Electoralstimmen am 14. Februar 1877 nicht so ruhig wie gewöhnlich von Statten gehen, ja daß vielleicht noch am 4. März 1877, dem Tage des Amtsantrittes des neuen Präsidenten, ein Conflict zwischen den beiden großen politischen Parteien Platz greifen würde. Präsident Grant erwähnte zwar in seiner Botschaft, die er dem am 4. December 1876 zusammentretenden Congresse zugehen ließ, die obwaltende Krisis nur insofern, als er hervorhob, daß die bei der letzten Präsidentenwahl zu Tage getretenen Schwierigkeiten einer gesetzlichen Abhülfe bedürften; allein das damalige Repräsentantenhaus des Congresses, in welchem die demokratische Partei die entschiedene Majorität hatte, faßte am 5. December mit 156 gegen 78 Stimmen den Beschluß, daß Ausschüsse ernannt würden, die sich sofort nach Louisiana, Südcarolina und Florida begeben und bezüglich der dort stattgehabten Electoralwahlen genaue Untersuchungen vornehmen sollten. Ebenso beschloß das Repräsentantenhaus, daß der

Justizausschuß die Frage prüfen möge, ob Colorado schon zur Zeit der Electorenwahl in aller Form Rechtens ein Unionsstaat gewesen sei oder nicht. Es lag auf der Hand, daß diese Beschlüsse den Weg zur Beanstandung der Erwählung von Hayes zum Präsidenten der Union bilden sollten.

Für den Fall, daß sich bei der Zählung der Electoralstimmen am 14. Februar keine absolute Majorität für einen Candidaten der Präsidentschaft oder Vicepräsidentschaft ergeben hätte, hatte nach der Bundesverfassung das Repräsentantenhaus des Congresses das Recht, die Wahl des Präsidenten, und der Senat das Recht, die Wahl des Vicepräsidenten vorzunehmen. In beiden Häusern war alsdann eine Zweidrittel-Majorität der Gesammtzahl ihrer Mitglieder zur Beschlußfähigkeit, und eine absolute Majorität derselben zu einer Wahl erforderlich. Das Repräsentantenhaus seinerseits wählt, so lauten die bezüglichen Verfassungsvorschriften, den Präsidenten nach Staaten, wobei jeder Staat nur zu einer Stimme berechtigt ist, so daß sich also die Abgeordneten der einzelnen Unionsstaaten unter sich auf einen Candidaten einigen müssen, um die Stimme des Staates zur Geltung zu bringen. Können sich die Repräsentanten mit einer Majorität auf keinen der Candidaten einigen, so fällt die Stimme des betreffenden Staates ganz aus. Da nun die Union im Jahre 1877 wie auch noch jetzt aus 38 Staaten bestand, so waren bei der etwaigen Wahl des Unionspräsidenten durch das Repräsentantenhaus mindestens 20 Stimmen nach Staaten erforderlich, vorausgesetzt, daß durch die Gegenwart der zur Beschlußfassung nöthigen Zweidrittel-Majorität der Repräsentanten eine Wahl überhaupt ermöglicht wurde. Die demokratische Partei hatte nun zwar im 44. Congreß im Repräsentantenhause in mehr als 20 Staaten die Majorität; dieselbe verfügte jedoch nicht über eine Zweidrittel-Majorität sämmtlicher Mitglieder des Hauses, und konnte daher ihren Präsidentschaftscandidaten, den sie verfassungsmäßig aus der Zahl der Männer nehmen mußte, die bei den Abstimmungen der Electoren die meisten Stimmen hatten, durch die Wahl im Repräsentantenhause nur dann durchbringen, wenn die republikanischen Repräsentanten in genügender Anzahl erschienen, um die vom Gesetz geforderte Beschluß-

fähigkeit herzustellen. Die Wahl des Vicepräsidenten im Bundessenat geschieht dagegen nicht nach Staaten, sondern nach der Kopfzahl der Senatoren, deren Gesammtzahl sich auf 76 belief und noch jetzt beläuft, da jeder Unionsstaat 2 Senatoren stellt. Von den 76 Senatoren mußten zur Beschlußfähigkeit 51 zugegen sein, während zu einer gültigen Wahl des Vicepräsidenten, welcher nur den zwei Männern zu entnehmen ist, die bei der Abstimmung der Electoren die Majorität hatten, 39 Stimmen nöthig gewesen wären. Da nun aber die republikanische Partei im Bundessenat nicht über 51 Mitglieder verfügte, so lag es hier in der Hand der Demokraten, die Wahl eines Unionsvicepräsidenten durch Wegbleiben zu verhindern.

Man sieht leicht, daß bei bösem Willen der Parteien die Präsidentenwahl unter den obwaltenden Umständen gewaltigen Schwierigkeiten unterliegen, daß dabei Wirren entstehen konnten, deren Lösung nicht abzusehen war. Da die unruhigen Elemente in den beiden großen Parteien auf die Dauer nur schwer zu zügeln waren, so erfüllte die kritische Lage der Dinge die wahren Vaterlandsfreunde, deren es sowohl in den Reihen der Republikaner wie der Demokraten gab, mit gerechter Besorgniß. Erfreulich war es jedoch, daß die bessern Organe beider Parteien sich alle Mühe gaben, eine friedliche Entwickelung der Dinge herbeizuführen, und daß auf beiden Seiten noch besonnene Männer gegenüber der gewaltigen Aufregung der Gemüther zu einer strengen Beobachtung der Gesetze eindringlich mahnten. So sagte die „New York Tribune“ u. A.: „Nichts kann einen stattgehabten Betrug bei der Stimmenzählung rechtfertigen; nichts vermag den Flecken von der nationalen Ehre abzuwaschen oder das dem Volke zugefügte Unrecht wieder gut zu machen, wenn unehrliche Umtriebe das Volksvotum fälschen! Das amerikanische Volk weiß, daß es sich einzig und allein durch strengen Gehorsam gegen das Gesetz vor der Anarchie bewahren kann; deshalb wird es geduldig warten und ruhig die legale Entscheidung (the legal decision) unterstützen. Wer sich aber der Ereignisse des Jahres 1861 entsinnt, der wird nicht daran zweifeln, daß, falls man von gewisser (demokratischer) Seite her einen neuen gewaltsamen Widerstand gegen das Gesetz versuchen wollte, die Strafe dafür

schnell, unbarmherzig und furchtbar (swift, merciless and terrible) eintreten würde. Eine zweite Rebellion während der gegenwärtigen Generation würde eine sehr kurze sein und nicht mit einer Amnestie endigen." Und die Hayes günstige „Westliche Post" sagte: „Was wir unter den Schwierigkeiten unserer Lage vor allem zu beschützen haben, das ist die Heiligkeit des Gesetzes, mag das Gesetz uns nun gefallen oder nicht. Jeder patriotische Republikaner wird von Herzen einstimmen, wenn wir sagen: Lieber Tilden zum Präsidenten, gesetzlich gewählt, als Hayes durch den Schelmenstreich einer Wahlaufsichtsbehörde (Returning-Board)." In dem von der „Westlichen Post", dem Organ von Karl Schurz, angedeuten Sinne erklärten sich auch hervorragende Demokraten; so z. B. Alexander H. Stephens, der frühere Vicepräsident der südlichen Conföderation, wenn er sagte: „Ich gebe mich der ernstlichen und aufrichtigen Hoffnung hin, daß der Geist hoher Vaterlandsliebe vorwalten wird, und daß bei der Beilegung des obwaltenden Conflicts das Hauptstreben darauf gerichtet ist, Gerechtigkeit zu üben und genau die Vorschriften der Constitution zu erfüllen, wie solche von unsern Vätern niedergelegt sind." Aehnlich wie Stephens sprach und handelte der frühere Rebellengeneral Wade Hampton, der in Südcarolina gegen den Republikaner Chamberlain zum Gouverneur gewählt zu sein behauptete, wie dies in Louisiana der Demokrat Nicholls dem Republikaner Packard gegenüber für sich in Anspruch nahm. Präsident Grant aber erklärte: „Wir werden den Frieden haben, selbst wenn wir uns schlagen müßten, um denselben zu erhalten." Rutherford B. Hayes endlich gab bei Gelegenheit einer Serenade, die ihm am Abend des 13. December gebracht wurde, dem Vertrauen Ausdruck, der gesunde Sinn des amerikanischen Volkes werde es verhindern, daß die Vereinigten Staaten dem verderblichen Beispiele Mexicos folgen würden, und fügte dann hinzu: „Welches auch immer das Resultat der Präsidentenwahl sein mag, ich für meinen Theil werde es ruhig und gelassen hinnehmen und ich glaube, daß dies auch von Seiten der großen Majorität aller meiner politischen Gegner geschehen wird. Beweisen wir der Welt die Stärke unserer republikanischen Institutionen!" Leider fand oder nahm seine Rivale Tilden keine Ge-

legenheit, auch seine Meinung über die brennende Tagesfrage mit Besonnenheit öffentlich kund zu geben!

Unterdessen rückte der 14. Februar 1877 immer näher heran, jener Tag, an welchem, wenn keine andern Maßregeln getroffen waren, nach den Bestimmungen der Bundesverfassung der Präsident des Bundessenats in gemeinsamer Sitzung der beiden Congreßhäuser die an ihn gesandten Certificate und Abstimmungslisten der Electoren aus den verschiedenen Unionsstaaten eröffnen, zählen lassen und, nachdem dies geschehen, diejenige Person, welche die höchste Zahl der Stimmen für das Präsidentenamt erhalten, als erwählten Präsidenten proclamiren mußte, wenn diese Zahl eine Mehrheit der ganzen Anzahl der Electoren ausmachte. Es war jedoch, wie schon angedeutet, vorauszusehen, daß bei dem geringen Unterschiede der Zahl der Wahlmännerstimmen (184 zu 185) und bei den lückenhaften Bestimmungen der Constitution in Bezug auf das Auszählen der Electoralstimmen u. s. w. während des officiellen Zählungsaktes zwischen dem in seiner Mehrheit republikanisch gesinnten Senat und dem in seiner Mehrheit demokratisch zusammengesetzten Repräsentantenhause die heftigsten, die ganze hochwichtige Handlung störenden Scenen stattgefunden haben würden. In Erwägung dieses Umstandes faßte daher, nach längern gründlichen Discussionen in der Presse und in der Nationalgesetzgebung, der Congreß den Beschluß, ein gemeinsames Comité (Joint Committee) aus den Mitgliedern des Senats und des Repräsentantenhauses zu erwählen und damit zu betrauen, einen Plan ausfindig zu machen, wie die verwickelte Präsidentenstreitfrage in billiger, gerechter und möglichst unparteiischer Weise gelöst werden könnte. Von Seiten des Senats wurden in dieses aus 14 Mitgliedern bestehende Comité gewählt die Republikaner George F. Edmunds, Oliver P. Morton, Fr. J. Frelinghuysen, und Roscoe Conkling, und die Demokraten A. G. Thurman, T. F. Bayard und M. W. Ransom; das Repräsentantenhaus bestimmte dazu die vier Demokraten H. B. Payne, E. Hunton, A. S. Hewitt und William M. Springer, sowie drei Republikaner G. M. M'Crary, G. F. Hoar und G. Willard. Mithin waren die beiden rivalisirenden Parteien in diesem gemeinsamen Ausschusse gleich stark vertreten. Das

Resultat der Berathungen des Ausschusses war die sogenannte Compromiß- oder Ausgleichungsbill, welche, mit Ausnahme von Oliver P. Morton, von sämmtlichen Comitémitgliedern unterzeichnet und in den letzten Tagen des Januar 1877 den beiden Congreßhäusern zur definitiven Beschlußfassung vorgelegt wurde.

Die Hauptbestimmungen der Compromißbill waren folgende: Es sollte eine Commission, bestehend aus fünf Senatoren, fünf Repräsentanten und fünf Mitgliedern des höchsten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten gebildet werden. Dieser Commission sollten die streitigen Electoralstimmen, über welche sich die beiden Congreßhäuser in gemeinsamer Sitzung nicht sofort einigen konnten, zur nähern Prüfung und Entscheidung (decision) vorgelegt werden. Jedes Commissionsmitglied hatte folgenden Eid abzulegen: „Ich . . . schwöre hiermit feierlich, daß ich alle der Commission zur Entscheidung vorgelegten Fragen unparteiisch prüfen und erwägen und ein unparteiisches Urtheil (a true judgment) darüber in Gemäßheit der Verfassung und der Gesetze abgeben will. So wahr mir Gott helfe." Der Commission sollte dieselbe Gewalt zugestanden werden, welche die beiden Congreßhäuser, mochten sie getrennt oder zusammen tagen, besitzen; sie sollte nach Stimmenmehrheit entscheiden. Ihre Entscheidungen, die übrigens nur ad hoc, d. h. für die gerade vorliegende Präsidentenwahl, Gültigkeit hatten, sollten nicht ohne Weiteres die Kraft einer definitiven Entscheidung haben, sondern in letzter Instanz den beiden Häusern des Congresses zur Genehmigung oder Verwerfung vorgelegt werden; um dieselben zu verwerfen, sollte es aber eines übereinstimmenden Beschlusses (concurrent order) beider Häuser bedürfen. Im Falle, daß ein Haus dafür und das andere dagegen stimmte, sollte die Entscheidung der Fünfzehner-Commission als endgültige Entscheidung feststehen. Die beiden Parteien konnten ihre Sache vor der Commission durch je zwei frei gewählte Anwälte vertreten lassen. Die sechste Section der Compromißbill wahrte dem etwa unterliegenden Präsidentschaftscandidaten den Rechtsweg und lautete also: „Nichts in diesem Gesetzesakte soll so ausgelegt werden, als beeinträchtige er verfassungsmäßige Rechte unter den Gesetzen und vor den Gerichten der Vereinigten Staaten und das Recht oder den Anspruch

(the right or title) einer Person, die als gewählt erklärt wird oder beansprucht, Präsident oder Vicepräsident der Vereinigten Staaten zu sein, wenn ein solches Recht existirt."

Als die Compromißbill den beiden Congreßhäusern zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt worden war, entbrannte darüber ein gewaltiger Redekampf. Unter den Gegnern derselben führten im Senat hauptsächlich die Republikaner Morton und Sherman das Wort. Ihre Argumentation bezog sich im Wesentlichen auf drei Punkte: 1. Bei der Lückenhaftigkeit der Bundesverfassung in Bezug auf die Auszählung des Electoralvotums habe der jedesmalige Senatspräsident nach den Bestimmungen der Constitution die Electoralstimmen zu zählen und selbständig das Resultat festzustellen; 2. es sei nicht in der Ordnung, daß die beiden Congreßhäuser sich der in der fraglichen Angelegenheit ihnen gesetzlich zustehenden Gewalt so weit entäußerten, daß sie dieselbe einer Commission übertrügen; 3. die Bill überweise den Bundesrichtern etwas, was nicht in den Bereich der richterlichen Functionen, welche die Constitution dem Oberbundesgerichte zuertheilt habe, gehöre. Von besonderem Gewichte war hier jedenfalls nur der dritte Punkt. Unter den Befürwortern der Bill trugen ebenfalls zwei Republikaner, die Herren Edmunds und Conkling, als Redner die Siegespalme davon. Sie wiesen mit Erfolg nach, daß der Senatspräsident sich vom Bestehen der Republik an niemals angemaßt habe, bei der Zählung der Electoralstimmen einen zweifelhaften Fall eigenmächtig zu entscheiden, sondern daß dies stets von beiden Häusern des Congresses in gemeinsamer Sitzung geschehen sei; daß in der Ueberweisung der Entscheidung zweifelhafter Fragen an eine speciell dazu gewählte Commission in erster Instanz mit Vorbehaltung der schließlichen Bestätigung durch die beiden Congreßhäuser keine größere Entäußerung und Uebertragung von constitutioneller Gewalt liege, als diejenige, welche von jeher in ähnlichen Fällen gebräuchlich gewesen sei; und endlich, daß das Heranziehen von Mitgliedern des Oberbundesgerichts zu Geschäften, welche nicht durch die Verfassung ausdrücklich als innerhalb ihrer regelmäßigen richterlichen Functionen liegend bezeichnet seien, ebenfalls von den frühesten Zeiten der Unions-

regierung an stattgefunden habe und mit dem Geiste der Bundesverfassung vollkommen im Einklang stehe. Dann führten noch die Vertheidiger der Ausgleichungsbill dem Senat in eindringlichster Weise zu Gemüth, wie nöthig unter den obwaltenden kritischen Verhältnissen eine möglichst unparteiische Entscheidung der Präsidentschaftsfrage sei. Von den Demokraten befürworteten das Compromiß namentlich die Senatoren Bayard und Thurman. Die große Mehrheit der anwesenden Senatoren stimmte für die Bill; und zwar waren von den Demokraten 26 dafür und nur einer dagegen, von den Republikanern 21 dafür und 16 dagegen. Diese Abstimmung des Senats scheint nicht ohne Einwirkung auf das Repräsentantenhaus geblieben zu sein; auch hier waren es die Demokraten, welche unter der Führung ihrer hervorragendsten Parteimänner, wie z. B. eines Benjamin Hill (gegenwärtig Bundessenator für Georgia), eines Lamar und des damaligen Sprechers Randall massenhaft für den Ausgleich stimmten, um der Union den ersehnten Frieden wiederzugeben. Nachdem auch das Repräsentantenhaus mit überwiegender Majorität (191 gegen 86 Stimmen) der Compromißbill seine Zustimmung gegeben hatte, wurde zur Wahl der Fünfzehner-Commission geschritten. Der Senat wählte die Republikaner Edmunds, Morton und Frelinghuysen und die Demokraten Bayard und Thurman, das Repräsentantenhaus die Demokraten Payne, Hunton und Abbott und die Republikaner Hoar und Garfield; von dem Oberbundesgericht traten folgende Mitglieder der Commission bei: Clifford, Strong, Miller, Field und, nachdem Davis, der Freund Abraham Lincolns, abgelehnt, weil er zum Bundessenator für den Staat Illinois erwählt war und deshalb aus dem genannten Obergericht ausscheiden mußte, Bradley.

Aus den erwähnten Thatsachen geht hervor, daß die Partei der Demokraten, soweit sie im Congreß vertreten war, in ungleich größerer Zahl und mit ungleich größerer Bereitwilligkeit für den Ausgleich eintrat als die Republikaner. Ob die Motive dieses Handelns mehr aus Patriotismus als aus Hoffnung auf den Sieg Tildens über Hayes abzuleiten waren, mag dahingestellt bleiben. Die Thatsache aber, daß die demokratischen Volksvertreter, namentlich die aus den Südstaaten,

zahlreicher für die Compromißbill stimmten als ihre politischen Gegner, ist nicht wegzuleugnen, ebenso der Umstand, daß die unabhängigen Congreßmitglieder ebenfalls den Ausgleich begünstigten. Auch Präsident Grant erklärte sich in warmen Worten für die Compromißbill; in seiner darauf bezüglichen Botschaft an den Bundessenat vom 29. Januar 1877 heißt es u. A.: „Die Bill ist vielleicht nicht vollkommen und die darin enthaltenen Vorschriften sind vielleicht nicht so, daß man sie auf alle künftigen Fälle ähnlicher Art anwenden sollte; allein sie ist ja auch nur darauf berechnet, der gegenwärtigen Lage der Dinge und des Landes zu dienen. Das Land ist erregt. Es braucht Hülfe, es wünscht Frieden, Ruhe und Harmonie unter allen Parteien und in allen Theilen. Seine Industrie ist gehemmt, seine Arbeitskräfte sind unbeschäftigt, sein Kapital ist müßig und seine Unternehmungslust niedergedrückt durch den Zweifel und die Besorgniß, welche die Folgen der Ungewißheit eines doppelten Anspruchs auf das höchste Amt der Nation bilden. Das Land will versichert sein, daß das Resultat der Wahl ohne Widerspruch angenommen werde von denen, die den unterliegenden Candidaten unterstützten, und daß sein höchster Beamter seinen Platz nicht mit einem fraglichen Rechtstitel einnehme." Daß Präsident Grant Recht hatte, wenn er darauf hinwies, daß die Interessen des Handels und Verkehrs für den in Vorschlag gebrachten Ausgleich sprächen, bewiesen zahlreiche Petitionen und Beistimmungserklärungen von Handelskammern, Kaufleuten und Gewerbtreibenden aus den verschiedensten und bedeutendsten Städten der Union, so z. B. aus Philadelphia, Saint-Louis, Boston, Richmond, Burlington, Harrisburg u. s. w.

Eine treffende Illustration zu dem Ausgleichungsgesetze liefert folgender Incidenzfall. Im Laufe der Senatsdebatte über die Ausgleichungsbill fand nachstehendes Gespräch zwischen den Senatoren Sherman (Republikaner) und Thurman (Demokrat) statt:

Sherman: „Können Sie mir sagen, wie die Entscheidung der Fünfzehner-Commission sein wird?"

Thurman: „Nein, wenn ich das sagen könnte, so würde ich nicht für die Bill stimmen."

Diese Antwort bewies, daß Senator Thurman den eigentlichen Sinn der Ausgleichungsmaßregel ganz richtig erfaßt hatte. Amerikanische Parteiblätter und Politiker, sowohl auf Seiten der Demokraten wie der Republikaner, hatten nämlich darauf bestanden, daß der Ausgleich nichts werth sei, weil man nach den Bestimmungen der betreffenden Bill den Ausgang nicht vorausberechnen könnte, daß wenigstens in der Bill der Commission vorgeschrieben werden müsse, von welcher Seite sie die zu entscheidenden streitigen Fälle anzusehen und nach welchen constitutionellen Voraussetzungen sie dieselben zu behandeln habe, und namentlich bestand dabei jede der streitenden Parteien auf derjenigen Auslegung der Constitution, die ihren speciellen Interessen im gegebenen Falle am günstigsten schien. Hätte nun die Ausgleichungsbill diesen Anforderungen auf der einen oder der andern Seite entsprochen, so hätte sie eben dem Zwecke nicht genügt, der unter den obwaltenden Umständen hauptsächlich anzustreben und zu erreichen war, nämlich der Verweisung aller Fragen, die mit dem Präsidentschaftsstreite zusammenhingen, der constitutionellen sowohl wie der thatsächlichen, an ein Tribunal, das von dem Parteiinteresse nicht unbedingt beherrscht wurde und dessen Wahrspruch von beiden Parteien selbst ebenso wenig im Voraus bestimmt werden konnte, wie das Urtheil eines gewöhnlichen Gerichtshofes in einem Falle, in welchem der Kläger wie der Beklagte sich beide im Rechte glaubten. Aus der Zusammensetzung der Fünfzehner-Commission konnte keine der streitenden Parteien für ihre resp. Sonderinteressen einen Vortheil erspähen; und dieser Umstand gab die beste Garantie für eine allgemein-bereitwillige Annahme des Resultats der Ausgleichungsmaßregel Seitens des amerikanischen Volkes.

In den ersten Tagen des Februar 1877 trat die Fünfzehner-Commission zusammen; von entscheidender Wichtigkeit waren die Verhandlungen vor und in derselben in Betreff der Feststellung der Grenzen der Rechte, welche den einzelnen Unionsstaaten und der Union als solcher bei der Wahl der Präsidentenwähler oder Electoren gesetzlich zu vindiciren seien. Die Commission war hier in ihrer Mehrheit (mit acht gegen sieben Stimmen) der Ansicht, daß zur Autorität der

Einzelstaaten die Wahl der Electoren und alles, was darauf Bezug hat, gehört, daß diese Autorität aber mit dem Moment aufhört, wo die Electoren nach eigener freier Wahl ihre Stimmen für den einen oder den andern Präsidentschaftscandidaten abgegeben haben; erst nachdem dies geschehen, tritt, so meinte jene Mehrheit, die Präsidentenwahl in das Rechtsgebiet der Union, und der Congreß bringt, als Repräsentant der Union, durch Zählung der von den obersten Verwaltungsbehörden der Einzelstaaten an den Bundessenatspräsidenten eingesandten Electoralstimmen die Präsidentenwahl zum Abschluß. Da nun der Congreß die ihm bei der Präsidentenwahl zustehende gesetzliche Gewalt der Fünfzehner-Commission in der oben angegebenen Weise durch das Ausgleichungsgesetz übertragen hatte, so prüfte die Commission die Legalität der einzelnen, von den Staatsbehörden eingesandten Electoralstimmen und traf danach ihre Entscheidung; auf die Art und Weise der Electorenwahl selbst wollte die Mehrheit der Commission nicht eingehen, weil nach ihrer Ansicht dies ein Eingreifen in das Rechtsgebiet der Einzelstaaten und ein Verletzen der relativen Souveränetät derselben gewesen wäre. Auf Grund dieser Rechtsanschauung, die offenbar mehr den staatsrechtlichen Principien der demokratischen Partei als der republikanischen huldigte, stimmten die Commissionsmitglieder Bradley, Edmunds, Frelinghuysen, Garfield, Hoar, Miller, Morton und Strong auch bei den am meisten bestrittenen Electoralstimmen der Staaten Florida, Lousiana, Oregon und Vermont dafür, daß diese Stimmen in gesetzmäßiger Weise für Rutherford B. Hayes als Präsidenten und für William A. Wheeler als Vicepräsidenten abgegeben worden seien und daß diese beiden Candidaten daher mit 185 gegen 184 Stimmen in der Präsidentenwahl über ihre beiden demokratischen Gegner den Sieg davongetragen hätten. Eigenthümlich war immerhin der Umstand, daß die Vertreter der republikanischen Candidaten bei ihrer Abstimmung das decentralisirende Princip der demokratischen Partei zu Grunde gelegt hatten, während diejenigen Commissionsmitglieder, die der demokratischen Partei angehörten, oder doch zu Gunsten von Tilden und Hendricks stimmten, dem Centralisationsprincip der republikanischen Partei gefolgt waren.

Wohl protestirte die demokratische Mehrheit des Repräsentantenhauses gegen die Entscheidung der Fünfzehner-Commission, wohl versuchten einige extrem gesinnte Demokraten den Schiedsrichterspruch und die betreffenden Verhandlungen durch parlamentarische Kunstgriffe bis nach dem 4. März, dem Tage der Endschaft der Administration des Präsidenten Grant, hinzuziehen, und so noch eine Chance für Tilden und Hendricks zu gewinnen; aber es war vergebens. In der am 2. März 1877 stattgehabten gemeinschaftlichen Sitzung des Senats und des Repräsentantenhauses wurden, im Einklang mit dem Verdict der Majorität der Fünfzehner-Commission, Hayes und Wheeler als mit 185 Stimmen zum Präsidenten, resp. Vicepräsidenten, der Union erwählt proclamirt. Die Verkündigung dieses Beschlusses erfolgte, obschon demselben die lebhaftesten Debatten vorangingen, ohne irgend welche Störung der Ordnung.

Als es ziemlich fest stand, daß die Entscheidung der Fünfzehner-Commission für die republikanischen Präsidentschaftscandidaten günstig ausfallen würde, rüstete sich Gouverneur Hayes zur Reise nach Washington City. Er verließ, begleitet von seiner Gemahlin, seiner Tochter und seinen zwei Söhnen, am 1. März 1877 Columbus, die Hauptstadt des Staates Ohio, nachdem er auf dem Bahnhofe dieser Stadt, von einer großen Menschenmenge mit Hochrufen begrüßt, folgende Ansprache gehalten hatte: „Meine Mitbürger! Ich wünsche bei meinem Scheiden einige Worte an Sie zu richten. Mir ist die Ungewißheit der Sachlage in Washington City sehr wohl bekannt. Ich weiß sehr wohl, daß ich möglicher Weise nächste Woche wieder meinen Platz als Gouverneur und als Ihr Mitbürger einnehmen kann; aber ich weiß auch, daß es meine Pflicht ist, in der Hauptstadt der Union Vorbereitungen zu treffen zur Uebernahme eines höhern, schwierigern und verantwortlichern Amtes. Als ich diese große Anzahl von Menschen erblickte, die zu beiden Seiten des Weges zum Bahnhofe herausströmte, erinnerte mich dies an etwas Aehnliches, was ich hier vor 16 Jahren erlebte. Damals marschirte ich mit 1000 Mann Unionssoldaten die Highstraße hinab, um nach dem Osten und Süden zu gehen und das zu thun, was in unserer Macht stand, die Union der Staaten und die Autorität

der Bundesverfassung aufrecht zu erhalten. Hierin waren wir äußerst erfolgreich, soweit es möglich ist, durch Anwendung von Waffengewalt erfolgreich zu sein. Es ist nicht meine Absicht, auch nur mit einem Worte das herabzusetzen, was von den Braven, die mit mir aus verschiedenen Theilen des Landes auszogen, errungen wurde. Von meinen nächsten Kameraden kehrte ein Drittel nicht wieder in die Heimath zurück; sie starben in der treuen Erfüllung ihrer Pflicht, damit die Republik nicht untergehe. Aber es blieb noch eine Aufgabe zu thun übrig, die mit Gewalt nicht erzwungen werden konnte. Wir wollten unsere Union zu einem Bündnisse der Herzen machen und unserer Constitution Gehorsam verschaffen nicht durch äußere Gewalt, sondern durch Heilighaltung der Principien der Constitution, die unser Volk liebt und verehrt. Und wenn ich nun jetzt zu derselben Arbeit berufen werden sollte, zu welcher Abraham Lincoln vor 16 Jahren berufen wurde, so geschieht dies unter günstigern Verhältnissen und bessern Auspicien als damals. Ich hoffe, ich glaube zuversichtlich, daß wir in Tagen des Friedens durch Werke des Friedens etwas thun können, um in den Herzen unsers Volkes eine wahre, innige Anhänglichkeit an die Constitution, wie sie ist, und an die Union, wie sie ist, wieder herzustellen.“ Dieser Rede folgte langer, anhaltender Beifall, auch kam das Volk Hayes auf seiner ganzen Reise überall mit der vollsten Sympathie entgegen.

Schließlich mögen hier noch einige kurze biographische Notizen über den Präsidenten Hayes und dessen Stellvertreter Wheeler Platz finden.

Rutherford Birchard Hayes wurde zu Delaware im Staate Ohio am 4. October 1822 geboren; seine Aeltern lebten zuerst im Staate Vermont, zogen aber schon im Jahre 1817 nach Ohio. Sein erster in Amerika lebender Vorfahr väterlicherseits war George Hayes, ein Schottländer, der sich im Jahre 1680 zu Windsor im Staate Connecticut niederließ; von seiner Mutter, einer geborenen Birchard, deren Voraltern ebenfalls im 17. Jahrhundert aus England nach Amerika auswanderten und sich zu Norwich in Connecticut niederließen, hat hat er seinen zweiten Beinamen erhalten. Der junge Hayes besuchte

das Kenyon-College, bestand 1845 sein juristisches Examen und prakticirte als Rechtsanwalt in verschiedenen Städten Ohios. Seinen dauernden Wohnsitz nahm er 1849 in Cincinnati, wo er seit 1858 den Posten eines städtischen Anwalts bekleidete, bis er beim Ausbruch des Secessionskrieges in Gemeinschaft mit seinem Freunde, dem Richter Matthews, der später an John Shermans Stelle in den Bundessenat gewählt wurde, ein Regiment zur Vertheidigung der Union errichtete. In diesem Regimente diente er als Major, Oberstlieutenant und Oberst und kämpfte in verschiedenen Gefechten und Schlachten, z. B. bei South-Mountain, bei Winchester, bei Fishers Hill und am Cedar Creek. Er wurde wiederholt verwundet und erhielt wegen seiner ausgezeichneten Tapferkeit im Jahre 1864 den Rang eines Generalmajors. Im Jahre 1864 wurde er vom zweiten Congreßdistrict Ohios in die Bundeslegislatur nach Washington City gesandt. Obschon er sich im Congreß nicht als großer Redner auszeichnete, so wurde er doch in Anbetracht seiner stets bewährten Rechtschaffenheit und seiner sonstigen bürgerlichen Tugenden dreimal zum Gouverneur seines Heimathstaates gewählt und zwar in den Jahren 1867, 1869 und 1875. Er entfaltete während dieser Zeit nicht geringe administrative Talente und zeigte sich stets als einen energischen, unparteiischen und rechtschaffenen Mann.

Der Vicepräsident William A. Wheeler wurde am 30. Juni 1819 zu Malone in Franklin County, im Staate New-York, geboren; auch er widmete sich mit Erfolg der Rechtswissenschaft, war wiederholt Mitglied der Legislatur seines Geburtsstaates, gehörte zuerst der Whigpartei und später der republikanischen Partei an und wurde seit 1859 viermal in das Repräsentantenhaus des Congresses gewählt, wo er sich durch Klarheit und Selbständigkeit des Urtheils, namentlich in seinem Commissionsberichte über die Zustände in Louisiana, hervorthat.

Drittes Kapitel.

Die Administration des Präsidenten Rutherford B. Hayes.

Die mit der Inauguration des Präsidenten Rutherford B. Hayes verbundenen Festlichkeiten in Washington City waren nicht überaus glänzend. Wohl waren sämmtliche Häuser der Bundeshauptstadt, vornehmlich die an der langen, zum Capitol oder Congreßgebäude führenden Pennsylvania-Avenue, festlich geschmückt und beflaggt, wohl erdröhnten die üblichen Präsidenten-Salutschüsse und die Freudenrufe der aus allen Theilen des weiten Staatenbundes herbeigeströmten Bevölkerung, aber der republikanische Charakter des amerikanischen Volkes ließ es, namentlich nach dem lange andauernden Wahlstreite, nicht zu, daß dem Präsidenten, der doch nur als der erste Diener des souveränen Volkes angesehen wird, zu viel Weihrauch gestreut wurde. Da der 4. März auf einen Sonntag fiel, so wurde die Inaugurationsfeier auf den darauffolgenden Tag verlegt. Der neue Präsident wurde aus seiner officiellen Residenz, dem am andern Ende der Pennsylvania-Avenue gelegenen „Weißen Hause", durch seinen Amtsvorgänger, General U. S. Grant, abgeholt und zu Wagen in Begleitung einiger Ehrencompagnien und Vereine nach dem Capitol geführt. Um 12 Uhr trat Hayes am Arme des Generals Grant in den Sitzungssaal des Senats, woselbst der Vicepräsident William A. Wheeler ordnungsmäßig in sein Amt eingeführt wurde. Die erste Amtshandlung Wheelers bestand darin, daß er den betreffenden Beamten die nöthigen Weisungen gab,

dem Programm gemäß zur Inauguration des Präsidenten zu schreiten. Es wurde darauf in folgender Ordnung eine Procession gebildet, die sich nach dem mittlern Säulengange an der östlichen Front des Capitols begab: der Marschall des Oberbundesgerichts, die Mitglieder des Oberbundesgerichts, die Mitglieder des Arrangementscomités, der Präsident und der Expräsident der Vereinigten Staaten, die Bundessenatoren, das diplomatische Corps, die Chefs der verschiedenen Regierungsdepartements, jetzige und frühere Mitglieder des Congresses, die Gouverneure der einzelnen Unionsstaaten, die Armeeofficiere, wie z. B. die Generale Sherman, Hancock und Terry, und andere Personen, welche Zutritt zur Staatskammer hatten. Frau Hayes und deren Begleitung hatten auf der Platform, die über der Treppe der östlichen Front des Capitols errichtet war, vor Ankunft der Procession Platz genommen. Die Platform war, wie üblich, mit amerikanischen Flaggen geschmückt. Präsident Hayes erschien um 15 Minuten vor 1 Uhr auf derselben und verlas seine Inauguraladresse. Sein Erscheinen wurde mit nicht enden wollenden Hochrufen der versammelten Menge, die den ganzen freien Platz besetzt hielt, begrüßt. Nach der Verlesung der Adresse nahm der dem Präsidenten zur Rechten sitzende Oberrichter Herrn Hayes in feierlicher Weise den Amtseid ab. Damit waren die Inaugurationsfeierlichkeiten beendigt, und Präsident Hayes begab sich mit Herrn U. S. Grant und einigen andern hochgestellten Persönlichkeiten nach dem „Weißen Hause“ zurück.

Die erste Amtshandlung des Präsidenten Hayes bestand darin, daß er dem zu einer Executivsitzung versammelten Senate die Namensliste der von ihm ernannten Minister zur Bestätigung einsandte. Zu beachten ist, daß die von ihm in Vorschlag gebrachten und auch vom Senate sofort bestätigten Mitglieder seines Cabinets keine verbissenen Parteipolitiker waren, sondern den gemäßigten Elementen der drei bestehenden politischen Parteien, der Republikaner, der Demokraten und der unabhängigen Reformpartei, angehörten. Auf der Ministerliste befanden sich folgende Namen: Staatssekretär und Minister der auswärtigen Angelegenheiten William M. Evarts aus New-York, Finanzminister John Sherman aus Ohio, Minister des Innern Karl Schurz

aus Missouri (unabhängiger Republikaner), Marineminister Richard W. Thompson aus Indiana, Kriegsminister George W. M'Crary aus Iowa, Generalpostmeister David M. Key aus Tennessee (gemäßigter Demokrat), Justizminister oder Attorney=General Charles Devens aus Massachusetts.

In seiner Inauguralrede hatte Präsident Hayes vorzugsweise drei Punkte als maßgebend für seine Administration, die mit Recht als eine Reformregierung bezeichnet werden darf, hervorgehoben: 1. Wiederherstellung der localen Selbstregierung in allen früheren Sklavenstaaten der Union; 2. Reform im öffentlichen Aemterwesen; 3. Einführung einer wohlgeordneten Finanzpolitik. Was den ersten dieser drei Punkte anbetrifft, so wollte er vor allen Dingen der unter seinem Amtsvorgänger, dem Präsidenten U. S. Grant, in manchen der früheren Sklavenstaaten herrschenden Mißregierung politischer Abenteurer (Carpetbaggers) und der corrumpirenden Einwirkung der dort bestehenden Militärwirthschaft ein Ende machen. Der darauf bezügliche Passus der Inauguralrede lautet also: „Die dauernde Pacificirung der Union nach solchen Grundsätzen und Maßregeln, die dazu angethan sind, allen freien Bürgern vollständigen Schutz in dem ungetrübten Genusse aller ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu sichern, bildet denjenigen Theil unserer öffentlichen Obliegenheiten, den alle einsichtigen und patriotischen Bürger der Republik als den allerwichtigsten betrachten. Viele der unheilvollen Wirkungen des blutigen Bürgerkrieges, durch den vorzugsweise die Südstaaten litten, sind noch immer nicht beseitigt. Die großen Segnungen, welche früher oder später der aufrichtigen und allgemeinen Annahme der legitimen Ergebnisse jenes Krieges sicher folgen werden, sind noch nicht verwirklicht. An der Schwelle dieses Gegenstandes begegnen uns schwierige Fragen, welche große Verlegenheiten bereiten. Die Bevölkerung jener Staaten ist noch immer vielfach verarmt und genießt noch nicht völlig den unschätzbaren Segen einer weisen, ehrlichen und friedlichen Selbstverwaltung in localen Dingen. Was immer auch für Meinungsverschiedenheiten betreffs der Ursachen dieser Lage der Dinge bestehen

mögen, eins ist doch klar und unbestritten, nämlich, daß im Laufe der Ereignisse der Zeitpunkt gekommen ist, wo eine solche Verwaltung durch alle verschiedenartigen Interessen jener Staaten, öffentliche wie private, zur gebieterisch erheischten Nothwendigkeit geworden ist. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß nur eine locale Verwaltung, welche die Rechte aller Bürger, ohne Unterschied von Abstammung und Farbe, anerkennt und unverletzlich aufrecht erhält, die wahre Selbstverwaltung ist. Mit Bezug auf die zwei abgesonderten Rassen, deren eigenthümliche Beziehungen zu einander die beklagenswerthen Verwickelungen und Verlegenheiten, welche in jenen Staaten existiren, hervorgerufen haben, muß es eine Verwaltung sein, die sich loyal und aufrichtig der Constitution sowie den Gesetzen, den Gesetzen der Nation wie der Einzelstaaten, unterwirft, die ganze Constitution acceptirend, wie sie ist, und derselben getreulich gehorcht. Ruhend auf dieser sichern und dauerhaften Grundlage kann eine segensreiche Lokalverwaltung aufgebaut werden, aber auch in keiner andern Weise. In der Förderung eines solchen Gehorsams gegen den Buchstaben und den Geist der Constitution (to the letters and the spirit of the Constitution) verlieren alle sogenannten Parteiinteressen ihre scheinbare Wichtigkeit, und der Parteipolitik mag hier wohl gestattet werden, ihre sonstige Bedeutsamkeit in den Hindergrund treten zu lassen. Es handelt sich um die Frage, ob in den südlichen Staaten der Union unverzüglich eine geordnete, friedliche und freiheitliche Regierung eingeführt werden soll, unter der die Bevölkerung einen politischen und socialen Aufschwung nehmen kann, oder ob Gewalt und Barbarei herrschen sollen. Es ist dies eine Frage, bei welcher jeder Bürger der Nation lebhaft interessirt ist, betreffs welcher wir nicht in einem parteigängerischen Sinne entweder Republikaner oder Demokraten, sondern Mitbürger und Kinder eines Volkes sein sollten, denen die Interessen des gemeinsamen Landes und der gemeinsamen Freiheit theuer sind."

Präsident Hayes verkannte nicht, daß durch die Befreiung der Neger eine vollständige Umwälzung in dem ganzen Arbeitssystem der Vereinigten Staaten, vorzugsweise des Südens, hervorgerufen war. Eine Million Menschen war von den drückenden Fesseln der Sklaverei

befreit und mit den Rechten freier Bürger betraut worden, so daß sie ihren früheren Herren und Gebietern gleichberechtigt in politischer und socialer Beziehung gegenüberstanden. Die nationale Regierung hatte als Haupturheberin der Sklavenemancipation auch die moralische Verpflichtung, ihren ganzen durch die Constitution und die Bundesgesetze ihr übertragenen Einfluß dazu anzuwenden, daß die farbigen Bürger auch in der legitimen Ausübung ihrer ihnen gesetzlich zustehenden Rechte geschützt würden. Während Hayes nun erklärte, daß er jedes ihm, als dem Haupt der Regierung, zukommende verfassungsmäßige Mittel in Anwendung bringen werde, um den aus Sklaven zu freien Bürgern gewordenen Negern ihre Rechte zu wahren, appellirte er mit eindringlichen Worten an das Humanitäts- und Rechtsgefühl aller Unionsbürger, namentlich der Südländer, ihm im Interesse der Wohlfahrt der ganzen Republik in seinem Streben hülfreich zur Seite zu stehen und zu dem Ende alle gehässigen Rassen- und Parteivorurtheile aufzugeben. „Das allgemeine Stimmrecht", sagte er in richtiger Erkenntniß der Sachlage, „sollte auf allgemeiner Bildung beruhen. Zu diesem Zwecke sollte eine liberale und dauernde Fürsorge getroffen werden zur Errichtung und Unterstützung der Freischulen durch die Regierungen der einzelnen Unionsstaaten, die im Nothfalle den legitimen Beistand der nationalen Autorität erhalten würden. Mögen sich meine Mitbürger in den Südstaaten versichert halten, daß es mein aufrichtiger Wunsch ist, ihre wahrhaften Interessen, die Interessen der weißen und farbigen Bevölkerung ohne Unterschied, zu fördern und mit aller mir zu Gebote stehenden Kraft eine Politik zu verfolgen, die aus unsern politischen Angelegenheiten für alle Zeit die farbige Linie und die trennende Unterscheidung zwischen dem Norden und Süden entfernt, so daß wir nicht nur einen geeinigten Süden oder einen geeinigten Norden, sondern eine geeinigte amerikanische Nation, ein geeinigtes Vaterland haben."

Leider wird die nachstehende Darstellung zeigen, daß diese ebenso patriotischen wie berechtigten Wünsche des Präsidenten Hayes unter dessen Administration mehr durch die Schuld der Südländer als durch die Schuld der Nordländer theils nur wenig, theils gar nicht in Erfüllung

gegangen sind. Um zwei Punkte kurz vorwegzunehmen, sei nur erwähnt, daß in den meisten Südstaaten zur Hebung des Unterrichtswesens unter der Administration des Herrn Hayes so gut wie nichts gethan worden ist; auch haben die früheren Sklavenhalter es nicht verstanden, durch humane Behandlung sich die Zuneigung und Achtung ihrer farbigen Mitbürger zu erwerben. Wiederholt wies Hayes in seinen Botschaften an den Congreß darauf hin, daß im Süden das Volksschulwesen sehr im Argen liege; und so geschah es, daß schließlich im Februar 1880 der republikanische Senator von Massachusetts, Hoar, im Bundessenat eine Bill einbrachte, welche die Schaffung eines National-Schulfonds bezweckte. Die in dieser Bill enthaltenen Bestimmungen sind kurz folgende: Der Nettoertrag, welchen die Bundesregierung durch den Verkauf öffentlicher Ländereien und durch die Einnahmen im Patentamte erzielt, sowie alle Darlehen und sonstigen Gelder, welche die Unionsregierung von Eisenbahnen zurückerstattet erhält, sollen „für ewige Zeiten“ zur Förderung der Erziehung des Volkes verwendet werden. Alle diese Einkünfte soll die Regierung in vierprozentigen Bonds anlegen und dieselben sollen einen dauernden National-Schulfonds bilden. Alle etwaigen Geschenke und Vermächtnisse für diesen Zweck sollen ebenfalls dem Fonds hinzugefügt werden. Die Zinsen dieses Fonds, sowie die Hälfte der im Jahre 1880 durch den Verkauf öffentlichen Landes erzielten Nettoeinkünfte sollen von der Unionsregierung, resp. von der zu bildenden Erziehungscommission, nach dem Maßstabe der Bevölkerung unter sämmtliche Unionsstaaten und Territorien vertheilt werden. Die Letztern würden dann natürlich verpflichtet sein, die ihnen zugetheilten Summen in Uebereinstimmung mit dem nationalen Zweck des Fonds zur Förderung ihres Schulwesens zu verwenden. Als Senator Hoar diese Bill einbrachte, wußte er sehr gut, daß viele Unionsstaaten einen solchen Zuschuß aus der Bundeskasse nicht nöthig haben; aber es war ihm hauptsächlich darum zu thun, dem so arg darniederliegenden Schulwesen in den Südstaaten auf die Beine zu helfen. Gerade im Süden mit seiner, trotz der massenhaften Auswanderung der Farbigen seit Anfang des Jahres 1879, immer noch zahlreichen unwissenden Negerbevölkerung ist die Verbesserung und Vermehrung der Freischulen dringendes Be-

dürfniß, und gerade dort geschieht bis jetzt in der ganzen Union am wenigsten, um diesem Bedürfniß abzuhelfen. Die durch den unseligen Bürgerkrieg ruinirten, verschuldeten und theilweise am Rande des Bankrotts stehenden Südstaaten besitzen kaum die Mittel, um die wünschenswerthe Anzahl von Schulen zu errichten und zu erhalten, und die traurige Folge davon ist, daß der größte Theil der ärmern Bevölkerung dort ohne jegliche Schulbildung heranwächst. Aber nicht nur die Mittel fehlen, sondern in manchen Südstaaten fehlt auch der gute Wille, die nöthigen Maßregeln zur Hebung und Ausbildung der farbigen Bevölkerung einzuführen.*) Auf die schlechte Behandlung, welche den Negern im Privat- und im öffentlichen Leben Seitens der demokratischen Partei in verschiedenen Südstaaten zu Theil wird, und auf die bösen Folgen dieser schlechten Behandlung kommen wir später bei Besprechung der Negerauswanderungen zurück.

In Bezug auf die Reform im öffentlichen Aemterwesen, wo seit der Präsidentschaft Andrew Jacksons der Grundsatz: „Dem Sieger ge-

*) In einer vielbesprochenen Rede, welche der Finanzminister Sherman im Jahre 1879 im Cooper-Institut zu New-York hielt, sprach er ausführlich über das Schulwesen im Süden der Union; er sagte u. A.: „In folgenden Südstaaten wird per Kopf der Bevölkerung an Schulsteuer (schooltax) erhoben: in Arkansas 62¾ C., in Nordcarolina 68 C., in Alabama 1 Doll. 2 C., in Georgia 1 Doll. 10 C., in Tennessee 1 Doll. 58 C., in Virginia 1 Doll. 98 C. und in Kentucky 2 Doll. Sie werden diese Zahlen richtig beurtheilen, wenn ich Ihnen sage, daß der Staat Michigan, welcher mit Nordcarolina ungefähr die gleiche Bevölkerung hat, ein halb mal soviel zur Erhaltung der Schulen bezahlt als der ganze Süden. Iowa allein zahlt nahezu so viel wie alle Südstaaten zusammen. Der Staat New-York bezahlt für Schulzwecke eine halbe Million mehr als alle Staaten, die sich von der Union im Rebellionskriege losreißen wollten, Maryland, Westvirginien und Missouri noch dazu gezählt. Kansas zahlt zwölfmal mehr als Arkansas für die öffentlichen Schulen. Der Staat Arkansas hatte im Jahre 1878 weniger Schulen als 1872, wo die demokratische Partei dort ans Ruder gelangte. Es scheint zur Politik dieser Partei zu gehören, die Unwissenheit unter der Masse des Volkes aufrecht zu erhalten; aber trotzdem erhalten jetzt infolge der Fürsorge der republikanischen Bundesregierung gegen 600,000 Negerkinder Schulunterricht. Dies ist ein erfreulicher Umstand, denn Kenntnisse, durch Liebe zur Freiheit gewonnen, werden sich zur rechten Zeit in segensreicher Weise bemerkbar machen.“

hört die Beute" („To the victor belong the spoils") als durchschlagende Regel galt, sagte Präsident Hayes in seiner Inauguralrede: „Ich lenke die Aufmerksamkeit der Nation auf die große Nothwendigkeit einer Reform im Civildienst, nicht nur einer Abstellung gewisser Mißbräuche, sondern einer Veränderung des ganzen Anstellungssystems, einer Reform, die eine durchgreifende und vollständige Rückkehr zu den Grundsätzen und Gebräuchen der Gründer unserer Republik in sich schließt. Diese großen Männer erwarteten weder noch wünschten sie von Staatsbeamten einen einseitig parteigängerischen Dienst, sie wollten, daß die Staatsbeamten ihre Stellungen nur der Regierung und dem Volke verdanken sollten, sie wollten, daß diesen Beamten ihre Stellen so lange gesichert seien, als ihr Charakter fleckenlos und die Vollziehung ihrer Functionen befriedigend bleibe. Sie waren der Ansicht, daß die Verleihung eines Amtes nicht eine bloße Belohnung für reine Parteidienste bilden oder auf Empfehlung von Congreßmitgliedern erfolgen solle. Der Umstand, daß die beiden großen politischen Parteien des Landes (die Republikaner und die Demokraten), als sie vor der Wahl ihre Principien proclamirten, der Frage einer Reform des Civildienstes einen hervorragenden Platz einräumten und deren Nothwendigkeit in ähnlicher Weise begründeten, wie ich, darf mit Recht als ein Beweis für eine solche Maßregel angesehen werden. Es ist der ausgesprochene Wille des ganzen Volkes, daß eine gründliche Reform im Aemterwesen Platz greife, und beide Parteien sind verpflichtet, einer solchen Reform ihre rückhaltslose Unterstützung angedeihen zu lassen. Der Präsident der Vereinigten Staaten verdankt seine Wahl dem Stimmrechte und den Bemühungen einer politischen Partei, deren Mitglieder die Grundsätze ihrer Parteiorganisation als wichtig und wohlthätig für das allgemeine Beste hochhalten; aber bei alledem sollte er stets der Thatsache eingedenk sein, daß derjenige seiner Partei am besten dient, der seinem Lande am besten dient (he serves his party best who serves the country best). Zur Förderung der von uns angestrebten Reform befürworte ich ein Amendement zur Bundesverfassung, welches für das Amt des Präsidenten eine Dauer von sechs Jahren vorschreibt, die Wiederwahl aber verbietet."

Der dritte Hauptpunkt der Inauguralrede betraf die Finanzfrage.

In Bezug hierauf erklärte Herr Hayes, daß der seit dem September 1873 begonnene Druck zwar noch immer auf den verschiedenen commerziellen und industriellen Interessen des Landes laste, daß aber doch bereits Symptome eines Ueberganges zu bessern Zeiten bemerkbar seien. Das uneinlösbare Papiergeld rufe ein verderbliches Schwanken im Geldwerthe hervor; das einzig sichere Papiergeld sei das, welches auf einer Hartgeldbasis beruhe und zu jeder Zeit schnell und leicht umtauschbar in klingender Münze sei; er befürworte mithin eine möglichst baldige Wiederaufnahme der Baar- oder Hartgeldzahlung und empfehle eine darauf abzielende Gesetzgebung.

Getreu diesen in seiner Inauguralrede ausgesprochenen Ansichten schritt Präsident Hayes sofort zur Lösung der im Süden der Union herrschenden Wirren. Namentlich waren es die beiden Staaten Südcarolina und Louisiana, wo die Verwickelung so hoch gestiegen war, daß sich in jedem dieser Staaten zwei Gouverneure und zwei Gesetzgebungen feindlich gegenüberstanden und keine Partei der andern weichen wollte. Was den Streitfall in Südcarolina anlangt, so war die von Hayes befolgte „Versöhnungspolitik" (reconciliation policy) in verhältnißmäßig kurzer Zeit von einem günstigen Resultat begleitet. Auf einer Zusammenkunft in Washington City verglichen sich schon in der ersten Hälfte des April der demokratische Gouverneur Hampton und sein republikanischer Gegner Chamberlain dahin, daß letzterer mit seinem Anhange freiwillig zurücktrat. Etwas länger währte es in Louisiana. Hier war, wie bereits an einer andern Stelle ausgeführt wurde, seit Beendigung des Bürgerkrieges der Haupttummelplatz der „Carpetbaggers", jener Politiker aus dem Norden, die mit leerem Schnappsack nach dem Süden zogen, um mit gefülltem wieder heimzukehren, und deshalb platzten auch hier die Parteigegensätze am schroffsten aufeinander. Häufiger als in irgend einem andern der vom Norden überwundenen und reconstruirten Südstaaten führten in Louisiana die verschiedenen Parteiinteressen zu offener Fehde und nährten einen Haß zwischen den Republikanern und Demokraten, sowie zwischen der weißen und farbigen Rasse, der jedem friedlichen Ausgleich der Gegensätze ein unüberwindliches Hinderniß zu bieten schien. Nach längern Verhandlungen räumte

jedoch auch hier der republikanische Gouverneur Packard dem Demokraten Nicholls seinen Platz, so daß in der zweiten Hälfte des April die verhängnißvollen Gouverneursstreitigkeiten im Süden geschlichtet waren. Es hat übrigens nicht nur in Amerika, sondern auch in Europa längere Zeit vielfach die Ansicht vorgeherrscht, daß zwischen dem Gouverneur Hampton von Südcarolina und dem Gouverneur Nicholls von Louisiana einerseits und dem Präsidenten Hayes und der Bundesregierung andererseits „eine Art von Vertrag oder Uebereinkunft" (a sort of agreement or compact) stattgefunden hätte bei der Ausgleichung und Beilegung der südlichen Wirren. Allein diese Ansicht ist irrig. Eine Uebereinkunft oder Vertrag der gedachten Art ist von Seiten der Hayes-Administration in keiner Weise eingegangen worden, weil dadurch die Würde und die Autorität der Bundesregierung offenbar verletzt worden wäre. Die Führer der südlichen Demokratie, insbesondere Hampton und Nicholls, machten, zum Theil in Uebereinstimmung mit der betreffenden Staatslegislatur, freiwillig die bündigsten Zusagen, daß sie die Farbigen im Einklang mit den betreffenden Amendements zur Bundesconstitution freundlich behandeln, keine Rachepolitik treiben und den Staats- und Bundesgesetzen gemäß die Verwaltung in ihren Staaten führen würden. Präsident Hayes zog die Bundessoldaten nicht sowohl infolge dieser Versprechungen aus dem Süden zurück, als vielmehr aus dem Grunde, weil keine gesetzliche Veranlassung dazu vorlag, ein Militärregiment im Süden aufrecht zu erhalten. Die Südpolitik des Präsidenten Hayes war mithin nicht auf Versprechungen zweier südlicher Gouverneure basirt, sondern auf dem durch die Verfassung der Vereinigten Staaten garantirten Grundsatze, daß jeder Einzelstaat der Union das Recht der lokalen Selbstregierung, das Recht, seine innern Zwistigkeiten allein zu schlichten, besitzt. Nur in Ausnahmefällen und von den gesetzmäßigen obersten Behörden der Einzelstaaten darum angegangen, darf die amerikanische Bundesregierung in den Einzelstaaten interveniren. Zu dem angedeuteten Mißverständnisse hatte vor allen Dingen die demoralisirende Willkür, die militärische Gewaltherrschaft des früheren Präsidenten Grant beigetragen, der es so leicht und so bereitwillig unternahm, aus politischen Parteigründen in die gesetzlichen Rechte der Einzelstaaten einzugreifen.

Diese eigenmächtige Handlungsweise des Expräsidenten Grant brachte unter vielen amerikanischen Parteipolitikern und auch in weitern Kreisen eine vollständige Begriffsverwirrung hervor, so daß man alles für erlaubt, ja für geboten erachtete, was der einseitige Parteivortheil erforderte; die Hayessche Südpolitik ist aber keine Frage des Parteivortheils (expediency), sondern in erster Linie eine Frage des Rechts (a question of right) gewesen. Aufgabe der südlichen Politiker und Staatsmänner aber ist es, die öffentlichen Angelegenheiten der Südstaaten so zu leiten, daß die Bundesregierung nicht Veranlassung findet, im Interesse der ganzen Union, also auch im Interesse der Südstaaten selbst, in letzteren militärisch zu interveniren.

Wenn indeß die von Hayes den Südstaaten gegenüber befolgte Versöhnungspolitik bei einem nicht geringen Theile der republikanischen Partei, namentlich bei den herrsch- und ämtersüchtigen Anhängern und Freunden der Grant-Administration, den „Stalwarts", keinen Anklang fand, vielmehr große Unzufriedenheit hervorrief, so fühlte man sich in denselben Kreisen durch die im öffentlichen Aemterwesen von der neuen Administration eingeführten Reformen nur noch empfindlicher verletzt. Schon der Umstand, daß Präsident Hayes einem geborenen Deutschen und entschiedenen Gegner des Expräsidenten Grant, Karl Schurz, das wichtige Ministerium des Innern übertragen und den gemäßigten Demokraten David M. Key aus Tennessee als Generalpostmeister in sein Cabinet berufen hatte, erregte den Unwillen der Grant-Partei in hohem Grade; dieser Unwille steigerte sich aber fast bis zu bitterm Haß und entschiedener Feindschaft, als Hayes und seine Minister bei der Anstellung von nationalen Beamten, ganz im Einklang mit der Inauguralrede, mehr auf Fähigkeit und Reinheit des Charakters sahen, als auf geleistete Parteidienste. Viele der leitenden Führer der republikanischen Partei, wie z. B. Conkling aus New-York, Cameron aus Pennsylvanien, Blaine aus Maine, Logan aus Illinois u. s. w., klagten laut darüber, daß der Präsident bei seinen Amtsernennungen, ganz abweichend von der bisher befolgten Regel, wenig oder gar keine Rücksicht auf ihre persönlichen Wünsche und auf die Förderung des politischen Parteiinteresses nehme; und es fehlte nicht viel, daß Hayes von dieser

Seite her zum Verräther an der Partei, die ihn zum Präsidenten erwählt, erklärt wurde, als er im Juni 1877 durch einen Regierungserlaß den Bundesbeamten bis zu gewissem Grade jede agitatorische Theilnahme, namentlich durch Geldbeiträge, bei öffentlichen Wahlbewegungen untersagte. Diese an sich gewiß auffällige Erscheinung im politischen Leben der Amerikaner findet aber leicht ihre Erklärung, wenn man das Aemterwesen in den Vereinigten Staaten etwas näher betrachtet. Man hat im Scherze wohl das Volk der Nordamerikanischen Union „eine Nation von Aemterjägern" genannt; dieser Bezeichnung liegt jedoch mehr Wahrheit zu Grunde, als man vielleicht im Ernst gedacht hat. Im Anfang des Jahres 1878 erschien in Amerika ein sogenanntes „Blaubuch", in welchem auf Grund officieller Unterlagen, alle Bundesbeamten der Union, deren Zahl sich damals auf 85,880 belief, ziemlich genau angegeben waren. „Das ist", sagte der „New York Herald", „ungefähr 1 Bundesbeamter auf je 450 Personen der Gesammtbevölkerung der Vereinigten Staaten oder 1 auf je 90 Stimmgeber." Die zahlreichen Beamten der 38 Einzelstaaten sind selbstverständlich hier nicht mitgerechnet. Bei einer so großen Beamtenzahl kann man sich dann aber billigerweise nicht mehr über die große Anzahl der „Aemterjäger" im Bundesdienste wundern, denn wenn nur 5 Bewerber für jede Stelle da sind, so weist das immer noch 1 Aemterjäger unter je 18 Stimmgebern auf. Fügt man nun noch, die vorstehende Berechnung als richtig angenommen, die Staats- und Gemeindebeamten der einzelnen Unionsstaaten hinzu, so wird das Resultat in der That ein schreckenerregendes. Man darf ja sicher annehmen, daß sich in den verschiedenen Aemtern, vom Constabler aufwärts, hier ebenso viele Leute befinden wie im Dienste der Bundesregierung, und da stellt sich denn heraus, daß auf je 45 Stimmgeber ein Mann kommt, der sich vom Volke ernähren läßt; es müssen also 45 Bürger einen Andern erhalten, damit sie ordentlich regiert werden können. Und wenn man auch hier nur fünf Personen annimmt, von denen sich jede um ein Amt bewirbt, so zeigt das, daß der neunte Bürger der großen nordamerikanischen Republik gern ein öffentliches Amt haben möchte. Dies ist aber ohne Zweifel ein Zustand der Dinge, welcher nothwendig zur politischen

Demoralisation führen muß, um so mehr, wenn die Aemter nicht sowohl nach Verdienst und Würdigkeit, als vielmehr nach dem Werthe der geleisteten Parteidienste vergeben werden. Man könnte nun allerdings wohl mit Recht einwenden, daß der „New York Herald" bei seiner Berechnung die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten zu niedrig angesetzt habe; dafür aber ist die Zahl der Aemtersucher jedenfalls nicht hoch genug angenommen worden, auch hat die Zahl der Aemter selbst seit 1878 eher zu-, als abgenommen, und so muß das obige Resultat der ganzen Berechnung als im Wesentlichen richtig angesehen werden.

Das unabhängige Auftreten des Präsidenten Hayes und der Mehrzahl seiner Minister sowie deren geringe Rücksichtnahme auf die speziellen Wünsche der republikanischen Parteiführer bei Vertheilung der öffentlichen Aemter führte nun, wie bereits angedeutet, in verhältnißmäßig kurzer Zeit ein vollständiges Erkalten der Beziehungen zwischen der Unionsregierung und einer nicht geringen Anzahl der republikanischen Congreßmitglieder herbei. Dazu kam, daß auch die demokratischen Parteihäupter Herrn Hayes, trotz seiner ehrlichen Versöhnungspolitik, andauernd bekämpften, und so geschah es, daß nicht nur ein Theil der Republikaner, sondern auch fast die gesammte demokratische Partei dem Präsidenten und seinen Ministern, zumeist Schurz, in der Ausübung ihrer Aemter alle möglichen Schwierigkeiten bereiteten und sie als die „freundlosen Zerstörer" (friendless destroyers) der republikanischen Partei hinzustellen bemüht waren. Allein die Wunden, welche diese Partei empfing oder vielmehr schon empfangen hatte, rührten in Wahrheit von ganz andern Händen her. Das corrupte Regierungssystem des Präsidenten Grant war es gewesen, was das Ansehen der republikanischen Partei so geschwächt hatte, daß dieselbe bei verschiedenen Staats- und Congreßwahlen den Demokraten gegenüber unterlag und bald nicht nur im Repräsentantenhause des Congresses, sondern auch im Bundessenat die bisher besessene Majorität verlor. Nur der ehrenhaften Verwaltung Hayes' ist es zuzuschreiben, daß sich im Laufe der Zeit wieder ein Umschwung in der öffentlichen Meinung zu Gunsten der Republikaner bemerklich machte; und was die angebliche „Freundlosigkeit" der Hayes-Regierung anbetrifft, so bestand dieselbe einfach

oder doch zumeist nur in der Desertion derjenigen Politiker, welche den Präsidenten und seine Minister nicht für ihre eigennützigen Zwecke und Ziele ausnützen konnten.

Was die Finanzfrage, den dritten Hauptpunkt, den Präsident Hayes in seiner Inauguralrede hervorhob, anbetrifft, so werden wir hinlänglich Gelegenheit haben, darzuthun, daß er in dieser Hinsicht mit seinem Finanzminister John Sherman seine volle Schuldigkeit gethan und nicht nur den öffentlichen Credit der Union gesichert, sondern auch zur Förderung des Wiederaufblühens der Geschäfte in den Vereinigten Staaten, allen gegentheiligen Bestrebungen zum Trotz, wesentlich beigetragen hat.

Wir können hier nicht umhin, mit einigen Worten des großen Eisenbahnaufruhrs zu erwähnen, der im Sommer des Jahres 1877 in den Vereinigten Staaten ausbrach und in mancher Beziehung als eine zweite Auflage der Greuelscenen der Pariser Commune jenseits des Oceans angesehen werden darf.

Dieser unheimliche Aufruhr, welcher in der zweiten Hälfte des Juli weithin über die Nordamerikanische Union seine Schatten warf und an einzelnen Orten zu den blutigsten Scenen führte, begann mit einem unbedeutenden Strike von Eisenbahnarbeitern, nahm aber bald eine so rapide Ausbreitung an und ließ einen so trotzig gewaltigen Geist zu Tage treten, daß er nicht nur für die Vereinigten Staaten von Nordamerika, sondern auch für andere Länder eine lehrreiche Warnung sein kann. Am Montag, 16. Juli, verweigerten etwa 40 Heizer und Bremsensteller zu Baltimore an der Baltimore- und Ohio-Eisenbahn wegen Herabsetzung des Lohnes den Dienst; dasselbe geschah zu Martinsburg, einem Städtchen in Westvirginien und an der ebengenannten Bahn gelegen. Die meisten amerikanischen Eisenbahnen hatten unter dem Druck der schlechten Zeiten zu leiden gehabt, und so wollten sie auch die nöthigen Ersparnisse einführen. Leider fingen sie bei den schlechtest bezahlten Angestellten an, und diese erklärten, eine weitere Verringerung ihrer Löhne, die für Bremser und Feuerleute z. B. etwa 6 Doll. die Woche betrugen und jetzt um 10 Prozent herabgedrückt werden sollten, nicht ertragen zu können und deshalb lieber die Arbeit

niederlegen zu wollen. So weit waren die Arbeiter unzweifelhaft in ihrem Rechte. Sie gingen aber weiter, sie trieben solche Arbeiter, die ihre Stelle einnehmen wollten, mit Gewalt hinweg und verhinderten die Abfahrt der Frachtzüge. Damit begann ihr Unrecht. Die Staatsbehörden schritten dann auch ein, indem sie die Miliz zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausrücken ließen. Es kam zu einem Zusammenstoß; die wenig disciplinirten Milizen erwiesen sich zu schwach, und Gouverneur Matthews von Westvirginien wandte sich nun an den Präsidenten Hayes und bat auf Grund der vierten Sektion des vierten Artikels der Bundesconstitution um Hülfe von Seiten der Vereinigten Staaten. Präsident Hayes erließ sofort, am 18. Juli, im Einklang mit der Bundesverfassung eine öffentliche Proclamation, in welcher er allen Personen, die sich des besagten „aufhetzenden und aufrührerischen Betragens" schuldig gemacht hatten, befahl, sich an oder vor dem 19. Juli, Mittags 12 Uhr, friedlich in ihre Heimath zu begeben, künftig von gewaltthätigen Unternehmungen abzulassen und den gesetzlichen Staatsbehörden Gehorsam zu erweisen; außerdem erbat sich der Präsident zu Aufrechterhaltung der Gesetze und zur Wahrung des öffentlichen Friedens die Mitwirkung und den Beistand aller guten Bürger. Inzwischen hatte aber der Aufstand, wie dies einmal in den amerikanischen Verhältnissen, die in so vieler Beziehung an das Riesenhafte streifen, begründet liegt, in unglaublich kurzer Frist gewaltige Dimensionen angenommen und sich vom Atlantischen Meere bis zum Stillen Ocean erstreckt. Die mit Blitzesschnelligkeit aufeinanderfolgenden Aufstände der Heizer, Bremser, Frachtverlader, Locomotivenführer und sonstiger Arbeiter an einer ganzen Anzahl der größten Eisenbahnen der Union waren gewissermaßen vorbereitet durch die seit längerer Zeit an vielen Orten bestehenden Arbeitervereine oder „Trades-Unions". Binnen wenigen Tagen hatte der zu Baltimore in Maryland und zu Martinsburg in Westvirginien begonnene Aufstand die Eisenbahnbeamten in den Staaten New-York, Delaware, New-Jersey, Pennsylvanien, Ohio, Indiana, Kentucky, Missouri, Nebraska und Californien in seinen Strudel hineingerissen; der gesetzwidrigen Selbsthülfe folgten nur zu schnell der offene Aufruhr und die zügelloseste Pöbelherrschaft mit Brandstiftung,

Raub und Mord. Und so geschah es, daß die Sympathien, welche Anfangs von manchen Seiten den aufständigen Eisenbahnarbeitern, namentlich den von der Baltimore- und Ohio-Eisenbahn, entgegengebracht worden waren, schwanden, daß manche dieser Arbeiter selbst sich bereit erklärten, zur Unterdrückung der wilden Greuelthaten zu helfen, die an die schlimmsten Petroleumsaturnalien der Pariser Commune erinnerten.

Zu den Städten, in welchen der Aufruhr zuerst seine grausigsten Bacchanalien feierte, gehörte das an der Grenze von Ohio und Pennsylvanien auf einer von dem Alleghany- und Mononga'elaflusse gebildeten Landzunge gelegene Pittsburg. Da dieser Ort eine der bedeutendsten Fabrikstädte der Vereinigten Staaten ist, unter seiner Bevölkerung sehr viele Arbeiter zählt und den Knotenpunkt mehrerer großer Wasser- und Eisenbahnstraßen bildet, so nahmen die Unruhen hier sehr bald einen äußerst bedrohlichen Charakter an. Schon am 19., 20. und 21. Juli stellten hier die Arbeiter an den verschiedenen Eisenbahnen, da ihre Forderungen von den Eisenbahnverwaltungen nicht bewilligt wurden, ihre Arbeit ein und unterbrachen damit den Verkehr. Es geschah dies um so leichter, als schon seit Jahren durch Gewerkvereine in den Eisenbahnangestellten das Gefühl kameradschaftlicher Interessengemeinschaft geweckt und gefördert war. Am 21. und 22. Juli trat die Hauptkrisis ein. Milizsoldaten, die unter dem Befehl des Generals Pearson von Philadelphia her angekommen waren, gaben in regelloser und unüberlegter Weise Feuer auf die versammelte Menschenmenge. Durch den dadurch veranlaßten Verlust von Menschenleben wurden aber viele Bürger, die sich bis dahin ruhig verhalten hatten, eben so sehr in Wuth gesetzt wie die Striker, und in weniger als einer Stunde eilten Tausende von Arbeitern der Walzwerke, Kohlenminen und Fabriken nach dem Schauplatze des Conflicts, um Rache an den Milizen und den höhern Eisenbahnbeamten zu nehmen. Am 22. Juli, einem Sonntage, tobte der Aufruhr am wüthendsten; das Militär war in die Flucht geschlagen und vollständig machtlos; die von Bürgern unterstützten Striker hatten den Sieg davon getragen. Jetzt trat der eigentliche Pöbel auf den Kampfplatz, und das Vernichtungswerk nahm in der greulichsten Gestalt seinen Anfang. Raub,

Brand und Mord waren an der Tagesordnung. Sämmtliche Eisenbahnstationsgebäude wurden eingeäschert, die theuern und prächtigen Passagier- und Schlafwagen den Flammen übergeben, eine große Anzahl von Locomotiven wurden vernichtet, reichbeladene Fracht- und Güterwagen wurden erbrochen und geplündert, mit Oel und Kohlen beladene Karren in Brand gesteckt. Halberwachsene Knaben, Weiber und Kinder betheiligten sich an dem Werk der Zerstörung und Plünderung. Der zur Rettung herbeigeeilten Feuerwehr erlaubten die Tumultuanten nicht, das Feuer zu löschen; vielmehr zündeten sie das noch nicht zerstörte Eigenthum der Eisenbahncompagnien an. Nur das Eigenthum einzelner Privatleute wurde geschont. Endlich, gegen Abend des 22. und am Morgen des 23. Juli, ermannte sich der bessere Theil der Pittsburger Bürgerschaft, da das durch den Gouverneur Hartranft vom Präsidenten Hayes erbetene Bundesmilitär nicht zeitig genug oder doch nur in unzureichenden Massen erschien. Es bildeten sich Vigilanzcomités; und da viele strikende Arbeiter, die mit den plündernden und raubenden Mobelementen nichts zu thun haben wollten, sich mit den organisirten und bewaffneten Bürgern zur Herstellung der Ordnung verbanden, so gelang es, die schlimmsten Unruhestifter zu verhaften. Am 30. August war endlich in Pittsburg die Ruhe wieder vollständig hergestellt; die meisten Eisenbahnarbeiter nahmen die Arbeit wieder auf, und unter dem Schutze einiger Miliztruppen und weniger Unionssoldaten konnte der regelmäßige Eisenbahnverkehr wieder eröffnet werden. Der in Pittsburg angerichtete Schaden wurde auf mehr als 5 Millionen Dollars geschätzt.

Nächst Pittsburg war es die „Gartenstadt" Chicago, wo der gesetzlose Mob seine Orgien feierte. Hier kam es wiederholt zu blutigen Straßenkämpfen, und leider muß constatirt werden, daß sich nicht wenige Deutsche unter den Tumultuanten befanden. Aber schon am 29. Juli konnte der Major Heath öffentlich bekannt machen, daß die Striker wieder zur Arbeit zurückkehrten, die schlimmsten Tumultuanten besiegt seien und das Eigenthum geschützt wäre. General Sheridan, der am 29. Juli dort anlangte, telegraphirte an die Bundesregierung zu Washington: „Ich sehe die Unruhen hier noch nicht als

ganz beendigt an, doch scheint mir die eigentliche Gefahr vorüber zu sein." Und diese Anschauung bestätigte sich. Drei Tage hindurch dauerten hier die Pöbelausschreitungen; und wenn man New-York wegen der schlimmen Elemente, die es in seiner Bevölkerung birgt, als das tonangebende Paris der Neuen Welt bezeichnet hat, so verdient Chicago gewiß aus demselben Grunde den Namen des nordamerikanischen Marseille.

Auch in Saint-Louis, im Staate Missouri, wo das deutsche Element so mächtig ist, kamen einige Arbeitseinstellungen vor, jedoch gelang es dem damaligen Major Henry Overstolz, einem geborenen Deutschen, mit Hülfe von Bürgersoldaten und einigen Unionstruppen die Stadt vor größeren Unglücksfällen zu bewahren. Hier waren es vorzüglich die Anhänger der rothen Internationale, welche Aufruhrscenen ins Werk zu setzen bemüht waren; nachdem jedoch die Führer derselben, James Mac-Carthy und Peter Lofgreen, gefänglich eingezogen waren, konnten auch am 30. Juli in Saint-Louis Ruhe und Ordnung als wieder hergestellt betrachtet werden. Als eine rühmliche Ausnahme von der willfährigen Vereinigung der industriellen und gewerblichen Arbeiter mit den strikenden Eisenbahnarbeitern ist hier die Handlungsweise der Setzer der drei größern deutschen Zeitungen von Saint-Louis: der „Westlichen Post", des „Anzeigers des Westens" und der „Amerika" hervorzuheben. Als die Tumultuanten, unter denen sich auch viele Deutsche und Neger befanden, in hellen Haufen in die Arbeitslokale der genannten Blätter eindrangen und die dort beschäftigten Setzer unter den heftigsten Drohungen zum Aufgeben ihrer Arbeit aufforderten, weigerten diese sich standhaft und blieben auf ihrem Posten. Etwas wilder als in Saint-Louis ging es in dem benachbarten, auf der linken Seite des Mississippi, im Staate Illinois, gelegenen Städtchen Ost-Saint-Louis her, wo verschiedene Eisenbahnen zusammentreffen. Allein zu so großen Ausschreitungen wie in Chicago und Pittsburg kam es auch hier nicht.

Dagegen ließ es sich die „Königin am Stillen Meere", das schon so oft in Asche gelegte San-Francisco, nicht nehmen, in seinen Mauern die Fackel des Aufruhrs zu schwingen; auch hier kam es zum Blut-

vergießen, und nur dem energischen Einschreiten des Sicherheitscomités, in dem die vornehmsten Bürger der Stadt mitwirkten, war es zu danken, daß das Mobregiment nicht überhand nahm und nur die sogenannten „Hoodlums", d. h. die eingefleischten Chinesenfeinde, die Gelegenheit wahrnahmen, eine Chinesenhetze zu veranstalten, wobei sie die Docks zerstörten, an denen sich die Dampfer zu befinden pflegen, welche den Verkehr mit China und Japan vermitteln. Indeß war auch in San-Francisco am 29. Juli die Ordnung ziemlich wieder hergestellt.

Am längsten gährte es in den Kohlenregionen Pennsylvaniens, wo seit einiger Zeit der nur aus Katholiken bestehende blutige Geheimbund der „Molly Maguires"*) sein unheimliches Wesen trieb. Noch am 30. Juli waren hier in den Counties Luzerne, Lehigh, Schuylkill und Carbon die Unruhen und Strikes nicht beigelegt. Bemerkenswerth ist übrigens die Umsicht und Energie, womit der Gouverneur von New-York und auch der Mayor der Stadt New-York den strikenden Arbeitern und den socialdemokratischen Aufwieglern gegenüber traten, weshalb auch die Unruhen daselbst keinen allzu hohen Grad erreichten. Am 25. Juli versuchten die Internationalen und einige gleichgesinnte Arbeitervereine in der Stadt New-York in einer großen Volksversammlung, die auf dem Tompkins Square stattfand, die gewöhnlich zu Unruhen geneigte Menge zum Parteinehmen für die strikenden Eisenbahnarbeiter zu bewegen; allein alle aufrührerischen Reden fruchteten nichts; nur nach der Versammlung fand bei der Räumung des Platzes ein kleiner Conflict statt, der aber sehr bald durch die Polizei unterdrückt wurde. Noch eine andere Thatsache aus dem Staate New-York mag hier erwähnt werden. Die Eisenbahnarbeiter an der New-York-Central- und Hudson-River-Eisenbahn hielten sich vollständig von dem Aufstande ihrer Collegen an andren Bahnen fern; dies wurde auch von dem Präsidenten der genannten Bahn, William H. Vanderbilt, sofort dadurch anerkannt, daß er den Unter-

---

*) Vgl. Arthur von Studnitz, „Nordamerikanische Arbeiterverhältnisse" (Leipzig, Duncker und Humblot, 1879), S. 280 flg.

beamten dieser Bahn ein Geschenk von 100,000 Dollars machte und ihnen in öffentlichen Blättern das Versprechen gab, ihren Lohn, sobald die Verhältnisse es erlauben würden, zu erhöhen.

Die Ursachen dieser geschilderten Eisenbahnunruhen sind höchst mannichfaltiger Art. Als eine der ersten und hauptsächlichsten Ursachen ist die viel verbreitete Geschäftskrisis anzusehen, welche im Sommer 1877 in den Vereinigten Staaten herrschte, den Verdienst in allen Zweigen des Gewerbes, des Handels und der Industrie kürzte und Hunderttausende einer lohnenden Beschäftigung beraubte; daß sich aber der Eisenbahnstrike zu einer Revolte und zu einem Aufruhr von so großen Dimensionen gestaltete, ist vornehmlich dem Umstande zuzuschreiben, daß sich unbeschäftigte Arbeiter anderer Branchen, Herumstreicher (tramps) und neuerungssüchtige Internationale mit den Strikenden vereinigten und diese zu Thaten hinrissen, zu denen sich die Eisenbahnbediensteten allein nimmermehr entschlossen haben würden. Präsident Hayes und seine Minister hielten, so lange die Unruhen dauerten, tägliche Cabinetssitzungen ab und thaten, was in ihrer Macht stand, zur Unterdrückung derselben. Der Congreß stellte später auf Anregung des Präsidenten Hayes Untersuchungen in Betreff der stattgehabten Unruhen an, indem er ein Comité ernannte, welches den eigentlichen Ursprung des Aufruhrs prüfen und Mittel und Wege zur Abstellung etwaiger Uebelstände angeben sollte. Es wurden dann auch Schritte gethan, das Eisenbahnwesen zu reformiren und es mehr unter die Controle der Bundesregierung zu bringen; doch hat diese Angelegenheit bis jetzt noch immer keinen vollständigen Abschluß gefunden. Das erwähnte Comité berief u. A. auch mehrere Wortführer der Socialdemokraten vor seine Schranken und forderte sie auf, ihre staatlichen und socialen Verbesserungsplane darzulegen. Hier zeigte es sich aber, daß die internationalen Weltverbesserer meistens über klingende Phrasen und wohlfeile Gemeinplätze nicht hinaus kamen und sich überdies nur zu oft mit einander in Widersprüche verwickelten.

Das Jahr 1877 war, abgesehen von den unter allen Umständen bedenklichen Eisenbahnunruhen, auch in mancher andern Hinsicht für die Hayes-Administration kein glückliches. Die kostspieligen und blu-

tigen Kämpfe mit den Indianern, nur zu oft hervorgerufen durch die Habgier und Unredlichkeit der betreffenden Bundesbeamten (Indianeragenten) und die Gewaltthätigkeiten der weißen Grenznachbarn, dauerten mit kurzen Unterbrechungen fast das ganze Jahr hindurch fort. Die durch die letzte Präsidentenwahl veranlaßten Streitigkeiten wollten noch immer kein Ende nehmen und trugen zur Hebung des Ansehens und der Machtstellung des Präsidenten wenig bei; die republikanische Partei war in sich nicht einig und verlor in Folge dieser Uneinigkeit und unter den Nachwirkungen der corrupten Grant-Regierung im Volke immer mehr an Boden, so daß sogar der Heimathsstaat des Präsidenten Hayes, Ohio, bei den im Herbst dort stattfindenden Staatswahlen an die Demokraten verloren ging. Unter solchen Umständen trat am 15. October 1877 der 45. Congreß zu einer außerordentlichen (ersten) Session zusammen, vornehmlich um das in der letzten Sitzung nicht erledigte Kriegsbudget, d. h. die für die Erhaltung der Bundesarmee nöthigen Geldbewilligungen, zu berathen. Allein es war nicht sowohl die Armeebill, welche dieser Extrasitzung des Congresses ihren Stempel aufdrückte, als vielmehr eine wichtige Finanzmaßregel, welche durch ein Mitglied des Repräsentantenhauses, Bland, in Vorschlag gebracht wurde und nicht nur die Wiedereinführung der Doppelwährung bezweckte, sondern auch ganz dazu geeignet war, den Nationalcredit der Vereinigten Staaten schwer zu schädigen. Nichtsdestoweniger wurde diese Blandsche Silberbill, so genannt, weil sie die Ausprägung minderwerthiger Silberdollars als gesetzlichen Zahlungsmittels empfahl, im November vom Repräsentantenhause angenommen. Selbstverständlich konnte sich der Präsident, ohne mit der von ihm verfolgten Finanzpolitik in Widerspruch zu treten, mit dieser Bill nicht in allen Punkten einverstanden erklären, wenn er auch der Einführung der Doppelwährung bis zu einem gewissen Grade nicht abgeneigt war. Dies geht aus der Jahresbotschaft hervor, welche er in herkömmlicher Weise am 3. December an den Congreß richtete.

Nachdem er in etwas zu optimistischer Weise die Wirkungen seiner den Südstaaten gegenüber eingeschlagenen Politik geschildert hatte, ging er sofort auf die Finanzfrage über. Dem in den weitesten Kreisen der

Union sich geltend machenden Verlangen nach dem Silberdollar, dem „Dollar der Väter", nachgebend, erklärte er sich zu Gunsten der Einführung der Doppelwährung, doch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, es sei bei jeder die Silberwährung betreffenden gesetzgeberischen Maßregel darauf Bedacht zu nehmen, daß die Zahlung des Kapitals und der Zinsen der Nationalschuld nicht in einem Münzfuße erfolgen müsse, der von geringerm Werthe sei als derjenige der bestehenden Goldwährung. Der betreffende Passus in der Botschaft lautete: „Alle Bonds, welche seit dem 12. Februar 1873 ausgegeben worden sind, damals, als Gold das einzige, unbegrenzte vollgültige Metallgeld (the only unlimited legal-tender metallic currency) des Landes war, sind mit Recht in Goldmünze zu bezahlen oder in Münze von gleichem Werthe mit Gold. Während der Zeit, als diese Bonds ausgegeben wurden, war der Golddollar der einzige Dollar, den die Regierung gegen Ausgabe von Bonds empfangen konnte und empfing. Von unsern Staatsgläubigern zu verlangen, einen Dollar an Zahlungsstatt anzunehmen, der einen geringern Werth repräsentirt, würde von ihnen als eine Verweigerung (repudiation), die volle Verbindlichkeit einzulösen, betrachtet werden." Von der öffentlichen Schuld der Vereinigten Staaten trugen übrigens damals 729,000,000 Dollars 6 Procent und 708,000,000 Dollars 5 Procent Zinsen; als den besten Weg, die Zahlung so hoher und vieler Zinsen von der Union abzuwenden, erkannte der Präsident eine zu vortheilhaften Bedingungen entrirte Neufundirung der Nationalschuld. In ähnlich befriedigender Weise wie über die Silber- und Goldfrage ließ sich Hayes über die durch das Gesetz vom 14. Januar 1875*) auf den 1. Januar 1879 festgesetzte Wiederaufnahme der Baar- oder Hartgeldzahlungen (resumption of specie payments) vernehmen. Er sagte in dieser Beziehung u. A.: „Nach einer genauen und gründlichen Untersuchung, welche anzustellen ich für meine Pflicht hielt, sehe ich mich immer mehr in der Meinung bestärkt, welche ich bei der Annahme der Wahl zum Präsidenten und bei meiner Inauguration öffentlich aussprach und die dahin geht, daß

*) Das obengenannte Gesetz kam vornehmlich durch die Bemühungen John Shermans zu Stande.

die Politik der Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung auf jede passende Art (by every suitable means) verfolgt werden sollte und daß keine Gesetzgebung weise handeln würde, welche die Wichtigkeit dieser Angelegenheit unterschätzen und die Erreichung dieses Zieles verzögern würde. Ich habe sicherlich weder die Neigung noch das Recht, die Aufrichtigkeit und die Ehrlichkeit entgegengesetzter Meinungen in dieser Sache in Frage zu stellen, ich möchte auch die beträchtlichen Schwierigkeiten und die gelegentlichen Unbequemlichkeiten weder verbergen, noch zu gering anschlagen, die bei diesem Vorwärtsschreiten der Nation zu ihrem frühern Zustande allgemeinen und dauernden Wohlstandes eintreten möchten; aber ich muß doch meiner innersten Ueberzeugung treu bleiben, daß irgend ein Schwanken in der Absicht oder eine Unsicherheit in der Ausführung die bei dem Uebergange von uneinlösbarem zu einlösbarem Papiergelde unvermeidlichen Mißstände nicht nur nicht vermeiden oder verringern hilft, sondern vielmehr nur dazu dient, die Störungen in den Werthen zu vergrößern und zu verlängern. Wenn aber diesen Werthschwankungen kein Ende gemacht wird, so müssen daraus nothwendig verderbliche Unordnung, Unehre und Unglück (serious disorder, dishonor and disaster) für die finanziellen Angelegenheiten der Regierung und des Landes resultiren." Mit Recht hob Hayes noch hervor, daß die mit einem uneinlösbaren Papiergelde stets verbundenen Werthschwankungen vor allen Dingen die gewöhnlichen Handarbeiter, mochten dieselben dem Tagelöhner- oder dem Handwerkerstande angehören, am empfindlichsten treffen müßten. Die reichen speculirenden und unternehmungslustigen Volksklassen, die mit dem Gelde „Geschäfte" machen, leiden bekanntlich nicht immer, sondern haben vielmehr öfters sehr hohen Gewinn von einem an Werth stets veränderlichen Papiergelde; anders aber ist dies mit den für Gehalt und Lohn arbeitenden Leuten; für diese ist es zu allen Zeiten und an allen Orten von der größten Wichtigkeit, daß sie für ihre Arbeit, mag es Kopf- oder Handarbeit sein, in solchem Gelde bezahlt werden, welches in sich den Kaufwerth trägt, der mit der Arbeit, welche es erzeugt, in vollstem und sicherstem Einklang steht. Dieser für jedes Volk so wünschenswerthe, möglichst unveränderliche Geldwerth konnte aber, nach der richtigen Anschauung von Hayes, für das ameri-

kanische Volk nur durch die Wiederaufnahme der Baarzahlung erreicht werden.

In der Botschaft war ferner constatirt, daß die Einnahmen und Ausgaben für das am 30. Juni 1877 endende Fiscal- oder Finanzjahr einen Ueberschuß von 30,340,577 Dollars 69 C. ergeben hatten. Für das nächste Finanzjahr (vom 30. Juni 1877 bis 1. Juli 1878) schätzte der Finanzminister John Sherman die Einnahmen der Union auf 265,500,000 Dollars und die Ausgaben auf 232,430,643 Dollars 72 C., so daß sich ein Ueberschuß von 33,067,456 Dollars 28 C. ergeben mußte, welcher nahezu den Amortisationsfonds dieses Finanzjahres deckte. Der Jahresbericht des Finanzministers stellte übrigens die Thatsache fest, daß die Einnahmen der Bundesregierung im letzten Fiscaljahre um 18,481,452 Dollars 54 C. gegen das Vorjahr abgenommen hatten; die Ursache hiervon wurde vorzugsweise in der verminderten Einfuhr und in dem Sinken der Preise für Waaren gesucht, welche ad valorem taxirt wurden. Während desselben Zeitraums hatte sich aber der Exporthandel verhältnißmäßig beträchtlich vermehrt. Der Totalexport belief sich auf 658,637,457 Dollars an Werth, und die Einfuhr auf 402,092,540 Dollars, woraus sich zu Gunsten der Vereinigten Staaten eine Handelsbilanz von 166,539,917 Dollars ergab. Präsident Hayes empfahl Sparsamkeit in allen Regierungszweigen und eine Taxe von 2 Cents per Pfund auf Kaffee und von 10 Cents per Pfund auf Thee, wodurch eine Einnahme von etwa 12 Millionen Doll. erzielt werden würde; dafür glaubte er, daß eine Reihe anderer drückender Steuern abgeschafft werden könnte. Das Binnen-Steuersystem entstand in den Vereinigten Staaten hauptsächlich durch die Ausgaben, welche der Bürgerkrieg hervorgerufen hatte. Ein großer Theil dieser Steuern war schon abgeschafft, und es konnten, wie Hayes meinte, nach Einführung der von ihm proponirten Kaffee- und Theesteuer alle übrigen Inlandsteuern, außer denen für Spirituosen, Tabak und Bier, ebenfalls fallen gelassen werden. Von der Bundesschuld waren in einem Zeitraum von etwas länger als einem Jahre 3,775,000 Dollars abgezahlt worden.

In Bezug auf die Schifffahrtsinteressen der Union bemerkte die Botschaft, daß der Handel der Vereinigten Staaten mit dem Auslande

zwar sehr zugenommen habe, daß derselbe aber hauptsächlich durch fremde Schiffe vermittelt werde. Die weitere Ausdehnung des Handels sei offenbar für die Union von unberechenbarer Wichtigkeit, man müßte daher der Schifffahrt unter allen Umständen die größte Aufmerksamkeit zuwenden; namentlich müsse der Handelsverkehr zwischen Süd- und Nordamerika mehr, als bisher geschehen, gepflegt werden. Dieser letzte Punkt kam auch bei Gelegenheit des Stiftungsfestes zur Sprache, welches im Mai 1877 die Handelskammer von New-York feierte und dem Präsident Hayes und der Staatssekretär William M. Evarts beiwohnten. Es wurde da besonders der Concurrenz gedacht, welche Deutschland in Süd- und Mittelamerika den Vereinigten Staaten bereite.

Auf den Bericht des Kriegsministers übergehend, zeigte der Präsident, daß die Unionsarmee nicht müßig gewesen sei, sondern im verflossenen Jahre zur Unterdrückung von Unruhen in den Indianergebieten, namentlich gegen den Stamm der Nez Percés, sowie zur Erhaltung der Ordnung an der mexicanischen Grenze und im Innern bei Gelegenheit der Eisenbahnunruhen große Dienste geleistet habe. Ueber die Indianerfeldzüge enthielt der beigelegte Bericht des Kriegsministers nähere Einzelheiten. Der genannte Minister machte den Vorschlag einer Reorganisation der Bundesarmee in dem Sinne, daß der Präsident die Befugniß erhalte, die Infanteriecompagnien im Fall der Noth von 50 auf 100 Mann und die Artilleriebatterien von 75 auf 120 Mann zu erhöhen. Er zeigte, daß die bisherige Militärorganisation den verschiedenartigen Ansprüchen, die an sie gestellt würden, nicht wohl genüge. Die nordamerikanische Union hat mit einer verhältnißmäßig sehr geringen Anzahl Soldaten (etwa 25,000 Mann) eine sehr ausgedehnte Grenze zu bewachen. Es wurde aber, wie bereits angedeutet, keine permanente Verstärkung der Armee, sondern nur eine Reorganisation derselben verlangt, welche den Zweck hatte, die Macht der Bundesregierung unter ganz besondern, genau definirten Umständen zu erhöhen. Allein die demokratische Partei, welche in hohem Maße particularistisch-decentralisirenden Grundsätzen huldigt und stets die Anwendung des Militärs zum Schutze der Reinheit und Unverletzlichkeit der Stimmurne fürchtet, war gegen jede Verbesserung

des Militärwesens im nationalen Sinne. Der Bericht des General-postmeisters wies, wie gewöhnlich, ein Deficit auf, und zwar von etwas mehr als 5 Millionen Dollars; was das Justizdepartement anlangte, so befürwortete der Präsident die Vorschläge des General-Staats-anwalts, so z. B. die Ernennung weiterer Bundesrichter oder die Creirung eines neuen Appellationsgerichtshofes, um die Erledigung der Geschäfte, die sich im Laufe der Jahre und bei der Zunahme der Bevölkerung sehr vermehrt hatten, besser und schneller zu ermöglichen.

Von hoher Wichtigkeit war, was der Minister des Innern, Karl Schurz, in seinem Bericht über die verhängnißvolle Indianerfrage, den Schutz der Staatswaldungen, die Bevölkerung des Wüstenlandes in den westlichen Unionsgebieten, über die Pacific-Eisenbahn u. s. w. vorbrachte. Schurz erklärte z. B., daß man die Indianer nicht civilisiren könne, so lange man ihre Lust zum Jagen durch unbegrenzte Waffen- und Munitionslieferungen Seitens der Bundesregierung ermuthige. Der besitzlose Jäger muß, um der Civilisation zugänglich gemacht zu werden, nach der Schurzschen Ansicht allmählich in einen Ackersmann verwandelt werden; er muß weniger Pferde und dafür mehr Nutz-vieh, wie Rinder, Kühe und Schafe, besitzen. Manche Indianerstämme werden voraussichtlich erst Hirten und dann Landwirthe. Dies scheint in der That auch für die Rothhäute der natürliche Weg der Civili-sation zu sein. Sie beginnt mit dem persönlichen, durch Arbeit er-worbenen Eigenthum und hört mit der Abschaffung desselben wieder auf. Die Erfahrung hat gelehrt, daß man den Indianern, die mit irgend einem Amte Seitens der Union betraut werden, in den meisten Fällen unbedingtes Vertrauen schenken kann. An diese moralische Eigenschaft wollte Schurz bei den von ihm vorgeschlagenen Civili-sationsversuchen angeknüpft wissen, und der Erfolg war für ihn. Vor allen Dingen verlangte er im Jahre 1877 und auch später, daß man den Indianern gegenüber jederzeit und in jeder Hinsicht Wort halte und daß man ihnen nichts verspreche, was man nicht zu halten ge-sonnen sei oder zu halten vermöge. In diesen Worten dürfte aber in der That auch der eigentliche Kern des Indianerproblems für die Vereinigten Staaten liegen. Die von Schurz gemachten Vorschläge,

gleich weit von einer romantischen Humanitätsduselei, wie von einer herzlosen Vernichtungspolitik entfernt, haben stets die Billigung des Präsidenten Hayes, öfter auch die des Congresses gefunden und zu guten Resultaten geführt.

Was die Staatswaldungen betrifft, so wies Schurz unwiderleglich nach, daß der Holzdiebstahl an vielen Orten der Union, namentlich in den entlegenen Territorien, ein systematisch organisirtes Geschäft sei und die dadurch hervorgerufene schnelle Entholzung des Landes jeden denkenden Unionsbürger mit großer Besorgniß erfüllen müsse. Es sei von competenter Seite ausgerechnet, daß schon in 20 Jahren der Holzbedarf in den Vereinigten Staaten aus den eigenen Wäldern nicht mehr befriedigt werden könne, wenn man in der bisherigen Weise zu wirthschaften fortfahre. Ueber die Privatwaldungen, so hieß es in dem Schurzschen Bericht, habe die Regierung keine Macht, man könne nur hoffen, daß auch die Privatleute künftig mit ihren Wäldern schonungsvoller umgehen würden, die Bundesregierung aber könne und müsse erstens dem Holzdiebstahl auf den öffentlichen Ländereien ein Ende machen, und zweitens die in ihrem Besitze befindlichen Wälder gegen schlechte Ausholzung wahren, indem man eine weise rationelle Forstcultur einführe. Nach beiden Richtungen hin machte der Minister des Innern detaillirte praktische Vorschläge, welche zwar die vollste Billigung des Präsidenten Hayes erhielten, von den durch Parteileidenschaften beherrschten Congreßmitgliedern aber nur wenig beachtet wurden. Obschon von Schurz genügende Beweise dafür beigebracht worden waren, daß nicht nur finanzielle Gründe, sondern eben so sehr die Interessen des Ackerbaues und der Gesundheit einen wirksamern Schutz der Holzländereien erforderten, so mußte doch der Beschluß des Congresses, dem gemäß die von der Unionsregierung zur Processirung der Holzdiebe geforderte Geldsumme auf 5000 Dollars herabgesetzt wurde, einen durchgreifenden Schutz der öffentlichen Waldländereien factisch unmöglich machen.

Hinsichtlich der Reformen im öffentlichen Aemterwesen hielt Präsident Hayes selbstverständlich überall die von ihm in seiner Inaugurationsrede niedergelegten Grundsätze aufrecht. Ebenso empfahl er

wiederum die Besserung des Erziehungswesens. Es sei vergeblich, auf das allseitige Gedeihen eines freien Gemeinwesens zu hoffen, wenn man nicht die größte Sorge trage für die sittliche und intellectuelle Bildung des Volkes, welches die Quelle aller Macht sei. Nicht weniger als der siebente Theil der stimmberechtigten Bevölkerung der Union sei des Lesens und Schreibens unkundig. (Dies bezog sich natürlich vorzugsweise auf die Neger.)

Was Hayes in seiner Botschaft über die Beziehungen der Vereinigten Staaten zum Auslande bemerkte, können wir hier, als von untergeordneter Bedeutung, füglich übergehen; nur das sei erwähnt, daß er die Beziehungen zum Deutschen Reiche als sehr befriedigend hinstellte, die Aufmerksamkeit der nationalen Volksvertretung auf die bevorstehende Weltausstellung in Paris hinlenkte und hinsichtlich des russisch-türkischen Krieges hervorhob, daß die Vereinigten Staaten ihre bisherige Neutralität den kämpfenden Mächten gegenüber aufrecht erhalten würden.

Leider fanden die vielfach sehr beachtenswerthen Vorschläge, welche die eben skizzirte Botschaft enthielt, bei dem durch wilde Parteileidenschaft zerrissenen Congreß wenig oder keine Beachtung; derselbe that vielmehr in manchen Punkten das gerade Gegentheil von dem, was der Präsident angerathen hatte, und die besser gesinnten Bürger der Republik waren froh, als sich die beiden Congreßhäuser nach einer nahezu acht Monate langen Sitzung Ende Juni 1878 vertagten.

Wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes und um zu zeigen, wie weit der Haß der beute- und herrschsüchtigen Grant-Republikaner gegen die Reformregierung des Präsidenten Hayes ging, müssen wir noch einmal auf das endgültige Schicksal der auch in Europa vielbesprochenen Silberbill Blands zurückkommen.

Nach längern heftigen Debatten wurde die Blandsche Silberbill in der zweiten Hälfte des Februar (1878) von beiden Congreßhäusern angenommen, allerdings mit einigen, die schlimmsten Seiten der Bill wesentlich einschränkenden Amendements. Diese Amendements beschränkten 1. die Prägung des Silberdollars auf ein Minimum von 400,000 Dollars per Monat; sie verlangten 2. eine internationale

Münzconferenz, die bekanntlich im Jahre 1881 auch in Paris zusammentrat; autorisirten 3. die Ausgabe von Silbercertificaten auf Silberdeposite im Betrage von 10 Dollars und mehr; machten 4. das Silber zum gesetzlichen Zahlungsmittel, wo nicht ausdrückliche Verwahrung dagegen eingelegt wurde, und setzten 5. fest, daß mindestens für 2 Millionen Dollars Silber jeden Monat von der Bundesregierung behufs sofortiger Prägung gekauft werden sollte. Präsident Hayes blieb seinen Grundsätzen getreu, unterzeichnete die von den Demagogen und habgierigen Besitzern reicher Silberminen durchgesetzte Bill nicht, legte sein Veto dagegen ein und motivirte letzteres in einer vom 28. Februar 1878 datirten Botschaft, die mit den Worten schloß:

„Der Hauptfehler der Bill aber besteht darin, daß dieselbe keine Bestimmung enthält, welche früher contrahirte Schulden von der Wirkung der Bill ausnimmt, im Falle die Münze, welche durch das Gesetz geschaffen wird, fortdauernd von geringerm Werthe sein wird als die, welche das einzige gesetzliche Zahlungsmittel zu der Zeit war, in welcher die Schulden contrahirt wurden. Wenn man jetzt, um einen Vortheil aus der Entwerthung des Silbers bei Bezahlung von Schulden zu erzielen, die Prägung eines mit gesetzlicher Zahlungskraft versehenen Silberdollars beabsichtigt, von weniger Werth als ein Dollar in Gold oder Papier im Handelsverkehr, welches jetzt das gesetzliche Geld des Landes ist, so wird eine solche Maßregel, wie nicht in Frage gestellt werden kann, vor dem Urtheile der gebildeten Welt als ein Wortbruch dastehen. Was alle früher contrahirten Schulden betrifft, so sollte der Silberdollar nur zu seinem Marktwerthe zum gesetzlichen Zahlungsmittel gemacht werden. Der feststehende Werth (standard value) sollte ohne Zustimmung beider Parteien des Contracts nicht geändert werden. Nationale Versprechungen sollten mit unwandelbarer Treue gehalten werden. Es giebt keine Macht, die eine Nation zwingen kann, ihre Ehrenschulden zu bezahlen, der Credit der Nation hängt von ihrer Ehre ab. Die Nation schuldet das, was zu erwarten sie ihre Creditoren verleitet oder was zu erwarten sie denselben gestattet hat. Ich kann eine Bill nicht genehmigen, die nach meinem Urtheil zur Verletzung heiliger Verpflichtungen ermächtigt. Die Verpflichtungen der nationalen

Ehre stehen über allen Fragen des Gewinns oder des öffentlichen Vortheils. Die unerschütterliche Erhaltung der nationalen Ehre ist das Gebot der reifen Erfahrung und der höchsten Pflicht und sollte immer sorgsam von der Executive, dem Congreß und dem Volke gehütet werden. Es ist meine feste Ueberzeugung, daß, wenn unserm Lande durch eine Prägung des Silberdollars Vortheil gebracht werden soll, dies nur durch die Ausgabe von Silberdollars mit vollem Werth, durch welche niemand betrogen wird, geschehen kann. Ein Geld, welches weniger werth ist, als es zu sein vorgiebt, wird zuletzt nicht nur die Creditoren, sondern alle betrügen, welche in einem legitimen Handel beschäftigt sind, und niemand gewisser als diejenigen, deren tägliches Brot abhängig von ihrer Hände täglicher Arbeit ist."

Man hätte denken sollen, daß die klare, eindringliche, die Ehre der amerikanischen Nation über alles stellende Botschaft von dem Congreß wenigstens einer kurzen Prüfung unterzogen worden wäre; allein das geschah nicht. Die Parteileidenschaften und der Silberschwindel hatten so tiefe Wurzeln bei den damaligen Gesetzgebern des amerikanischen Volkes geschlagen, daß dieselben die Achtung vor dem Präsidenten und die Sorge für den Credit der Vereinigten Staaten beiseitesetzten und sofort nach Verlesung der Vetobotschaft zur endgültigen Abstimmung über die Bill schritten. Das Veto des Präsidenten wurde in beiden Congreßhäusern, ohne jegliche Debatte, in summarischer, für das Haupt der Nation geradezu beleidigender Weise — im Senat mit 46 gegen 19, im Repräsentantenhause mit 196 gegen 73 Stimmen — überstimmt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten ereignete es sich, daß ein Veto des Präsidenten sich nicht nur als absolut ohnmächtig erwies, sondern die Zahl der Anhänger einer mit dem Veto belegten Maßregel vermehrte, statt sie zu verringern. Mochte es immerhin eine Art von Genugthuung sein, daß wenigstens ein Factor der Regierung, die Executive, seine Stimme gegen die Benachtheiligung der Creditoren der Republik erhob, es konnte dadurch nicht verhindert werden, daß der nationale Credit erschüttert wurde, wie sich dies bald durch den Zurückfluß amerikanischer Bonds aus Europa documentirte. Der Geschäftsverkehr wurde gelähmt und das Ansehen des Präsidenten

sank, da die Führer der Grant-Partei ihn im Stiche ließen. Die Demokraten innerhalb und außerhalb des Congresses wiesen die Versöhnungspolitik des Herrn Hayes mit Hohn zurück und wurden nicht müde, seine Erwählung als eine ungesetzliche darzustellen und durch irgendwelche verfassungswidrige Mittel rückgängig zu machen. Um diesem unerquicklichen, nicht nur die Gesetzgebung, sondern auch den allgemeinen Geschäftsverkehr stark gefährdenden Zustand ein Ende zu machen, sahen sich die republikanischen Congreßmitglieder veranlaßt, den Rechtstitel des Präsidenten durch ein Votum des Repräsentantenhauses unantastbar zu machen, dem sich auch die große Mehrzahl der demokratischen Deputirten anschloß, um nicht in offener Weise als revolutionär zu erscheinen. Der Repräsentant Burchard aus Illinois brachte eine Resolution ein, durch welche erklärt wurde, „daß, nachdem die beiden Congreßhäuser des 44. Congresses in vorschriftsmäßiger Weise die Herren Hayes und Wheeler zum Präsidenten und zum Vicepräsidenten der Union erklärt haben, kein späterer Congreß und keins der beiden Häuser allein befugt sei, jene Erklärung einer Revision zu unterziehen, und daß jeder Versuch dieser Art, jenen Beschluß und den darauf beruhenden Rechtstitel zu beseitigen, ein revolutionäres Verfahren sein würde." Das Repräsentantenhaus nahm diese Resolution mit 215 gegen 21 Stimmen an.

Die Annahme der Bland'schen Silberbill hatte aber noch andere böse Folgen als die oben geschilderten. Der Sieg der Silberleute rief eine gewaltige Agitation zu Gunsten der Vermehrung des uneinlösbaren Papiergeldes hervor, und die Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung am 1. Januar 1879 fand die erbittertsten Gegner. Nicht nur die Demokraten, welche früher in Finanzfragen eine gesunde Politik verfolgt hatten, begünstigten in ihrer Mehrzahl die ungemessene Vermehrung des genannten Papiergeldes, sondern es trat auch eine eigene Partei, die sogenannte „Nationale Papiergeld-Arbeiterpartei" („National-Greenback-Labor-Party"), ins Leben, die sich später mit den Anti-Chinesenagitatoren in Californien und mit socialdemokratischen Elementen verband, um jedes geordnete Finanz- und Staatswesen zu bekämpfen. Die Hauptführer dieser Partei waren im Osten der Union der verrufene Dema-

goge Benjamin F. Butler, welcher schon der demokratischen und der republikanischen Partei angehört, aber nacheinander beide Parteien verrathen hatte, und im Westen der californische Arbeiteragitator Denis Kearney. Das Stichwort dieser Leute war: „Packt das Kapital bei der Kehle" („Grasp the capital by the throat"). In einzelnen Unionsstaaten gelang es sogar dieser „Greenback-Arbeiterpartei", einige ihrer Vertreter in Staatsconventionen (z. B. in Californien), in Staatsgesetzgebungen (z. B. in Massachusetts) und in den Congreß zu wählen.

Allein trotz der bösen Nachwirkungen der Blandschen Silberbill auf commerziellem, industriellem und politischem Gebiete traten schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1878 wiederum deutliche Anzeichen von der unverwüstlichen Lebenskraft der Nordamerikanischen Union hervor. Einerseits nahm der Export der Amerikaner, der wesentlich zu Goldpreisen stattfand, ganz bedeutende Dimensionen an und lieferte damit den Beweis, daß die Beziehungen der Union zum Weltmarkt wieder normal zu werden anfingen; andererseits verschaffte namentlich die feste Haltung des Präsidenten Hayes und seines Finanzministers Sherman in der Finanzfrage der Regierung bei allen gutgesinnten Bürgern die verdiente Anerkennung. Die große Mehrzahl der republikanischen Partei stand treu zur Bundesregierung, welche sich weder durch die demokratischen noch durch die republikanischen Heißsporne von dem einmal betretenen Wege einer gemäßigten Reform abdrängen ließ. Selbst so enragirte Grant-Männer wie der Bundessenator Roscoe Conkling von New-York suchten wieder Fühlung mit der Hayes-Administration zu gewinnen, als die verbissenen Demokraten, die sogenannten „Bourbonen" des Südens, mit ihren Umsturzideen immer kühner hervortraten und nicht nur ihre Absicht erklärten, das Gesetz, welches die Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung am 1. Januar 1879 bestimmte, umzustoßen, sondern alle theuer erkauften freiheitlichen und nationalen Errungenschaften des blutigen Bürgerkrieges über den Haufen zu werfen. So lautete z. B. eine Resolution, welche am 7. Juli 1878 von der demokratischen Staatsconvention von Arkansas angenommen wurde, kurz und bestimmt also: „Wir verlangen einen unumwundenen und bedingungslosen Widerruf (An unqualified and unconditional repeal) des

verhaßten Wiederaufnahms- oder Resumptionsgesetzes." Ein im Staate Mississippi erscheinendes demokratisches Blatt, „The States", schrieb im Hinblick auf den Umstand, daß der im Jahre 1879 zusammentretende Congreß nicht nur im Repräsentantenhause, sondern auch im Senat eine demokratische Majorität aufweisen würde, wie folgt: „Wenn wir Demokraten die Macht wieder haben, dann werden wir alles umstürzen, was von den Republikanern seit dem Jahre 1861 geschaffen worden ist. Vor allen Dingen werden wir die Neger-Amendements aus der Bundesverfassung herausreißen und die Pflanzerrepublik unserer Väter in all ihrer Reinheit (!) und Einfachheit wiederherstellen." Das ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und bewies gleichzeitig zur Genüge, daß zum Gedeihen der Union die Mission einer ehrenhaften und reformirten republikanischen Partei noch nicht überflüssig war. Die Ansichten, welche die „States" aussprachen, standen nicht vereinzelt da; ein anderes südliches Blatt, der „Corinthian", forderte das Volk der Südstaaten auf, „sich muthig dem Norden der Union entgegenzustellen, denn die Trennung der Union werde wieder versucht werden, wie im Jahre 1861, als die Kanonen vom Fort Sumter das Zeichen zum Bürgerkriege gaben. Der Norden sei zu tyrannisch, zu mißtrauisch, der Süden zu erhaben, zu nobel, zu ehrgeizig und zu stolz." Man sieht, die Südstaaten bedienten sich im Sommer 1878, trotz der Versöhnungspolitik des Präsidenten Hayes, dem Norden gegenüber nahezu wieder derselben übermüthigen und verletzenden Sprache, die sie vor dem Rebellionskriege gegen ihn zu führen gewohnt waren. Ein vollständiger Sieg der demokratischen Partei bei den nächsten Herbstwahlen hätte nicht nur das erneuerte Uebergewicht des Südens in der Landesverwaltung der Union befestigt, sondern möglicherweise auch den Congreß veranlaßt, den angeblich durch Betrug gewählten republikanischen Präsidenten Hayes durch ein Impeachmentverfahren aus dem „Weißen Hause" zu entfernen.

So geschah es denn, daß im Hinbick auf die Wahlen, welche im Herbst (1878) in einer großen Anzahl von Unionsstaaten vor sich gingen, der republikanische Norden auf Grund der finanziellen und nationalen Frage sich immer mehr einigte gegenüber dem, wenn nicht se-

cessionistisch, doch arg partikularistisch gesinnten und für unendliche Vermehrung des uneinlösbaren Papiergeldes schwärmenden Süden. Nach einem harten Kampfe trugen denn auch die Republikaner über ihre Gegner den Sieg davon. Nur der Süden und ein Theil des Westens der Union gab den Verlockungen der Demokraten und den Papier- und Silbergeldleuten Gehör, während der Osten, der Norden und die Mehrzahl der westlichen Staaten für eine gesunde Finanzpolitik in die Schranken traten und damit der Administration des Präsidenten Hayes ein nicht zu verkennendes Vertrauensvotum gaben. So ermuthigt und gestärkt gingen dann auch der Präsident und der Finanzminister Sherman mit aller Energie daran, die vom Volke indossirte Wiederaufnahme der Baarzahlung kräftig ins Werk zu setzen.

Am Montag, 3. December 1878, trat der 45. Congreß zu seiner letzten Sitzung zusammen. In der Botschaft, welche der Präsident den versammelten Gesetzgebern übersandte, nahm er der republikanischen und der demokratischen Partei gegenüber dieselbe objektive Stellung ein, welche er während der letzten Herbstwahlen einzunehmen für seine Pflicht gehalten hatte. Nachdem er zunächst des allmählichen Wiederaufblühens der Geschäfte, welches nur vorübergehend durch das pestartige Auftreten des Gelben Fiebers gestört worden war, Erwähnung gethan, ging er ausführlich und mit strengem Ernst auf die schweren Gesetzwidrigkeiten ein, die in einigen Südstaaten, namentlich in Südcarolina und Louisiana, vorgekommen waren. Er wies darauf hin, daß die Südstaaten und deren Bevölkerung, die frühern Sklavenhalter, nach Niederwerfung der Rebellion die Oberhoheit der Nationalregierung in Washington City, die Unverletzlichkeit und Fortdauer der Union, sowie das 13., 14. und 15. Amendement zur Bundesverfassung, welche den Farbigen und frühern Sklaven Freiheit und Gleichheit in Bezug auf bürgerliche und politische Rechte zusichern, ohne Rückhalt anerkannt hätten. Wenn nun dennoch die farbige Bevölkerung in einzelnen Südstaaten während der letzten Herbstwahlen in der freien Ausübung ihres Wahlrechtes gewaltthätig beschränkt worden sei, so sei es die heilige Pflicht des Congresses, diese Angelegenheit unparteiisch und gründlich zu untersuchen, um so mehr, als aus jenen durch Gewaltthaten getrübten Wahlen ver-

schiedene Congreßmitglieder hervorgegangen seien. Hayes gab keinen Augenblick die versöhnliche Politik, welche er bei der Uebernahme der Präsidentschaft dem Süden gegenüber in Wort und That documentirt hatte, auf, aber er erklärte zugleich, daß kein in seiner Macht liegendes Mittel unversucht bleiben sollte, „um eine volle, unparteiische Untersuchung der begangenen Verbrechen und die Ueberführung und Bestrafung der Schuldigen herbeizuführen." Alsdann schilderte der Präsident mit kurzen Worten die fast durchweg befriedigenden Beziehungen der Union zum Auslande und wandte sich darauf zur Besprechung der Finanzfrage, wobei er den offiziellen Bericht seines Finanzministers zu Grunde legte. Er erklärte dem Congreß offen, daß er seine frühere Stellung in der Finanzfrage nicht geändert habe, weder in der Silberfrage noch in Bezug auf die Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung, und sagte u. A.: „Man lasse es erkennbar werden, daß der Congreß für das kommende Jahr (1879) sich aller Experimentirungskünste auf dem Gebiete der Finanzen und des volkswirthschaftlichen Lebens enthalten werde, und man wird sehen, wie die Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung, die zur festgesetzten Zeit durchgeführt werden muß, das Wiederaufleben eines gesunden und rührigen Geschäftsbetriebes zur Folge haben wird. Man lasse den heilenden Einfluß der Zeit, der ungebrochenen Energie unseres Volkes und den mächtigen Reichthümern des Landes gute Gelegenheit zur Wirksamkeit, dann wird die Befreiung aus den jetzt noch mehrfach herrschenden Schwierigkeiten ganz gewiß nicht ausbleiben." Nach einer kurzen Hinweisung auf die Berichte des Kriegsministers, des Marineministers und des Generalpostmeisters und die damit zusammenhängenden Vorschläge kam der Präsident auf den umfangreichen und interessanten Bericht des Ministers des Innern. Hier berührte er zunächst die Indianerfrage und unterstützte den von Karl Schurz gemachten Vorschlag, aus gesetzliebenden und friedlichen Indianern selbst eine berittene Polizei zu machen. Während man die militärischen Vorkehrungen nicht unterlassen dürfe, sei doch das Hauptaugenmerk immer darauf zu richten, daß das Indianerproblem durch humane Mittel gelöst werden müsse. Man solle nicht vergessen, daß die Indianer die Urbewohner des Landes und dessen ursprüngliche

Besitzer gewesen seien; der Boden, auf dem das amerikanische Volk mächtig und glücklich geworden, habe früher ihnen gehört. Man möge deshalb nicht lässig werden in den Versuchen, den Indianern die Wohlthaten eines civilisirten Lebens zukommen zu lassen, um so mehr, als sie offenbar sich für eine bessere Erziehung ihrer Kinder mehr und mehr interessirten. Der Präsident wies auf einen Versuch hin, der mit 50 Indianerkindern, Knaben und Mädchen, gemacht worden sei, die man in das Hampton-Normal-Ackerbauinstitut in Virginien brachte, um sie dort zu erziehen, damit sie erwachsen zu ihren Stämmen zurückkehren und diesen zum Vorbilde und zu Lehrern und Dolmetschern werden könnten. Wenn die vom Congreß dem Indianerbureau überwiesenen Geldmittel es erlaubt hätten, so hätte man wohl 1000 solcher Indianerkinder zu civilisirten Menschen machen können. Auf die Waldschutzfrage übergehend, empfahl der Präsident mit Herrn Schurz dringend dem Congreß, durch größere Geldbewilligungen durchgreifendere Maßregeln zu ermöglichen. Die Botschaft bestätigte, daß der genannte Minister mit den ihm zu Gebote gestellten Mitteln sowohl in der Waldschutzfrage wie für die Ackerbauinteressen und das Patentwesen das Mögliche gethan habe, aber der Congreß habe ihn bei seinen Bemühungen nur sehr schwach unterstützt. Schließlich betonte Hayes die Nothwendigkeit, für die Congreßbibliothek neue Räume zu schaffen und dem berühmten, in seiner Art einzig dastehenden Smithsonian-Institut das zur Herstellung eines Nationalmuseums erforderliche Geld zu bewilligen. Charakteristisch für die im nationalen Sinne centralisirende Politik des Präsidenten war dessen oben bereits erwähnte Empfehlung, das Erziehungswesen mehr als bisher der nationalen Gesetzgebung zu unterstellen. Erwähnt mag noch werden, daß Hayes der Bundesgesetzgebung mittheilte, daß die Entschädigungssumme von $5\frac{1}{2}$ Millionen Dollars, zu deren Zahlung die Vereinigten Staaten durch eine aus Amerikanern und Engländern bestehende Commission, die in Halifax tagte, wegen unbefugter Fischereien in canadischen Gewässern verurtheilt worden waren, an England und Canada ausgezahlt sei.

Eine der ersten wichtigen Fragen, die auf dem Congreß zur Sprache kamen, war die fatale Chinesenfrage, die schon wiederholt die

Bundesgesetzgebung beschäftigt hatte und zu einer der brennendsten politischen Tagesfragen herangereift war. Mitte Februar 1879 faßte nach längeren Berathungen der Congreß den Beschluß, daß fortan „auf keinem Schiffe mehr als 15 Chinesen in die Vereinigten Staaten einwandern sollten". Daß die Söhne des „Himmlischen Reiches" trotz oder vielleicht sogar wegen ihrer Arbeitsamkeit in vieler Beziehung der am Stillen Meere wohnenden Bevölkerung der Union sehr lästig geworden waren, unterliegt keinem Zweifel, doch konnte dadurch das radicale Vorangehen des Congresses kaum gerechtfertigt werden. Für den erwähnten Beschluß stimmten sowohl Mitglieder der republikanischen wie der demokratischen Partei, wenn auch die letztern in größerer Anzahl. Es war offenbar, daß die Majorität, welche die Anti-Chinesenbill annahm, sich dazu wesentlich durch politische oder vielmehr demagogische Gründe bestimmen ließ, denn diese Bill stand mit dem noch zu Recht bestehenden Burlingame-Vertrag, der die Verhältnisse zwischen den Vereinigten Staaten und China regelte, in dem schneidendsten Widerspruch. Allein man wollte sich für die kommenden Congreßwahlen sowie für die Präsidentenwahl im Jahre 1880 die Stimmen der Pacificstaaten, namentlich Californiens, sichern. Daß die Annahme der Anti-Chinesenbill wesentlich auf Drängen von Californien im Congreß durchgesetzt wurde, geht u. A. daraus hervor, daß die unruhigen Elemente jenes Staates sogar mit Aufruhr und Secession zu drohen wagten, wenn die Bundesgesetzgebung die Chineseneinwanderung nicht durch einschneidende Maßregeln zu beschränken bereit sein würde. „Lange genug", so schrieben Blätter in San-Francisco, „haben wir in Californien Schutz gegen die Mongoleneinwanderung erbeten, aber nur Spott und Hohn darauf vom Osten der Union erhalten. Californien wird sich auf diese Weise nicht länger mißhandeln lassen. Wenn man ihm nicht die drückende Last der Chinesen abnimmt, so muß und wird es sich auf seine eigenen Füße stellen und am Stillen Meere eine besondere Wahlrepublik bilden. Californien ist so groß wie die Neuenglandstaaten, New-York, Pennsylvanien und Ohio zusammen; dieses mächtige und von der Natur reich ausgestattete Gebiet kann sehr wohl ein selbständiges Reich bilden." Allein diese Drohungen machten auf

den Präsidenten Hayes wenig Eindruck und hinderten ihn nicht, die Anti-Chinesenbill mit seinem Veto wirksam zu belegen. Die Californier kamen denn auch bald wieder zur Besinnung und beruhigten sich. Das Veto des Präsidenten war treffend damit begründet, daß internationale Verträge nicht zur Competenz des Congresses gehörten und daß ein plötzliches Zerreißen der bestehenden Verträge den amerikanischen Handel sehr schädigen würde. Hatte doch China in dem letzten Fiscaljahre für etwa 23 Millionen Dollars Waaren von den Vereinigten Staaten bezogen und für ungefähr 18 Millionen Dollars seiner eigenen Producte dorthin entsandt.

Was die Finanzfrage anbetrifft, so ging, allen schlimmen Prophezeiungen zum Trotz, die so bitter und leidenschaftlich bekämpfte Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung am 1. Januar 1879 in ruhiger und geordneter Weise von Statten. Nach sechzehnjährigem Irren in der Wüste uneinlösbaren Papiergeldes kehrten die Vereinigten Staaten am genannten Tage wieder zu gesunden Finanzzuständen zurück. Die amerikanische Geschäftswelt fügte sich vertrauensvoll in die neue und bessere Ordnung, in allen großen Handels- und Fabrikstädten der Union, in New-York, Boston, Philadelphia, Cincinnati, Louisville, Chicago, Saint-Louis u. s. w. fand die Resumption glücklich und ohne nennenswerthe Störungen statt. Der Uebergang aus dem Zustande des Schwindels und des Schwankens im Geldmarkt zu einer ehrlichen Finanzwirthschaft war um so leichter, als in der Hoffnung auf bessere Zeiten der Papiergelddollar dem Golddollar so ziemlich gleich gekommen war und die Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung factisch schon vor dem für sie gesetzlich bestimmten Tage begonnen hatte. Bald zeigte es sich, daß die Folgen dieser Finanzmaßregel nur wohlthätige und keine schlimmen waren und daß, was man auch sonst an der Administration des Präsidenten Hayes auszusetzen hatte, in Bezug auf Ehrenhaftigkeit und finanziellen Erfolg ihr keine frühere vorzuziehen war.

Ueber die Thätigkeit des 45. Congresses in seiner letzten, am 4. März 1879 zum Abschluß gekommenen Sitzung ist wenig Erfreuliches zu berichten. Die demokratische Partei verhinderte jede, das Gemeinwohl fördernde Maßregel und war nur darauf bedacht, ihre poli-

tische Machtstellung zu vermehren. In den Staatssenaten von Virginien und Alabama wurden Beschlüsse gefaßt, welche an Unionsfeindlichkeit der berüchtigten Nullificationserklärung John C. Calhouns vom Jahre 1832 vollkommen gleich kamen. Die particularistische Theorie von den „Staatsrechten“ (States-Rights) kam darin in aller Schärfe zum Vorschein. Die betreffenden Beschlüsse lauteten aber also: „Jeder Einzelstaat der Union ist allein berechtigt, jede Person innerhalb seiner Grenzen in ihrem Leben, ihrem Eigenthum, ihrer Freiheit und ihren Rechten zu schützen. Die auf die bürgerliche Gleichstellung der Neger mit den Weißen bezügliche ‚Civilrechtsbill‘ und die Gesetze des Bundescongresses, welche sich auf die Durchführung des 13., 14. und 15. Verfassungsamendements beziehen, sind nicht rechtsbeständig, sondern ungültig (null and void). Das Höchste, was die Vereinigten Staaten in einem Falle thun können, in welchem es sich um einen Streit darüber handelt, wem ein gewisses Recht zustehe, der Union oder dem Einzelstaate, besteht darin, daß sie erklären, die Handlungen eines Einzelstaates seien ungesetzlich; niemals aber dürfen die Vereinigten Staaten zu einer That schreiten, um die Entscheidung eines Vereinigten Staaten-Gerichts in Wirksamkeit zu setzen. Die Einmischung von Bundesgerichtshöfen in die Rechte des Staates Virginien muß durch passende Gesetzgebung verhindert werden.“

Diese Beschlüsse des Virginischen Staatssenates zielten nur zu deutlich darauf hin, daß die Zustände vor dem Secessionskriege wieder hergestellt werden möchten, und daß alles, was dieser Krieg entschieden hatte, als nicht geschehen betrachtet werden sollte. Die Einzelstaaten sind souverän; sie können thun, was sie wollen, sie können sogar die durch die genannten Verfassungsamendements aufgehobene Negersklaverei wieder einführen und andere Handlungen vornehmen, welche das Bundesobergericht als verfassungswidrig bezeichnet. Die Regierung der Vereinigten Staaten kann in solchen Fällen nur „erklären“, der Einzelstaat handle ungesetzlich, aber etwas dagegen „thun“ darf sie nicht. Diese Lehre ging offenbar weiter als die Calhouns, ja noch weiter als die Rebellendemokratie unter Jefferson Davis im Jahre 1861 ging. Damals behauptete der rebellische Süden nur, es sei ungesetzlich von Seiten

der Bundesregierung, zur Aufrechterhaltung der Bundesgesetze sofort Soldaten marschiren zu lassen, sie müsse diese Gesetze zuerst durch Civilbeamte auszuführen versuchen. Damit war wenigstens das Recht der nationalen Regierung, allgemeine Landesgesetze auch überall durchzuführen, anerkannt. Dies wurde jetzt von dem Staatssenat in Virginien geleugnet. Bundesbeamte hatten nach dessen Ansicht überhaupt kein Recht, in den Einzelstaaten der Union irgend eine Handlung vorzunehmen. Wenn sie es doch thaten, so warf man sie in das Gefängniß. Dies geschah auch in der That mit einem Vereinigten Staaten-Marschall in Alabama, der bei Gelegenheit von Congreßwahlen die Befehle eines höhern Bundesgerichtshofes vollzog. Der Staatssenat von Alabama hatte auch, ganz als wenn Alabama ein selbständiger Staat wäre, einen Ausschuß für „auswärtige Beziehungen“ („foreign relations“) eingesetzt und demselben die Instruction ertheilt, ein Gesetz zu berathen, demgemäß die Wahlmänner für Präsidenten und Vicepräsidenten der Union nicht mehr durch das Volk, sondern durch die Legislaturen der Einzelstaaten gewählt werden sollten, bis die betreffenden Bundesgesetze widerrufen seien.

Es ist selbstverständlich, daß solche Vorgänge in den Südstaaten im Norden der Union sehr böses Blut machten und die alten Leidenschaften und Antipathien zwischen den beiden Landestheilen in hohem Grade wieder wach riefen. Verschärft wurde dieser Gegensatz noch durch das Benehmen der demokratischen Parteiführer im Congreß. Dies zeigte sich namentlich bei der Berathung der sogenannten „Pensionsbill“, welche kurz vor dem Schlusse der Session zu den lebhaftesten Debatten Veranlassung gab und schließlich auch Gesetzeskraft erhielt. Diese Bill kostete, wie selbst deren Vertheidiger zugaben, den Vereinigten Staaten jährlich mindestens 20 Millionen Doll.; sie war darauf berechnet, unter dem Scheine der Dankbarkeit und Fürsorge für invalide Soldaten Stimmen bei den kommenden wichtigen Wahlen zu gewinnen. Aus diesem Grunde stimmten denn auch mehrere republikanische Congreßmitglieder für die Bill, da sie nicht gewillt waren, die durch dieselbe in weiten Kreisen hervorgerufene Popularität den Demokraten allein zu überlassen. Die Pensionsbill sicherte nämlich

nicht nur den Veteranen aus dem Englisch-Amerikanischen Kriege von 1812 und aus dem Mexicanischen Kriege, sie mochten invalide sein oder nicht, nachträglich verhältnißmäßig hohe Pensionen zu, sondern auch allen Soldaten, die in den verschiedenen Indianerkriegen oder sonst jemals die Uniform der Union getragen hatten. Es lag auf der Hand, daß Hunderttausende von gewesenen Soldaten nun Pensionsansprüche erhoben und daß Betrügereien und Bestechereien von Neuem Thür und Thor weit geöffnet wurde. Die Debatte aber, welche durch die Pensionsbill in der Nacht vom 2. auf den 3. März 1879 im Bundessenat hervorgerufen wurde, ist zu interessant und zu charakteristisch, als daß wir hier nicht näher auf dieselbe eingehen sollten.

Als nämlich der Theil der Bill, welcher auf die Veteranen aus dem Mexicanischen Kriege Bezug nahm, zur Berathung kam, stellte Hoar, republikanischer Bundessenator aus Massachusetts, das Amendement, daß der verrätherische Expräsident der südlichen Conföderation, Jefferson Davis, obschon er während des Krieges mit Mexico im Unionsheere diente, als späterer Todfeind der Union von der Pensionsberechtigung ausgeschlossen würde. Dies vielleicht nicht ganz zeitgemäße Amendement rief unter den demokratischen Senatsmitgliedern die wüthendsten Zornausbrüche hervor, denen gegenüber aber Hoar vollkommen seine Ruhe bewahrte. Namentlich war es Lamar, ein südlicher Senator und früherer Offizier in der Rebellenarmee, dessen Zorn bis zur Weißglühhitze ging und der sich zu den heftigsten persönlichen Angriffen gegen Hoar hinreißen ließ. Mit der geballten Faust ihm drohend, bezeichnete er das Amendement des Senators von Massachusetts als eine „unüberlegte, freche Beleidigung" (a wanton insult). Senator Edmunds von Vermont, der gerade den Vorsitz führte, rief Herrn Lamar zur Ordnung, allein dieser Ordnungsruf wurde von der Majorität des Senats nicht aufrecht erhalten, und so ereignete sich die wunderbare Thatsache, daß officiell in den Akten des Senats der Vereinigten Staaten verzeichnet steht, wie der Antrag, Jefferson Davis von den Pensionsberechtigten auszuschließen, als eine „freche Beleidigung" der Helfer und Freunde der südlichen Rebellion angesehen wurde. Die Debatte dauerte vor überfüllten Galerien noch stundenlang fort. Die südlichen Sena-

toren hielten die wärmsten Lobreden auf den frühern Präsidenten der südlichen Conföderation und verglichen ihn mit den größten Helden des alten Griechenlands und Roms. Jefferson Davis' Name wurde mit allem, was edel und ritterlich, in Verbindung gebracht; sein Ruf und sein Andenken, so hieß es, werde wie das Andenken von George Washington in der Geschichte fortleben, er behaupte für alle Zeit in dem Herzen des Volkes des Südens der Union seinen Platz. Seine etwaigen Fehler seien die eines ganzen Volkes und seine Schuld werde von vielen getheilt, die jetzt im Bundessenat der Vereinigten Staaten säßen. Senator Hoar erwiderte einfach und ruhig: „Jefferson Davis habe niemals, weder durch Wort noch durch That, Reue wegen der Rebellion gezeigt, wie dies z. B. Seitens derjenigen Senatoren geschehen sei, die mit ihm den Rebellionskrieg entzündet hätten. Er habe niemals versucht, das verlorene Bürgerrecht wieder zu bekommen; es sei der Unionsregierung unwürdig, den Mann durch Pensionsertheilung zu ehren, der die Union habe zerstören wollen und auch jetzt allem Anscheine nach Rebellionsgedanken hege." Endlich traten dann auch einige republikanische Senatoren für die Ansichten von Hoar in die Schranken und zwangen Herrn Lamar, einzugestehen, daß die Unionsregierung unter republikanischer Leitung eine seltene Milde gegen Jefferson Davis und alle südlichen Rebellen an den Tag gelegt habe. Allein keine Rede war von so mächtiger, so wahrhaft erschütternder Wirkung, als die wenigen Worte, die der leider seither verstorbene Senator von Michigan, Zacharias Chandler, sprach. Es war nahezu 3 Uhr Morgens. als sich Chandler von seinem Sitze erhob und die Senatoren also anredete: „Es sind jetzt ungefähr 20 Jahre her, als ich mit Herrn Jefferson Davis in dieser Kammer aufstand und mit ihm beim allmächtigen Gott schwor, die Verfassung der Vereinigten Staaten aufrecht zu erhalten. Jefferson Davis war aus dem Cabinet von Franklin Pierce ausgetreten, kam in den Senat der Vereinigten Staaten und leistete den Eid zugleich mit mir, treu und gehorsam der Regierung dieses Landes zu sein. Vier Jahre hindurch saß ich mit Jefferson Davis in dieser Körperschaft und sah, wie Tag für Tag Anstalten gemacht wurden, diese Regierung niederzubrechen.

Mit Verrath im Herzen und Meineid auf den Lippen (with treason in his heart and perjury upon his lips) leistete er den Schwur, die Regierung zu stützen, deren Sturz er beabsichtigte. Herr Präsident es war Methode in diesem Wahnsinn. Im Bunde mit andern Männern des Südens und mit Ministern des Präsidenten James Buchanan wurden die sorgsamsten Vorkehrungen von ihm für das, was folgen sollte, getroffen. Das Heer der Union wurde über das ganze weite Gebiet des Landes hin zerstreut, so daß es in der Noth keine Hülfe leisten konnte. Die Kriegsschiffe wurden in entfernte Meere entsandt, wo immer die Winde sie hinwehten und die Wogen sie trugen, so daß sie zum Niederwerfen der Rebellion nicht benutzt werden konnten. Der Schatz der Union wurde geleert, bis wir Bonds und Papiergeld ausgeben mußten, deren Zinsen in Gold zahlbar waren, die aber selbst im Werthe sanken und oft keinen Käufer fanden. Die Rebellen gingen gar sorgsam zu Werke. Eine anscheinend unschuldige Clausel in einer Armeebill bestimmte, daß der Kriegsminister nach seinem Belieben (in his discretion) solche und so viele Waffen aus den Arsenalen verkaufen konnte, als ihm passend erschien. Herr Präsident, im letzten Februar waren es 18 Jahre, da saß ich in diesen Hallen und hörte, wie Jefferson Davis seine Abschiedsrede hielt, uns über die Pflichten belehrte, die wir nach der Verfassung dieser Regierung schuldig wären, uns dann verließ und die Rebellion gegen die Regierung begann, der zu dienen er geschworen. Ich blieb hier während der ganzen Dauer des Rebellionskrieges. Ich sah unsere braven Soldaten bei Tausenden, fast möchte ich sagen, bei Millionen, auf den Schauplatz des Krieges ziehen. Ich sah ihre gelichteten Reihen wiederkehren. Ich sah Dampfboot nach Dampfboot, einen Eisenbahnzug nach dem andern die Verwundeten heimbringen. Ich besuchte meinen Freund, den General Burnside, der jetzt Senator ist, als er die Potomacarmee commandirte, und ich sah Schmerzensscenen, die das Herz erschüttern machten. Ich sah Witwen und Waisen, die jener ruchlose Krieg geschaffen. Zu jener Zeit dachte ich nicht, daß die Zeit kommen würde, wo ich es erleben sollte, im Senat der Vereinigten Staaten Jefferson Davis bei seinen Lebzeiten lobpreisen zu hören, von den noch lebenden

Rebellen hier in diesen Hallen des Senats der Vereinigten Staaten. Wahrlich, Herr Präsident, ich bin darüber fast betäubt (amazed), aber ich kann den Herren aus dem Süden hier sagen, daß sie den Geist des Nordens wenig kennen, wenn sie hierher kommen mit hochtönenden Redensarten auf den Lippen und Lob häufen auf denjenigen, den jeder Mann und jede Frau und jedes Kind im Norden für einen doppelten und dreifachen Verräther erklärt."

Kein Senator wagte Chandler's Rede zu unterbrechen. Niemand fühlte sich beleidigt. Die Worte des republikanischen Senators enthielten eine niederschmetternde Wahrheit, aber die Pensionsbill wurde doch angenommen, wenn auch die auf Creirung neuen Papiergeldes abzielenden Vorschläge des Demokraten Voorhees keinen Anklang fanden.

Die im Wesentlichen sehr unfruchtbare, zumeist nur mit politischen Parteistreitigkeiten hingebrachte letzte Session des 45. Congresses ging zu Ende, ohne daß die für das mit dem 30. Juni 1880 endende Finanz- oder Fiscaljahr nöthige Bewilligung einiger zur Fortführung der Regierungsgeschäfte erforderlichen Geldmittel, z. B. der Gelder für die Erhaltung der Armee, stattgefunden hatte. Den Demokraten war die für Aufrechterhaltung der Ordnung bei den nationalen Wahlen im Süden möglicherweise sehr nöthige Bundesarmee stets ein Stein des Anstoßes, daher die durch sie verzögerte Annahme der sogenannten Appropriationsbill. Zu dem Ende sah sich Präsident Hayes gezwungen, die beiden Congreßhäuser zu einer kostspieligen Extrasession auf den 18. März 1879 nach Washington City zu berufen. Die Demokraten hatten ja in dem neuen (46.) Congreß sowohl im Repräsentantenhause wie im Bundessenat die Mehrheit, und es konnte nicht Wunder nehmen, wenn sie von diesem Umstande für ihr Parteiinteresse, namentlich in Hinsicht auf die im Jahre 1880 stattfindende Präsidentenwahl, den ausgiebigsten Gebrauch zu machen versuchten. Allein dieser Versuch mißlang vollständig. Die besagte Extrasession des 46. Congresses erreichte, nachdem sie länger als 100 Tage gedauert, über 1 Million Doll. gekostet und dem amerikanischen Volke nur sehr wenige, wahrhaft wohlthätige Gesetze gebracht hatte, am 1. Juli 1879 ihr Ende. Von den nahezu 3000 Gesetzesvorschlägen oder Bills, welche dem Congreß zur

Berathung vorgelegt wurden, hatte nur eine verhältnißmäßig sehr geringe Anzahl Gesetzeskraft erlangt, und eine noch geringere Anzahl von Gesetzesvorlagen, die in der That in Wirksamkeit traten, konnte als nutzbringend für das Gemeinwohl bezeichnet werden. Zu diesen letztern zählten, abgesehen von den durch die Regierung angeregten Budgetgesetzen, namentlich drei Gesetzesvorschläge, von denen der eine den Umtausch von silbernem Kleingelde gegen Schatzamtsnoten betraf; der andere die Einschleppung von epidemischen Krankheiten zu verhüten bestimmt war; der dritte endlich die gerade in Amerika so vielfach zum Gebrauch kommende Fiebermedicin, das Chinin, von einem hohen Zoll befreite, aus welchem nur ein paar Engroshäuser einen Gewinn zogen, während derselbe auf der Masse des Volkes, vorzugsweise auf den ärmern Schichten der Bevölkerung, als eine drückende Last ruhte. Bei weitem die meiste Zeit der theuern und unerquicklichen Extrasession wurde mit politischen Parteistreitigkeiten, mit politischen Intriguen, mit Präsidentenwahlplänen, mit Schaffung von Campagnematerial für das Jahr 1880 und mit bis dahin glücklich abgeschlagenen Versuchen, dem Silber- und Papiergeldschwindel Thür und Thor zu öffnen, vergeudet. Von Allem, was die demokratische Partei durch diese Congreßsitzung erringen zu können erwartete, war nichts, gar nichts in Erfüllung gegangen. Alle ihre Plane scheiterten und der Weg ins „Weiße Haus" wurde, statt leichter und ebener, nur schwieriger und unwegsamer. Präsident Hayes behielt dieselbe Gewalt über die Bundesarmee, die er früher besessen, seine ihm nach dem Gesetze zukommende Machtstellung war nicht erschüttert, die von ihm für das Heer geforderten Gelder wurden schließlich bewilligt. Die den Demokraten so verhaßten Bundeswahlgesetze wurden weder aufgehoben noch abgeändert, die für die Legislative, für die Executive und für das Gerichtswesen verlangten Geldmittel wurden nicht zurück gehalten, mit einziger Ausnahme von 600,000 Doll. für die Bundesmarschälle und Oberaufseher (Supervisors) bei den nationalen Wahlen; allein auch diese Beamten blieben dennoch im Amte und erfüllten ihre vom Gesetz ihnen vorgeschriebenen Pflichten. Kurz die vom 18. März bis 1. Juli 1879 währende Extrasitzung des Congresses war für die Demokraten eine gänzlich verfehlte, denn dieselben

waren trotz ihrer relativen Majorität in beiden Congreßhäusern nicht im Stande, auch nur eine einzige ihrer verwerflichen Maßregeln durchzusetzen. Daß dies nicht geschah, war ein Verdienst der wohldisciplinirten und diesmal einigen republikanischen Partei; noch mehr Anerkennung aber gebührte in dieser Beziehung dem Präsidenten Hayes, der in fester Hand das Steuer des Staatsschiffes hielt, jeden constitutionswidrigen Gesetzesvorschlag der Demokraten mit einem durch sachliche Gegengründe und Gesetzesstellen wohlmotivirten Veto belegte und sich dadurch bei Freund und Feind Achtung und Anerkennung erwarb. Diejenigen, die früher Hayes einen schwachen, energielosen Mann zu nennen pflegten, hatten jetzt Grund genug, ihre Meinung zu ändern. Er bewies den demokratischen Reactions- und Umsturzplänen gegenüber eine vielfach unerwartete Fähigkeit und Zähigkeit des Charakters und wandte dadurch unberechenbares Unheil von der Union ab. Nach vier Richtungen hin versuchten die Demokraten verfassungs- und gesetzwidrige, zum Theil geradezu revolutionäre Pläne zur Ausführung zu bringen. Zunächst war es, wie bereits angedeutet, ihre erklärte Absicht, die gesetzlichen Schutzmittel aus dem Wege zu räumen, welche Gewalt und Betrug bei den Nationalwahlen verhindern; dann wollten sie der Executive, wenn nicht ganz, doch theilweise die constitutionelle Macht über die Bundesarmee entziehen; drittens beabsichtigten sie Einem Zweige der Regierung, der Legislative, die höchste Gewaltausübung zu vindiciren; und da diese drei einander ergänzenden Maßregeln fehl schlugen, bemühten sie sich, es der Executive unmöglich zu machen, die Reinheit der Wahlen den bestehenden Gesetzen gemäß zu schützen und die fälligen Bundessteuern mit Erfolg einzuziehen. Man sollte denken, daß ein solches Vorangehen einer politischen Partei hingereicht haben würde, dieselbe für alle Zeit machtlos und unschädlich zu machen. Dennoch aber war dies hinsichtlich der demokratischen Partei in Amerika nicht der Fall; letztere konnte vielmehr auch nach wie vor in der im Jahre 1880 stattfindenden Präsidentenwahl den Sieg davonzutragen hoffen. Andererseits hatte indeß das Auftreten der demokratischen Partei in der erwähnten Extrasession des Congresses auch seine guten Folgen. Indem diese Partei, die Partei der frühern Sklavenhalter, mit ver-

letzendem Uebermuth direct und indirect die Sklavenhalterrebellion glorificirte, die nationale Autorität der Bundesregierung zu schmälern suchte, die particularistische Staatenrechtslehre in den Vordergrund stellte und drohend auf die „Einigkeit des Südens“ hinwies, trug sie in hohem Grade zur Klärung der Verhältnisse und zur Einigung der republikanischen Partei bei. Dies zeigte sich bei Gelegenheit der wichtigen Wahlen, die im September, October und November 1879 in verschiedenen Einzelstaaten der Union vorgenommen werden mußten. Der herausfordernden Haltung des „einigen Südens“ trat in imposanter Weise der „geeinigte Norden“ gegenüber und erklärte damit deutlich, daß er sich die freiheitlichen und nationalen Errungenschaften des Bürgerkrieges nicht so leicht wieder entreißen lassen würde. Die Republikaner siegten nämlich bei den genannten Herbstwahlen über die Demokraten, oft mit wahrhaft überwältigender Stimmenmehrheit, in folgenden Unionsstaaten: Californien, Colorado, Massachusetts, Pennsylvanien, Wisconsin, Nebraska, Minnesota, Ohio und New-York; in Connecticut und New-Jersey war die Majorität der Legislatur republikanisch, was von besonderer Wichtigkeit, weil dadurch die Erwählung von republikanischen Bundessenatoren gesichert wurde.

Unter dem Eindruck dieser Wahlen trat am 1. December 1879 der 46. Congreß zu seiner zweiten (ordentlichen) Sitzung in der Bundeshauptstadt zusammen. In seiner Botschaft, welche Präsident Hayes dem Congreß übersandte, hob er zunächst die für das Geschäftsleben und den Credit der Vereinigten Staaten äußerst wohlthätige Wirkung der am 1. Januar 1879 erfolgten Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung hervor und beleuchtete, wie gewöhnlich, auf Grund des ausführlichen Jahresberichts des Finanzministers John Sherman die finanziellen Zustände des Landes. Danach beliefen sich die sämmtlichen ordentlichen Einnahmen der Union während des mit dem 30. Juni 1879 endenden Finanzjahres auf 273,827,184 Dollars 46 C.; die ordentlichen Ausgaben während desselben Zeitraumes waren 266,947,883 Doll. 53 C., so daß ein Jahresüberschuß von nahezu 7 Millionen Doll. vorhanden war. Für das Finanzjahr 1879—80 war die officielle Schätzung folgende: wirkliche Einnahmen während des ersten Quartals, beginnend

am 1. Juli 1879, waren 79,834,663 Dollars 61 C., angenommene Einnahmen für den Rest des Jahres 208,156,336 Doll. 39 C., so daß die Totalsumme der wirklichen und der angenommenen Einnahmen für das laufende Finanzjahr ungefähr 288 Millionen Doll. betrug. Man wird nicht umhin können, dies Jahresbudget für ein ziemlich günstiges zu erklären; keine europäische Nation hatte ein ähnliches aufzuweisen.

Das Kriegsdepartement der Vereinigten Staaten verlangte für das mit dem 30. Juni 1881 abschließende Finanzjahr 40,380,428 Doll., eine geringere Summe, als sie je während der letzten zwölf Jahre von einem amerikanischen Kriegsminister verlangt worden war. Für das Finanzjahr 1880—81 schätzte übrigens der Finanzminister die Einnahme wieder auf 288 Millionen, die Ausgaben aber wegen der vom Congreß beschlossenen hohen Pensionen auf 278 Millionen, so daß noch immer ein Ueberschuß von 10 Millionen Dollars bleiben würde. Was die stehende kampffähige Armee der Vereinigten Staaten anlangt, so stimmten der Kriegsminister und der General William T. Sherman dahin überein, daß dieselbe auf voll 25,000 Mann gebracht werden müsse, abgesehen von 3460 Mann, die zu sonstigen militärischen Diensten nöthig seien.

Hinsichtlich des vielbesprochenen Versuchs, allgemein gültige Bestimmungen über die Gold- und Silberwährung herbeizuführen, sagte Präsident Hayes: „Da der Vorschlag einer gemeinsamen Maßnahme der Vereinigten Staaten und der bedeutendsten Handelsnationen Europas, ein permanentes Werthverhältniß von Gold und Silber durch ein Weltmünzsystem (a recognized money of the world) herzustellen, noch immer in der Schwebe ist, so möchte ich dem Congreß anempfehlen, keine neuen Maßregeln mit Bezug auf diesen Gegenstand zu treffen. Der große Aufschwung unsers Binnen- und auswärtigen Handels wird seine eigenen Instructionen während des kommenden Jahres mit sich bringen, die wir sehr wohl abwarten können, ehe wir weitere Experimente hinsichtlich der Währungsfrage machen. Ich möchte aber die Aufmerksamkeit des Congresses dahin lenken, daß es äußerst wichtig ist, dem Finanzminister das Recht zu ertheilen, die Ausprägung des Silberdollars nach der jetzigen gesetzlichen Rate einzustellen. Da der Marktwerth des Silber-

dollars durchgängig bedeutend geringer als der des Golddollars ist, so können die beiden nicht auf gleichem Werth erhalten werden, wenn beide ohne Beschränkung (without limit) fernerhin ausgeprägt werden. Wenn das billigere Metall in Circulation gebracht ist, wird es bei unbeschränkter Ausprägung bei uns der einzige Werthmesser werden und auf solche Weise den angestrebten Zweck vereiteln, der in einem Courant von beiden Metallen, Gold und Silber, besteht, welches Dollar gegen Dollar gleichwerthig mit dem allgemein anerkannten Gelde der Welt sein soll." Am 8. December wurde von Voorhees, einem demokratischen Bundessenator von Indiana, ein Antrag eingebracht, der sich gegen eine zu Gunsten der unbeschränkten Silberausprägung stattfindende Verminderung des Umlaufs von Papiergeld aussprach; doch hatte dieser Antrag glücklicherweise keinen Erfolg. Dagegen drang Präsident Hayes in seiner Botschaft entschieden auf Zurückziehung der sogenannten „Legal-Tendernoten", die während des Bürgerkrieges in der Noth mit Zwangscurs geschaffen wurden. Er sagte in dieser Beziehung: „Die Zurückziehung der Legal-Tendernoten der Vereinigten Staaten ist ein Schritt, der zur Herstellung eines sichern und festen Courants (currency) führt und im wohlverstandenen Interesse des Volkes als eine richtige Politik und als die Pflicht der Regierung erachtet werden sollte. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Ausgabe von Papiergeld mit Zwangscurs, einzig und allein auf der Autorität und dem Credit der Regierung beruhend, außer im äußersten Nothfall nicht durch die Verfassung gerechtfertigt und außerdem eine Verletzung aller gesunden Finanzgrundsätze ist. Die Ausgabe der Vereinigten Staaten-Noten während des Bürgerkrieges in der Eigenschaft als Zwangs-Papiergeld (legal tender) war nur als ein Mittel, die Union vor drohender Gefahr zu bewahren, zu rechtfertigen. Die Circulation dieser Noten für eine lange Zeit nach Erreichung des Zwecks, dessentwegen sie geschaffen wurden, lag nicht in der Absicht derjenigen, welche das Gesetz erließen, unter dem sie ausgegeben wurden. Die betreffenden Gesetzgeber erwarteten die Einlösung und Zurückziehung dieser Noten, sobald der beabsichtigte Zweck erfüllt war." Leider ging dieser weise und ehrliche Vorschlag des Präsidenten in Betreff der Legal-Tendernoten nicht in Erfüllung; dagegen war Aus-

sicht vorhanden, daß durch die Ausgabe von $3^1/_2$ prozentigen Bonds die Höhe der von den Vereinigten Staaten zu zahlenden Zinsen wesentlich vermindert werden konnte.

Die Botschaft handelte ferner ausführlich über die Reform im Civildienst und die Beziehungen der Union zum Auslande. In Bezug auf den Bau eines Kanals durch Centralamerika erklärte Präsident Hayes, daß ein solcher nur „unter den schützenden Auspicien" (under the protective auspices) der Vereinigten Staaten vorgenommen werden könne. Aehnliche Anträge wurden im Congreß gestellt und Präsident Hayes erklärte später in einer besondern Botschaft, daß ein interozeanischer Kanal gegen den Willen der Vereinigten Staaten nicht zu Stande kommen werde.

Es würde zu weit führen, hier noch auf das einzugehen, was die Botschaft hinsichtlich des Justiz- und Schulwesens, der öffentlichen Ländereien, des Ackerbaues und der Polygamie der Mormonen empfahl, nur das sei noch kurz bemerkt, daß der Präsident behufs der Lösung der Indianerfrage sich wiederum vollständig mit den Ansichten und Vorschlägen des Ministers Schurz im Einklang befand und die Indianer möglichst zum Ackerbau und zur Viehzucht bewogen haben wollte.

Die Thätigkeit des 46. Congresses, welcher am 1. December 1879 zu seiner zweiten Sitzung zusammentrat und sich am 16. Juni 1880 bis zum 6. December desselben Jahres wieder vertagte, war übrigens keine sehr fruchtbringende. Die Vorbereitungen der Parteien für die bevorstehende Präsidentenwahl, deren Schilderung wir uns für das nächste Kapitel vorbehalten, absorbirten fast alles öffentliche Interesse, und die Congreßmitglieder scheuten sich, irgendwie Schritte zu thun, die böse Einwirkungen auf die genannte Wahl haben konnten. Man begnügte sich in der Bundesgesetzgebung mit mehr oder weniger untergeordneten Fragen. Die Demokraten thaten Alles, um sich für den Fall, daß die Wahl des Präsidenten an den Congreß gelangte, in beiden Häusern die Majorität zu sichern; die Republikaner dagegen suchten die Bestrebungen der Demokraten illusorisch zu machen. Beachtenswerth sind indeß doch jene Versuche, welche gemacht wurden, um die Eisenbahntarife besser zu regeln, auch wurden Schritte gethan, das so

wichtige Einwanderungswesen von Bundeswegen zeitgemäß zu ordnen. Die Anläufe aber, welche der Congreß namentlich mit Rücksicht auf die schwer darnieder liegende Rhederei der Union zu Gunsten einer Freihandelspolitik machte, blieben vollständig resultatlos, und der zwischen den Nord- und Südstaaten bestehende politische Parteiantagonismus wurde nicht gemindert, viel eher verschärft. Nur so weit die Regierung des Präsidenten Hayes selbständig vorangehen konnte, wurden, von dem Post- und Marinewesen abgesehen, entschieden günstige Resultate erzielt. Hierher gehört u. A. ein zwischen den Vereinigten Staaten und England wegen der leidigen Fischereifrage entstandener Conflict. Die Vereinigten Staaten hatten gegen das Ende des Jahres 1878 auf Grund des Urtheils einer zu Halifax zusammen getretenen gemischten Commission an Großbritannien eine Entschädigungssumme von $5^1/_2$ Millionen Dollars dafür zahlen müssen, daß sie zehn Jahre hindurch in den canadischen Gewässern unbefugt das Fischereirecht ausgeübt hatten; diesmal handelte es sich nun aber um Gewaltthaten, welche sich englische Unterthanen auf Neufundland gegen amerikanische Fischer hatten zu Schulden kommen lassen. Der Präsident Hayes richtete deshalb am 17. Mai 1880 in der beregten Angelegenheit eine Botschaft an den Congreß, in welcher die ganze Frage auf Grund eines beigefügten Berichtes des Staatssekretärs Evarts klar auseinander gesetzt war. Die Sache war schon deshalb nicht ohne Bedeutung, weil durch sie der bekannte Vertrag von Washington City in Frage gestellt wurde. Die amerikanische Regierung hatte sich schon früher, um die Angelegenheit schnell und friedlich beizulegen, an die Regierung von Großbritannien gewandt und Abhülfe der Uebelstände verlangt; allein das englische Cabinet schob die Sache auf die lange Bank, bis schließlich Lord Salisbury in einem Schreiben vom 6. April 1880 sich geradezu weigerte, den amerikanischen Forderungen Gehör zu geben. Allem Anschein nach hatte Lord Salisbury die Streitfrage nicht gründlich studirt, vermuthlich weil er und Lord Beaconsfield zu sehr mit anderen Dingen beschäftigt waren. Präsident Hayes verfolgte indeß die Sache mit allem Ernste und wurde dabei auch vom Congreß, der sich in Fragen, welche die äußere Politik betrafen, in der

Regel viel leichter einigte als bei innern Fragen, energisch unterstützt. So geschah es denn auch, daß es, nachdem Beaconsfield gestürzt und Gladstone an dessen Stelle getreten war, dem Präsidenten Garfield und seinem Premierminister Blaine gelang, im Mai 1881 den Conflict beizulegen, indem England sich zur Zahlung einer Entschädigungssumme von 15,000 Pfund Sterling für die den amerikanischen Fischern angethanen Gewaltthaten bereit erklärte.

Auch hinsichtlich der lästigen Chinesenfrage, die so oft schon im Congreß zu den heftigsten Debatten Veranlassung gegeben und in den Pacificstaaten so häufig zu Unruhen und offenen Gewaltthaten geführt hatte, fand Präsident Hayes einen Weg, der jene Frage in günstiger und für die Vereinigten Staaten ehrenhafter Weise lösen sollte. Er sandte nämlich, unter Zustimmung des Senates, eine Commission von drei Männern nach China, um eine Revision des Burlingame-Vertrags vorzunehmen und alle Punkte, die mit der chinesischen Einwanderung nach Amerika in Verbindung standen und den Handel berührten, in Gemeinschaft mit der Regierung des Himmlischen Reiches zu untersuchen und neu festzustellen. Der Obmann dieser Commission war Dr. James Angell, Präsident der Universität von Michigan; er ging als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister nach China, und als Hülfscommissare wurden ihm die Herren John F. Swift aus Californien und William Henry Trescott aus Südcarolina zur Seite gestellt. Präsident Angell zeichnete sich durch gründliche Bildung und bedeutende administrative Fähigkeiten aus; er war früher Professor der modernen Sprachen an der Brown-Universität, wurde dann Präsident der Universität von Vermont und bekleidete später dieselbe Stelle an der Michigan-Universität. John F. Swift war ein höchst angesehener Rechtsanwalt im Staate Californien und wurde dem Präsidenten Hayes von den beiden Häusern der californischen Legislatur für die in Rede stehende Commission nach China empfohlen; er war zugleich ein hervorragendes Mitglied der republikanischen Partei und ein treuer Repräsentant der an der Pacificküste herrschenden Ansichten über die Chinesenfrage. Der dritte Commissar endlich, William Henry Trescott, war längere Zeit im Ministerium des Aeußern be-

schäftigt gewesen, vertrat die amerikanische Regierung mit Geschick in der nördlichen Fischereifrage und zählte zu den gewandtesten Publicisten der Vereinigten Staaten. Er stammte aus den Südstaaten der Union und nahm in den Reihen der demokratischen Partei eine geachtete Stellung ein. Diese mit Um- und Einsicht gewählte Commission hat denn auch die ihr gestellte Aufgabe glücklich gelöst, so daß der durch sie mit China zu Stande gebrachte neue Vertrag, unter Wahrung der amerikanischen Handelsinteressen, die argen Wirrnisse der Chinesenfrage für geraume Zeit aus dem Wege geräumt hat und beim Beginn der Administration des Präsidenten Garfield vom Bundessenat bereitwillig anerkannt und bestätigt wurde.

Im Uebrigen beschäftigte sich der Congreß vielfach, aber ziemlich resultatlos, mit der Finanz- und Währungsfrage, mit der Oberaufsicht der Bundesregierung bei nationalen Wahlen und sonstigen Parteistreitigkeiten. Bemerkenswerth ist noch, daß die staatsgefährlichen Umtriebe und freiheitsfeindlichen Machinationen der ultramontanen Römlinge gegen das amerikanische Freischulwesen und gegen die Freiheit der Presse zunahmen, weshalb in der Tagespresse der Union, namentlich in den deutsch-amerikanischen Zeitungen, laute Warnungsrufe gegen die betreffenden Dunkelmänner erhoben wurden.

Eine eigenthümliche Erscheinung, die schon oben leicht berührt wurde, darf hier nicht mit Stillschweigen übergangen werden; das ist die Massenauswanderung der Neger aus mehreren Südstaaten, namentlich aus Mississippi und Louisiana, nach dem Norden und Nordwesten der Union zu Anfang des Jahres 1879. Diese Auswanderung erscheint um so beachtenswerther, als die Neger der Vereinigten Staaten im Durchschnitt nicht leicht ihre einmal eingenommenen Wohnsitze aufzugeben pflegen. Allein um der gesetzwidrigen und oft grausamen Behandlung der südlichen Demokraten zu entgehen, verließen während des genannten Jahres die armen, bedrückten Schwarzen zu vielen Tausenden ihre Heimath und ließen sich in anderen Unionsstaaten, vorzugsweise in Kansas, nieder. Das Problem des Zusammenlebens der weißen und der schwarzen Rasse scheint damit in ein neues Stadium getreten zu sein. Wohl ist es möglich, daß die ausgewanderten Schwarzen sich in

ihrer neuen Heimath, wo sie wenigstens in der Ausübung ihrer politischen Bürggerrechte nicht gestört werden, besser befinden, als in der alten; aber über das Endresultat dieser Frage ist bis jetzt noch kein sicheres Urtheil zu fällen. Hat doch die Auswanderung nach dem „fernen Westen" (the Far West) in der letzten Zeit nicht nur Seitens der farbigen, sondern auch Seitens der weißen Rasse aus dem Osten der Union und aus Europa ganz gewaltige Dimensionen angenommen.

Dem am 6. December 1880 zu seiner letzten Sitzung zusammentretenden 46. Congresse übersandte Präsident Hayes eine Botschaft, die, wie die Londoner „Times" nicht mit Unrecht bemerkte, einige Punkte enthielt, die ganz darnach angethan waren, nicht nur den Neid eines einzelnen europäischen Staates, sondern den Neid von ganz Europa wachzurufen; andrerseits traten aber auch in der Botschaft wiederum verschiedene Schattenseiten hervor, deren Abstellung im Interesse der Union mit aller Macht anzustreben ist, wenn diese Abstellung auch nicht so leicht zu erreichen sein mag.

Das in Rede stehende Actenstück zeichnete sich durch einen gemäßigten, staatsmännischen Charakter aus, zugleich aber waren darin doch diejenigen leitenden Grundsätze, zu deren Verwirklichung Herr Hayes s. Z. gewählt worden war und die auch in der Präsidentenwahl des Jahres 1880 von der Mehrheit des amerikanischen Volkes als für eine einheitliche und freie Nation durchaus nothwendig anerkannt wurden, mit größter Bestimmtheit festgehalten worden.

Gleich nach den einleitenden Worten, worin der Präsident sich und den Volksvertretern Glück wünschte zu der andauernd wachsenden Prosperität des Landes und zu den friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zum Auslande, hob er scharf die Opposition hervor, welche noch immer in mehreren der frühern Sklavenstaaten gegen die Ausübung des durch die Landesgesetze gewährleisteten vollen Bürgerrechtes der farbigen Rasse gemacht worden war. Diese Opposition, meinte er, habe sich bei der letzten Präsidentenwahl vielleicht nicht so sehr in offnen Gewaltthätigkeiten, als vielmehr in „betrügerischen Manipulationen" (fraudulent practices) am Stimmkasten gezeigt, indem man durch falsche

Zählung der abgegebenen Stimmen das den befreiten Negern verliehene Stimmrecht illusorisch gemacht habe. Bei dieser Gelegenheit berührte Präsident Hayes den sectionellen Particularismus, der bis dahin vorzugsweise von der Demokratie der Südstaaten gepflegt wurde, indem man den „einigen Süden" dem „einigen Norden" feindlich gegenüberzustellen bemüht war. „Es ist der klar und bestimmt ausgesprochene Wunsch aller guten Bürger der Union", hieß es in der Botschaft, „daß jeder sectionelle Hader (sectionalism) in politischen Fragen schwinden soll. Jeder wahrhaft sein Vaterland liebende Bürger will, daß kein besondrer Landestheil sich in geschlossener Opposition (in solid opposition) einem andern Landestheile gegenüberstelle. Die Neigung, den Vorschriften der Constitution, die allen Bürgern, ohne Unterschied des Standes und der Farbe, gleiche Rechte vor dem Gesetze gewährt, nicht gern und freudig zu gehorchen, verhindert das Aufhören particularistischer Streitigkeiten. Die Errungenschaften des Bürgerkrieges, wie sie in den betreffenden Zusätzen zur Constitution Ausdruck gefunden haben, sollen und müssen aufrecht und in Kraft erhalten werden. Nur wenn dies geschieht, werden Regierung und Volksvertretung mit Erfolg die wichtigsten Fragen, welche sich auf die Verwaltung, das Zoll- und Steuerwesen, die Finanzen, die Erziehung und andere innere Angelegenheiten beziehen, lösen können. Ganz besonders betonte der Präsident die hohe Bedeutung einer guten Volkserziehung. „Für Bildungs- und Erziehungszwecke", sagte er, „kann eine Regierung niemals genug thun. Mit einer rationellen Volkserziehung gehen Friede, Tugend, Ordnung, bürgerliche und religiöse Freiheit Hand in Hand." Es wurde denn auch noch vor Schluß des Jahres 1880 im Bundessenate eine Bill mit großer Stimmenmehrheit angenommen, die Vorkehrungen dafür trifft, daß namentlich in den frühern Sklavenstaaten mehr für Unterricht und Erziehung gethan werden kann, als dies bisher der Fall war.

Auf die vielbesprochene Civildienst-Reform übergehend, empfahl die Botschaft das bereits theilweise angewandte System der Examination der einzelnen Amtsbewerber, welches sich in größern Städten, z. B. in New-York, bei Anstellungen im Zollfache und im Postdienste, trefflich bewährt habe. Das schnelle Wachsen der Bevölkerung der Union

(dieselbe zählt nach dem im Jahre 1880 aufgenommenen Census mehr als 50,000,000 Einwohner) macht eine Vermehrung der Unionsbeamten nothwendig. Dies war ein neuer Grund, weshalb der Präsident auf eine bessere, die Corruption vermeidende Regulirung des öffentlichen Aemterwesens drang. Mit größter Entschiedenheit verwarf er das 1829 eingeführte „Beutesystem", wonach bei einem jedesmaligen Präsidentenwechsel die Anhänger der besiegten Partei aus den öffentlichen Aemtern entlassen wurden und den Anhängern der siegreichen Partei Platz machen mußten. „Es giebt kein größeres Hinderniß", sagte Herr Hayes, „in der Verbesserung des Civildienstes, als das Beutesystem, unter dessen Herrschaft die Anstellungsgewalt in so großem Maße in die Hände der Congreßmitglieder gefallen ist. Der erste Schritt zu einer durchgreifenden Civildienst-Reform besteht darin, daß hinsichtlich der Aemterbesetzung die Rechte des Congresses und der Executivgewalt scharf von einander geschieden werden. Wie die Sachen jetzt liegen, herrscht bei den Aemtersuchenden und im Volke überhaupt die Ansicht, daß die Mitglieder des Repräsentantenhauses und des Bundessenates das Recht haben, über die in ihren Wahldistricten und Staaten zu besetzenden Bundesämter nach Belieben zu verfügen. Eine nähere Schilderung der Uebelstände, die daraus hervorgehen, ist überflüssig. Nach den Vorschriften der Constitution steht dem Präsidenten und den einzelnen Departementschefs das Recht zu, Beamte für Bundesämter in Vorschlag zu bringen oder zu ernennen. Der Bundessenat hat das Bestätigungsrecht, das Repräsentantenhaus das Recht, pflichtvergessene Unionsbeamte in Anklagezustand zu versetzen." In diesem Sinne empfahl Präsident Hayes mit Recht ein heilsames Zusammenwirken der Executive und der Legislative, denn den Volksvertretern mag ohne Schaden für das Gemeinwesen der Union das Bestätigungs- und das Anklagerecht zugestanden werden, aber niemals das imperative Besetzungsrecht öffentlicher Aemter.

Der nächste Punkt, den die Botschaft berührte, betraf die Mormonenfrage. Da die politische Machtstellung der Mormonensecte in steter Zunahme begriffen sei und in die reichsten und wichtigsten Territorien (namentlich in das Territorium Idaho) eindringe, so müsse es Seitens der Bundesgewalt mit dem Temporisiren und den halben

Maßregeln ein Ende nehmen. Religionsfreiheit sei zwar eine der Grundbedingungen freier Institutionen, aber die Heiligkeit der Ehe und der Familienbande sei auch der Grundstein der amerikanischen Gesellschaft und der Civilisation überhaupt. Hiermit stehe die Polygamie der Mormonen in schneidendem Widerspruch. Da aber die Macht der Unionsregierung und des Congresses, angemessene Gesetze zum Schutze der Territorien zu geben, nach der Verfassung eine unbeschränkte sei, so sei es empfehlenswerth, daß durch Bundesbeschluß für die Verwaltung des Territoriums Utah eine Behörde eingesetzt werde, welche aus einem Gouverneur und Richtern oder Commissären bestehe, die mit Zustimmung des Senats vom Präsidenten ernannt würden, analog der provisorischen Regierung, welche durch die Ordinanz vom Jahre 1787 für das Territorium nordwestlich vom Ohioflusse ins Leben gerufen wurde. Wolle man jedoch die bisherige Form der Lokalregierung noch weiter bestehen lassen, so sei es durchaus rathsam, das politische Stimmrecht, das Recht, öffentliche Aemter zu bekleiden und als Geschworene im Territorium Utah zu dienen, auf diejenigen zu beschränken, welche weder das Institut der Polygamie selbst ausüben, noch es begünstigen und aufrecht erhalten helfen. Durch solche oder ähnliche durchgreifende Maßregeln könnten die obwaltenden Uebelstände in Utah sehr wohl gehoben und das Gebiet innerhalb weniger Jahre zu einem der blühendsten und kräftigsten der neuen Unionsstaaten gemacht werden.

Der vierte Punkt von allgemeiner Bedeutung, den Präsident Hayes in seiner Botschaft hervor hob, bezog sich auf den projectirten Canal durch Centralamerika. Herr Hayes wiederholte hier seine schon in einer frühern Congreßbotschaft gethane Aeußerung, „daß es das Recht und die Pflicht der Vereinigten Staaten sei, die leitende Oberaufsicht (supervision and authority) über jeden interoceanischen Canal durch den Isthmus, der Nord- und Südamerika verbindet, in Anspruch zu nehmen und zu behaupten.“ Zur Begründung dieser seiner Ansicht wies er auf die Bestimmungen eines zwischen den Vereinigten Staaten und der Republik von Columbia abgeschlossenen Vertrages hin, wonach der nordamerikanischen Union als der bedeutendsten Handels-

macht der westlichen Hemisphäre die Berechtigung zustehe, die erwähnte Welthandelsstraße zu beaufsichtigen. Am 12. December kam diese Angelegenheit auch schon im Congresse zur Sprache, und die betreffende Bill, welche das Oberaufsichtsrecht der Vereinigten Staaten wahrte, wurde nach kurzer Debatte dem Ausschusse für äußere Angelegenheiten überwiesen. Die Hauptgegner des Lessepsschen Planes sind in Amerika die Befürworter des Nicaraguacanals, zu denen in erster Linie der bei den amerikanischen Geldmännern in hohem Ansehen stehende Ex-Präsident Grant gehört. Am 14. December wurde auch im Repräsentantenhause des Congresses eine Bill von dem Abgeordneten Levi P. Morton eingebracht, welche die Incorporation der Nicaraguacanal-Compagnie bezweckte und dem Handelsausschusse überwiesen wurde. Inzwischen bereiste der durch seine Mississippi-Bauten rühmlichst bekannte und einflußreiche Ingenieur Eads aus Missouri den Isthmus von Tehuantepec, um dort einen passenden Weg für eine interoceanische Schiffseisenbahn zu finden. Somit liegen denn drei dasselbe Ziel verfolgende Projecte vor, und man darf mit Recht gespannt sein, was das Endresultat dieser für den Welthandel so bedeutungsvollen Concurrenzunternehmungen sein wird (vergl. Anhang III.).

Bezüglich der Finanzfrage, des Glanzpunkts der amerikanischen Politik, glaubte Präsident Hayes constatiren zu können, daß die Finanzlage der Vereinigten Staaten günstiger sei als die irgend eines andern Landes der Erde. Die Gesammtsumme der Einnahmen während des mit dem 30. Juni 1880 abschließenden Fiscaljahres war 333,526,610 Dollars, d. h. ein Mehrbetrag gegen das Vorjahr von 59,699,426 Dollars. Die Einnahmen des laufenden Finanzjahres wurden auf 350,000,000 Dollars geschätzt und der Ueberschuß auf 90,000,000 Dollars. Die öffentliche Schuld der Vereinigten Staaten, mit Abzug des Baarbetrages im Schatzamte und der laufenden Zinsen, erreichte im August 1865 ihr Maximum mit 2,756,431,571 Dollars; sie wurde seitdem auf 1,886,019,504 Dollars reducirt. Im Jahre 1875 schuldeten die Vereinigten Staaten mit Ausnahme Großbritanniens mehr als irgend eine andere Nation der Welt; im Jahre 1880 dagegen schuldeten sie weniger als Frankreich, Rußland, Spanien, Oesterreich-Un-

garn und Italien Präsident Hayes empfahl nun im Einklange mit dem Finanzminister John Sherman dem Congreß, Vorkehrungen zu treffen, daß die Schulden der Union, welche demnächst (1881) fällig würden, zu einem niedrigern Prozentsatz (3,65 Prozent) refundirt werden möchten; ebenso rieth er zur Einziehung der sogenannten Legal-Tender-noten, welche Zwangscours haben, und zur Prägung von einer nicht zu großen Anzahl von Silberdollars, die jedoch gleichwerthig mit dem Golddollar sein sollten.

Was den Handelsverkehr mit dem Auslande anlangt, so bemerkte die Botschaft, daß sich derselbe in beständiger Zunahme befinde. Ganz vortrefflich habe sich das von dem Staatssekretär Evarts in erweitertem Maße angewandte System der genauern Berichterstattung Seitens der verschiedenen amerikanischen Consuln über die Handelszustände und die Bedürfnisse fremder Länder bewährt. Für die Veröffentlichung und weitere Ausdehnung solcher Berichte verlangte der Präsident die Bewilligung der nöthigen Geldmittel, die sich doppelt und dreifach verzinsen würden. Die Wichtigkeit der Handelsverbindungen mit Südamerika, Westindien und den Staaten am Golf von Mexico, so wie mit Japan, China, Ostindien, Australien und den Inselgruppen im Stillen Meer verdienten die volle Würdigung des Congresses. Außerdem solle die Bundesgesetzgebung legislative Schritte thun zur Herstellung eines telegraphischen Kabels von San Francisco nach den Sandwichsinseln und von dort nach Japan und Neuholland. Für die Hebung und Pflege der Handelsmarine müsse möglichst gesorgt werden. Für die Förderung öffentlicher Bauten im Interesse des Handels, für Canal-, Fluß- und Eisenbahnbauten seien erfolgreiche Schritte geschehen, doch bleibe noch Manches zu thun übrig.

Was die Justizpflege betraf, empfahl die Botschaft namentlich die Anstellung mehrerer neuer Richter beim Oberbundesgerichte, da der höchste Gerichtshof der Union mit Arbeiten überbürdet sei. Auf den Rath des Kriegsministers verlangte der Präsident die nöthigen Geldmittel, um das stehende Bundesheer von 25,000 auf 30,000 Mann erhöhen zu können, ebenso rieth er in Uebereinstimmung mit dem Marineminister in Anbetracht der weitausgedehnten Küsten der Vereinigten

Staaten dringend zur Vermehrung der Kriegsflotte und zur bessern Befestigung mancher Seeplätze. Im Postdepartement hatte sich ein Deficit von 3,630,757 Doll. herausgestellt. Zum bessern Verkehr mit Mexico, Central- und Südamerika wurde die Errichtung neuer Dampfer-Linien empfohlen.

Besonders wichtig und interessant war der Bericht des Ministers des Innern, Karl Schurz, dem der Präsident sich in allen Hauptpunkten anschloß. Mit großer Genugthuung konnte Herr Hayes hier constatiren, daß die Indianer-Angelegenheiten noch nie zuvor so günstig gestanden hätten, wie im Jahre 1880. Die Indianer hatten gute Fortschritte in der Landwirthschaft, der Viehzucht und der Erlernung von Handwerken gemacht: viele, die noch vor wenigen Jahren der Regierung feindlich gegenüber gestanden, hatten sich friedlich auf Farmen niedergelassen, auf denen sie Häuser gebaut hatten und ein civilisirtes Leben führten. Der Ehrgeiz, sich durch ihrer Hände Arbeit selbst zu ernähren, war gewachsen. Die Organisation eines aus Indianern bestehenden Polizeicorps hatte viel zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf den für die Rothhäute reservirten Ländereien beigetragen. Ein höchst günstiges Resultat war durch die Errichtung von Indianerschulen, wo Mädchen und Knaben in der englischen Sprache, in Hausarbeiten, in der Ackerwirthschaft und in verschiedenen Handwerken unterrichtet werden, erzielt worden. Solche Schulen bestehen jetzt nicht nur zu Hampton in Virginien, sondern auch zu Carlisle in Pennsylvanien und zu Forest Grove in Oregon. Der Präsident empfahl, daß der Congreß größere Summen zu solchen Zwecken bewilligen möchte. Das letzte Jahr war außergewöhnlich frei von Unruhen unter den Indianerstämmen gewesen. Was die Forstcultur anlangt, so konnte wegen der geringen Geldbewilligungen nichts genügendes geschehen; die Verwüstung der öffentlichen Waldländereien dauerte noch vielfach fort. Für Hebung des Ackerbaues war manches gethan worden, so hatten sich z. B. die Bemühungen um Production von Zucker und Thee gut belohnt. Das Schulwesen war, so weit es Bundessache, thunlichst gehoben; auch waren die geologischen Forschungen in Bezug auf Mineralschätze erweitert worden. Der Verkauf von öffentlichen Ländereien an wirkliche Ansiedler hatte eine große Zunahme gezeigt; ebenso war dem Patentwesen die gebührende Aufmerksamkeit erwiesen worden.

So günstig nun auch in vielen Punkten die letzte Congreßbotschaft des Präsidenten Hayes lautete und so wohlbegründet fast alle seine Vorschläge und Empfehlungen waren, so wenig ging doch der Congreß auf letztere ein. Die Refundirungsbill kam nicht zu Stande, ihre Lösung mußte der Administration des Präsidenten überlassen bleiben; die Untersuchungen wegen der Negerauswanderungen führten zu keinem befriedigenden Resultate; die Berathungen über die künftige Vertretung der einzelnen Unionsstaaten im Congresse nach Maßgabe des im Jahre 1880 aufgenommenen Census (vergl. Anhang II.) blieben ebenfalls resultatlos; über den interozeanischen Canal wurde kein endgültiger Beschluß gefaßt, und so geschah es mit fast allen wichtigen, vom Präsidenten angeregten Fragen. Das Endurtheil über die Thätigkeit des 46. Congresses kann mithin nur in wenigen Beziehungen als ein günstiges lauten. Anders verhält sich dies mit der Administration des Präsidenten Hayes. Ohne sich einer einseitigen Parteipolitik zu sehr hinzugeben, hielt er mit fester und starker Hand die guten Grundsätze der republikanischen Partei aufrecht gegen die freiheits- und unionsfeindlichen Bestrebungen der in ihrer Mehrzahl ebenso herrschsüchtigen wie particularistisch gesinnten Demokraten. Kein strahlender Ruhmesglanz zierte zwar das Haupt von Rutherford B. Hayes, als er Anfang März 1881 das „Weiße Haus" verließ, aber das Zeugniß wird ihm der unparteiische Geschichtsschreiber geben müssen, daß er, trotz einzelner Irrthümer, ein ehrlicher Reformpräsident war, daß er viel dazu beigetragen hat, die republikanische Partei aus der moralischen Versumpfung zu retten, der sie unter der achtjährigen Grant-Administration zu verfallen drohte, daß ihm das Wohl seines ganzen Volkes höher stand, als der Beifall seiner eignen oder der ihm feindlich gesinnten Partei.

Viertes Kapitel.

Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten im Jahre 1880.

Die Zurüstungen für den Präsidentenwahlkampf des Jahres 1880 begannen früher, als dies sonst in ähnlichen Fällen zu geschehen pflegte. Allen voran waren es die in allen politischen Wahlumtrieben wohlbewanderten Anhänger und Freunde des Ex=Präsidenten Grant, welche durch Abhaltung von Staatsconventionen sich den Sieg zu sichern suchten. Der erst vor Kurzem von seiner Reise um die Welt zurückgekehrte General Grant selbst war in verschiedenen der bedeutendsten Städte der Union in demonstrativer Weise und mit großen Feierlichkeiten empfangen worden, so daß es keinem Zweifel unterliegen konnte, daß ein nicht geringer Theil der republikanischen Partei sich ihn abermals zum Präsidentschaftscandidaten auserkoren hatte.

Nachdem das republikanische Central=Wahlcomité die Nationalconvention der republikanischen Partei auf den 2. Juni nach Chicago im Staate Illinois ausgeschrieben hatte, berief der Vorsitzende dieses Central=Wahlcomités, der Bundessenator James Donald Cameron aus Pennsylvanien, die Vertreter der republikanischen Partei des Staates Pennsylvanien zum 4. Februar nach der Stadt Harrisburg zur Abhaltung einer Staatsconvention, um für die in die Nationalconvention nach Chicago zu entsendenden Delegirten die nöthigen Instructionen festzustellen. Unter dem Beistande des Gouverneurs Hoyt gelang es ihm, mit einer kleinen Stimmenmehrheit den General U. S. Grant zum

Präsidentschaftscandidaten erklären zu lassen und die für die National-convention in Chicago bestimmten Delegirten Pennsylvaniens dahin zu instruiren, daß sie „geschlossen" (as a unit) für die Präsidentschafts-candidatur Grants stimmen sollten. Aehnlich wie Cameron in Penn-sylvanien, operirte der Bundessenator Roscoe Conkling im Staate New-York; auch er, der seinen Collegen Cameron an Stolz und herrsch-süchtiger Rücksichtslosigkeit noch übertraf, setzte es in der auf den 25. Februar nach der Stadt Utica berufenen New-Yorker Staatsconvention durch, daß die der republikanischen Partei angehörige Delegation dieses Staates den Auftrag erhielt, in Chicago „geschlossen" für Grant als Präsidentschaftscandidaten zu stimmen. Nicht so leicht wie Cameron und Conkling wurde es dem Bundessenator John A. Logan, die Staatscon-vention von Illinois, dem Heimathsstaate Grants, für letztern zu gewinnen.

Es war ein geschickt angelegter Plan der drei Bundessenatoren Cameron, Conkling und Logan, die man als Grant-Triumvirat in dem letzten Präsidentenwahlkampfe bezeichnen kann, die Delegationen der beiden bevölkertsten Staaten der Union, sowie die Delegation von Grants Heimathsstaat, der überdies eine nicht unerhebliche Zahl von Electoren stellt, von vornherein für Grants Präsidentschaftscandidatur zu gewinnen. Durch das sofortige entschiedene Eintreten von drei der einflußreichsten Staaten zu Gunsten Grants hoffte man auf die Staats-conventionen und Delegationen anderer Unionsstaaten in dieser Rich-tung eine kräftige und nachhaltige Pression auszuüben. Dazu kam, daß einzelne republikanische Blätter und Parteiführer nicht müde wurden, Grant, den „ruhmreichen Besieger der südlichen Rebellion", als den einzigen Mann hinzustellen, welcher, trotz der in seinen beiden Ad-ministrationen begangenen schweren Mißgriffe, im Stande sei, den sich stets wieder regenden Rebellengeist der südlichen Demokratie mit starker Hand zu bändigen und die nationale Fahne allen particularistischen Gelüsten gegenüber hochzuhalten. Als die gefährlichsten Rivalen Grants im Kampfe um die Präsidentur galten damals auf republikanischer Seite der Bundessenator James G. Blaine und der Finanzminister John Sherman, der Bruder des als Feldherr kaum weniger als Grant gefeierten Generals William T. Sherman.

Allein so klug auch der Plan des Grant-Triumvirats ersonnen und theilweise ausgeführt war, so hatten doch die Manöver Camerons und Conklings auf eine sehr große Zahl von Mitgliedern der republikanischen Partei einen sehr bösen Eindruck gemacht, und dem Bundessenator Logan wollte es nicht gelingen, in Illinois dieselben Erfolge für Grant zu erzielen, welche seine beiden Collegen in Pennsylvanien und New-York, scheinbar wenigstens, errungen hatten. Schon in der nur mit Mühe von Cameron beherrschten Staatsconvention zu Harrisburg war eine von hochangesehenen Republikanern unterzeichnete Adresse zur Verlesung gekommen, in welcher stark gegen jede Art von „Maschinenpolitik" und gegen einen „dritten Präsidentschaftstermin" protestirt wurde. Hierzu kam, daß bald nach der Harrisburger Staatsconvention mehr als 400 einflußreiche Mitglieder der republikanischen Partei sich in Philadelphia versammelten und in der entschiedensten Weise das Vorangehen Camerons verurtheilten. Der in Harrisburg gefaßte Beschluß, daß die pennsylvanischen Delegirten in Chicago am 2. Juni „geschlossen" stimmen sollten, wurde als ein „gag-law", d. h. ein Knebelgesetz, verworfen.

Eine ganz ähnliche Opposition, wie in Pennsylvanien, erhob sich gegen die durch Roscoe Conkling im Staate New-York inaugurirte Grant-Candidatur. In diesem Staate war das Element der „unabhängigen" Republikaner schon seit mehreren Jahren sehr zahlreich und wurde namentlich durch deutsch-amerikanische Bürger repräsentirt. Der vielgelesene „New York Herald" brachte einen beachtenswerthen scharfen Artikel gegen die Grant-Bewegung, in dem es unter Anderm hieß: „Es ist in der That eine großartige Farce, wenn ein paar große Unionsstaaten, nachdem sie mit Hülfe der Parteimaschine die Andersdenkenden in ihrem Bereiche unterdrückt haben, dictiren wollen, was die übrigen republikanischen Staaten thun sollen, namentlich wenn sie ihre Befehle nur mit Hülfe von Delegaten aus den vorwiegend demokratisch gesinnten Südstaaten durchzusetzen vermögen, mit Delegaten, die factisch in der Präsidentenfrage nur Nullen sind, aber dazu helfen können, Pennsylvanien und New-York allmächtig zu machen. Wenn die wirklich republikanischen Staaten gegen einen solchen schmachvollen

Zwang sich auflehnten und ihren eigenen Präsidentschaftscandidaten ernannten, so hätten sie wahrlich die beste Aussicht, ihn zu erwählen und endlich einmal das entwürdigende Joch der Parteisklaverei zu brechen." Dem „New York Herald" stimmten mehrere andere Blätter, z. B. die einflußreiche „New York Tribune", bei.

Von besonderer Bedeutung war aber eine nationale Massenconvention, die von den republikanischen Gegnern des dritten Präsidentschaftstermins zum 6. Mai nach Saint-Louis im Staate Missouri von hervorragenden Mitgliedern der republikanischen Partei berufen wurde. In der von dem frühern Bundessenator John B. Henderson unterzeichneten, vom 25. März 1880 datirten Einladung zu dieser Convention hieß es u. A.: „Wir nehmen ein tiefes Interesse an der nächsten Präsidentenwahl und sehen daher mit Bedauern, daß einige unserer politischen Freunde die republikanische Partei mit der gefährlichen Politik einer dritten Präsidentschaftscandidatur identificiren wollen. Wir glauben, daß das Beispiel George Washingtons und seiner patriotischen Nachfolger auf guten Gründen der öffentlichen Politik beruht. Wir indossiren die Worte Thomas Jeffersons, daß, wenn nicht für die Präsidentschaft ein gewisser Endtermin gesetzt wird, das Präsidentenamt thatsächlich für Lebenszeit gegeben werden kann. Die Ernennung General Grants für einen dritten Präsidentschaftstermin würde also ein Fundamentalprincip unsers Regierungssystems verletzen und gegen einen Gebrauch verstoßen, der in der Meinung des amerikanischen Volkes Gesetzeskraft erlangt hat. Eine solche Nomination könnte nur in gänzlicher Nichtachtung der ausgesprochenen Grundsätze der republikanischen Partei vollzogen werden. Die Warnung Thomas Jeffersons in der Reife seiner Erfahrung und nach langjährigen Diensten ist unvergessen: ‚Sollte ein Präsident zu seiner Aufstellung in einer dritten Wahl zustimmen, so hoffe ich, daß er vom Volke verworfen und zur Strafe für seinen Ehrgeiz geschlagen wird.'" Die Einladung tadelte dann noch entschieden das Vorangehen der „Stalwarts" oder der Grant-Partei und sprach die Hoffnung aus, daß die Massenconvention in Saint-Louis dahin wirken werde, daß ein Amendement zur Bundesverfassung der Vereinigten Staaten zu Stande kommen werde, welches

die Amtsdauer des Präsidenten mit Bezug auf seine etwaige Wiedererwählung genau regele. Die erwähnte Convention fand denn auch wirklich am 6. Mai in Saint-Louis statt und war von Deputirten aus den verschiedensten Unionsstaaten zahlreich besucht. Es wurden dem Inhalt der Einladung entsprechende Beschlüsse gefaßt und man traf sogar Vorkehrungen, um für den Fall, daß General Grant, dessen corrumpirende Regierung die Union mit unauslöschlicher Schmach und Schande bedeckt habe, von der Nationalconvention in Chicago wider Erwarten zum dritten Mal für das Präsidentenamt nominirt werden sollte, sofort einen unabhängigen republikanischen Gegencandidaten aufstellen zu können; auch wurde ein Comité ernannt, die von der Massenconvention gefaßten Beschlüsse der Nationalconvention in Chicago zu unterbreiten.

Während so die republikanische Partei sich im Hinblick auf die Präsidentenwahl sehr rührig zeigte, verhielten sich die Demokraten noch ziemlich ruhig. Uebrigens fehlte es auch im demokratischen Parteilager gar sehr an der zum Siege so nöthigen Einigkeit; als der stärkste Präsidentschaftscandidat erschien lange Zeit Samuel J. Tilden aus New-York, der schon im Jahre 1876 von den Demokraten gegen Rutherford B. Hayes aufgestellt gewesen war. Gegen Tilden sprachen indeß verschiedene Umstände, denn abgesehen davon, daß über dem Haupte dieses Mannes ein sehr ärgerlicher Prozeß schwebte, bekämpfte der im Staate New-York sehr einflußreiche Demagog John Kelly, der Führer der Tammany-Hall-Demokraten, mit allen Mitteln Tildens Candidatur; und wenn der Staat New-York den Demokraten bei dem Wahlkampfe verloren ging, so hatten sie nur sehr geringe Aussicht auf Sieg gegen die Republikaner. Außer Tilden kamen in den Reihen der Demokraten als Präsidentschaftscandidaten noch James A. Bayard aus Delaware, General Hancock aus Pennsylvanien, Thurman aus Ohio und Horatio Seymour aus New-York in Betracht. Als der Tag, an welchem die demokratische Nationalconvention zur Ernennung der Präsidentschaftscandidaten zusammentreten sollte, war der 22. Juni, und als Ort die Stadt Cincinnati bestimmt worden.

Am Mittwoch, 2. Juni, trat die Nationalconvention der Republikaner in Chicago zusammen und organisirte sich durch die Ernennung

des Bundessenators George F. Hoar von Massachusetts zum temporären Vorsitzenden. Nachdem Hoar eine längere Rede gehalten hatte, in welcher er einen kurzen geschichtlichen Ueberblick über die Entstehung und Weiterentwickelung der republikanischen Partei gab und die Aufgabe der Convention beleuchtete, fand der Namensaufruf der Delegationen und die Abgabe ihrer Beglaubigungsschreiben statt; auch wurden die zur Entwerfung der Geschäftsregeln, zu der Prüfung der Beglaubigungsschreiben und der Aufstellung einer Platform nöthigen Ausschüsse gewählt. Die beiden folgenden Tage wurden wesentlich damit zugebracht, daß, nachdem Hoar zum definitiven Vorsitzenden der Convention erwählt worden war, die Anhänger und Gegner von Grant in der Discussion von Formfragen ihre Kräfte maßen. Die hauptsächlichsten Redner waren Conkling und Garfield; doch zeigte sich schon hier, daß die Grant-Leute sich in der Minorität befanden. Am 5. Juni schritt man, nachdem die Platform angenommen war, zur Aufstellung der einzelnen Candidaten für das Präsidentenamt. Conkling nominirte Grant, Garfield den Finanzminister John Sherman, James F. Joy aus Michigan James G. Blaine und Drake aus Minnesota den Bundessenator Windom; außerdem kamen noch Edmunds von Vermont und Washburne von Illinois in Vorschlag. Die erste Abstimmung, welche am Montag, 7. Juni, stattfand, ergab folgendes Resultat: Grant erhielt 304, Blaine 284, Sherman 93, Edmunds 34, Washburne 30 und Windom 10 Stimmen; nach 28 Abstimmungen, bei denen das Resultat ziemlich dasselbe wie bei der ersten Abstimmung blieb, vertagte sich die Convention auf Dienstag, 8. Juni. Bei dem 29. Ballottement erhielten Grant und Blaine wieder ungefähr dieselbe Stimmenzahl, wie am Tage vorher, d. h. 305 und 278 Stimmen; Sherman dagegen gewann einen Stimmenzuwachs von 91 auf 116. Dieser Zuwachs war hauptsächlich der Delegation von Massachusetts zu verdanken, welche 19 Stimmen von Edmunds auf Sherman übertrug. Fast schien es, als wenn der Bann, der so lange eine Nomination unmöglich gemacht hatte, gebrochen sei. Man erwartete allgemein, daß jetzt auch andere Staaten dem Beispiel von Massachusetts folgen würden, und viele glaubten bereits, daß der große Finanzmann der Hayes-

Administration, der die von so segensreichen Folgen begleitete Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung zu Stande gebracht hatte, die Siegespalme erringen würde. Aber diese Erwartung wurde nicht erfüllt. Beim 30. Ballottement am 8. Juni gewannen Grant und Blaine je 1 Stimme und Sherman 4. Während der drei folgenden Abstimmungen vergrößerte sich Grants Stimmenzahl bis auf 309, Sherman und Blaine verloren dagegen einige Stimmen. Das Beispiel der Massachusettsdelegation, die zu Sherman übergegangen, fand keine Nachahmung. Beim 34. Ballottement stimmten, wie behauptet wird mit Blaines Einwilligung, 16 Delegaten von Wisconsin, die früher für Blaine und Washburne gewesen waren, für Garfield, der bis dahin nur abwechselnd ein oder zwei Stimmen erhalten hatte. Jetzt war es augenscheinlich, daß die Entscheidung herannahte. Garfield erhob sich zu einer Ordnungsfrage und sagte: „Ich beanstande die Richtigkeit des soeben verlesenen Ergebnisses der Abstimmung. In dieser Convention kann ohne seine ausdrückliche Einwilligung über keinen Mann als Präsidentschaftscandidaten abgestimmt werden. Eine solche Einwilligung habe ich aber nicht ertheilt und kann sie nicht ertheilen." Diese Erklärung erregte nicht geringes Aufsehen, wurde aber von dem Vorsitzenden der Versammlung, Herrn Hoar, unter dem lauten Beifall der Versammlung für „nicht in der Ordnung" erklärt. Beim 35. Ballottement stieg Grants Votum auf 313, Blaine fiel auf 257 und Sherman auf 99, Garfields Votum aber betrug 50 Stimmen; beim 36. Ballot erfolgte endlich der allgemeine Umschwung oder „break". Die Blaine-, Sherman-, Edmunds- und Washburne-Delegationen gingen in hellen Haufen, eine nach der andern, zu Garfield über. Die einzelnen Staaten werden bekanntlich nach dem Alphabet aufgerufen und der Obmann der betreffenden Delegation verkündet deren Stimmen. Die gesammte Stimmenzahl der Convention betrug 756, mithin waren zur Ernennung 379 Stimmen nothwendig. Als beim 36. Ballot der Stimmenaufruf bis zum Staate Wisconsin gekommen war, hatte Garfield 361 Stimmen auf sich vereinigt; es fehlten ihm mithin zum Siege noch 18 Stimmen; Wisconsin aber verfügte über 20 Stimmen. Die Aufregung erreichte daher ihren Höhepunkt. Garfield selbst saß, wie ein Augenzeuge be-

richtet, still und ruhig auf seinem Platze, mit der Aufzählung der Stimmen beschäftigt. Da erhob sich der Obmann der Wisconsin-Delegation und verkündete, daß dieser Staat, der „Badger State“ genannt, seine 20 Stimmen für Garfield in die Wagschale werfe. Der Jubel, welcher nun erfolgte, spottet aller Beschreibung. Das Orchester, welches nie bei einer Nationalconvention fehlt, spielte die Nationalhymne „Heil Columbia“ und vom Ufer des Michigansees her, an welchem Chicago liegt, ertönten die Freudenschüsse der Kanonen. Durch die auf Wisconsin folgenden Territorien und den District Columbia erreichte Garfields Votum die Höhe von 399 Stimmen; er war mithin zum Präsidentschaftscandidaten der republikanischen Partei nominirt. Grants Stimmenzahl betrug 306, Blaines 42, Shermans 3 und Washburnes 5.

Die Unmöglichkeit einer Vereinigung der Anti-Grant-Männer auf Blaine hatte sich im Verlauf der Abstimmungen deutlich herausgestellt. Ebenso war klar geworden, daß die Blaine-Leute nicht gewillt waren, Sherman zu unterstützen. Unter diesen Umständen war nur ein Ausweg übrig, um die Nomination Grants zu verhindern. Es mußte ein neuer Candidat, ein „dark horse“, in die Schranken gebracht werden. Diese Ueberzeugung hatte sich der großen Mehrzahl der Conventionsmitglieder aufgedrängt. Als daher in dieser Beziehung einmal der Anfang gemacht war, gab es auch kein Halten mehr. Wie ein Sturmwind brauste es durch die mächtige Versammlung, und wie der Wind oft die auf weitem Felde verstreut gewesenen Blätter auf einer Stelle zusammenweht, so wurden hier die bisher vertheilten und zersplitterten Stimmen auf einen Candidaten vereinigt. Nur die Grant-Colonnen hatten unter ihren Führern Conkling, Cameron und Logan dem Sturm widerstanden und ihre Stellung behauptet. Das Grant-Votum war bei der letzten Abstimmung noch um zwei Stimmen größer, als bei der ersten. Als aber der Kampf entschieden war, da stellte Conkling selbst den Antrag, Garfields Nomination zu einer einstimmigen zu machen. Logan von Illinois, Hale von Maine, Harrison von Indiana und andere Delegaten unterstützten diesen Antrag, und so wurde er denn auch von der Versammlung einstimmig angenommen.

Noch nie war es geschehen, daß eine zur Ernennung von Präsi-

dentschaftscandidaten zusammenberufene Nationalconvention der republikanischen Partei in den Vereinigten Staaten ein Mitglied aus ihrem eigenen Schoße für das Amt des Präsidenten ernannt hätte. General James A. Garfield ist nicht allein der erste Delegat gewesen, welcher auf diese Weise die Nomination für das höchste Amt der Nordamerikanischen Union erhielt, sondern er verdankte dieselbe in erster Linie gerade dem Umstande, daß er Delegat und Mitglied der Convention war. Nur in dieser Stellung konnte er sich, wie die Sachen lagen, das Vertrauen und die Zuneigung der zahlreich besuchten Versammlung, welcher am 4. Juni auch Prinz Leopold von England längere Zeit beiwohnte, und der nach Tausenden zählenden Zuhörer und Zuschauer so wirksam und so schnell erwerben. Vom ersten Augenblicke an, wo Garfield als Redner Conkling gegenüber in die etwas leidenschaftlichen Debatten, namentlich am 4. Juni, beruhigend und besänftigend eingriff, lenkte er die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich und wurde der Liebling aller besonnenen und vorurtheilsfreien Personen, die sechs Tage hindurch sich in den weiten Räumen des Conventionsgebäudes einfanden. Aehnlich wie Conkling, nur noch in höherm Maße, wurde er, so oft er die Halle betrat, so oft er sich von seinem Sitze erhob, um seine Meinung auszusprechen, mit donnerndem Applaus und enthusiastischem Beifall begrüßt. Diese ungesuchte, freiwillig ihm dargebrachte Liebe des Conventionspublikums stieg mit jedem Sitzungstage. Und als er in der Nachtsitzung des 5. Juni dem Programm gemäß in einer längern Rede den Finanzminister John Sherman, seinen engern Landsmann, eindringlich für das Präsidentenamt empfahl und bei der Gelegenheit die Frage stellte: „Was für einen Mann brauchen wir?“, da antwortete ihm der hundertfache Ruf: „Garfield! Garfield!“ Wahrlich, das Glück, der unberechenbare Zufall spielt im Leben der einzelnen Individuen, wie in dem ganzer Nationen nur zu oft eine entscheidende Rolle. Diejenigen amerikanischen Politiker, welche seit Jahren nach der Nomination für das Präsidentenamt gestrebt hatten, entweder in eigener Person, wie z. B. James G. Blaine, oder durch ihre Freunde, wie der Expräsident U. S. Grant, erhielten sie nicht; sie fiel einem Manne zu, der nicht darnach gerungen hatte, sondern sich anscheinend

gegen die Annahme derselben sträubte. Man möchte in der That an die Richtigkeit der alten, in Amerika oft gehörten Behauptung glauben, daß die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten selten oder niemals jemandem zufällt, der sich besonders darum bemüht oder den das Volk mit Eifer dafür arbeiten sieht.

Am 8. Juni, $5^1/_2$ Uhr Nachmittags, trat die Convention zu ihrer letzten Sitzung zusammen, um die Nomination des Vicepräsidenten zu vollziehen. Eine große Anzahl von Candidaten wurde in Vorschlag gebracht, doch waren die bedeutendsten Elihu B. Washburne von Illinois und General Chester A. Arthur von New-York. Die Anhänger Grants waren entschieden für letztern; so wurde Arthur schon beim ersten Ballot mit Stimmenmehrheit nominirt und die Nomination auf General Kilpatricks Antrag zu einer einstimmigen erhoben. Arthurs Nomination geschah wohl hauptsächlich zu dem Zwecke, die Grant-Fraction mit ihrer zuvor erlittenen Niederlage etwas zu versöhnen und dem aufgestellten Präsidentschaftscandidaten die thatkräftige Unterstützung der Führer dieser Fraction zu sichern. Nur in dieser Hinsicht konnte die, sonst vielleicht sehr verhängnißvolle, Nomination als ein geschickter politischer Schachzug angesehen werden. Conkling und seine Freunde, die im entgegengesetzten Falle wahrscheinlich aus Verdruß über ihre Niederlage sich von einer regen Betheiligung an der Wahlcampagne, welche im Augustmonat in voller Hitze entbrennen mußte, fern gehalten hätten, waren dadurch veranlaßt, alle Kräfte aufzubieten, um die Electoren des Staates New-York, welcher der bevölkertste der Union ist und deshalb auch die meisten Electoren unter allen Unionsstaaten stellt, für den republikanischen Präsidentschaftscandidaten zu gewinnen. Und in dieser Berechnung täuschte man sich auch nicht.

Die von der Nationalconvention angenommene Platform bestand außer der Einleitung und dem Schlusse aus acht Paragraphen. Die Einleitung gab in kurzen Zügen eine Geschichte der republikanischen Partei von dem Secessionskriege an bis zur Gegenwart herab und hob namentlich die Verdienste derselben um die Freimachung der Neger, um die Finanzen der Union sowie um Hebung des Handels und der Industrie hervor. Die §§ 1 und 2 betonten die Einheit der Union

und die nationale Autorität gegenüber allen particularistischen Bestrebungen; §§ 3 und 4 wiesen auf den hohen Werth einer guten Volkserziehung hin, die zwar in der Hauptsache den Einzelstaaten überlassen bleiben müsse, jedoch von der Nationalregierung nach den Bestimmungen der Constitution gefördert werden könne. Jegliches Sektenwesen müsse in den öffentlichen Schulen vermieden werden und dürfe keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln (public funds) erhalten. § 5 empfahl das Schutzzollsystem, verurtheilte die Polygamie der Mormonen und sicherte jedem amerikanischen Bürger, gleichgültig ob er das Bürgerrecht durch Geburt oder durch Adoption erlangt habe, den vollen Schutz der Vereinigten Staaten zu. § 6 verlangte eine Einschränkung der chinesischen Einwanderung. § 7 ertheilte der Administration des Präsidenten Hayes das vollste Lob, während § 8 die Fehler und Mängel der demokratischen Partei verurtheilte. Der Schluß endlich sprach sich für strenge Aufrechterhaltung des nationalen Credits, für die Reinheit der Wahlurne, freies Stimmrecht und durchgreifende Reform im öffentlichen Aemterwesen aus.

Während die republikanische Partei eine ganze Woche und eine Reihe von Tag- und Nachtsitzungen dazu gebrauchte, um unter harten Kämpfen ihre Präsidentschaftscandidaten zu ernennen, erledigte die demokratische Partei, welche am 22. Juni zu Cincinnati ihre Nationalconvention unter dem Vorsitze des Richters George E. Hoadley abhielt, ihre Aufgabe verhältnißmäßig sehr schnell. Schon im zweiten Wahlgange wurde General Winfield Scott Hancock aus Pennsylvanien für das Amt des Präsidenten ernannt, und der frühere Congreßrepräsentant William H. English aus Indiana erhielt auf Antrag der Delegation des Staates Alabama die Nomination für den Posten des Vicepräsidenten durch Acclamation. Die Umtriebe des Demagogen John Kelly aus New-York hatten die Candidatur von Samuel J. Tilden unmöglich gemacht. Die von der demokratischen Nationalconvention angenommene Platform bestand aus 14 Paragraphen, von denen die beiden ersten außer dem alten demokratischen Grundsatze der politischen Decentralisation die Trennung von Kirche und Staat und die Förderung des niedern Schulwesens (common schools) befürworteten. § 3

berührte, obschon in einer sehr kurzen Fassung, die wichtigsten Fragen: er sprach sich für „ehrliches Geld, bestehend in Gold, Silber und in Hartgeld umsetzbarem Papiergeld", aus, wahrte den Credit der Union und der Einzelstaaten und empfahl keinen Schutz-, sondern einen Finanzzoll (a tarif for revenue only). Die beiden folgenden Paragraphen betonten die Unterordnung der Militärgewalt unter die Civilgewalt und das freie Stimmrecht. Die nächstfolgenden vier Paragraphen enthielten eine scharfe Verurtheilung der republikanischen Partei, namentlich der Hayes-Administration, und ein hohes Lob der politischen Tugenden von Samul J. Tilden; die letzten vier Paragraphen sprachen sich für Hebung der Rhederei und Besserstellung der arbeitenden Klassen aus und verlangten, unter Anerkennung der von der demokratischen Majorität im Congreß befolgten Politik, eine Revision des vor längerer Zeit mit China geschlossenen Burlingame-Vertrags. Es ist nicht zu leugnen, daß diese Platform manche empfehlenswerthe Punkte enthielt, so z. B. den Hinweis auf das Zollsystem und auf die Hebung der Rhederei.

Stellen wir einen kurzen Vergleich der persönlichen Vorzüge und Mängel der beiden sich gegenüberstehenden Präsidentschaftscandidaten an, so muß zugestanden werden, daß beide Parteien, die Republikaner sowohl wie die Demokraten, keine schlechte Wahl getroffen hatten. Beide Candidaten hatten ihrem Vaterlande in Krieg und Frieden treu und ehrlich gedient und sich die Liebe und Achtung ihrer Mitbürger in hohem Grade erworben. Wenn aber Hancock seinen Gegner in militärischer Beziehung übertraf, so besaß Garfield unzweifelhaft weit mehr politische Erfahrung und größere staatsmännische und volkswirthschaftliche Kenntnisse. Garfields bisherige Thätigkeit als Gesetzgeber bürgte dafür, daß er in allen Hauptpunkten die gesunde Reformpolitik des Präsidenten Hayes, die nur segensreich für alle Theile der Union gewirkt hatte, befolgen werde, während Hancock, in politischen Dingen verhältnißmäßig unerfahren, gar leicht ein Spielball in den Händen der particularistischen und unionsfeindlichen Demokraten werden konnte. Hierzu kam, daß unter Garfield der bisherigen gesunden Finanzpolitik keine Gefahr drohte, während unter einer demokratischen Präsidentur

nicht geringe Gefahr vorhanden war, daß das verderbliche System der Vermehrung des uneinlösbaren Papiergeldes wieder zum Siege gelangen würde. In der so wichtigen Tariffrage war weder von Garfield noch von Hancock eine wesentliche Verbesserung zu Gunsten des Freihandelsprincips zu erwarten; auch war wenig auf den Passus in der demokratischen Platform zu geben, der einen Finanzzoll empfahl. Zwar huldigten die Demokraten in früherer Zeit ganz entschieden dem Freihandelssystem, aber in der letzten Zeit, wo sie in beiden Häusern des Congresses die Mehrheit hatten, waren sie doch nicht im Stande gewesen, wie bereits oben angedeutet, irgend eine der drückendsten Tarifbestimmungen abzuschaffen. Die Zoll- oder Tariffrage ist eben, vielleicht wegen der großen Ausdehnung der Republik, die den verschiedenen Landestheilen der Union so heterogene Interessen verleiht, seit Decennien nicht zu einer politischen oder eigentlichen Parteifrage gemacht worden. Es hatte da Californien seine besondern Wünsche, wie New-York, Pennsylvanien, Illinois, Ohio, Massachusetts, Maine u. s. w. Im Uebrigen hängt die Entscheidung über die Tariffrage in den Vereinigten Staaten doch immer mehr von der Zusammensetzung des Congresses, als von den persönlichen Anschauungen des Präsidenten ab.

Außer den Republikanern und den Demokraten hatten mittlerweile auch die Inflationisten oder rabiaten Papiergeldleute und die Temperenzler ihre Präsidentschaftscandidaten ins Feld gestellt; an der Spitze der erstern stand der Congreßrepräsentant James B. Weaver aus Iowa, der Führer der Temperenzler aber war ein gewisser Neal Dow. Die Macht der Temperenzler war indeß beim Kampfe um die Präsidentschaft wenig zu fürchten, und auch die eigentlichen Papiergeldleute unter Weaver waren nicht allzu stark, da sich das socialdemokratische Element aus verschiedenen Gründen von ihnen zurückgezogen hatte. Es kamen daher bei der Präsidentenwahl im Grunde nur die Candidaten der Republikaner und der Demokraten in Frage.

Die Rückkehr des Generals James A. Garfield von Chicago nach seinem Heimathsstaate Ohio war ein wahrer Triumphzug. Schon am 8. Juni, demselben Tage, wo Garfields Nomination stattfand und so-

fort durch den Telegraphen über die ganze Union hin verbreitet wurde, liefen von allen Seiten telegraphische Glückwünsche an ihn ein. Die Depesche des Präsidenten Hayes lautete: „Sie werden heute keinen herzlichern Glückwunsch als den meinigen erhalten; dieses gilt beiden, Ihnen und dem Lande". Der Finanzminister John Sherman telegraphirte: „Ich gratulire Ihnen von ganzem Herzen zu Ihrer Nomination als Präsident der Vereinigten Staaten. Sie haben die republikanische Partei und das Land vor einer großen Gefahr bewahrt und den dauernden Erfolg der republikanischen Principien gesichert." Das Telegramm des Ministers des Innern, Karl Schurz, lautete also: „Empfangen Sie meinen Glückwunsch. Dem Lande ist ebensowohl Glück zu wünschen als Ihnen selbst." Ueberall, wohin Garfield auf seiner Rückreise kam, wurde er von seinen zahlreichen Parteifreunden und Gesinnungsgenossen mit großem Jubel empfangen, so namentlich in den an der Eisenbahn gelegenen größern Städten Toledo und Cleveland. Die vorläufige Annahme der Nomination für das Präsidentenamt hatte Garfield dem Bundessenator Hoar, der bekanntlich in der Nationalconvention zu Chicago den Vorsitz führte, mündlich ausgesprochen; eine officielle Annahmeerklärung veröffentlichte er erst am 12. Juli, nachdem das Resultat der demokratischen Nationalconvention zu Cincinnati bekannt geworden war. In diesem Schreiben, das klar, scharf und eindringlich abgefaßt war, erklärte er sich für Aufrechterhaltung der nationalen Autorität gegenüber der particularistischen Staatenrechtsdoctrin, ebenso dafür, daß das Stimmrecht der Bürger allenthalben gewahrt und die Stimmen ehrlich gezählt werden müßten. Im weitern bemerkte Garfield, daß die Wunden des Bürgerkrieges nicht geheilt werden könnten, so lange nicht jedem Bürger ohne Unterschied der Rasse und der Farbe der freie und gleiche Genuß aller von der Verfassung und den Gesetzen verbürgten bürgerlichen und politischen Rechte gesichert sei, und zu dem Ende müsse die Bundesregierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung bringen. Der Volksunterricht müsse von den Einzelstaaten hochherzig gepflegt werden, für Sektenschulen aber seien Staatseinkünfte nicht zu verwenden; die Trennung von Kirche und Staat solle und müsse in allem,

was die Besteuerung anlange, eine absolute sein. Ferner befürwortete er die Verwendung des Ueberschusses der nationalen Einkünfte über die Ausgaben zur Tilgung der Bundesschuld und billigte die Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung auf das wärmste. Er drückte seine Befriedigung über die gegenwärtige Finanzlage der Union aus und erklärte, die Wohlfahrt des Landes dürfe nicht durch gewaltsame und plötzliche Veränderungen oder zweifelhafte finanzielle Experimente gefährdet werden. Er begünstigte eine Zollpolitik, die Amerika in den Stand setzen würde, mit fremder Arbeit oder ausländischem Kapital zu concurriren, und empfahl den Einwanderern, mit Ausnahme der Chinesen, die größte Gastfreundschaft zu erweisen. Mit Bezug auf die Chineseneinwanderung bemerkte er, daß die Zuströmung so vieler serviler Arbeitskräfte ein Uebel sei, das beschränkt werden müsse. Zum Schlusse befürwortete er eine mit dem Beistande des Congresses zu erzielende gründliche Reform des öffentlichen Aemterwesens.

Das Annahmeschreiben von Arthur war einfach und sachlich gehalten und stand überall mit der republikanischen Platform im Einklang.

Die beiden demokratischen Präsidentschaftscandidaten zögerten verhältnißmäßig lange mit der Veröffentlichung ihrer Annahmeschreiben, die erst in den letzten Tagen des Juli erschienen. Man merkte ihren Actenstücken an, daß sie zur gegenseitigen Ergänzung geschrieben waren. Eine leichte Sache war es allerdings auch nicht, den verschiedenen Fractionen der demokratischen Partei, den Südländern, den Papiergeldleuten, den Hartgeldfreunden, den Schutzzöllnern, den Freihändlern u. s. w. Genüge zu leisten. Da man jedoch der Stimmen sämmtlicher Südstaaten so ziemlich sicher war, so galt es, um die Mehrheit der Electoralstimmen zu gewinnen, in erster Linie einige Nordstaaten zu befriedigen. Daher legte der General Hancock in seinem Schreiben den Hauptnachdruck auf die Aufrechterhaltung der Errungenschaften des Bürgerkrieges; er verwahrte sich gegen Zugeständnisse an den Süden in Bezug auf Kriegsentschädigung und Tilgung der Schulden der frühern Rebellenstaaten aus Bundesmitteln, er versprach, die Stimmfreiheit schützen und die Bundesämter nicht als Pfründen für politische Handlanger ansehen zu wollen, den Arbeitern stellte er Erleichterung der Steuerlasten

in Aussicht, sprach in etwas dunkler Weise über nationale und staatliche Rechte und gelobte, mit allem Nachdruck für den Schutz der Industrie und des Handels einzutreten. Das Ganze war ein loyales Schreiben voll glänzender Allgemeinheiten, „glittering generalities", wie der Amerikaner zu sagen pflegt. Man fand kein Wort über die Finanzfrage, keine Silbe über das angebliche Freihandelscredo der demokratischen Partei, keine Idee von der Nothwendigkeit der Civildienstreform, keinen Hinweis auf die Chinesenfrage u. s. w. Allerdings erklärte sich Hancock mit der ganzen Platform seiner Partei einverstanden. English schien dagegen den Auftrag erhalten zu haben, einige Einzelheiten des demokratischen Parteiprogramms näher zu beleuchten und das Schweigen seines Mitcandidaten zu ergänzen. Er begann sein längeres Schreiben: mit einer Lobrede auf die „staatsmännischen Tugenden" von Hancock und erklärte dann, daß die republikanische Partei zu lange das Staatsruder geführt habe und nun den Demokraten Platz machen müsse. Zwanzig Jahre im Besitz der Regierungsgewalt seien lange genug für eine Partei; die Republikaner seien dadurch der Corruption anheimgefallen und hätten die Verwaltungsmaschinerie zu Wahlzwecken gemißbraucht. Die Minister, wie z. B. Karl Schurz und John Sherman, wären im Lande umhergereist und hätten Wahlreden gehalten, statt die Pflichten ihres Ressorts in Washington City zu erfüllen. Anzuerkennen war, daß English sich offen zur Hartgeldpolitik bekannte und für strenge Sparsamkeit in den öffentlichen Ausgaben erklärte, auch befürwortete er die Einschränkung der Chineseneinwanderung. Die Tariffrage und die Nothwendigkeit einer Tarifreform berührte aber auch er mit keinem Worte.

Der Hauptwahlkampf tobte in den Staaten New-York, Indiana, Ohio und Maine, weil hier die Würfel der Entscheidung fallen mußten und die Endabstimmung am zweifelhaftesten war. Aus diesem Grunde traten denn auch in diesen Staaten die befähigtsten Redner beider Parteien, der Republikaner und der Demokraten, auf. Die Reden, mit welchen wichtige nationale Wahlkämpfe in den Vereinigten Staaten eröffnet werden, sind stets von hoher Bedeutung. Das amerikanische Volk erwartet von ihnen, daß alle Hauptfragen, die bei der vorzu-

nehmenden Wahl zur Discussion stehen, in ihren Grundzügen kurz, klar und deutlich darin auseinandergesetzt und in eindringlicher Weise erörtert werden. Der Eindruck einer solchen Eröffnungsrede (opening speech) bedingt vielfach den Erfolg der ganzen Wahlcampagne, und aus diesem Grunde werden in der Regel Redner von nationalem Rufe für solche Reden auserkoren. Bei der Präsidentenwahl des Jahres 1880 war es der Minister des Innern, Karl Schurz, dem von der republikanischen Partei die Ehre und die Auszeichnung zu Theil wurde, Ende Juli die bezeichnete Rede zu Indianapolis im Staate Indiana zu halten. Außer Schurz sprachen an anderen Orten vorzüglich Blaine, Conkling, der Finanzminister Sherman und selbst General Grant. Die Demokraten hatten wenige Redner, die es mit den genannten Republikanern aufnehmen konnten. Eine wohlbegründete Sitte verbietet es in Amerika den Präsidentschaftscandidaten, selbst in die Arena des Wahlkampfes als Redner herabzusteigen; deshalb sprach denn auch General Hancock gar nicht öffentlich zum Volke, und Garfield hielt nur einige kurze Gelegenheitsreden, in denen er die brennenden Fragen des Wahlkampfes wenig oder gar nicht berührte. Zu diesen Reden ist z. B. die Ansprache zu zählen, welche er am 18. Oktober an eine Anzahl deutscher Bürger aus Cleveland richtete, die ihm, dem erklärten Freunde des Deutschthums, eine Ovation darbrachten; er sagte u. A.: „Sie sind die Vertreter alter und beachtenswerther Ueberlieferungen Ihres alten Heimathslandes, und ich weiß, Ihre Herzen schlugen höher bei der Kunde eines Ereignisses, das erst vor wenigen Tagen an Ihrem schönen Rheinstrome stattgefunden hat, als der gewaltige Kölner Dom, an dem 630 Jahre lang gebaut worden, vollendet und dem Frieden geweiht wurde. Dieser Dom hat Herrschergeschlechter, alle Wandlungen auf religiösem Gebiete, jeden Wechsel in der Herrschaft und unzählige Kriege überdauert, um schließlich von Kaiser Wilhelm dem Frieden und den ruhmreichen Erinnerungen des deutschen Volkes geweiht zu werden. Es ist für Sie unzweifelhaft eine hohe, heilige Sache, daran Theil zu haben — aber, Mitbürger, ich vertraue, daß Sie in dieses Land gekommen sind, um auch uns an dem Aufbau eines großartigen Tempels zu helfen, nicht eines gothischen Bauwerks,

das aus dem Gestein von den Ufern des Rheines aufgeschichtet wird, sondern eines Bauwerkes, das aufgerichtet wird aus den Herzen und dem Leben, dem Streben und dem Hoffen Aller, die in diese Republik gekommen sind, um sie zu ihrer Heimath zu machen und hier Einrichtungen auszubauen, die nicht, ich vertraue darauf, in 600 Jahren von heute an ihr Ende erreicht haben werden, sondern in ihrer großartigen Anlage immer weiter in die Höhe streben werden, deren Grundlagen sich immer mehr vertiefen, deren Dom stets in die Höhe wachsen und für Alle offen stehen wird, die in dieses Land kommen, um Amerikaner zu sein und ihre Geschicke mit den unsrigen zu verflechten. Zu allen diesen Leuten spricht der Genius Amerikas mit den Worten eines deutschen Dichters, ich meine Novalis:

Gieb treulich mir die Hände,
Sei Bruder mir und wende
Den Blick vor deinem Ende
Nicht wieder weg von mir!
Ein Tempel, wo wir knieen,
Ein Ort, wohin wir ziehen,
Ein Glück, für das wir glühen,
Ein Himmel mir und dir!"

Garfield hat nicht nur die alten Sprachen, das Lateinische und Griechische, ziemlich gut inne und beschäftigte sich damit gelegentlich selbst als Mitglied des Congresses, sondern er ist auch ein Kenner der deutschen Sprache und nicht unbewandert in der deutschen Literatur.

Das Resultat der am Dienstag, 2. November, in den einzelnen Unionsstaaten vorgenommenen Electorenwahl fiel dahin aus, daß Garfield von den 369 Electoralstimmen 214, Hancock aber nur 155 erhielt; bei den Candidaten für die Vicepräsidentschaft, Arthur und English, war das Stimmenverhältniß dasselbe. In der Volksabstimmung belief sich Garfields Majorität auf mehr als 80,000 Stimmen. Unter diesen Umständen war denn die Erwählung Garfields zum Oberhaupte der Union eine unbestreitbare Thatsache und wurde als solche auch vom Congresse ohne Widerspruch anerkannt.

Am 4. März 1881, Mittags 12½ Uhr, trat der neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten seine Administration an, nachdem

kurz vorher Chester A. Arthur in der Halle des Bundessenats als Vicepräsident den Amtseid abgelegt hatte. In Gegenwart des Senats, des Repräsentantenhauses, des diplomatischen Corps und einer nach vielen Tausenden zählenden Versammlung hielt Garfield vor dem Haupteingange des Capitols zu Washington City entblößten Hauptes mit weithin vernehmbarer Stimme seine Inauguralrede, in der er in kurzen, prägnanten Zügen sein Regierungsprogramm zum Ausdruck brachte. Der Hauptinhalt dieser beachtenswerthen Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde, ist etwa folgender.

Der neue Präsident wies einleitend darauf hin, daß gerade hundert Jahre und drei Tage vergangen seien seit der Annahme der ersten geschriebenen Verfassung der Vereinigten Staaten. Die junge Republik sei damals von allen Seiten von Gefahren umgeben gewesen, sie habe sich noch keinen Platz in der Familie der Nationen erobert, die entscheidende Schlacht des Unabhängigkeitskrieges, deren hundertster Jahrestag in kurzer Zeit zu Yorktown gefeiert werden würde, sei noch nicht geschlagen gewesen. Die Gründer der Republik hätten nach kurzer Probezeit mit der ersten Verfassung gefunden, daß ein Staatenbund zu schwach sei, um den Bedürfnissen einer kräftigen und sich ausbreitenden Republik zu genügen, darum hätten sie kühn diese Staatsform bei Seite gelegt und unter einer neuen Constitution eine „nationale Union“ (a National Union) gegründet. Unter dieser Constitution seien die Grenzen der Freiheit erweitert, die Grundlagen der Ordnung und des Friedens befestigt worden, und das Wachsthum in allen bessern Elementen des nationalen Lebens habe die Weisheit ihrer Gründer gerechtfertigt und den Nachkommen neuen Hoffnungsmuth eingeflößt. Unter dieser Constitution habe sich das amerikanische Volk andauernd gegen von außen kommende Gefahren sicher gestellt und auf allen Meeren seine Rechte gewahrt. Unter dieser Verfassung seien der Union 25 wohlgeordnete Staaten hinzugefügt worden. Die Rechtspflege dieser Verfassung herrsche jetzt auf einem Gebiete, das fünfzigmal größer sei als das der ursprünglichen 13 Staaten, und über eine Bevölkerung, welche die vom Jahre 1780 um das zwanzigfache übertreffe. Die härteste Probe habe die Verfassung unter dem furchtbaren Drucke des Bürgerkrieges be-

standen, aus dem sie durch Blut und Feuer gereinigt und gestärkt hervorgegangen sei. Am Schlusse des ersten Jahrhunderts seiner nationalen Entwicklung habe das amerikanische Volk jüngst Rückschau über seine Lage gehalten, sein Urtheil über die Führung und die Ansichten der verschiedenen politischen Parteien gefällt und seinen Willen über die künftige Haltung der Regierung kund gethan. Diesem Willen in Einklang mit der Verfassung praktische Geltung zu verschaffen, sei die weitaus wichtigste Pflicht der exekutiven Gewalt. Aus dem Rückblicke auf die Geschichte der Vereinigten Staaten gehe deutlich hervor, daß das amerikanische Volk fest entschlossen sei, die gewonnene Freiheit unverkürzt aufrecht zu erhalten und all jene gehässigen Streitigkeiten über Fragen, die unwiderruflich gelöst seien und deren weitere Verfolgung nur neue Feindschaft hervorrufen und den gedeihlichen Fortschritt hindern könne, hinter sich zu lassen. Die nationale Autorität (the supremacy of the Nation) und das Ansehen des Gesetzes dürfe nicht länger einen Gegenstand der Erörterung bilden. Jener Zwist, der ein halbes Jahrhundert hindurch die Existenz der Union gefährdet habe, sei schließlich durch den hohen Gerichtshof des Krieges geschlichtet worden, und gegen den so gefällten Urtheilsspruch gäbe es keine Appellation. Die aus dem Bürgerkriege hervorgegangene Verfassung und die durch denselben nothwendig gewordenen Gesetze seien fortan das höchste Gesetz des Landes, bindend sowohl für die Einzelstaaten der Union wie für die gesammte Nation. „Dieses höchste Gesetz hebt nicht die Autonomie der Einzelstaaten auf, noch greift es störend in die zu deren localen Selbstregierung nöthigen Regeln ein; wohl aber bestimmt und hält es die dauernde Obergewalt (the permanent supremacy) der Union aufrecht. Der nationale Wille, ausgesprochen im Donner der Schlachten und durch die amendirte Constitution, hat das große Versprechen der Unabhängigkeitserklärung von 1776 erfüllt, wonach Freiheit durch das ganze Land allen Bewohnern desselben verheißen wurde. Die Erhebung der Neger-Rasse aus der Sclaverei zu den vollen Bürgerrechten ist die wichtigste politische Veränderung, welche die Vereinigten Staaten seit Annahme der Constitution von 1787 kennen; kein denkender Mensch kann den wohlthätigen Einfluß dieser

Verfassungsänderung auf das amerikanische Volk und dessen Institutionen verkennen. Wir wurden dadurch von der beständigen Gefahr eines Krieges und dem Auseinanderfallen der Union befreit. Die moralischen und die industriellen Kräfte unsers Volkes haben dadurch ungemein gewonnen. Sowohl der Herr als der Sklave wurden der Beziehungen ledig, welche beide schädigten und schwächten. Mehr als fünf Millionen Menschen haben dadurch ihr Selbstbestimmungsrecht zurückerhalten, und einem jeden von ihnen ist die Bahn der Freiheit und Nützlichmachung eröffnet worden. Beide Rassen empfingen damit einen neuen Impuls, durch eigne Kraft sich Geltung zu verschaffen, indem die Arbeit für die eine Rasse ehrenvoller, für die andere nothwendiger wurde. Die Wirkung dieser treibenden Kraft wird mit jedem Jahre deutlicher werden und reichere Früchte tragen."

Präsident Garfield verkennt nicht, daß dieser gewaltige Wechsel in den frühern Sklavenstaaten der Union ernste Störungen veranlaßte; aber er betont auch mit Recht, daß der Wechsel „unvermeidlich" (unavoidable) geworden war und daß die befreiten Neger vielfach schon jetzt begonnen hätten, mit Ernst und Umsicht für sich selbst zu sorgen. Bei dieser Gelegenheit erklärte er mit aller Entschiedenheit, daß er von jeder durch das Gesetz ihm verliehenen Macht Gebrauch machen werde, um den Negern die ihnen gesetzlich zugestandenen Rechte zu gewährleisten, in erster Linie die freie Ausübung des politischen Stimmrechts. Zu verkennen sei allerdings nicht, daß ein den Unwissenden und Ungebildeten verliehenes Wahlrecht große Gefahren mit sich führe, aber diesen Gefahren könne und müsse dadurch begegnet werden, daß man die allgemeine Bildung und den Unterricht mehr fördere, als es bisher geschehen sei. Auch in dieser Beziehung müßten der Norden und der Süden zusammen wirken. „Es ist das erhabene Vorrecht und die heilige Pflicht der jetzigen Generation, ihre Nachfolger zu erziehen und sie durch Einsicht und Tugend zum Antritt des ihrer wartenden Erbes zu befähigen. Bei diesem wohlthätigen Werke sollten alle auf die Verschiedenheit der Landestheile und der Rassen gegründeten Vorurtheile schweigen und die politische Parteistellung ohne Einfluß bleiben. Wir stimmen, Mitbürger, heute in vielen Streitfragen vergangener

Generationen in unserm Urtheile überein, und eben so werden unsere Nachkommen in fünfzig Jahren in den Punkten vielfach übereinstimmen, die uns jetzt trennen. Sie werden sicher ihre Väter segnen und dem Gott ihrer Väter danken, daß diese Union erhalten blieb, daß die Sklaverei aufgehoben und beiden Rassen die Gleichheit vor dem Gesetze gewährt wurde. Wir mögen es beschleunigen oder verzögern, aber wir sind nicht im Stande, es zu verhindern, daß eine endgiltige Versöhnung stattfindet. Möge unser Volk, die Schlachtfelder alter Kämpfe (dead issues) hinter sich lassend, muthig vorwärts schreiten und im Vollbewußtsein der Freiheit und in dem Kraftgefühl der wieder hergestellten Union die großartigeren Siege des Friedens gewinnen."

Garfield ging hierauf auf die Finanzfrage über und schilderte die Politik seines Amtsvorgängers als segenbringend und heilsam für die Union. In Bezug auf die Doppelwährung ließ er sich so vernehmen: „Nach der Erfahrung der Handelsnationen aller Zeiten hat es sich herausgestellt, daß Gold und Silber die einzige sichere Grundlage für ein Münzsystem bilden. In letzterer Zeit ist eine gewisse Verwirrung (confusion) durch die Schwankungen in den relativen Werthen der beiden Metalle zu Tage getreten, aber ich glaube zuversichtlich, daß unter den Haupthandelsnationen Bestimmungen vereinbart werden können, welche den allgemeinen Gebrauch beider Metalle sichern. Der Congreß sollte Anordnungen treffen, daß die vom Gesetze verlangte derzeitige Zwangsprägung von Silber unser Goldsystem nicht in Verwirrung bringe und eins der beiden Metalle nicht aus dem Verkehr gedrängt werde. Wenn möglich, sollte ein solcher Ausgleich getroffen werden, daß die Kaufkraft eines jeden geprägten Dollars auf allen Weltmärkten in seinem schuldzahlenden Werthe vollkommen gleich sei. Es ist eine Hauptpflicht der National-Regierung, in Hinsicht auf das cursirende Geld (currency) des Landes Geld zu prägen und dessen Werth festzustellen. Es erheben sich große Zweifel, ob der Congreß nach der Verfassung befugt ist, irgend eine Art von Papiergeld zum gesetzlichen Zahlungsmittel (legal tender) zu machen. Die gegenwärtige Ausgabe der Vereinigten Staaten-Noten wurde durch die Anforderungen des Krieges nothwendig; allein solches Papier-

geld sollte bezüglich seines Werthes und Umlaufes von dessen Verkehrsbrauchbarkeit abhangen, nach dem Willen des Inhabers in klingender Münze einlösbar sein und keine Zwangscirculation haben. Diese Noten sind kein Geld, sondern Zahlungsversprechen von Geld. Wenn der Inhaber es verlangt, sollte dem Versprechen nachgekommen werden. Die Refundirung der Nationalschuld zu einem niedrigern Zinsfuß sollte ermöglicht werden, ohne zur Zurückziehung der Nationalbank-Noten zu führen und so die Geschäfte des Landes zu stören. Ich erlaube mir, auf die Stellung hinzuweisen, welche ich während meiner langjährigen Dienste im Congresse in finanziellen Fragen eingenommen habe, und zu erklären, daß Zeit und Erfahrung die Ansichten bestärkten, welche ich in dieser Beziehung so oft ausgesprochen. So weit ich es verhindern kann, sollen während meiner Administration die Finanzen der Regierung keinen Schaden erleiden." Aus diesen Worten geht deutlich hervor, daß Präsident Garfield nicht gesonnen ist, dem Silber- und Papiergeldschwindel Vorschub zu leisten, sondern die gesunde Finanzpolitik seines Vorgängers zu befolgen.

Nach Erledigung der Finanzfrage gab Garfield in kurzen Worten seine Ansichten über die Hebung und Förderung der Agricultur, der Industrie und des Handels kund. Mit Bezug auf den interozeanischen Kanal erklärte er: „Die Entwicklung des Welthandels hat die Abkürzung des ungeheuern Seewegs um das Cap Horn herum durch den Bau von Schiffscanälen oder Eisenbahnen über den Isthmus, der beide Continente verbindet, zu einem dringenden Bedürfniß gemacht. Es liegen zu diesem Zwecke verschiedne Pläne vor, deren Berathung nöthig ist; noch ist aber keiner davon so weit zur Reife gediehen, um eine pecuniäre Unterstützung durch die Vereinigten Staaten zu rechtfertigen. Der Gegenstand wird übrigens die Aufmerksamkeit der Regierung sehr bald in Anspruch nehmen, und zwar im Sinne des Schutzes der amerikanischen Interessen. Wir befürworten keine engherzige Politik und beanspruchen keine besonderen oder exclusiven Privilegien auf irgend einer Handelsstraße, aber wie mein Vorgänger erachte ich es für das Recht und die Pflicht der Vereinigten Staaten, über jeden interozeanischen Kanal durch den Isthmus, der Nord- und Südamerika ver-

bindet, eine solche maßgebende Oberaufsicht (such supervision and authority) geltend zu machen und zu behaupten, wie sie zum Schutze unserer nationalen Interessen nöthig ist."

Wie Garfield sich in der Finanzfrage und in Bezug auf den interozeanischen Kanal der Politik des Präsidenten Hayes anschloß, so that er dies auch hinsichtlich der Mormonenfrage. Nach seinem Ermessen sollte der Congreß, während er jede religiöse Ueberzeugung und Neigung gewissenhaft zu achten hat, innerhalb seiner Jurisdiction alle verbrecherischen Handlungen verbieten, namentlich solche, welche die Grundlage des Familienlebens zerstören und die gesellschaftliche Ordnung gefährden. Keiner kirchlichen Organisation (ecclesiastical organisation) dürfe es gestattet sein, „nur im Mindesten sich die Functionen und Machtbefugnisse der National-Regierung anzumaßen."

Was die so viel und so oft ventilirte Civildienst-Reform anlangt, so erklärte Garfield, daß dieser Gegenstand nur durch ein Gesetz in zufriedenstellender Weise regulirt werden könne, sowohl zum Schutze derer, die mit dem Anstellungsrecht betraut sind, als zum Schutze der Inhaber von Staatsämtern gegen Intriguen und Unrecht. Man dürfe nie vergessen, daß die Staatsämter nicht zum Besten der Inhaber oder der Freunde der Inhaber da seien, sondern nur im Interesse des Gemeinwohls. „Und jetzt", so schloß Garfield seine von allen Parteien mit Beifall aufgenommene Rede, „stehe ich im Begriff, das große Vertrauensamt, das Sie, meine Mitbürger, in meine Hände gelegt haben, zu übernehmen. Ich bitte Sie um jene ernste, wohlüberlegte Unterstützung, welche diese Regierung wie dem Gesetze, so auch der That nach zu einer Volksregierung macht. Ich werde zum großen Theile auf die Weisheit und den Patriotismus des Congresses und jener Männer angewiesen sein, welche mit mir die Verantwortlichkeit und die Pflichten der Verwaltung theilen. Vor Allem aber erflehe ich für unsre Bemühungen, die Wohlfahrt dieses großen Volkes und dieser Regierung zu fördern, inständig die Hilfe und den Segen des allmächtigen Gottes." Nach dem Schlusse der Rede nahm der Oberrichter Waite dem neuerwählten Präsidenten in der hergebrachten Weise den Amtseid ab.

Am folgenden Tage, den 5. März, trat der Bundessenat zu einer Executiv-Sitzung zusammen, um die Botschaft des Präsidenten zu empfangen, in welcher er dem Senate die Namen der von ihm ernannten Mitglieder seines Cabinets zur Bestätigung vorlegte. Die betreffende Liste enthielt folgende Namen: James G. Blaine von Maine als Staatssekretär, William Windom von Minnesota als Finanzminister, William H. Hunt von Louisiana (Demokrat) als Marineminister, Robert T. Lincoln von Illinois als Kriegsminister, Wayne MacVeagh aus Pennsylvanien (unabhängiger Republikaner) als Justizminister, Thomas L. James aus New-York als General-Postmeister und Samuel J. Kirkwood aus Iowa als Minister des Innern. Da nicht alle Senatoren mit den genannten Minister-Candidaten sofort einverstanden waren, so entspann sich nach der Verlesung der Botschaft eine längere Debatte, in welcher die Senatoren Cameron und Davis den Antrag auf eine Vertagung der endgiltigen Abstimmung stellten, während der Senator Garland sogar einen offnen Widerspruch gegen die Ministerliste erhob, den er jedoch nach einiger Zeit wieder zurückzog. Endlich wurde der Antrag gestellt, daß man die Ernennung von James G. Blaine, William Windom und Samuel J. Kirkwood für die erwähnten Ministerposten billigen möchte. Nachdem dies geschehen, wurde Robert T. Lincoln auf Antrag des demokratischen Senators Voorhees ebenfalls als Kriegsminister bestätigt, dasselbe geschah mit William H. Hunt als Marineminister auf Antrag des Senators Jonas aus Louisiana. Nun war an einen erfolgreichen Widerspruch nicht mehr zu denken, Garfield hatte gesiegt; denn Cameron trug nun selbst auf Bestätigung von MacVeagh und Conkling auf die von Thomas L. James an. Im Allgemeinen fand übrigens die Ministerliste den Beifall sowohl der republikanischen wie der demokratischen Partei; die Neu-Englandstaaten waren auf derselben in hervorragender Weise durch Blaine aus Maine repräsentirt, der Westen der Union war durch Windom und Kirkwood vertreten, der Süden durch Hunt, und die Mittelstaaten hatten in Lincoln (dem Sohne Abraham Lincolns), MacVeagh und James eine genügende Vertretung gefunden. Zu beachten ist, daß der neue Finanzminister Windom in allen wichtigen Finanzfragen fast ganz dieselbe Politik befolgt, wie sie

sein verdienstvoller Amtsvorgänger John Sherman zum Heile der Union inaugurirte. Auch der neuernannte General-Postmeister James ist für sein Amt ganz besonders befähigt. Ein andrer Vorzug des neuen Cabinets besteht darin, daß dasselbe Vertreter der verschiednen Richtungen in der republikanischen Partei in sich vereinigt und so dazu beitragen dürfte, diese Partei in allen Hauptfragen gegenüber den bekanntlich nicht immer zu billigenden Bestrebungen der Demokraten als geeinigt erscheinen zu lassen. Einen innern Zwiespalt im Ministerium selbst wird aber Präsident Garfield durch Weisheit und Umsicht zu vermeiden wissen.

Zum Schluß lassen wir noch einige biographische Bemerkungen über den Präsidenten Garfield und den Vicepräsidenten Arthur folgen.

James A. Garfield wurde in der Nähe von Orange, einer ungefähr 14 englische Meilen von Cleveland im Staate Ohio gelegenen Ortschaft, am 19. November 1831 geboren. Die Angabe, daß er deutscher Abkunft sei, ist unrichtig; er selbst hat dies während des Wahlkampfes öffentlich bestätigt. Seine Eltern lebten auf einer kleinen, ihnen gehörigen Farm und hatten vier Kinder, von denen James das jüngste war. Abraham Garfield, der Vater, starb bereits im Jahre 1833 und hinterließ den Seinigen außer der Farm und deren geringem Ertrag kein weiteres Vermögen. Schon früh mußte auch James bei der Bewirthschaftung der Farm mit Hand anlegen, doch besuchte er während der Wintermonate eine in der Nähe befindliche Dorfschule. In seinem 17. Lebensjahre suchte und fand er Beschäftigung als Bootsmann auf dem Ohio-Canal. Weil indeß diese Lebensweise seiner Gesundheit nicht zuträglich war, faßte er den Entschluß, sich als Matrose auf einem Segelschiffe des Eriesees zu verdingen. Bevor er jedoch diesen Entschluß ausführte, wurde er durch einen Freund bestimmt, eine bessere Schulanstalt, die sogenannte Geauga-Akademie, zu besuchen. Von seiner Mutter mit einigen Dollars unterstützt, trat er in diese Schule ein und verdiente sich in seinen Freistunden theils als Zimmermann, theils als Lehrer die nöthigen Existenzmittel. In Folge seiner robusten Körperconstitution konnte er dies immerhin sehr harte Leben ohne Schädigung seiner Gesundheit längere Zeit ertragen. Dreiund-

zwanzig Jahre alt, bezog er das Williams-College, wo er 1856 mit Ehren sein Examen bestand. Um diese Zeit schloß er sich der in religiöser Beziehung sehr freisinnigen Sekte der „Campbelliten“ an, widmete sich aber im Uebrigen dem Studium der Jurisprudenz und der Nationalökonomie. Im Jahre 1858 war er bereits in der Lage, sich mit Lucretia Rudolph, einer Farmerstochter, zu verheirathen. Die durch die Sclavenfrage veranlaßten Streitigkeiten gaben ihm wiederholt Gelegenheit, öffentliche Reden zu halten, wodurch er so an Popularität gewann, daß er 1859 in den Staatssenat von Ohio gewählt wurde. Beim Ausbruch des Bürgerkrieges trat er als Oberst in die Unionsarmee und zeichnete sich in verschiedenen Gefechten, namentlich aber in der blutigen Schlacht bei Chickamauga, in dem Grade aus, daß er zum Generalmajor ernannt wurde. Als er von einem Wahlkreise seines Geburtsstaates im Jahre 1862 in das Repräsentantenhaus des Congresses gewählt worden war, nahm er seinen Abschied von der Armee und blieb, neunmal hinter einander gewählt, Mitglied der Bundeslegislatur. Seit James G. Blaine in den Bundessenat eingetreten war, übernahm er die Führerschaft der republikanischen Partei im Repräsentantenhause.

Der Vicepräsident Chester A. Arthur wurde am 5. October 1830 geboren. Nachdem er sich im Union-College zu Schenectady die nöthige Bildung erworben, war er kurze Zeit Lehrer, widmete sich aber bald der Advocatenpraxis und erlangte den Ruf eines geschickten Rechtsanwalts. Er zählt zu den Gründern der republikanischen Partei und bekleidete im Bürgerkriege das Amt eines Generalquartiermeisters. Später nahm er die Rechtspraxis wieder auf, bis er auf Conklings Empfehlung vom Präsidenten Grant im November 1872 die einträgliche und einflußreiche Stellung eines Hafencollectors in der Stadt New-York erhielt. Vom Präsidenten Hayes im Juli 1878 dieses Amtes entsetzt, griff er wieder zur Advocatur und betrieb nebenbei als ein enragirter Grant-Mann die Politik. Arthur hat sich bisher in keiner Weise als fähiger Staatsmann hervorgethan, wohl aber zählte er zu den intimsten Freunden Conklings und wärmsten Anhängern des Generals Grant, auch hat er sich als geschickter und kühner „Maschinenpolitiker“ bewährt.

Anhang I.

Das Attentat auf den Präsidenten James A. Garfield.

Auf die Feier des 4. Juli, dieses großen nationalen Gedenktages der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, der überall, wo Bürger der großen transatlantischen Republik weilen, festlich begangen wird, fiel in diesem Jahre (1881) ein tiefer, dunkler Schatten: eines ruchlosen Mörders Hand hatte sich zwei Tage zuvor gegen das freigewählte Oberhaupt der amerikanischen Nation erhoben. Bange Sorge lag über dem „Weißen Hause“ in Washington City, und Trauer und Betrübniß herrschten in dem Herzen des Volkes der Vereinigten Staaten; das Ausland aber fühlte den Schmerz mit, der jeden braven Amerikaner bewegte. Kaum vier Monate waren vergangen, seit James Abraham Garfield unter dem Beifall der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten der Union übernommen hatte, da traf ihn die mörderische Kugel eines durch Aemtersucht und Größenwahnsinn sittlich verkommenen Menschen. Wir halten es nicht für unsere Aufgabe, die äußeren Umstände, welche das Verbrechen begleiteten, näher zu beschreiben; es kommt uns vornehmlich darauf an, die Zustände etwas näher zu beleuchten, welche die Unthat möglich machten und zu ihrer Erklärung dienen. Nur so viel sei bemerkt, daß der Mordanfall Vormittags zwischen 9 und 10 Uhr auf einem Bahnhofe in Washington City stattfand, wohin sich Garfield in Begleitung des Ministers Blaine begeben hatte. Der aus dem Staate Illinois stammende Mörder, Charles J. Guiteau, welcher früher einer überspannten religiösen Secte angehört und sich mit juristischen Studien beschäftigt hatte, war zeitweise als Beamter des ameri-

kanischen Consulats in Marseille thätig gewesen und hatte sich in jüngster Zeit wiederholt, aber aus guten Gründen vergeblich, bei dem Präsidenten Garfield um eine Anstellung beworben. Die vielfach ausgesprochene Meinung, Guiteau sei wahnsinnig und habe deshalb in einem ganz unzurechnungsfähigen Zustande die Verbrecherthat begangen, wird sich nach dem Urtheile der Aerzte, die ihn untersuchten, schwerlich aufrecht erhalten lassen; auch dürfte die Annahme eines Complotts nicht zutreffen. Andererseits erscheint es indeß als höchst wahrscheinlich, daß die Vorgänge, welche sich bald nach dem Amtsantritte des Präsidenten Garfield mit Bezug auf die Besetzung öffentlicher Aemter, diesem schlimmsten Uebel, an dem die nordamerikanische Union seit mehr als fünfzig Jahren leidet, theils im Bundessenate zu Washington City, theils später in der Legislatur zu Albany, der Hauptstadt des Staates New-York, auf politischem Gebiete abspielten, den Aemterjäger Guiteau zu seiner ruchlosen That veranlaßten. Der physisch und moralisch tief gesunkene Stellenjäger wollte aus persönlicher Rache in Garfield denjenigen treffen, der ihm die Ernennung zu einem öffentlichen Amte verweigerte, zugleich aber wollte er auch dieser That einen gewissen Nimbus verleihen, indem er durch die Ermordung Garfields den Mann aus dem Wege räumte, der seit Beginn seiner Präsidentschaft als ein entschiedner Gegner der „Stalwarts", d. h. jener politischen Parteifraction aufgetreten war, welche eine selbstsüchtige Interessen- und Beutepolitik zu ihrem leitenden Princip erhoben hat. Zu dieser Fraction gehören bekanntlich vorzugsweise die Anhänger des Ex-Präsidenten Grant und deren Hauptführer, der frühere Bundessenator Roscoe Conkling aus New-York.

Als nämlich unmittelbar nach der Inauguration Garfields der Bundessenat in Washington City zu einer Executiv-Sitzung zusammentrat, um die vom Präsidenten gemachten Amtsernennungen in Berathung zu ziehen, da war es, allen Andern voran, der Senator Conkling, welcher Opposition machte und die Bestätigung verschiedener, von Garfield für Staatsämter vorgeschlagener Candidaten bekämpfte. Zumeist war er gegen die Bestätigung des Herrn Robertson, eines Gegners von Grant, den der Präsident zum Zollhauscollector in der Stadt New-York ernannt hatte. Conkling gab sich zunächst alle mögliche Mühe, den Präsi-

deuten zur Zurückziehung der betreffenden Ernennung zu drängen. Dies war umsonst. Dann versuchte er vermittelst einer im republikanischen Caucus, d. h. in einer geheimen Parteiversammlung der republikanischen Senatoren, durchgesetzten Geschäftsordnung die Erwägung von Robertsons Nomination zu hintertreiben. Auch das gelang nicht. Ebenso vergeblich waren Conklings Bemühungen, eine Mehrheit der Senatoren für die Verwerfung der in Rede stehenden Ernennung zu organisiren. Als er endlich fand, daß alle seine Kunstgriffe und Intriguen nichts helfen wollten und daß der Senat gewiß die Nomination Robertsons in Erwägung ziehen und bestätigen würde, da reichte er seine Resignation als Bundessenator ein, begründete dieselbe in einem pomphaften Briefe an den Gouverneur von New-York, und sein ihm gehorsamer College Platt folgte seinem Beispiele. Die beiden Senatoren von New-York, Conkling und Platt, resignirten also nicht nach einem unglücklichen Kampfe für ein das Wohl der Nation berührendes Gesetz, nicht wegen eines die internationalen Beziehungen der Union bestimmenden Vertrages, sondern nur wegen eines Amtes, eines Stücks der Beute. Noch niemals zuvor hat dies ein amerikanischer Bundessenator gethan. Für das Amt des Zollhauscollectors in New-York riskirte Conkling, der Hauptführer der Grant-Partei, seine politische Existenz. Es war gewiß ein unwürdiges Schauspiel, das von einem Senator dem amerikanischen Volke geboten wurde, aber es entflammte die bösen Leidenschaften, und zwar um so mehr, als Conkling sich nun nach Albany begab, um bei der dort tagenden Gesetzgebung von New-York seine und seines Collegen Wiedererwählung, wenn auch umsonst, zu betreiben.

Als Conkling wegen der Zollcollectorsstelle den Kampf mit Garfield begann, da erklärte er, er habe zwischen Todtschlag und Selbstmord zu wählen, und er wähle den Todtschlag. Das konnte und sollte natürlich nichts Andres bedeuten, als daß er entweder den Kampf um das New-Yorker Zollhaus aufnehmen und die Administration Garfields vernichten oder sich die Ernennung Robertsons gefallen lassen und damit in seine eigne politische Vernichtung willigen müsse. So weit hatte es also das von Grant und seinem Anhange so eifrig betriebene Beutesystem im politischen Leben der Vereinigten Staaten gebracht, daß

ein Politiker von wirklichen Fähigkeiten, aber maßlosen Ansprüchen, sich nicht schämte, ein solches Geständniß zu machen. Mit Recht hat Karl Schurz in der „Westlichen Post", einem zu Saint-Louis im Staate Missouri erscheinenden, weitverbreiteten Blatte, diese Handlungsweise Conklings scharf gegeißelt. Hätte Conkling die Ernennung Robertsons aus principiellen Gründen, aus Rücksichten für den öffentlichen Dienst bekämpft, so hätte er sich ruhig im Bundessenate überstimmen lassen dürfen und würde doch an Ansehen nichts verloren haben; aber der Beute wegen riskirte er den „Todtschlag" von Garfields Administration oder seine eigne Vernichtung.

Die Reden und Handlungen Conklings wurden in allen Zeitungen besprochen und verbreitet, und der Ex-Präsident Grant trat wiederholt in Wort und Schrift für Conkling ein. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß ein exaltirter und überspannter Kopf, daß Charles J. Guiteau, ein getäuschter Aemterjäger, ein enragirter Anhänger Grants, der sich in einem Briefe selbst als den „Stalwart der Stalwarts" bezeichnete, den Ausdruck „Todtschlag" im wirklichen Sinne verstand und Garfield aus dem Wege zu räumen suchte, um dem Beutesysteme zum Siege zu verhelfen.

Daß Roscoe Conkling nach der Mordthat Guiteaus dieselbe feierlich verurtheilte, ist selbstverständlich, aber eine andre Frage ist es, ob er, der Hauptprotector des corrumpirenden Stellenjägerthums, von aller und jeder moralischen Verantwortlichkeit für Guiteaus Verbrechen freizusprechen ist. Ein angesehenes amerikanisches Blatt, die in New-York erscheinende Times, ließ sich in dieser Beziehung also vernehmen: „Wir sind sicherlich weit davon entfernt, irgend eine Partei oder Parteischicht für Guiteaus mörderische Handlung verantwortlich zu machen, aber wir halten es für unsere Pflicht, hervorzuheben, daß die Handlung der übertriebene Ausdruck eines bittern Haßgefühls ist. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß, wenn Garfield nicht das Haupt eines Staates gewesen wäre, in welchem Aemter als Preise an Männer von ähnlichem Verdienst und ähnlicher Laufbahn, wie dieser Mörder, vergeben werden, er niemals diesem Attentate ausgesetzt gewesen sein würde." Aehnlich äußerten sich andere amerikanische Blätter,

wie z. B. die „New York World“ und die „New York Tribune“; das letztgenannte Blatt sagte: „Präsident Lincoln wurde nicht von der Rebellion gemordet, aber von dem Geiste, welcher der Rebellion Leben und Kraft gab. Präsident Garfield ist nicht durch eine politische Partei, aber durch den Geist, den eine politische Fraction erzeugt und groß gezogen hat, auf den Tod verwundet worden. Ohne diesen verderblichen Fractionsgeist wäre kaum ein Mensch in der ganzen Union sicherer vor einem mörderischen Angriffe gewesen, als Garfield. Haben die betreffenden Parteiführer jemals all das Unglück beabsichtigt, welches aus dem wilden, rücksichtslosen Geiste hervorwächst, den sie schaffen und Woche für Woche aufstacheln? Ist es nicht ihr beständiges Vergehen gegen die Freiheit und die Selbstregierung, daß sie einen solchen Geist entzünden und dadurch schwache oder rücksichtslose Menschen über die Grenze von Recht und Vernunft hinaustreiben? Der Mörder Guiteau war sich wohl bewußt, daß er einen Präsidenten tödten und einen neuen schaffen wollte. Seine Sprache und seine Briefe beweisen nur zu sehr, daß er recht gut wußte, was er that.“

Karl Schurz endlich veröffentlichte in der „Westlichen Post“ einen längern Artikel, in welchem folgender Passus vorkam: „Guiteau identificirte sich mit den ‚Stalwarts‘, die mit dem Präsidenten in Fehde lagen und zu deren Führern der Vicepräsident gehörte. Er überlegte sich, daß die Hinwegräumung des Präsidenten den Vicepräsidenten Arthur an die Spitze der Regierung bringen und damit demjenigen Flügel der republikanischen Partei, zu welchem er sich selbst zählte, zu dem Besitz der Executivgewalt verhelfen würde. Er hatte nach dem, was er in den Zeitungen las, den Präsidenten für einen Verräther an seiner Partei und den eigentlichen Störenfried anzusehen gelernt, und er glaubte, wenn erst die Regierungsgewalt in die Hände der ‚Stalwarts‘ übergegangen sei, daß sich der Rest der Partei bald fügen und unter der neuen Führung mit den ‚Stalwarts‘ vereinigen werde. Er plante also nicht allein die Ermordung des Präsidenten, sondern dachte sich die Zusammensetzung der neuen Administration bis ins Einzelne aus. Unter seinen Papieren wurde eines gefunden, welches eine Liste des neuen von Arthur zu bildenden Cabinets enthielt, mit Conkling als Staats=

sekretär an der Spitze. Sein Plan umfaßte also nicht allein die Ermordung des Präsidenten Garfield, sondern eine durchgreifende Revolution im Personal der Regierung."

Sollte nun, zum Unglück für das amerikanische Volk, Garfield an seinen Wunden sterben, so müßte das Guiteausche Programm, der Verfassung der Vereinigten Staaten gemäß, in seinem ersten Theile sofort zur Ausführung kommen. Chester A. Arthur würde Präsident werden. Würde aber auch das Programm in seinem zweiten Theile in Erfüllung gehen? Hoffentlich nicht. Das Attentat am 2. Juli 1881 hat die Besten und Edelsten des amerikanischen Volkes den Fluch des Beutesystems in erschütternder Weise erkennen lassen. Was zu Lincolns Zeit die Sklavereifrage war, das ist jetzt die Aemterfrage. Ob todt oder lebend, Präsident Garfield wird einen großen Wendepunkt in der Entwickelung der Vereinigten Staaten hervorrufen. Das amerikanische Volk, so hoffen wir bestimmt, wird so viel sittliche Kraft entfalten, daß es die blutige Mahnung beachtet und den Krebsschaden des Aemterwesens, der bereits die edleren Theile des politischen, vielleicht sogar des socialen Körpers der Union angegriffen hat, durch eine gründliche Civildienstreform ausrottet. Ein Vergleich Rußlands mit den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Corruption im Beamtenthum, wie er von gewisser Seite her angestellt ist, ist wenig zutreffend, denn, abgesehen von anderen wesentlichen Unterschieden zwischen dem russischen und amerikanischen Volke, die freiheitlichen Einrichtungen in der nordamerikanischen Union allein bieten weit mehr und weit wirksamere gesetzliche Mittel zur Heilung eines tief eingewurzelten Uebels dar, als die gerade entgegengesetzten Einrichtungen des russischen Reiches.

Anhang II.

Der letzte Census in den Vereinigten Staaten.

Nach der Volkszählung, welche im Jahre 1880 in den Vereinigten Staaten von Nordamerika vorgenommen wurde, belief sich die Bevölkerung der großen transatlantischen Republik am 1. Juni des genannten Jahres auf 50,152,559 Einwohner, wonach sich im Vergleich zu dem im Jahre 1870 aufgenommenen Census eine Vermehrung der Bevölkerung der letzten zehn Jahre von 11,594,188 Köpfen ergiebt. Von diesem etwa 30 Procent betragenden Bevölkerungszuwachs rechnen amerikanische Statistiker nicht ganz ein Viertel auf die Einwanderung,*) während drei Viertel der einheimischen Volksvermehrung zugeschrieben werden. Wenn man hierbei die verschiedenen Landestheile der Union in Betracht zieht, so stellt sich heraus, daß der größte Bevölkerungszuwachs westlich vom Mississippi stattfand, während die übrigen Landestheile eine weniger große, aber mehr ständige Volksvermehrung aufweisen. Auch tritt die ziemlich unerwartete Thatsache hervor, daß

---

*) Der Chef des statistischen Bureaus der Vereinigten Staaten hat kürzlich die officiellen Tabellen über die Einwanderung in die Vereinigten Staaten während des letzten Geschäftsjahres (vom 1. Juli 1880 bis 30. Juni 1881) veröffentlicht. Darnach sind während dieses Zeitraums 688,000 Einwanderer in den Vereinigten Staaten angekommen, die höchste Zahl, welche jemals in einem Jahre constatirt worden ist. Im Geschäftsjahr 1879/1880 waren nur 457,257 Einwanderer in den Häfen der Union gelandet. Unter den Einwanderern des letzten Jahres befanden sich 118,600 Canadier, 10,500 Chinesen, 66,000 Engländer und — 209,500 Deutsche. Die letztern bilden demnach über 30 Procent der Einwanderer überhaupt, und wenn man Canadier und Chinesen außer Betracht läßt, 37 Procent der europäischen Einwanderung.

in den südöstlich vom Mississippi gelegenen Unionsstaaten die Bevölkerungszahl verhältnißmäßig stärker zunahm als in den nordöstlich von dem genannten Strome liegenden Staaten. Die allergrößte Bevölkerungszunahme zeigt sich aber in den nordwestlich vom Mississippi gelegenen Staaten und Territorien, so wie in den Pacific-Staaten. Nebraska und Colorado haben ihre Einwohnerzahl in dem genannten Decennium (1870—1880) ungefähr vervierfacht, die von Kansas ist fast um das dreifache gewachsen, die von Oregon und Minnesota nahezu um das doppelte; das letztere läßt sich auch von den im Südwesten gelegenen Staaten Arkansas und Texas sagen. Allen Landestheilen stehen aber einige Territorien voran, von denen fünf jetzt weit mehr Einwohner zählen als der Staat Nevada. Am wenigsten ist die Bevölkerung in den Staaten Vermont, New-Hampshire, Maine und Delaware gewachsen.

In den Vereinigten Staaten findet bekanntlich eine Zählung der Bevölkerung aller zehn Jahre statt; die erste Zählung wurde im Jahre 1790 vorgenommen. Die nachstehende Tabelle zeigt das Resultat der zehn bisher veranstalteten Volkszählungen:

Jahr:	Bevölkerung:	Jahr:	Bevölkerung:
1790 . . .	3,929,827	1840 . . .	17,069,453
1800 . . .	5,305,925	1850 . . .	23,191,876
1810 . . .	7,239,814	1860 . . .	31,443,322
1820 . . .	9,638,131	1870 . . .	38,558,371
1830 . . .	12,866,020	1880 . . .	50,152,559.

Wohl selten oder nie hat ein Reich in verhältnißmäßig so kurzer Zeit einen so starken Zuwachs seiner Bevölkerung gehabt, wie die Vereinigten Staaten. Gegenwärtig zählt, außer China, Großbritannien und Rußland, kein Reich mehr Unterthanen als die Regierung der nordamerikanischen Union. Zu beachten ist dabei — wie auch die Londoner „Times" hervorhob —, daß die Bevölkerung der Vereinigten Staaten, trotz aller nicht wegzuleugnenden Verschiedenheit der Abstammung und der Rasse, im Großen und Ganzen von einer Gesinnung beseelt ist und dem gleichen Ziele zustrebt. Bei alledem ist an eine Uebervölkerung noch lange nicht zu denken. Millionen von Menschen können sich noch

auf weiten Ebenen niederlassen, die noch von keinem Pfluge berührt sind. Es ist aber auch nicht bloß eine Bevölkerungsklasse an Zahl gewachsen, sondern fast alle Klassen haben zugenommen. Während z. B. das vorzugsweise Ackerbau treibende Minnesota seine Bevölkerung von 439,706 Seelen im Jahre 1870 auf 780,807 im Jahre 1880 vermehrt hat, ist die mehr Handel und Industrie treibende Bevölkerung von Pennsylvanien in derselben Zeit von 3,521,951 auf 4,282,738 gestiegen. Wenn die ländlichen Districte des Westens und Nordwestens Mineralschätze und Bodenproducte in reichem Maße zu Tage förderten, nahmen die Großstädte des Ostens hiervon ihren Theil und überließen den Ueberschuß andern Nationen; und wenn der Staat Colorado 1880 eine Bevölkerung von 174,649 Einwohnern hatte gegen 39,864 im Jahre 1870, so zählte die Stadt Chicago 1880 eine Bevölkerung von 503,304 gegen 298,977 im Jahre 1870 und San Francisko 233,956 gegen 149,473. Daß Großstädte wie New-York, Brooklyn, Philadelphia, Boston und Baltimore langsamer an Bevölkerung zunahmen, ist begreiflich, jedoch wuchsen auch sie immerhin in einem solchen Maße, daß sie unter den bedeutenden Handelsstädten der Welt keine geringe Stelle einnehmen; dasselbe läßt sich von St. Louis, Cincinnati, New-Orleans, Pittsburg und vielen andern Städten sagen. Besonders hervorzuheben ist der Umstand, daß mit der Bevölkerung und dem Wohlstande der Landdistricte auch das Gedeihen und Wachsen der kleinern Städte zunahm, daß Land und Stadt gleichmäßig gediehen. Die Stadt Minneapolis in Minnesota zählte 1870 nur 13,066 Einwohner, jetzt nahezu 47,000; Aehnliches läßt sich von einer ganzen Anzahl von Städten sagen, wie von Hoboken, Omaha, Toledo, Wheeling, Grand Rapids u. A. Europa übertrifft Amerika gewiß im Allgemeinen an Civilisation, aber nicht an Schnelligkeit der Zunahme von Cultur und Bildung. So schnell, wie die Pioniere der Cultur vordringen in die Wälder und die Prärien des fernen Westens, so schnell wachsen gleichsam Dörfer und Städte aus der Erde hervor. Die Amerikaner unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Beschäftigung und ihres Berufes oft gar sehr von einander; selbst in geistiger und sittlicher Beziehung ist der Süden von dem Norden und der Osten von dem Westen verschieden, ja selbst die

einzelnen Unionsstaaten haben ihre besondern Eigenthümlichkeiten; dennoch fühlen sich die Bewohner aller Unionsstaaten und Territorien als Söhne eines Landes, als Bürger der Vereinigten Staaten. Kaum ist irgendwo in den entferntesten Gegenden des Westens eine neue Niederlassung entstanden, so erhebt sich eine Kirche, eine Vorlese-Halle (lecture-hall) und es erscheint eine neue Zeitung. Wohin auch immer der Amerikaner geht, er bleibt bei allem Wechsel im Aeußern in seinem Innern derselbe, d. h. Amerikaner. Man hat dem Volke der Vereinigten Staaten oft den Charakter einer Nation abgesprochen; aber bei jedem Schritte, den der Amerikaner, gleichviel ob er jenseits des Oceans geboren ist oder nicht, vorwärts thut, nimmt er die Sitten und Gebräuche mit sich, die in den ältern Theilen der Union herrschen. Ueberall gelten die Gesetze, welche der Congreß und die Bundesregierung vorschreiben; selbst die Indianer fangen immer mehr und mehr an, sich nach amerikanischer Weise zu civilisiren. Jede neugegründete Stadt trägt, wenn auch nach Zeit und Ort verschieden, einen amerikanischen Charakter, mag derselbe auch nicht gerade nach dem Muster von New-York, Boston oder Washington City zugeschnitten sein.

Was man auch sagen mag, die nordamerikanische Union steht in vieler Beziehung einzig in der Weltgeschichte da. An eine Trennung derselben ist so bald noch nicht zu denken, wenn auch nicht an einen territorialen Zuwachs, obschon sich in Canada die Stimmen mehren, die einen Anschluß an die Union wünschen. Die öffentliche Meinung hat eine gewaltige Macht in den Vereinigten Staaten, sie zwingt die Minorität, sich der Majorität zu fügen, wenn erstere auch nicht so leicht die Hoffnung aufgiebt, dermaleinst zur Herrschaft zu gelangen. Thatsache ist, daß kein anderes Land der Erde so viele excentrische Köpfe zählt wie die Republik der Vereinigten Staaten; aber die Gefahr, die von manchen Seiten hierin erblickt wird, ist nicht so groß, als daß sie nicht von dem unionstreuen nationalen Elemente unterdrückt werden könnte, nöthigenfalls mit Waffengewalt. Die klarern Köpfe erkennen überall, daß nur in der Einheit die Freiheit und das geistige und materielle Wohl der Gesammtheit bestehen kann.

Anhang III.

Der interoceanische Canal.

Auf beiden Seiten des Atlantischen Oceans wird bekanntlich seit längerer Zeit mit Eifer die Frage discutirt, ob es nicht für den Welthandel von höchster Bedeutung und von unberechenbarem Nutzen sein werde, wenn der centralamerikanische Isthmus durchstochen und das Stille Meer mit dem Atlantischen Ocean durch eine Wasserstraße verbunden werde. Viele Millionen sind bereits dafür gezeichnet, namentlich in England, Frankreich, Spanien und Amerika, und drei Pläne liegen vor, um das große Werk zu Stande zu bringen. Ferdinand von Lesseps, der gefeierte Erbauer des Suez-Canals, befürwortet die Panama-Route; der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, General U. S. Grant, und seine Freunde empfehlen den Weg über die Landenge von Nicaragua; der talentvolle und durch manche kühne Bauten erprobte Ingenieur, Capitän Eads, ebenfalls ein Amerikaner, verwirft jeden Schiffscanal und spricht sich für eine riesige Schiffseisenbahn aus, welche leicht und sicher die schwersten Oceanfahrzeuge über den Isthmus von Tehuantepec von Ocean zu Ocean befördern soll.

Das kostspieligste Unternehmen ist zugestandnermaßen das des Herrn von Lesseps; es erfordert, wie behauptet wird, mindestens 110 Millionen Dollars, nach andern drei- bis viermal so viel; der von General Grant vor nicht langer Zeit in der „North American Review“ warm befürwortete Plan verlangt 50 bis 75 Millionen Dollars; die Schiffseisenbahn des Herrn Eads endlich beansprucht wenigstens 100 Millionen Dollars. Mit dem Bau des Panama-Canals ist bereits begonnen; für den Nicaragua-Canal wird der Congreß der Vereinigten Staaten

wahrscheinlich 50 Millionen Dollars garantiren, so daß auch dies Unternehmen, welches in kürzerer Frist zu verwirklichen sein soll als der Panama-Canal, demnächst in Angriff genommen werden wird; die von Capitän Eads projectirte Schiffseisenbahn scheint aber vor der Hand nicht zu Stande zu kommen, weil der amerikanische Congreß nach den neuesten Nachrichten diesem Plane nicht günstig gesinnt ist.

Während nun die genannten Befürworter eines interoceanischen Canals, namentlich Herr von Lesseps und dessen Anhänger, nicht müde werden, die große Wichtigkeit einer solchen Wasserstraße für den Welthandel, vornehmlich auch für Europa, zu betonen, hat der Vorsteher der Regierungsdruckerei zu Washington City, Herr Defrees, in einer längern Abhandlung den Beweis angetreten, daß ein Schiffscanal über eine der centralamerikanischen Landengen keinen finanziellen Erfolg, wenigstens nicht für den großen Welthandel, haben werde. Er kommt zu der Schlußfolgerung, daß der Handel zwischen Europa, Asien und Australien in der Hauptsache, wie bisher, seinen Weg durch den Suez-Canal nehmen werde, weil dieses die kürzeste Route sei. Folgendes entnehmen wir dem Artikel des Herrn Defrees:

Es ist bis jetzt nahezu unmöglich, die Kosten der Durchstechung des centralamerikanischen Isthmus und den Bau eines Canals anzugeben, welcher mindestens 45 englische Meilen lang, 50 Yards breit und 25 Yards tief durch das Gebirge und mit einer Tiefe von 30 Fuß unter dem Meeresspiegel des Stillen Oceans, dessen Wasser bekanntlich bei der Panama-Landenge viel höher steht als das des Atlantischen Meeres, hergestellt werden soll. Der tüchtigste und erfahrenste Ingenieur kann die Kosten auch nicht annähernd berechnen. Die Annahmen variiren von 110 bis 400 Millionen Dollars. Die Zinsen von der letztern Summe, die aber kaum ausreichen dürfte, zu 6 Prozent angenommen, würden 24 Millionen Dollars sein. Hierzu würden die Verwaltungskosten und die Ausgaben für Reparaturarbeiten kommen. Wo ist der Handel, welcher in Gestalt von Durchgangszöllen diese ungeheuere Summe aufbringen könnte? Sicherlich ist es nicht der Handel zwischen Asien, Australien und Europa, denn dieser findet leichtere und billigere Routen für Dampfer durch den Suez-Canal und für Segel-

21*

schiffe um das Cap der Guten Hoffnung. Eine Vergleichung der Distanzen, die Defrees anstellt, zwischen den wichtigsten Handelsplätzen erweist diese Behauptung als richtig. Die Distanz zwischen Liverpool und Australien durch den Suez-Canal beträgt 11,221 (engl.) Meilen und durch den proponirten Panama-Canal 12,869 Meilen, ein Unterschied zu Gunsten der erstern Route von 1648 Meilen. Die Distanz von Liverpool nach Singapore in Indien beträgt durch den Suez-Canal 8296 und durch den proponirten Panama-Canal 15,416 Meilen, ein Unterschied zu Gunsten des erstern von 7120 Meilen. Von Liverpool nach Hong-Kong beträgt die Entfernung durch den Suez-Canal 9865 und durch den Panama-Canal 14,290 Meilen, ein Unterschied von 4425 Meilen. Von Liverpool nach Yokohama ist die Distanz durch den Suez-Canal 11,540 und durch den Panama-Canal 12,612 Meilen, ein Unterschied von über 1100 Meilen zu Gunsten der Suez-Route. Diese auf kaum zu bezweifelnden Thatsachen beruhenden Zahlenangaben stellen es außer Frage, daß kein nennenswerther Theil dieses ungeheuern Handels durch den Panama-Canal seinen Weg nehmen wird; im Gegentheil würde nur ein Theil des Handels zwischen den Atlantischen und den Pacific-Staaten und desjenigen zwischen den südamerikanischen Republiken am Stillen Meere einerseits und Europa andrerseits seinen Weg durch ihn verfolgen. Kein Theil des Handels mit Japan und China würde durch denselben nach Europa gehen, weil er durch den interoceanischen Canal eine kürzere und bessere Route fände. Der Tonnengehalt des Handels, auf den die Befürworter des Canals so viel Gewicht legen, betrug nach Defrees im Jahre 1878 nur 5,468,017 Tonnen, wovon ein großer Theil aus Weizen, Guano und salpetersaurem Natron bestand. Diese Handelsartikel dürften auch fernerhin in Segelschiffen um das Cap Horn befördert werden, weil deren geringer Marktwerth die Zahlung hoher Durchgangszölle, theilweise wenigstens, nicht zuläßt. Demnach würden ungefähr 2 Millionen Tonnen übrig bleiben, die den Canal passiren, wenn diese Passage nicht durch die Gebühren für Zölle, Benutzung der Ankerplätze u. s. w. ausgeschlossen wird, was sicherlich der Fall ist, sobald die betreffenden Kosten mehr als 2 Dollars für die Tonne betragen. Zu 2 Dollars für die

Tonne aber würden die durch den Canal erzielten Einnahmen sich auf etwa $3^1/_2$ bis 4 Millionen Dollars belaufen, was wenig mehr als ein Prozent auf die Erbauungskosten ergiebt, ohne Rücksicht auf die Reparatur- und Verwaltungskosten. Die Ausfuhr und die Einfuhr der südamerikanischen Republiken am Stillen Ocean kann schwerlich jemals von entscheidendem Einfluß auf den Welthandel sein, da deren Gebiet zu bergig und das Land verhältnißmäßig unproductiv ist. Der Haupthandel der zu den Vereinigten Staaten gehörenden Pacificstaaten wird binnen Kurzem vorzugsweise mit China, Japan und den Inseln im Stillen Meere geführt werden, denn dort haben die Pacificstaaten der Union (Californien und Oregon) einen Markt für den Ueberschuß ihrer Farmen und Fabriken zu suchen. Herr Nimmo, der Chef des statistischen Bureaus im Schatzamte der Vereinigten Staaten, jedenfalls eine der besten Autoritäten in solchen Fragen, hält es für wahrscheinlich, daß nicht mehr als 3 Prozent des Welthandels zur See durch den Panama-Canal gehen würden. „Es mag für diejenigen", bemerkt Herr Defrees, „welche so enthusiastisch für die Idee eintreten, eine Wasserstraße durch Centralamerika für den Handel aller Nationen herzustellen, von Interesse sein, daß im Jahre 1878 der ganze ungeheure Handel zwischen Asien, Australien und Europa mit Benutzung des Suez-Kanals nur 3,236,941 Tonnen betrug, die auf 1774 Dampfern und 3 Segelschiffen befördert wurden."

Was vorstehend über den Panama-Canal gesagt worden, das gilt auch vielfach mit Bezug auf den Welthandel von dem Nicaragua-Canal, obschon die Herstellungskosten des letztern viel niedriger sein würden. Nach der Herstellung der nördlichen Pacific-Eisenbahn beträgt die Distanz zwischen New-York und Yokohama mit Benutzung dieser Bahn etwa 7000 englische Meilen und mit Benutzung des Panama-Canals 9776 Meilen, ein Unterschied von 2776 Meilen zu Gunsten der ersteren. Zwischen New-York und Hong-Kong beläuft sich der Unterschied der beiden Routen auf 2438 Meilen. Es wird behauptet, daß die Panama-Route als Wasserstraße den Vortheil der billigern Beförderung von Waaren über die Eisenbahn habe. Herr Defrees antwortet hierauf: „Dieser Unterschied ist sehr gering, wenn er überhaupt existirt, sobald

man die Zollgebühren und die Zeit in Anrechnung bringt. Ein Theehändler z. B. in New-York, welcher eine Sendung von Hong-Kong via Nördliche Pacific-Eisenbahn beordert, würde dieselbe empfangen und verkaufen, ehe eine solche Sendung Panama erreichen könnte, wenn sie mit Benutzung dieser Route beordert wäre. Die Zeit ist in unserm eilig vorwärts strebenden Zeitalter ein wichtiger Punkt in der Berechnung."

Die Bedenken des Herrn Defrees gegen die Bedeutung des Panama-Canals für den Welthandel mögen vielleicht nicht in allen Punkten stichhaltig sein; den Eindruck aber dürften sie doch auf den unbefangenen Beurtheiler der Sache machen, daß die von dem genannten Canal für den Handel der gesammten Welt erträumten Vortheile keine ganz reale Basis haben. Anders und günstiger allerdings liegen die Dinge für die Küstenstaaten der Nordamerikanischen Union in Betreff des Nicaragua-Canals.

Inhalt.

Viertes Kapitel.

Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten im Jahre 1880.



Druck von Carl Marquart in Leipzig.

Druck von Carl Marquart in Leipzig.

